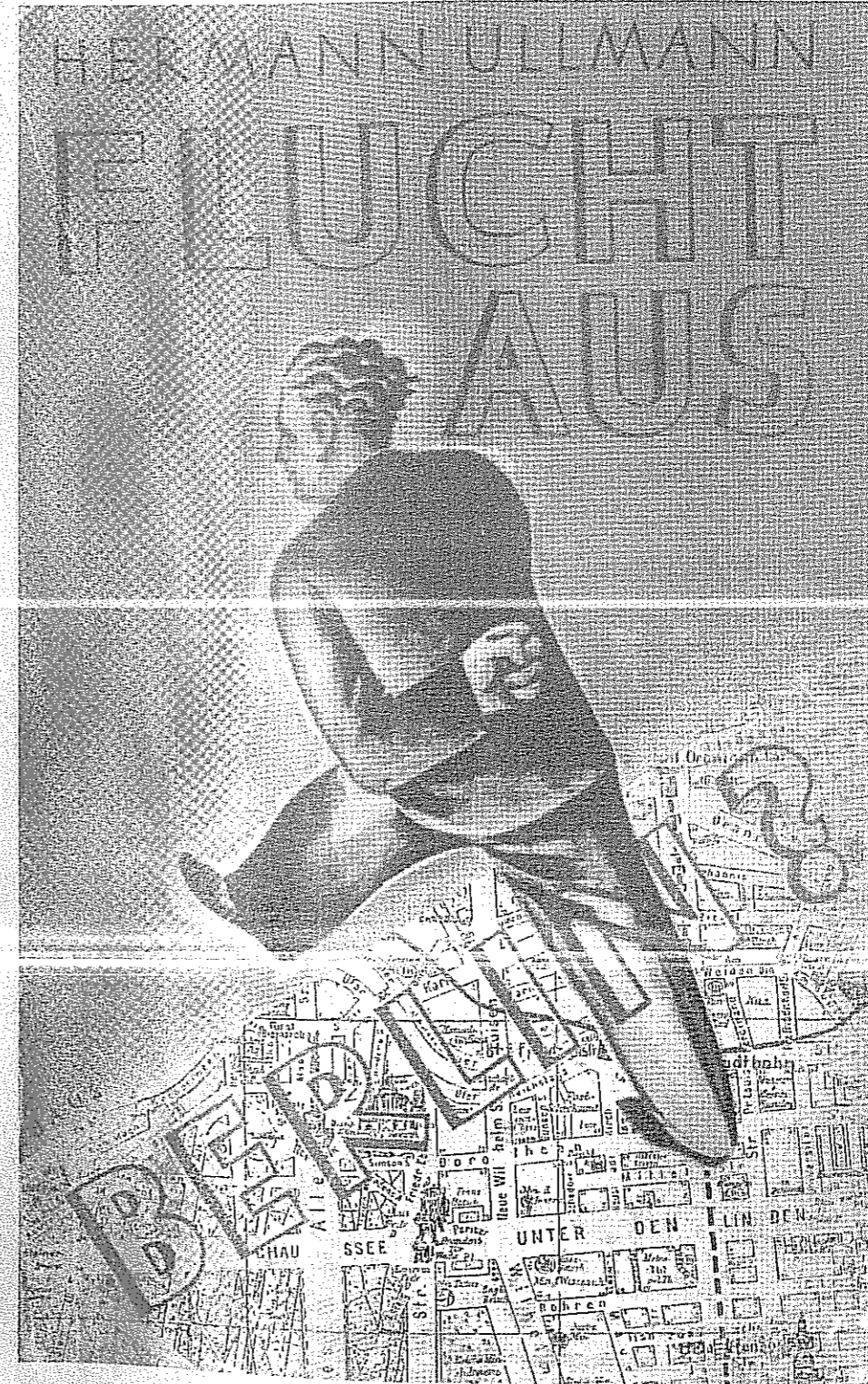


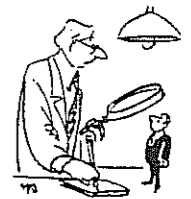
Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

11. Jg. Nr. 1
Juli 1996

Ullmann, Hermann: Flucht aus Berlin? (1.-4. Tsd.) Jena, Diederichs (1932). 119 (+1)S., 1 Bl. OKT. (Ausstattung incl. farb. Umschlagzeichn.: Georg Baus.) Berlin-Bibliogr. S. 336. Einzige Auflage. Zeitdiagnose aus dem konservativen Lager, "die wegen ihres hohen Niveaus auch auf der Gegenseite Zustimmung fand".



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von Wendelin Strubelt, Bonn



Vorweg

Nach dem letzten Nachrichtenblatt, das als einzige und Doppelnummer für den Jahrgang 10 sehr umfangreich geworden ist, kommt jetzt wieder "Ordnung" in das Erscheinen des Nachrichtenblatts. Dieses Heft dokumentiert vor allem die Frühjahrstagung der Sektion in Stuttgart. Das folgende Heft, das zum Jahresende erscheinen wird, wird die Vorträge und Referate, die aus der Sektion auf dem Soziologiekongreß in Dresden gehalten werden soweit als möglich dokumentieren.

Verschiedene Meinungen, die an mein Ohr gedrungen sind, veranlassen mich noch einmal darauf hinzuweisen, daß das Nachrichtenblatt so gut und ausführlich dokumentieren kann, wie Beiträge und Informationen eingehen. Es kann nicht zuletzt auch aus Kostengründen, leider nicht zu festen Terminen erscheinen, sondern immer dann, wenn Material vorliegt und es eine Lücke im Produktionsprozeß des Druckens gibt. Insofern kann das Nachrichtenblatt nur dokumentieren, aber nicht im Voraus oder punktgenau zu bestimmten Sektionstagungen informieren. Dazu muß es den Mitgliederrundbrief geben.

Ich würde mich freuen, wenn von meinem Angebot, auch außerhalb der Vorträge und Referate der Sitzungen der Sektion Beiträge aus den Reihen der Sektion einzureichen, reger Gebrauch gemacht werden würde. Bei den Hinweisen für Literatur geschieht das in umfassender Weise, bei anderen Beiträgen eher spärlich. Vielleicht gibt die Geschäftssitzung der Sektion in Dresden auch dazu noch einige neue Anregungen.

Der Redaktionsschluß für das nächste Heft ist der **15. November 1996**. Ich freue mich auf viele Beiträge und grüße Sie sehr herzlich aus Bonn.

Wendelin Strubelt

Bonn, Juli 1996

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge an meine Adresse:

Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30
53131 Bonn

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion	
Programm der Frühjahrstagung 1996	3
Protokoll der Frühjahrstagung 1996	5
Dokumentation der Frühjahrstagung 1996	
- Elisabeth Heidenreich: Kulturbegriff und Stadtsoziologie - Theoretische Grundlagen und Thesen	9
- Volker Kirchberg: Kulturerlebnis Stadt? - Money, Art and Public Places	22
- Albrecht Göschel: Aktuelle Probleme der Kulturpolitik: Legitimation, Qualität, Urbanität	53
- Frank-Olaf Brauerhoch: Ansprüche an das Kulturpublikum - und wie es "wirklich" ist	75
- Thomas Wüst: Urbanität als Stadtkultur und Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung	85
- Johannes Boettner/Katja Rempel: Die Arena in der Arena - lokale und überregionale Öffentlichkeit am Beispiel der europäischen Kulturstadt Weimar 1999	102
II. Berichte / Informationen	
Hinweis auf das 16. Bremer Wissenschaftsforum "Das Verschwinden der Städte"	124
III. Literaturhinweise	
- Diverse Literaturhinweise	128
- Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neu erworbene Literatur für die Bibliothek	142
- Anmeldeformular zum 16. Wissenschaftsforum der ZWE "Das Verschwinden der Städte"	147

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

Programm und Protokoll der Frühjahrstagung 1996

Frühjahrstagung
der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie“

Stadt und Kultur - Stadtkultur

in der Universität Stuttgart
Fakultät für Architektur und Stadtplanung
Kollegiengebäude I, Keplerstr. 11, R. 5.02
vom 28.03. (Anreise) bis 30.03.1996

II. **Programm für Freitag, den 29.03.1996**

- 9.00 Uhr** Beginn: Begrüßung und Organisatorisches: Johann Jessen (Stuttgart) und
Thomas Krämer-Badoni (Bremen)
- 9.30 Uhr** Begrüßung durch Prof. Dr. Dieter Urban (Stuttgart): Soziologie in Stuttgart.

Themenschwerpunkt 1: Stadt und Kultur - theoretische Grundlagen

- 10.00 Uhr** E. Heidenreich (Kassel): Kulturbegriff und Stadtsoziologie. Theoretische
Grundlagen und Thesen.
- 10.45 Uhr** Nachfragen
- 11.00 Uhr** Kaffeepause
- 11.15 Uhr** V. Kirchberg (Lüneburg): Kulturerlebnis Stadt? - Money, Art and Public
Places.
- 12.00 Uhr** Gesamtdiskussion
- 12.45 Uhr** Mittagspause

Themenschwerpunkt 2: Zur Rolle städtischer Kulturpolitik

- 13.45 Uhr A. Göschel (Berlin): Aktuelle Probleme der Kulturpolitik: Legitimation, Qualität, Urbanität.
- 14.30 Uhr Nachfragen
- 14.45 Uhr F. O. Brauerhoch (Frankfurt): Ansprüche an das Kulturpublikum - und wie es „wirklich“ ist.
- 15.30 Uhr Diskussion

Themenschwerpunkt 3: Stadt, Kultur und Öffentlichkeit

- 16.15 Uhr Th. Wüst (Hamburg): Urbanität als Stadtkultur und Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung.
- 17.00 Uhr Nachfragen
- 17.15 Uhr J. Boettner, K. Rempel (Weimar): Die Arena in der Arena - lokale und überregionale Öffentlichkeit am Beispiel der europäischen Kulturstadt Weimar 1999.
- 18.00 Uhr Abschlußdiskussion

III. Programm für Samstag, den 30.03.1996

- 09.00 Uhr Mitgliederversammlung (zur Diskussion für alle offen)

Vorläufige Tagesordnung

1. Schwerpunkte der weiteren Arbeit
u. a. Soziologiekongreß Dresden
Frühjahrs- und Herbsttagungen 1997
Gliederung der Sektionstagungen
 - Berichte aus Qualifizierungsverfahren (s. d. TOP 4)
 - Berichte aus Forschungsprojekten
2. Auswahlverfahren für Vorträge
Qualitätsstandards
3. Aufnahme und Mitgliedschaft
(u. a. neue Mitgliederliste)
4. Nachwuchsförderung
5. Frauenarbeitsgruppe in der Sektion
6. Leseliste der Sektion
7. Publikationsreihe
8. Verschiedenes

Volker Kirchberg/ Thomas Wüst

Protokoll der Mitgliederversammlung am Samstag, den 30.03.1996, auf der Frühjahrssitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom 28.03. bis 30.03.96 in Stuttgart

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein offener Brief an den Vorstand verteilt. Stellvertretend für die UnterzeichnerInnen erläutert M. Nerlich, daß die Herbstsitzung der Sektion in Frankfurt (Oder) für 13 Sektionsmitglieder Anlaß war, auf Defizite der Sektionsarbeit hinzuweisen.

TOP 1: Schwerpunkte der weiteren Arbeit

a) Soziologiekongreß in Dresden im Herbst, 07.10.-11.10.96:

Es wird eine gemeinsame Plenarsitzung mit der Sektion "Soziale Ungleichheit" geben. Für diese Sitzung sind 16 Exposés eingegangen, aus denen die Vortragenden ausgewählt werden. Der Auswahlprozeß wird durch Juroren aus beiden Sektionen durchgeführt. Die Jury besteht aus 5 Juroren der beiden Sektionen, davon 2 aus der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie (Walter Siebel und Peter Gleichmann). Der Vorstand der DGS hat diese Juryarbeit um ein weiteres Überprüfungsverfahren ergänzt: Alle eingesandten Beiträge erhält auch der DGS-Vorstand, um "sicher(zu)stellen, daß niemand ungerechtfertigt abgewiesen wird". Th. Krämer-Badoni hat auf dieses zweite Überprüfungsverfahren schriftlich an den DGS-Vorstand reagiert, um das Unverständnis des Vorstandes der Sektion mit diesem Verfahren auszudrücken.

Nachdem die Empfehlungen der Juroren vorliegen, will sich Th. Krämer-Badoni mit P. Berger (Vorstand Sektion Soziale Ungleichheit) am 10.04.1996 in Rostock treffen, um von seiten der beiden Sektionen das endgültige Programm für Dresden zu erstellen. Liegen viele gute Papiere vor, die mangels Zeit nicht in Dresden vorgetragen werden können, so wird möglicherweise eine Publikation avisiert.

b) Herbst-Sektionssitzung der Stadt- und Regionalsoziologie in Dresden:

Der vorläufige Titel für die Sektionssitzung in Dresden ist "Städte und Lebenswelten zwischen Integration und Differenzen". Als Thema wurde vom Vorstand das Thema "Ethnische Konflikte in Großstädten" ausgewählt (siehe Anlage zum Brief der Sektion vom 13.12.95). Die Vorbereitung wurde R. Neef übertragen. Bislang wurden zu diesem Thema vier Exposés eingereicht (Frau Waltz, Frau Baringhorst, Herr Vieillard-Baron, Herr Bremer) sowie Interesse signalisiert (Herr Sambale und Herr Veith). Das endgültige Programm steht noch nicht fest.

c) Themenbehandlung auf einer oder zwei Sitzungen der Sektion?

Th. Krämer-Badoni meint, daß entgegen der bisher üblichen Regelung auf den folgenden Sektionssitzungen nicht mehr ein Thema auf zwei sukzessive Sitzungen verteilt, sondern auf einer Sitzung behandelt werden sollte. Begründung: (1) Eine eintägige Themenkonzentration sei effektiver, und (2) es können in dem halbjährigen Rhythmus im Interesse der Soziologen mehr Themen behandelt werden. Aufgrund der Aufforderung auf der Herbstsitzung 1995 wurden vier Themenvorschläge (Stadtkultur, Ethnische Konflikte, Suburbanisierung und Stadttheorie) abgegeben; bei einer Beibehaltung der zweimaligen Behandlung würde die Sektion zur Präsentation und Diskussion also vier Jahre benötigen. Statt einer Weiterbehandlung in der Sektion sollte die avisierte Buchreihe (siehe TOP 7) diese Aufgabe übernehmen.

J. Dangschat formuliert als Gegenargument, daß bei einer zweimaligen Themensitzung eine heterogenere Mischung der Vortragenden erreicht wird. Durch die Mehrfachbehandlung sei mit einer hohen Qualität der meisten Vorträge zu rechnen. Dagegen argumentiert I. Breckner, daß sich die Vorgangsweise, in der ersten Sitzung Thesenpapiere und in der zweiten Sitzung ausgearbeitete Arbeiten vorzustellen, nicht bewährt hat. Der Zeitraum zwischen den Sitzungen sei zu kurz, um wirkliche Fortschritte zu gewährleisten.

d) Thema der Frühjahrssitzung 1997:

Von den im Herbst 1995 vorgeschlagenen Themen werden "Stadtkultur" und "Ethnische Konflikte" in diesem Jahr behandelt sein. Es fehlen noch die Themen "Suburbanisierung" und "Stadttheorie". Das Meinungsbild der Anwesenden ergibt eine Drei-Viertel-Mehrheit von 16 Stimmen für das Thema "Suburbanisierung" im Frühjahr 1997 (5 Stimmen für Stadttheorie). Das Thema für die Frühjahrssitzung ist somit "Suburbanisierung"; die Vorbereitung übernimmt Th. Krämer-Badoni. Alle an einem Vortrag Interessierten sind aufgefordert, ihm bis zum 30.06.1996 ein Exposé zuzuschicken.

e) Thema der Herbstsitzung 1997:

Es gibt noch keine Themenfestlegung für die Herbstsitzung 1997. In diesem Zusammenhang wurde diskutiert, wie zukünftig die Auswahl der bei Sektionssitzungen zu behandelnden Themen erfolgen soll. Es wurde sich darauf verständigt, das für Stuttgart praktizierte Verfahren beizubehalten. Bei jeder Sektionssitzung können neue Themenvorschläge vorgebracht werden. Ein Mitglied nimmt sich eines Themas an und verfaßt ein Exposé, das den Mitgliedern zugeschickt wird. Auf dieses Themenexposé hin senden die an einem Vortrag Interessierten ein Referatsvorschlag ein. Die inhaltliche Organisation übernehmen die VerfasserInnen des Basis-Exposés, die darüber hinaus auch auf die Einhaltung von Qualitätsstandards achten (jeweils in Zusammenarbeit mit dem Vorstand). Es wird das Thema mit der größten Resonanz (gemessen an der Zahl der eingeschickten Exposés) verhandelt.

Zur Themenauswahl: N. Staufenbiel vermißt bei den bisher vorgeschlagenen Themen einen Bereich, mit dem die ostdeutschen Kollegen besser eingebunden werden. Wichtig könnte z.B. die "Bestandsentwicklung von Zentrum und Peripherie als nachhaltige Stadtentwicklung" (angesichts der Entwicklung in und um Berlin) sein.

Als weitere Themen wurden vorgeschlagen:

1. Stadtverkehr (M. Nerlich)
2. Digitale Städte und virtuelle Räume - neue Aspekte der Stadt- und Regionalsoziologie (M. Nerlich)
3. Bestandsentwicklung als Strategie für Nachhaltigkeit (N. Staufenbiel)
4. Rolle der Stadt- und Regionalsoziologie bei der Lokalen Agenda 21 (J. Dangschat) unter Berücksichtigung von Healthy City - Programmen (I. Breckner)
5. Globalisierung (L. Mättig)

Exposés zu diesen und weiteren möglichen Themen sollen bis zum 30.06.96 beim Vorstand eingereicht werden. Darüber hinaus steht weiterhin das Thema "Stadttheorie" als Vorschlag zur Diskussion; hier liegt schon ein Exposé vor.

Der Ort der Frühjahrssitzung 1997 wird auf der Sitzung in Dresden im Herbst 1996 festgelegt.

f) Zukünftige Gliederung der Sektionstagungen:

Eine längerfristige Planung und Vorbereitung von Themenschwerpunkten (wie in Stuttgart) sollte beibehalten werden, um einen weiteren Kreis von KollegInnen wieder aktiver in die Sektionsarbeit einzubinden. Eine Reihe von KollegInnen haben sich entsprechend geäußert.

Die Sektionssitzungen sollen in der Regel auch zukünftig von Donnerstag bis Samstag dauern. Donnerstags sollen keine inhaltlichen Vorträge gehalten, sondern sich wie gehabt auf ein informelles abendliches Zusammenkommen beschränkt werden (dies wurde per Abstimmung mit großer Mehrheit beschlossen). Am Freitag soll nur ein Thema mit einer Zahl von höchstens sechs Vorträgen verhandelt werden, um ausreichend Raum für Diskussionen zu gewährleisten. Der Rhythmus jeweils eines Diskussionsblockes nach zwei thematisch zusammengehörigen Vorträgen sollten beibehalten werden. Dies wurde per Abstimmung mehrheitlich beschlossen. Am Samstag sollen zwischen 9 und 11 Uhr entweder Qualifizierungsarbeiten (Dissertations- oder Habilitationsvorhaben) vorgestellt oder aus Forschungsprojekten berichtet werden. An einer Vorstellung Interessierte sollten ihre Vorschläge schriftlich an den Vorstand richten. Im

Zweifel soll die Vorstellung von Qualifizierungsarbeiten Priorität haben (per Abstimmung mehrheitlich beschlossen). Im Anschluß daran findet samstags die Mitgliederversammlung statt.

Es wird noch einmal darauf hingewiesen, die Vortragspapiere so rechtzeitig an die TeilnehmerInnen zu verschicken, daß sie dort als Grundlage einer Diskussion bekannt sind.

TOP 2: Auswahlverfahren der Vorträge und Qualitätsstandards:

Das Auswahlverfahren wurde unter TOP 1 behandelt. Dabei achtet der Vorstand auf Qualitätsstandards. Einer weiteren Veröffentlichung im Nachrichtenblatt der Sektion sollte eventuell eine Ergänzung oder Überarbeitung der Texte vorangehen, um qualitätsvollere Beiträge abzdrukken. Die Diskussion der Vorträge auf der Sektionssitzung sollte in die Artikel eingearbeitet werden. Der Vorstand wird z.T. auch schriftlich (kreative) Kritik an den Vorträgen üben, um die Überarbeitung zu fördern. Erst dann gibt es eine Veröffentlichung im Nachrichtenblatt. Wenn nötig, so wird die Überarbeitung der Texte der Stuttgart-Sitzung bis Ende April 1996 geschehen.

TOP 3: Aufnahme und Mitgliedschaft:

Die Sektion verfügt über keine eigenen finanziellen Ressourcen. Da eine Mitgliederliste mit 250 Personen finanziell untragbar ist (wg. Porto für das Versenden von Mitteilungen), wurde die schriftliche Bestätigung einer auch zukünftigen Mitgliedschaft vom Vorstand im letzten Rundschreiben mittels eines zurückzusendenden Formulars eingefordert. Danach sind jetzt noch ca. 150 Personen Mitglied in der Sektion. Im Einzelfall hat Th. Krämer-Badoni die aktuelle Mitgliederliste um einige Namen ergänzt, da deren Ausschluß einen Affront bedeutet hätte.

Aufnahmekriterien sollten nicht in Frage gestellt werden. Früher war es notwendig, einen Vortrag für die Mitgliedschaft zu halten, dies sei aber angesichts der Mitgliederzahl nicht im Sinne einer ausgewählten thematischen Schwerpunktfestlegung. Aufnahmekriterium bleibt die Teilnahme an zwei Sitzungen. Ab der dritten Sitzung ist man stimmberechtigtes Mitglied.

Die Skepsis hinsichtlich eines monetären Zwangsbeitrages für eine Mitgliedschaft überwiegt. Die Sektion sei eine wissenschaftliche Vereinigung, kein Verein. Die Idee eines freiwilligen Mitgliederbeitrages sollte aber weiter diskutiert werden. Es wurde beschlossen, dem nächsten Rundschreiben eine Einzugsermächtigung an den Vorstand beizufügen. Die Mitglieder werden gebeten, diese zu erteilen. Diskutiert wird ein freiwilliger Beitrag von DM 10,00 pro Jahr.

TOP 4: Nachwuchsförderung:

Die Idee der Sommerakademie, von D. Ipsen und K. Schmals vorgeschlagen, soll weiterverfolgt werden. K. Schmals wollte dafür möglichst viele DoktorantInnen und HabilitandInnen einladen. Th. Krämer-Badoni meint, daß eine große Zahl von TeilnehmerInnen allerdings unproduktiv sei. J. Dangschat meint aus der Erfahrung einer entsprechenden Veranstaltung in Kopenhagen, daß ca. 25 Personen eine gute Zahl wären.

Auf eine Anfrage des Vorstandes bei ProfessorInnen nach DoktorantInnen und HabilitandInnen gab es allerdings nur eine geringe Reaktion. Nur zwei ProfessorInnen nannten Namen und Adressen - das Interesse bei den Lehrenden müßte noch verbessert werden.

Das Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ) wird dieses Jahr eine Sommerakademie durchführen. Die Erfahrungen mit dieser Akademie sollten von der Sektion für die weitere Planung aufgegriffen werden. Interessant ist die Förderung einer solchen Sommerakademie durch mögliche Stiftungen etc.; dies sollte weiter verfolgt werden, um die Teilnahme nicht am Geldmangel scheitern zu lassen.

D. Keim könnte für eine Sommerakademie in Erkner bei Berlin im IRS Räume zur Verfügung stellen. Th. Krämer-Badoni möchte allerdings die Akademie in einer Universität durchführen, um dadurch für mehr Öffentlichkeit zu sorgen. Der Vorstand wird sich bei D. Keim für das Angebot bedanken und mit J. Dangschat, D. Ipsen und K. Schmals einen Termin vereinbaren, um weiter über die Akademie nachzudenken. Weiter wird das Thema auf der Frühjahrssitzung 1997 besprochen.

TOP 5: Frauenarbeitsgruppe in der Sektion:

Auf dem Soziologenkongreß in Dresden wird eine informelle Kooperation mit der Sektion Frauenforschung durchgeführt: M. Löw trägt auf der entsprechenden Sitzung vor. Th. Krämer-Badoni bittet darum, die Beziehungen zwischen der Sektion und der Frauenarbeitsgruppe von beiden Seiten systematischer zu verstärken.

TOP 6: Leseliste der Sektion:

Für einen Abdruck der Liste Ende 1997 in einer DGS-Veröffentlichung können maximal 40 Literaturhinweise zusammengestellt werden. Der Vorstand bittet die Lehrenden in der Sektion, ihre Leselisten zu Seminaren der Stadt- und Regionalsoziologie einzureichen. Bei Mehrfachnennungen durch verschiedene Lehrende wird das Werk in der Liste dann berücksichtigt.

TOP 7: Publikationsreihe:

Wenn es Interesse bei einem Verlag gibt, dann würde der Vorstand diese Idee unterstützen. Eine Publikation sollte jeweils einen Themenschwerpunkt einer Sektionssitzung behandeln, unter Hinzuziehung von externen Experten des Themas und umfangreicher herausgeberischer Überarbeitung der eingereichten Papiere. Es sollen in dieser Reihe keine anderen Themen als die auf den Sektionssitzungen behandelten veröffentlicht werden, ebenso keine Monographien. Es müsse ein gutes Buch werden, damit die Sektion dafür offiziell Verantwortung zeichne, d.h. die Herausgabe im Auftrag der Sektion geschieht.

I. Breckner und G. Sturm berichten aus Erfahrungen mit Buchreihen aus den Sektionen Biographieforschung und Frauenforschung.

J. Dangschat hat in dieser Frage Kontakte zu einem Verlag aufgenommen. Wichtig ist es dabei für den Verlag, daß diese Reihe als "offizielle Reihe der Sektion" bezeichnet werden kann. I. Breckner fragt nach, ob es eventuell Differenzen in den Zielvorstellungen zu dieser Reihe zwischen dem Verlag und der Sektion geben könnte, z.B. wenn der Verlag v.a. "VIP-Wissenschaftler" als HerausgeberInnen haben möchte und die Sektion allein Themen der Sitzungen veröffentlicht haben möchte. Dieses Thema sollte im kleinen Kreis weiter bearbeitet werden.

TOP 8: Verschiedenes:

a) I. Breckner weist auf eine Ausschreibung der TU Hamburg-Harburg auf eine Promotionsstelle (wissenschaftliche(r) MitarbeiterIn) hin (Thema: Soziale Verträglichkeit) und bittet um Bekanntgabe dieser Ausschreibung.

b) Der Vorstand macht sich Gedanken zu festen Modalitäten der Wahl des Vorstandes der Sektion und wird zur Herbstsitzung dazu schriftlich Vorschläge vorlegen.

Dokumentation der Frühjahrstagung 1996

Elisabeth Heidenreich

Kulturbegriff und Stadtsoziologie
Theoretische Grundlagen und Thesen

Einleitung

Heute wird der Begriff Kultur in den Sozialwissenschaften kaum noch als umfassender Allgemeinbegriff verwendet, es sei denn, man möchte eine grundlegende Unterscheidung ausdrücken. In diesem Fall fungiert er als Grenzbegriff - zum Beispiel zu Natur -, ist also Teil eines meist antagonistisch gedachten Begriffspaars. Seine weitaus häufigere Verwendung findet er jedoch in den zusammengesetzten Begriffen, die jeweils näher bestimmen, um welche einzelne Kultur es geht. Hier folgt der Begriff Kultur der Einsicht in die Ausdifferenzierung unserer Lebenswelt und unserer Gesellschaft und hier entfaltet sich ein potentiell unendliches Feld seiner Verwendung, angefangen von der Eß-, Bade-, Freizeit- und Alltagskultur über die Arbeiter-, Jugend-, Sub-, Konsum- und Unternehmenskultur bis hin zur Rechts- oder Hochkultur. In diesem Rahmen stehen auch die Begriffe Dorfkultur, städtische Kultur und Stadtkultur. Alle diese zusammengesetzten Kulturbegriffe signalisieren kulturelle Pluralität, die unterstellte Unmöglichkeit, in unserer Gesellschaft noch von einer allgemeinen umfassenden Kultur im Singular zu sprechen.

Eine grundsätzlich andere Bedeutung haben demgegenüber die zusammengesetzten Begriffe Kulturpolitik, kulturelle Investitionen und Kulturstadt (Europas). Sie verweisen nicht auf die historische Ausdifferenzierung einzelner lebensweltlicher oder gesellschaftlicher Kulturbereiche, sondern auf die Plan- und Machbarkeit von Kultur, wobei sie den Kulturbegriff wieder als umfassenden Allgemeinbegriff verwenden. Doch ist Kultur - sei es im Singular, sei es im Plural - plan- und machbar? Fußgängerzonen, Museen, Festivals, Veranstaltungen und Vergnügungsparks sind gewiß plan- und machbar - doch sind sie auch Kultur bzw. wie werden sie zu Kultur? Was ist überhaupt Kultur und wie und warum entsteht sie? Diese Frage ist auch dann relevant, wenn man von der Pluralität von Kultur in unseren westlichen Gesellschaften ausgeht, denn all die einzelnen gesonderten Kulturbereiche müssen schließlich etwas Gemeinsames aufweisen, damit der Kulturbegriff sinnvoll auf sie angewendet werden kann.

Ich will hier also nach dem fragen, was unter dem Begriff Kultur zu verstehen sei, was das Spezifische von Kultur ist. Erst die Beantwortung dieser Frage macht es möglich, Kultur als wissenschaftlichen Gegenstand von anderen sozialen Gegenständen abzugrenzen und sich Klarheit darüber zu verschaffen, wonach man eigentlich fragt, wenn man zum Beispiel nach der städtischen Kultur fragt. Wortgeschichte und Kulturtheorie sollen mir dabei helfen. In einem zweiten Teil möchte ich versuchen, den so gefundenen Kulturbegriff auf die Stadt zu beziehen.

Wortgeschichte

Es ist nicht immer nützlich, sich die Geschichte eines Begriffes anzusehen, doch im Falle des Kulturbegriffs macht es Sinn, denn wir können dabei beobachten, wie sich die einzelnen Bedeutungsschichten des Begriffes entfalten, die heute noch gültig sind und seine Komplexität und schillernde Vieldeutigkeit ausmachen.

Kultur ist vom lateinischen Wort "cultura" entlehnt (1), das seinerseits vom Verb "colere" stammt. "Colere" bedeutet "drehen, wenden, bebauen" und mit diesem Verb wurde sowohl die agrarische Tätigkeit - das Anbauen, Veredeln, Bestellen - wie auch deren Voraussetzung - das Ackerland - bezeichnet. Diese agrarische Herkunft des Kulturbegriffs ist heute noch zu erkennen, so zum Beispiel in den Bezeichnungen Obst- und Monokultur oder im Begriff Kulturlandschaft.

Schon in der römischen Klassik wurde die agrarische Wortbedeutung metaphorisch auf ein anderes Gebiet übertragen. Jetzt konnte nicht nur das Ackerland, sondern auch der menschliche Geist - "animi" - kultiviert, also gepflegt, veredelt, bebaut werden: "cultura autem animi philosophia est", "Pflege des Geistes aber ist die Wissenschaft" schrieb Cicero. Was bei dieser metaphorischen Übertragung erhalten blieb, ist das Moment der menschlichen Anstrengung. Ohne tätiges Zutun zum Boden oder zum angeborenen menschlichen Geist keine Kultur. Wir haben hier die erste Bedeutungsschicht von Kultur im Sinne von "Kultivieren von etwas" vor uns. Etwas Vorhandenes, sei es der Boden, sei es der angeborene Geist, wird bearbeitet, der Zusammenhang, die Vermittlung von Material und Tätigkeit ist Kultur. Diese Bedeutungsschicht kann als die ergologische (werkschaffende) bezeichnet werden. Sie hat sich nicht nur bis in die heutigen agrarischen Begriffe erhalten, sondern ist auch eine der Bedeutungsschichten des bildungsbürgerlichen Kulturbegriffs, in dem es explizit um die Pflege und Erziehung des Menschen geht.

Wird der Mensch kultiviert, so verbindet sich die ergologische Bedeutungsschicht des Kulturbegriffs sofort mit Sittlichkeit. Denn seine Veredelung kann nicht wertneutral erfolgen, sondern zielt auf die Ausbildung einer Moral. Diese ist sowohl als selbstbezügliche - im Sinne von Würde und der Bekämpfung eigener Laster -, wie auch als intersubjektive Moral zu verstehen. Eine lasterhafte, sittenlose "cultura animi" konnten sich weder Cicero, noch die Renaissance, noch die Aufklärung, noch die Bildungsbürger vorstellen. Diese moralisch-sittliche Bedeutungsschicht des Kulturbegriffs ist heute zum Beispiel in den Begriffen politische Kultur oder Rechtskultur angesprochen und gemeint.

Bezieht sich die ergologische Bedeutungsschicht von Kultur auf die Vermittlung von vorhandener Natur und Tätigkeit und die moralisch-sittliche Bedeutungsschicht auf die Vermittlung des Menschen mit sich selbst und mit anderen, so tritt in der Aufklärung noch eine dritte Bedeutungsschicht hinzu, die die Vermittlung der Menschen untereinander noch stärker betont und die als soziative Bedeutungsschicht bezeichnet werden kann. Private und

staatsrechtliche Bindungen, wechselseitige Verpflichtungen, Takt und gutes Benehmen kennzeichnen für den radikalen Frühaufklärer Pufendorf Kultur. Sie bedeutet das Empfinden einer Zusammengehörigkeit aufgrund geteilter Sittlichkeit und Verpflichtung, sie bedeutet das Sich-Einstellen in eine Gemeinschaft. Unsere heutigen Begriffe Jugendkultur, Arbeiterkultur, Subkultur oder auch Nationalkultur spiegeln diese Bedeutungsschicht wieder.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in allen historischen Bedeutungsschichten des Kulturbegriffs eine Vermittlung angesprochen ist. Während die werkschaffende, ergologische Bedeutungsschicht, die aus der bäuerlichen Welt stammt, die Vermittlung von gegebener Natur und menschlicher Tätigkeit meint, so fokussieren die moralische und die soziative Bedeutungsschicht die Vermittlung des Menschen mit sich selbst und mit anderen. Anstatt mit dem hochabstrakten Vermittlungsbegriff kann das, was allen Bedeutungsschichten gemeinsam ist, auch mit dem alltäglichen Begriff Umgangsform bezeichnet werden. Das Kultivieren von Boden ist eine Umgangsform mit ihm, genauso wie das Sittliche und das Soziative Umgangsformen mit sich selbst und mit anderen sind.

Umgangsformen beziehen sich auf etwas und gestalten und strukturieren dieses Bezogensein. Doch wer oder was gestaltet, formt, strukturiert hier? Nach Cicero werden die Menschen und ihre sittlichen Beziehungen mit Geistigem - Wissenschaft, Philosophie - kultiviert, und auch die Humanisten, die Aufklärer und die Bildungsbürger glaubten das. Und da auch der Bauer nicht ohne Sinn und Verstand seinen Boden kultiviert, hat sein Umgang mit dem Ackerland eine geistige Komponente. Ist der Urheber und Akteur der gestaltenden und vermittelnden Leistung, die Kultur genannt wird, in letzter Instanz also das, was in der traditionellen Philosophie Geist heißt? Diese Frage leitet über zur Kulturtheorie und zu den Fragen, die sich auch die Ethnologen oft gestellt haben: wie entsteht Kultur und wo und wie kann sie empirisch erfaßt werden? Diese Fragen müssen wenigstens ansatzweise beantwortet werden, will man Kultur zu einem wissenschaftlichen Gegenstand machen.

Kulturtheorie

Das Wort Kultur ist, wie wir sahen, sehr alt und die Sache selbst sicherlich so alt wie die Menschheit. Dennoch hat die wissenschaftliche Reflexion über das, was denn nun Kultur unabhängig von den jeweilig geltenden kulturellen Inhalten sei, erst im 19. Jahrhundert begonnen. Diese späte Entwicklung der Kulturtheorie ist unübersehbar eine Folge der Dominanz der Naturwissenschaften. Die notwendige Auseinandersetzung mit ihnen läßt sich in zwei Phasen einteilen, die zu zwei völlig entgegengesetzten Ergebnissen führten.

Noch 1939 schrieb Cassirer, daß die Kulturtheorie nach wie vor das "fragwürdigste...Gebiet" der Philosophie sei, daß sie zwar in der Renaissance ihren Anfang genommen hätte, sich aber neben den klassischen philosophischen Gebieten Logik, Moralphilosophie und Naturphilosophie auf

lange Zeit nicht hat durchsetzen können und dann fährt er fort: "Diese Hemmung ist keine bloß zufällige...Denn sie stammt aus der stärksten positiven und produktiven Kraft, über die jene ersten Jahrhunderte des modernen Geistes verfügten. Es ist die Mathematik und die mathematische Naturwissenschaft, die das Erkenntnisideal dieser Epoche geformt hat...Sollte daher die Wirklichkeit der Kultur der philosophischen Vernunft zugänglich ... sein, sollte sie nicht in mystischem Dunkel oder in den Fesseln der theologischen Tradition verbleiben, so mußte sie, in demselben Sinne wie der physische Kosmos, mathematisch faßbar und deutbar sein." (2)

Zuerst führte die Konfrontation mit den Naturwissenschaften also zur Übernahme ihrer Axiome, Methoden und Erkenntnisideale. Klassische Physik und aufstrebende Biologie, Kausalitätsaxiom und strenger naturalistischer Determinismus bildeten die Grundlagen für die französischen Kulturtheorien des 19. Jahrhunderts. Hier wurde die Kulturwissenschaft als eine Naturwissenschaft entworfen. Saint-Beuve bezeichnete sich als "Naturforscher im Reiche des Geistes" und sein Schüler Hippolyte Taine entwarf ein Schema, das für alle kulturwissenschaftlichen Betrachtungen gelten sollte. Nach ihm ist Kultur aus der Trias Rasse, Milieu und Moment kausal abzuleiten. So kam der Milieubegriff in die Kultur- und Sozialwissenschaften. Aber diese Kulturtheorie war nicht nur deterministisch, sondern durch den Evolutionsgedanken der Biologie auch mit einer optimistischen Zukunftshoffnung verknüpft. Die Entwicklung der Kultur würde zu Glück, Frieden und allgemeinem Fortschritt führen.

In der gleichen Zeit entwickelten sich auch in Deutschland deterministische Kulturtheorien, deren Wissenschaftsideal ebenfalls die Naturwissenschaften waren. So begründete Marx die Kultur in den Formen der Arbeitsteilung, mußte aber gleichzeitig erkennen, daß der sogenannte Überbau nicht umstandslos materialistisch aus dem ökonomischen Unterbau abzuleiten ist. Auch der Evolutionsgedanke und die Begründung von Kultur auf den neuen Wissenschaften Biologie und positive Psychologie waren in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbreitet.

Dieser friedlichen Koexistenz von Natur- und Kulturwissenschaft wurde erst in der Jahrhundertwende unter anderem durch Wilhelm Dilthey und die Neukantianer Windelband und Rickert ein unfriedliches Ende bereitet. Die Geisteswissenschaften, wie sie jetzt hießen, sollten sich nicht nur durch ihre Gegenstände, sondern vor allem durch ihre Methode und ihre wissenschaftlichen Ziele von den Naturwissenschaften abgrenzen und ein ganz eigenes wissenschaftliches Reich bilden. An die Stelle naturalistisch-kausaler oder ökonomisch-kausaler Ableitung und Erklärung von Kultur traten das Sinnverstehen von Handlungen und kulturellen Produkten und die Erforschung ihrer sozialen Bedeutungen - und an die Stelle der optimistischen evolutionären oder revolutionären Zukunftshoffnung trat eine eher nachdenkliche Haltung. Die Soziologien Max Webers und Georg Simmels stehen im Rahmen dieser abgrenzenden Bewegung. Für Weber ist Kultur "ein vom Standpunkt des Menschen aus mit Sinn und Bedeutung bedachter endlicher Ausschnitt aus der sinnlosen Unendlichkeit des Weltgeschehens." Die Voraussetzung jeder Kulturwissenschaft sind nach ihm nicht die mathematischen oder ökonomischen Wissenschaften, sondern die

Tatsache, "daß wir Kulturmenschen sind, begabt mit der Fähigkeit und dem Willen, bewußt zur Welt Stellung zu nehmen und ihr einen Sinn zu verleihen." (3) In seinem Essay "Die Großstädte und das Geistesleben" hat Simmel sowohl die Stellungnahmen gegenüber der großen Stadt wie auch Sinn und Bedeutung einzelner ihrer ökonomischen und sozial-räumlichen Faktoren - Geld, Arbeitsteilung, Größe, Dichte - untersucht.

Dies sind ganz neue Töne, die den Gegenstand Kultur zwischen der Skylla mystischer oder metaphysischer Begründung und der Charyptis mathematisch-naturwissenschaftlicher Grundlegung hindurchsteuern und ihn als einen eigenständigen Gegenstand empirischer Erfahrungswissenschaft konstituieren. Der Anspruch auf empirische Erkennbarkeit wird nicht aufgegeben, aber die Gegenstände des Erkenntnisinteresses sind nicht mehr die biologische oder psychologische Natur des Menschen oder die ökonomische Materialität, sondern die Handlungs- und Symbolisierungsprozesse, in denen und mit denen der natürlichen und menschlichen Welt Sinn und Bedeutung verliehen werden. Weber wehrt sich vehement gegen den Anspruch der materialistischen Sozialökonomie, kulturelle Phänomene aus wirtschaftlichen Interessen abzuleiten. Er sieht die Dinge anders. Er versteht die Ökonomie selbst als einen Teil der Kultur - insofern sie Sinn und Bedeutungen hervorbringt -, und er konstatiert Wechselwirkungen zwischen einzelnen kulturellen Bereichen, zum Beispiel zwischen Religion und Ökonomie. Seine protestantische Ethik hat die Entstehung der kapitalistischen Wirtschaftsform ungemein erhellt. Weber hat auch den historischen Wandel von Kultur untersucht, aber eine theoretische Reflexion des Phänomens Kultur hat er aus seiner sozialwissenschaftlichen Perspektive nicht durchführen können. Dies ist Aufgabe der Kulturphilosophie und Ernst Cassirer hat hier eine, wie ich meine befriedigende, Antwort gegeben, auf die alle, die in ihrem wissenschaftlichen Gegenstand den Begriff Kultur haben, zurückgreifen können.

Wir können relativ umstandslos in Cassirers Kulturphilosophie einsteigen, wenn wir uns noch einmal die Wortgeschichte vergegenwärtigen. Zusammenfassend hatte ich versucht, die Gemeinsamkeit der drei Bedeutungsschichten von Kultur herauszuarbeiten. Sie bestand darin, daß es sowohl in der ergologischen wie in der moralisch-sittlichen und der soziativen Bedeutungsschicht um eine Gestaltung von Verhältnissen ging, sei es zwischen Mensch und Natur, sei es innerhalb des Menschen selbst, sei es zwischen Mensch und Mensch. Als den Urheber und Akteur dieser gestaltenden und vermittelnden Leistung hatten sowohl Cicero wie auch Renaissance, Aufklärung und Neuhumanismus den menschlichen Geist angegeben. Was sagt nun Cassirer?

1. Dem menschlichen Geist sind weder natürliche noch soziale Welt und Wirklichkeit einfach gegeben. Sie sind intuitiv, also der bloßen Anschauung nach, unzugänglich. Auch der Verstand kann sie nicht unmittelbar erfassen.
2. Die unzugängliche Fülle der äußeren Eindrücke kann dem Menschen erst dann zugänglich werden, wenn er Formen aus sich herauspinnt, in die die diffuse Fülle der Erscheinungen gleichsam hineingegossen werden können.

Cassirer hat diesen Vorgang so beschrieben: "Als der Grundzug alles menschlichen Daseins erscheint es, daß der Mensch in der Fülle der äußeren Eindrücke nicht einfach aufgeht, sondern daß er die Fülle bündigt, indem er ihr eine bestimmte Form aufprägt, die letzten Endes aus ihm selbst, dem denkenden, fühlenden, wollenden Subjekt her stammt... (Er begnügt sich nicht damit), den Eindruck des Äußeren zu empfangen, sondern (verknüpft und durchdringt) ... jeden Eindruck mit einer freien Tätigkeit des Ausdrucks. ... Eine Welt selbstgeschaffener Zeichen und Bilder tritt dem, was wir die objektive Wirklichkeit nennen, gegenüber und behauptet sich gegen sie in selbständiger Fülle und ursprünglicher Kraft." (4)

3.

Durch diese formende, also aufprägende und ausdrückende Leistung werden Welt und Wirklichkeit dem Menschen erst zugänglich, d.h.: faßbar und handhabbar. Das ist das eine. Das andere ist, daß sie als geformte und symbolisch ausgedrückte gleichzeitig und unausweichlich auch "eine bestimmte Bedeutung, einen eigentümlichen ideellen Gehalt" (5) empfangen.

4.

Der Mensch kann nicht in jedem Moment neue symbolische Formen aus sich herausspinnen, sondern entwickelt in Interaktion mit anderen Menschen relativ stabile Fassungen, mit denen Welt und Wirklichkeit repräsentiert und gedeutet werden können. Die großen, historisch bekannten Fassungen sind nach Cassirer Mythos, Religion, Recht, Wissenschaft, Kunst, Technik, Bild und Sprache. Er sieht in ihnen keine evolutionäre historische Abfolge, sondern sie existieren für ihn auch in der Moderne gleichberechtigt nebeneinander als Möglichkeiten, Welt zu formen und zu erfassen.

5.

Obwohl alle diese kulturellen Großformen nur intersubjektiv entstehen können, bleibt der Einzelmensch als Gattungswesen der Fluchtpunkt von Cassirers Kulturtheorie. Er ist ihr eine Art Kraft- und Erneuerungszentrum für die Leistungen Formung und Ausdruck, keine Substanz. Er ist das "animal symbolicum", das nur in seinen selbstgeschaffenen Zeichen und Bildern, in seinen Symbolen und Deutungen, kurz: im Spiegel seiner gelebten und geschaffenen Kultur erkennbar ist. Und wir können, wie Cassirer sagt, "diesen Spiegel nicht umwenden, um zu sehen, was hinter ihm liegt." (6)

Gesetzt, diese Kulturphilosophie erfaßt das Entscheidende an dem, wie Kultur entsteht, welche Funktion sie hat und wo sie zu verorten ist, dann muß der Sozialwissenschaftler, der sie in den Blick nehmen will, umgekehrt vorgehen: Er hat mit der vorgängigen Leistung des sinn- und bedeutungsgebenden Ausdrucks der natürlichen und sozialen Wirklichkeit zu rechnen und alle Ausdrucksträger - seien es Handlungsabläufe, Gesetzestexte, Kunstwerke, Zeitungsartikel, Bauten oder technische Anlagen - als sein empirisches Material zu nehmen. Dieses hat er nach zwei Richtungen hin zu befragen. Er muß zum einen nach dem Erfahrungsausschnitt, der hier repräsentiert wird, fragen, und zum anderen nach den Bedeutungen, die hier ausgedrückt werden. Er hat, wie der Ethnologe Clifford Geertz es ausdrückt, Kultur als ein "selbstgesponnenes Bedeutungsgewebe" (7) anzusehen.

Da dieses Gewebe zwischen den Menschen gesponnen wird, ist es erstens im weitesten Sinne öffentlich. Es gibt keine private Kultur. Da es zweitens in

der freien Tätigkeit des Ausdrucks seinen Grund hat, ist es prinzipiell unabgeschlossen und uneinheitlich. Sowohl die symbolischen Formen wie auch die ausgedrückten Bedeutungen wandeln sich und machen sich auch Konkurrenz. Da das "selbstgesponnene Bedeutungsgewebe" drittens Erfahrungsinhalte ausdrückt, ist es mit der Logik des tatsächlichen Lebens verbunden. Es darf also nicht als reines Symbolsystem genommen werden, so wie es die Strukturalisten tun, sondern muß mit sozialem Handeln und Verhalten verknüpft werden. Da es viertens eine Welt und Mensch, Mensch und Mensch vermittelnde Funktion hat, ist der soziale Diskurs zu beachten, der mit den geschaffenen Bedeutungen geführt wird, selbst wenn er, wie Geertz es ausdrückt, "in verschiedenen Zungen und ebenso sehr mit Taten wie mit Worten geführt" (8) wird. Und wir können hinzufügen: selbst wenn er mit Architektur, Verkehrssystemen, Spaßbädern, Schauspiel- oder Hochhäusern, Lebensstilen und kulturellen Investitionen der Wirtschaft geführt wird.

Stadt und Kultur

Dies deutet schon an, daß der kulturwissenschaftliche Blick auf die Stadt, so wie ich ihn verstehe, kein Blick ist, der irgendwelche zusätzlichen Teile ihrer Ausstattung anvisiert. Er will auch nicht die anderen sozialwissenschaftlichen Blicke auf sie ersetzen, sondern versteht sich vielmehr als ein Immer-Weiter-Fragen da, wo die anderen Perspektiven aufhören zu fragen. Das heißt keineswegs, daß der kulturwissenschaftliche Blick meint, ans Ende aller Fragen zu kommen. Er selbst gibt sich dann zufrieden, wenn er die kulturellen Bedeutungen städtischer und Stadt konstituierender Phänomene erfaßt hat.

Mit den folgenden drei Thesen, die anhand von Beispielen konkretisiert werden sollen, möchte ich diesem Immer-weiter-Fragen einen kleinen theoretischen Rahmen geben.

Erstens:

Die Stadt ist die größte Objektivation von Kultur, die wir kennen, oder, in Cassirers Worten, der größte Spiegel, in dem sich menschliche Kultur erkennen und betrachten läßt. Er entsteht und entwickelt sich durch Interstrukturierung unterschiedlicher kultureller Formen und Bedeutungen.

Zweitens:

Die Stadt ist selbst ein Urheber kultureller Bedeutungen.

Drittens:

Die Stadt nimmt extern entstandene kulturelle Muster auf und verwandelt sie sich an.

Wie Simmel in seinem Essay "Die Großstädte und das Geistesleben" zu Recht feststellt, haben wir es bei der Stadt mit einer mächtigen Vergegenständlichung von Kultur zu tun, man kann auch sagen: mit einer mächtigen Kristallisation von Kultur. Hier spielen alle Formen, in die Welt

gegossen werden kann, eine Rolle: angefangen von den Natur- und Ingenieurwissenschaften, dem Recht, der Wirtschaft, den Bau- und anderen Künsten über Religion und Sprache bis hin zu einzelnen lebensweltlichen kulturellen Formen. In die Stadt, wie wir sie kennen, sind alle diese Formen der Wirklichkeitserfassung und Deutung eingegangen, sei es in gegenseitiger Ergänzung oder in antagonistischer Konkurrenz. Auf einem hohen Abstraktionsniveau kann man sagen, daß sich Stadt durch Interstrukturierung unterschiedlicher kultureller Formen und Bedeutungen entwickelt. Folgendes Beispiel, in dem es um die Entstehung unseres städtischen Wassersystems geht, soll solch eine Interstrukturierung zeigen und deutlich machen, daß die kulturellen Bedeutungen, die dabei entwickelt wurden, auch heute noch wirksam sind.

Ab den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde das in der Stadt befindliche Wasser - Grund- und Regenwasser, Brunnen und kleine Bäche, Latrinen und Abflußrinnen - von Seiten der Hygieniker, Ärzte, Ingenieure, Politiker und Verwaltungsfachleute immer deutlicher mit Armut, Elend, Tod und Teufel - will sagen: Cholera und soziale Revolution - verbunden. Und der soziale, moralische und physiologische Fortschritt, also Wohlstand, Gerechtigkeit, sozialer Friede, Sittlichkeit, Disziplin, Reinheit und Gesundheit wurde mit der Trockenlegung der Städte und der Einrichtung einer zentralen Wasserver- und Entsorgung verknüpft. Schon seit der Aufklärung hatte es eine Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Sozialhygienikern und den freien Städten gegeben, die sich vor allem in kommunalen Gesetzeswerken niederschlug. Doch nun bringen die Natur- und Ingenieurwissenschaften eine neue Qualität in diese Interaktion, indem sie die ehemals weit aufgefächerte Problematik eingrenzen und die sozialen und medizinischen Theorien in handfeste städtische Technik umsetzen. Unter der Erde unserer heutigen Städte liegt also einerseits eine großartige Ingenieurleistung, dessen Netzwerk zum Paradigma für alle folgenden städtischen und nicht-städtischen Netze wurde, und andererseits ein Zusammenwirken von drei kulturellen Bereichen, durch das neue städtische Bedeutungen kreiert und mit dem technischen Wassernetz verknüpft wurden. Die Erfahrungen, die hinter dieser konzertierten Aktion standen, waren im wesentlichen zwei: immer wiederkehrende Epidemien und soziale Unruhen in den wachsenden Städten. Heute ist von Armut im Zusammenhang mit dem städtischen Wasser zwar keine Rede mehr, aber das wirtschaftliche Vorankommen der Städte wird nach wie vor mit der Absicherung ihrer Wasserversorgung verbunden und der hygienische Aspekt taucht immer dann bei Wasserexperten und städtischer Bevölkerung auf, wenn Veränderungsvorschläge den erreichten hygienischen Stand zu bedrohen scheinen. Soviel zur ersten These, daß die Stadt die größte bekannte Objektivation von Kultur ist und sich durch Interstrukturierung entwickelt.

Das eben angeführte Beispiel ist auch tauglich, um die zweite These zu erhellen: Die Stadt ist ein Urheber kultureller Bedeutungen. Denn ohne die Notwendigkeit, für die wachsende Stadt eine einigermaßen gesunde Wasserver- und Entsorgung zu schaffen, wäre das kulturelle Muster aus Sauberkeitsstandards, sozialer Integration, Sicherheitsdenken und Versorgungsbequemlichkeit, in dem wir heute leben, wahrscheinlich nicht

entstanden. Aber die Stadt wirkt kulturell nicht nur auf sich selbst, was folgendes Beispiel zeigen soll.

Seit der Jahrhundertwende, also ab dem Moment, wo sich die großen Städte technisch, wirtschaftlich und lebensweltlich einigermaßen konsolidiert hatten, wurde die Stadt immer deutlicher zum kulturellen Vorbild für das Land (9). Ökonomisches Denken, Ordnung und Reinlichkeit, Trennung von Arbeit und Freizeit, Konsum von Handelsgütern, Information und Unterhaltung wurden im Laufe des 20. Jahrhunderts - zusammen mit ihren technischen Voraussetzungen -, in die Dörfer und kleinen Landstädte übertragen, in Hessen zum Beispiel in den 50er und 60er Jahren mit großem Erfolg. "Unser Dorf soll schöner werden" hieß es damals, man könnte auch umformulieren und sagen: "Unser Dorf soll städtischer werden". Die kulturelle Verstädterung des Landes ist wahrscheinlich auch eine Bedingung für den heutigen Prozeß der Suburbanisierung.

Nun noch ein Beispiel für die dritte These, daß die Stadt extern entstandene kulturelle Muster in sich aufnimmt und mit ihnen weiterarbeitet. Für die westeuropäischen Städte des 20. Jahrhunderts spielen die Arbeits- und Ordnungsformen, Normen und Werte, die in den Fabriken, Dienstleistungsbetrieben und auf den Märkten entwickelt wurden und werden, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Daß die Stadt wie eine Fabrik funktionieren soll, hat Corbusier, soweit ich weiß, als erster ausgesprochen. Die Vorstellung der Trennung städtischer Funktionen, die Vorstellung ihres reibungslosen Ineinandergreifens, die Vorstellung der Eliminierung dysfunktionaler Elemente - seien es Handlungen, Menschen oder Objekte -, sind Vorstellungen, die u.a. aus der Fabrik in die Stadt eingewandert sind, die die Stadt sich anverwandelt hat und damit auch die in ihnen ausgedrückten Bedeutungen. Reibungsloses Funktionieren bedeutet letztendlich Wohlstand, Konsum, Luxus und Komfort für alle (10).

Auf dem Markt werden die in den Fabriken und Dienstleistungsfirmen hergestellten Produkte ausgestellt und verkauft. Verkäuflichkeit ist hier der oberste Wert, nach dem die Waren, ihre Verkäufer und letztendlich auch die Käufer zugerichtet werden. Wie intensiv dieser Grundwert und die ästhetischen Formen, mit denen er ausgedrückt und realisiert wird, in unsere Städte eingewandert ist, läßt sich am besten an ihren Zentren ablesen. Hier dominieren die Kreationen der Warenästhetik, die Behausungen der Waren und die durch Bild, Sprache, Architektur und Stadtgestalt ausgedrückten Sinnschöpfungen des Marktes. Diese werden kulturell um so stärker, je weniger kulturelle Konkurrenz sie haben, und das trifft von allen westeuropäischen Städten besonders auf die deutschen Städte zu, wo die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs und des Wiederaufbaus dem kulturell wirksamen Markt zumindest jede kulturhistorische Konkurrenz genommen haben.

Es sieht heute so aus, als ob die externen kulturellen Akteure Fabrik und Markt sukzessive seit dem Zweiten Weltkrieg unsere Städte erobert und hier kulturelle Hegemonie erlangt hätten. Wenn Stadt wirklich Ort und Ausdruck der Interstrukturierung unterschiedlicher kultureller Fassungen von Welt ist, dann würde das das Ende von Stadt bedeuten. Doch ist der Eindruck von der

kulturellen Hegemonie des Marktes richtig? Ich glaube nicht. Er beruht meines Erachtens auf einem Mißverständnis von Kultur, genauer: auf der Verwechslung von produzierten und propagierten Sinnangeboten mit der realen kulturellen Entwicklung. Denn die von Fabrik, Markt oder auch Politik angebotenen Vorstellungen, Werte und Bedeutungen müssen ja doch, um kulturell wirksam zu werden, erst durch das tatsächliche städtische Leben und dessen Komplexität hindurch. Erst die Analyse dieses Durchgangs, und nicht die Wiederholung dessen, was Warenästhetik, Veranstalter und Kulturpolitik der Stadt anbieten, würde zu einem Verständnis der städtischen Kultur im Zeitalter des Massenkonsums und des Kulturbetriebs führen. Ich möchte dies kurz an der Geschichte einer großen Einkaufsstraße, der Frankfurter Zeil, zeigen.

Durch was mußten die konzentrierten Kaufhäuser nicht alles hindurch: In den 50er und 60er Jahren war die Zeil eine vierspurige Straße, mehr noch: die Hauptschlagader des Frankfurter Autoverkehrs. Für das Publikum der Kaufhäuser gab es nur schmale Bürgersteige. Dann brannte ein Kaufhaus, das Fanal der Bewegung gegen den sogenannten Konsumterror. Spätestens ab 1968 war die Zeil - eben weil sie Hauptverkehrsstraße war -, für viele Jahre der Schauplatz von Demonstrationen und Straßenschlachten und die Kaufhäuser die Fluchtburgen der Demonstranten. Dann kamen die Bauzäune, eine U-Bahn-Strecke wurde unter der Zeil gebaut. Dann endlich, so schien es, war die Zeil nur noch Einkaufsparadies, eine extrem breite Fußgängerzone. Doch dann gab es plötzlich die Idee eines Erzeugermarktes für die landwirtschaftlichen Produkte der Region. Die Kaufhäuser wehrten sich gegen diese Einrichtung, ohne Erfolg. Und heute, in Zeiten sinkender Kaufkraft, ist die Zeil besuchter als die Kaufhäuser, ein Ort städtischer Öffentlichkeit aus Konsum, Straßentheater, Bettlern, Hausfrauen, Würstchenbuden, Jugendtreffs, Drogenhandel und Worten aus aller Herren Länder.

Mit was mußten also die Kaufhäuser interagieren? Zuerst mit der Idee der autogerechten Stadt, dann mit sozialen Bewegungen, dann mit der Idee des öffentlichen Nahverkehrs, dann mit der Wiederentdeckung regionaler Lebensmittel und heute mit einer wiedererwachten städtischen Öffentlichkeit, die mehr ist als das, was die Kaufhäuser und ihre Warenästhetik inszenieren und was die Stadtplaner geplant haben. Ich möchte also dazu raten, städtische Kultur nicht umstandslos mit dem gleichzusetzen, was unter diesem Namen geplant, gemacht und geglaubt wird, sondern die darunter liegende Schicht der historischen Entwicklung städtischer Kultur zu fokussieren. Diese ist das Produkt einer komplexen Interstrukturierung einzelner systemischer und lebensweltlicher Kulturbereiche, die nicht mehr plan- und machbar ist, in die die antagonistischen oder komplementären Interessen und Weltfassungen unterschiedlicher Akteure eingehen und in deren Verlauf sich die letztendlich wirksamen, städtische Wirklichkeit konstituierenden, Repräsentanzen und Bedeutungen von Stadt entwickeln.

Um der Erforschung dieser tieferen Schicht städtischer Kultur einen Orientierungsrahmen zu geben, möchte ich zum Schluß anhand der drei Bedeutungsschichten des Kulturbegriffs mögliche Fragen und Problemfelder andeuten.

Die erste Bedeutungsschicht von Kultur im Sinne von "Kultivieren von etwas" stammt aus der bäuerlichen Welt und mit ihr ist zuerst die aktive Gestaltung des Verhältnisses von Mensch und Natur angesprochen und gemeint. Auf die Stadt bezogen bieten sich im Rahmen dieser Bedeutungsschicht folgende Fragen an: Wie geht die Stadt heute mit Natur um, welches Naturverhältnis zeigt sich an ihren materiellen und ideellen Umgangsweisen mit den Naturressourcen, die sie benötigt und innerhalb und außerhalb ihrer vorfindet? Wie und wo kultiviert sie also ihr Wasser, ihren Boden, ihre Luft, ihre Pflanzen und Tiere? Und welcher soziale Sinn und welche städtischen Bedeutungen werden in und mit ihren Umgangsformen gegenüber der Natur ausgedrückt und als geltende gesetzt? Diese Fragen können allgemein gestellt werden oder im Hinblick auf die ökologische Problematik. Dann schließen sich folgende Fragen an: Wie kann der städtische Umgang mit Natur nachhaltiger gestaltet werden, welche kulturellen Hindernisse stehen dem im Wege und welche kulturellen Muster fördern diese Umgestaltung?

In den letzten Jahren ist viel von der Notwendigkeit einer neuen Ethik die Rede, nicht nur in ökologischen, sondern auch in politischen, medizinischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen. Hier ist immer die zweite Bedeutungsschicht von Kultur gemeint, die der sittlich-moralischen Verhältnisse zwischen den Menschen und innerhalb ihrer. Auf die Stadt bezogen lautet die zentrale Frage in diesem Rahmen: Wie wirkt sie auf die sittlich-moralischen Verhältnisse? Ist die Frage nach dem Naturverhältnis der Stadt eine relativ junge Frage, so hat diese schon Tradition. Sie liegt dem Essay von Georg Simmel "Die Großstädte und das Geistesleben" zugrunde, den er 1903 veröffentlicht hat. Simmel zeigt hier, wie numerische Dichte und Größe - zusammen mit den Faktoren Arbeitsteilung und Geld - die sittlichen Beziehungen zwischen den Stadtmenschen formen und sie selbst nicht ungeschoren lassen. Typische Merkmale der städtischen Beziehungen sind nach ihm, daß sie sachlich, rational, formal, flüchtig, leistungsfixiert, präzise und distanziert sind. Auf Seiten der Individuen bestehen nach Simmel zwei Tendenzen: einerseits die Tendenz zur Abstumpfung, Anpassung und Entwertung, andererseits die Tendenz zur Intellektualisierung, Individualisierung und aufwertenden Besonderung.

Simmel stand noch ganz im Bann des bildungsbürgerlichen Kulturverständnisses, das von einer hegemonialen Kultur ausgeht und diese inhaltlich füllt. Gleichwohl hat er durch seine formale Soziologie Kultur auch als vermittelnde Form begreifen und so die sittlichen Verhältnisse in der Stadt in einer nach wie vor typischen Tendenz erfassen können. Diese Frage ist dann als Lebensstilfrage in die Humanökologie eingegangen, wobei die Variablen Größe und Dichte durch die Variable Heterogenität ergänzt wurde. Damit kamen die einzelnen lebensweltlichen Partikulkulturen der Stadt in den Blick. Was bei dieser Erweiterung aber immer mehr verloren ging, war die Grundfrage nach den moralisch-sittlichen Verhältnissen in der Stadt. Im Rahmen der zweiten Bedeutungsschicht von Kultur müßte heute die unterm Lebensstilbegriff ausgeklammerte moralische Frage wieder reaktiviert und mit den neuen ökonomischen Verhältnissen rückgekoppelt werden. Denn wir haben es heute nicht nur mit Geld und Arbeitsteilung zu tun, sondern auch mit neuen moralisch wirksamen Formen des Produzierens und Verkaufens,

die längst die Grenzen ihrer systemischen Ordnung verlassen und auf andere kulturelle Bereiche und deren sittliche Formen und Werte übergreifen haben (11). Dies macht sich in der Stadt als Ort der Interstrukturierung von Kulturen am schärfsten bemerkbar. Wie gestalten sich also u.a. im Rahmen der Wechselwirkung mit diesen neuen ökonomischen Faktoren die sittlichen Verhältnisse in der Stadt und ihren lebensweltlichen und systemischen Teilkulturen?

Spätestens seit der Aufklärung ist die sittlich-moralische Bedeutungsschicht von Kultur eng mit der soziativen verknüpft. Damit ist einerseits der Wert von Vergemeinschaftung als solcher gemeint, zum anderen die Formen und Regelwerke, mit denen diese gestaltet und aufrechterhalten wird. Auf die Stadt bezogen müßte also zuerst nach ihrer vergemeinschaftenden bzw. vergesellschaftenden Potenz gefragt werden. Dabei können einzelne lebensweltliche Partikularkulturen in den Blick genommen werden, die in und durch die Stadt entstehen oder von außen in sie einwandern, dabei können die Interaktionen zwischen lebensweltlichen und systemischen Kulturen analysiert werden, aber auch die Stadt als ganze in ihren soziativen Möglichkeiten betrachtet werden. Die Grundfrage wäre hier: Wie wirkt die Stadt auf Prozesse der Vergemeinschaftung? Fördert sie sie - und durch was? - oder zerstört bzw. verhindert sie sie - und durch was? Und welche Regeln, Werte und Orientierungen liefert sie für welche sozialen Gruppen und deren interne und externe Beziehungen? Hier hat auch die aktuelle Frage nach der städtischen Öffentlichkeit ihren Platz, hier wird die Bühne gebaut, auf der das Stück der städtischen Interstrukturierung kultureller Weltfassungen aufgeführt wird und hier entscheidet es sich, welche kulturellen Akteure hier wie mitspielen können.

- (1) Zur Wortgeschichte vgl. W.Perpeet, Zur Wortbedeutung von "Kultur". In: H.Brackert/F.Wefelmeyer (Hg.), Naturplan und Verfallskritik. Zu Begriff und Geschichte der Kultur. Frankfurt 1984, S.21-29
- (2) E.Cassirer, Naturalistische und humanistische Begründung der Kulturphilosophie. In: ders., Erkenntnis, Begriff, Kultur. Hamburg 1993, S.231f
- (3) M.Weber, Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher Erkenntnis. In: ders., Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik. Stuttgart 1973, S.223
- (4) E.Cassirer, Naturalistische und humanistische Begründung der Kulturphilosophie, a.a.O., S.247f und E.Cassirer, zit. nach E.W.Orth, Der Begriff der Kulturphilosophie bei Ernst Cassirer. In: H.Brackert/F.Wefelmeyer (Hg.), Kultur. Bestimmungen im 20. Jahrhundert. Frankfurt 1990, S.164
- (5) E.Cassirer, zit. nach J.Habermas, Zur Logik der Sozialwissenschaften. Frankfurt 1985, S.97
- (6) E.Cassirer, zit. nach E.W.Orth, a.a.O., S.176
- (7) C.Geertz, Dichte Beschreibung. Frankfurt 1987, S.9

- (8) Ebd., S.27
- (9) Vgl. Th.Fuchs, Die Furcht vor der Landflucht und die Flucht in die Moderne. In: Arbeitsergebnisse der AG ländliche Entwicklung, GH Kassel, Heft 33/1996
- (10) Vgl. D.Ipsen, Das gute Leben in der Stadt und das Überleben der Städte. In: Wasserkultur Nr. 5/6, 1996
- (11) Vgl. F.Müller/M.Müller (Hg.), Markt und Sinn. Dominiert der Markt unsere Werte? Frankfurt/New York 1996

Kulturerlebnis Stadt? - Money, Art and Public Places

Zu Konzepten und Weiterentwicklungen der Stadtkultur-Analyse
aus der Urban Political Economy

Volker Kirchberg

Dr. Volker Kirchberg
Fachbereich Angewandte Kulturwissenschaften
Universität Lüneburg

Korrespondenzanschrift:
Basica Forschungsinstitut
Glockengießerwall 26
20095 Hamburg
Tel. (040) 422 51 57
Fax (040) 422 57 03
e-Mail KIRCHBERG@UNI-LUENEBURG.DE

Überarbeiteter und ergänzter Artikel des Vortrags-
manuskripts zum Schwerpunktthema "Stadt und
Kultur" auf der Frühjahrssitzung der Sektion Stadt-
und Regionalsoziologie der Deutschen Gesell-
schaft für Soziologie in Stuttgart am 29. März 1996,
Fassung vom 29. Mai 1996

Gliederung

1.	Einführung	3
2.	Ein Ansatz zur kritischen Analyse der Bedeutung der Stadtkultur: Urban Political Economy	4
3.	Money, Art und Public Places - Zur Bedeutung städtischer Kultur: Urban Political Economy Revisited	7
3.1	Ökonomie der Symbole	9
3.2	Symbolische Raum-Besitznahme	12
3.3	Separation städtischer Kulturen	13
4.	Ein Beziehungsgeflecht	14
4.1	Funktionen kultureller Strategien	15
4.2	Die Ökonomie der Symbole und die symbolische Raum-Besitznahme	16
4.3	Die Ökonomie der Symbole und die Separation städtischer Kulturen	17
4.4	Wirkungen der Stadtkultur auf die Civility	18
5.	Thesen: Zur Bedeutung städtischer Kultur: Urban Political Economy Transmitted	20
5.1	Übertragbarkeit auf Deutschland - Beispiele	20
5.2	Lebensstile und die Separation städtischer Kulturen	24
6.	Ausblick	28
	Literatur	29

"At present, in this vicinity, the best part of this land is not private property; the landscape is not owned, and the walker enjoys comparative freedom. But possibly the day will come when it will be partitioned off into so-called pleasure grounds, in which a few will take a narrow and exclusive pleasure only - when fences shall be multiplied, and man-traps and other engines invented to confine men to the *public* road, and walking over the surface of God's earth shall be construed to mean trespassing on some gentleman's grounds. To enjoy a thing exclusively is commonly to exclude yourself from the true enjoyment of it. Let us improve our opportunities, then, before the evil days come."

Henry David Thoreau: *Walking*. (S. 15)
Penguin Books USA Inc.: New York, 1995 [Original von 1862]

1. Einführung

Drei Gründe sprechen für eine Befassung der Stadtsoziologie mit dem Thema Kultur und Stadt:

Erstens fehlt im deutschsprachigen Raum zum Thema Stadtkultur eine aktuelle **theoretische Basis** der Analyse der Bedeutung von Kultur in der Stadt, die über die übliche Auflistung möglicher ökonomischer und soziologischer Funktionen von Stadtkultur hinausgeht. Es fehlt ein Bezug zu einer übergeordneten Theorie von Kultur und Stadt, die nicht bei Simmel, Park oder Wirth stehenbleibt, sondern aktuellere, generalisierende Überlegungen für die *heutige* Bedeutung der Stadtkultur im stadtsoziologischen Bezug erstellt.

Zweitens präsentieren neuere soziologische Abhandlungen zum Thema "Kultur in der Stadt" zwar Einsichten zur Bedeutung der Kultur in unserer Gesellschaft, nicht aber Einsichten zur Bedeutung der Kultur für die Stadt, also in Relation zum Raum oder zur Stadtbevölkerung. Die genuin *städtischen* Attribute der Kulturanalyse fehlen.

Drittens ist mein Eindruck, daß die meisten soziologischen Abhandlungen zum Thema eine idealistisch-utopische Perspektive verfolgen, in dem sie bewußt oder unbewußt normativ als Verteidiger der Bedeutung von Kultur in der Stadt auftreten und aufzeigen, welche positiven Möglichkeiten Kultur in der Stadt **haben könnte** und nicht, welche Unzulänglichkeiten der Verwirklichung, d.h. auch welche möglichen negativen Funktionen Kultur in der Stadt **hat** (Ausnahmen: Dangschat 1992: 127-149 und Häußermann und Siebel 1987: 199-215). Kultur wird als Planungseinheit betrachtet. Gefragt wird, was Kultur für die Stadtbevölkerung, für die Stadtplanung oder für die Stadtpolitik bewerkstelligen könnte, nicht, was Kultur bewerkstelligt (so Ebert, Gnad und Kunzmann 1992: 11-14, Kirchberg 1992: 14-33; Luger 1994: 29-30). Das hat sicherlich auch damit zu tun, daß viele Verfasser dieser Artikel nicht (mehr) in "wertfreien" universitären Einrichtungen verwurzelt sind, sondern ihre Forschung und Beratung entweder auf dem "freien Markt" oder innerhalb der Behördenhierarchie "verkaufen" müssen. Kritische Abhandlungen sind nicht zweckmäßig für Werbebroschüren.

Der aktuelle Anlaß für die Erstellung dieses Diskussionspapier ist das Erscheinen eines Buches von Sharon Zukin (*The Cultures of Cities*, Blackwell 1995). Obwohl bei den empirischen Beispielen nicht nur amerika-, sondern New York-bezogen, stellt sie Einsichten vor, die helfen, einige der o.g. Mängel der heutigen soziologischen Analyse der Stadtkultur (fehlender Theoriebezug, fehlender Stadtbezug, positivistische Perspektive) anzugehen.

Obwohl ich im folgenden Standpunkte von Zukin darstelle, so wird dies doch keine unkritische Rezension ihres Werkes sein, sondern eher eine bewertende "Exegese" mit dem Ziel, ihre Aussagen an aktuellen Aussagen der deutschsprachigen Stadtkulturanalyse (insbesondere auch in bezug zur Lebensstildiskussion) zu reflektieren.

Bevor ich allerdings auf Zukins Aussagen eingehe, folgt zunächst ein kurzer Abschnitt über ihre theoretischen Wurzeln. Diese sind in der *Urban Political Economy* zu finden.

2. Ein Ansatz zur kritischen Analyse der Bedeutungen der Stadtkultur: Urban Political Economy

Eine Darstellung der Theorie der *Urban Political Economy* (UPE) in diesem Papier kann nur eine kurze Zusammenfassung ihrer Thesen zur Stadtkultur sein.

Die UPE betont als zentrale Ursachen der Stadtentwicklung zum einen die Profiterwartungen der Immobilienhändler, der Projektentwickler und anderer am städtischen Bodenwert profitierender Unternehmer (der *place entrepreneurs*) und zum anderen die Gegenposition der Lebenserwartungen der Bewohner der betroffenen städtischen Teilräume. Beide beeinflussen die Entwicklung des Bodenpreises eines Ortes und damit die Stadtentwicklung dieses Ortes. Dabei wird der Bodenpreis hier weniger als ökonomischer, sondern als soziologischer Indikator aufgefaßt, denn der Markt, in dem der Bodenpreis definiert wird, ist ein Resultat kultureller Eigenarten: "*The real flaw of ... [ecology] schools is that they ignore that markets themselves are the result of cultures; markets are bound up with human interests in wealth, power, and affection. (...) price is sociological and sociology is needed to analyze its determination as well as its consequence.*" (Logan und Molotch 1987: 9).

Logan und Molotch unterscheiden zwei antagonistische Akteursgruppen der Stadtentwicklung. Sie sprechen von einer ersten Gruppe von Stadtakteuren, die am Ort den Tauschwert des Haus- und Grundstückseigentums erhalten und vermehren wollen, und von einer zweiten Gruppe, die aufgrund ihres Lebens an diesem Ort den Gebrauchswert, also Zweckmäßigkeit, Ortbezogenheit und lokale Lebensqualität erhalten und vermehren wollen. Dieser Unterscheidung folgend, kreiert die UPE eine "Soziologie der städtischen Eigentumsverhältnisse" mit Betonung der Rolle der *place entrepreneurs*, die Bodenrenten erhöhen wollen, der städtischen Verwaltung und Politik, die sich als *growth machine*, d.h. als Vertreter des Wachstums der städtischen Volkswirtschaft dieser Steigerung der Tauschwerte des Bodens verschrieben haben, aber auch der betroffenen Bewohner vor Ort, die anders als bei den neo-marxistischen Vorläufern dieses Modells Einfluß auf die Stadtentwicklung haben können (Shannon, Kleniewski und Cross 1991).

Welche Rolle spielt nun Kultur in dieser Theorie? Zunächst einmal werden die Zusammenhänge von Kultur und Orten betont: Der Gebrauchswert eines Ortes ergibt sich aus der Intensität der positiven Einstellung zu diesem und der Nutzung dieses Ortes durch den Bewohner und anderer ortsverbundener Personen, d.h. Beschäftigte, Konsumenten, Gewerbetreibende und andere unmittelbare Nutzer. Neben kulturellen Eigenschaften des Ortes, die man mit den Worten Ortsverbundenheit oder "Sentiment" umschreiben kann ergibt sich der Gebrauchswert auch aus dem spezifischen Nutzen, den ein dort wohnendes Individuum sozial,

Kirchberg - Kulturerlebnis Stadt?

ökonomisch oder politisch ziehen kann: Wie nah oder entfernt liegen die Wohnungen von Freunden oder Verwandten, Arbeits- und Ausbildungsplätze oder die bevorzugten Konsum- und Freizeitmöglichkeiten? Bei der Konstruktion des Tauschwertes eines Ortes wird auf dieses "Sentiment" kein und auf den idiosynkratischen Nutzen der dort Wohnenden wenig Wert gelegt.

Hier möchte ich widersprechen, denn *place entrepreneurs* legen insofern Wert auf die Bedeutung des Tauschwertes, als dieser zur Erhöhung des Gebrauchswertes beitragen kann: Ein Platz mit Sentiment, historischem Ambiente oder eben auch idiosynkratischem Nutzen kann teurer verkauft werden als ein Platz ohne diese Charakteristika, ohne dieses "kulturelle Ambiente".

Eine weitere für die Bedeutungseinschätzung der Kultur in der UPE wichtige Unterscheidung ist die Klassifikation der *place entrepreneurs* (1) in zufällige Hauseigentümer, die durch Erbschaften etc. in den Besitz einer Immobilie gekommen sind und nun passiv diesen finanziellen Gewinn einstecken (*serendipitous entrepreneurs*), (2) in aktive Hauseigentümer, die als Kaufleute aktiv Eigentum an Plätzen erwerben, an denen sie lukrative Gewinne erwarten (*active entrepreneurs*) und (3) in strukturelle Hauseigentümer, die nicht nur bestehendes Eigentum nach Profiterwartungen auswählen, sondern die Entwicklung dieses Immobilieneigentums zu ihren Gunsten hin zu einer erhöhten Lukrativität der Spekulation mitbestimmen, v.a. durch Einflußnahme auf Bebauungspläne und Nutzungsmöglichkeiten (*structural speculators*). Dazu gehört auch die Gestaltung eines kulturellen Angebotes an diesem Ort, seien dies nun ein Konzertsaal, ein Kinozentrum, ein Museum oder Restaurants und Boutiquen einer zu gentrifizierenden Umgebung. Die UPE sieht Kulturentwicklung in der Stadt als Result der Einflußnahme von *structural speculators* unter Zuhilfenahme der *growth machine* zur Steigerung des Tauschwertes des ausgewählten Teilraumes.

Hauptrollen in der *growth machine* übernehmen lokale Eliten aus dem Immobiliengeschäft (i.e. Investoren wie Projektentwickler), Banken und Versicherungen (i.e. Finanziers) und weitere wirtschaftlich dominierende Unternehmen vor Ort, die Eigeninteresse am Wachstum ihres Standort-Raumes haben. Nebenrollen übernehmen die lokalen Medien (Rundfunk- und Fernsehstationen, Lokalpresse), die (privaten) Stadtwerke, Universitäten, professionelle Sportteams, Gewerkschaften und Unternehmerpersönlichkeiten bzw. -clubs. Aber auch Kultureinrichtungen wie Theater oder Museen sowie temporäre Ausstellungen und Festivals sind nicht nur "Opfer" sondern auch "Täter", Mitspieler der *growth machine*. Die Gestaltung bzw. Unterstützung von Kulturstätten trägt häufig zum wirtschaftlichen Erfolg der unmittelbaren städtischen Nachbarschaft, anderer kommerzieller Großprojekte oder der erneuten Vitalität eines innerstädtischen Wohnstadtteils bei. Von der *growth machine* unterstützt übernehmen kulturelle Einrichtungen dabei schnell Standpunkte ihrer Förderer; ansonsten würden sie mangels eigener Macht oder wirtschaftlicher Ressourcen über kurz oder lang von diesen verdrängt und durch andere, mit den Zielen der *growth machine* übereinstimmenden Kultureinrichtungen ersetzt werden. Neben der Unterstützung "steingewordener" Hochkultur wird von der *growth machine* dabei

Kirchberg - Kulturerlebnis Stadt?

mehr und mehr auch das Ereignis jährlicher Festivals, Paraden, Weltausstellungen und Olympiaden unterstützt. Die Kurzfristigkeit dieser Ereignisse, vom Staat fast grundsätzlich mit Millionenbeträgen subventioniert, bringt schnelle Gewinne und geringe Risiken für die Veranstalter aus dem Kreis der *growth machine*. Die meisten Bewohner haben hingegen zumeist nur Kosten davon, die sich über die Übernahme von Schulden nach dem Ereignis durch die Kommune und Steuererhöhungen in Folge, oder noch unmittelbarer durch inflationierte Konsumpreise und verstopfte Straßen und andere überbeanspruchte städtische Dienstleistungen definieren - alles unter dem Banner, die Stadt des Festivals nach außen bekannter zu machen - *to put the place on the map* (Logan und Molotch 1987: 76ff.).

Städtische Kultur wird auch benutzt, um soziale Ungleichheiten des Raumes aufrechtzuhalten. Durch bestimmte kulturelle Angebote vom repräsentativen Museumsbau bis zum weniger offensichtlichen Design eines "*defensible space*" werden räumliche soziale Ungleichheit von *place entrepreneurs* bewußt geschaffen. Damit werden Teilgebiete der Stadt symbolisch als privilegiert nach innen identifiziert und nach außen abgeschottet (zu diesen Prinzipien der Verräumlichung siehe auch Bude 1995).

Diese Abgrenzung ist nicht offensichtlich - jeder kann das Gebiet betreten - aber da man sich dort nicht auskennt, der lokalen "Kultur" der Anwesenden im weiteren Sinne nicht mächtig ist, fühlt man sich unwohl und verläßt es wieder: "*Liminality in our sense depicts a 'no-man's-land' open to everyone's experience yet not easily understood without a guide. Defining the symbolic geography of a city or region, liminal spaces cross and combine the influence of major institutions : public and private, culture and economy, market and place*" (Zukin 1991: 269).

Die folgenden vier Thesen vertritt die UPE hinsichtlich der Bedeutung städtischer Kultur:

- (1) Die Gruppe der *structural speculators* nutzt die Förderung kultureller Angebote vom Theater über das Multiplex-Kino bis zum Restaurant an strategisch ausgewählter Stelle zur Steigerung des Tauschwertes an und um diese Stelle herum. Dabei hat auch die Unterstützung anderer kultureller Einrichtungen, die nicht unmittelbar den räumlichen Tauschwert erhöhen, einen taktischen Wert: Kulturförderung ist auch eine diplomatische Form der Einflußnahme auf kulturbewußte Kommunalpolitiker.
- (2) Kultureinrichtungen insbesondere der Hochkultur sind nicht nur Instrumente, sondern auch Teilhaber der *growth machine*. Sie nehmen aktiv an Wachstumsstrategien teil, auch, um nicht von der Macht der *growth machine* an die Seite gedrängt zu werden.
- (3) Als Symbol der Ortsbezogenheit zur Gesamtstadt oder zu einem Teilgebiet der Stadt trägt städtische Kultur zum Gebrauchswert des Raumes für die Bewohner und Benutzer bei und kann somit den Tauschwert einer Immobilie für die antagonistische Gruppe der *place entrepreneurs* verringern.
- (4) Kultur, in einem weiteren Sinne auch die Ästhetik des öffentlichen Raumes, symbolisiert soziale Ungleichheit (bzw. räumlich auszumachende Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe), sie definiert Räume und sie trennt Räume voneinander ohne deshalb sichtbare, physische Mauern errichten zu müssen.

Kirchberg - Kulturerlebnis Stadt?

Angemerkt sei an dieser Stelle, daß die UPE für jede dieser vier Thesen "Kultur" etwas anders definiert: Kultur ist entweder strategisches Angebot für ausgewählte Zielgruppen oder Hochkultur oder Symbol örtlichen Sentiments oder Symbol sozialer Ungleichheit. Insofern wird nicht Kultur einer vierfachen Funktion, sondern vier verschiedenen Kulturdefinitionen jeweils eine Funktion zugewiesen.

3. Money, Art and Public Places - Zur Bedeutung städtischer Kultur: Urban Political Economy Revisited

Eine aktuelle Behandlung des Themas Stadtkultur sollte nicht nur eindimensional die Instrumentalisierung der Kultur für die Zwecke der *place entrepreneurs* im Auge behalten wie dies von Castells oder Harvey, aber nicht von Logan oder Molotch vertreten wird.

Vielmehr sollte die Stadtkulturanalyse die Ambivalenzen zwischen privatwirtschaftlicher Verwertung öffentlicher Kultur (die politisch-ökonomische Diskussion des Themas) und der potentiellen Wirkung öffentlicher Kultur bei der Identifizierung und räumlichen Identitätsgebung von Räumen (die soziologische Diskussion des Themas) zum Thema haben.

Zukin (1995) legt nun aus der Synthese von politisch-ökonomischen und soziologischen Argumenten einer Theorie der Kultur in der Stadt vor. Sie bewegte sich dafür im Laufe der letzten 15 Jahre von der reinen Lehre der politisch-ökonomischen Argumentation in ihren ersten Schriften...

- zur Bedeutung der städtischen Kultur als *sekundäres* Instrument der Wertschöpfung als Gentrifizierungsinstrument (siehe Zukin 1982, 1989) über Schriften
- zur Bedeutung der städtischen Kultur als *primäre* Quelle der Wertschöpfung, als ökonomisch bedeutendes Konsumgut ("*economy of symbols*") (siehe Zukin 1990, 1991) über Schriften
- zur Bedeutung der städtischen Kultur als Identifizierungs- und Identifikationsmittel, als "auratisches" Symbol der Ortsbezogenheit ("*vernacular*") und als Mittel der Macht über Räumen ("*art in the arms of power*") (siehe Zukin 1991) zu Schriften
- zur Bedeutung der Kultur (*art*) im öffentlich-städtischen Raum (*public places*), nicht nur im Zusammenspiel mit *ökonomischem* Kapital (*money*), sondern auch oder sogar nur im Zusammenspiel mit dem *symbolischen* Kapital einer öffentlichen Kultur (Zukin 1995).

Sie betont heute, daß der Ausgang des Konfliktes zwischen tauschwert-orientierten Investoren und gebrauchswert-orientierten Bewohnern und Nutzern nicht von vornherein aufgrund der ungleichen Verteilung ökonomischen Kapitals vorherbestimmt ist, sondern daß die Fähigkeit der Konstruktion kultureller Räume eine mindestens ebenso wichtige Rolle spielt.

Kirchberg - Kulturerlebnis Stadt?

Ohne dies explizit zu formulieren folgt sie dabei den theoretischen Pfaden erstens der Strukturierungstheorie Giddens (1988) und zweitens der Semiotik-Diskussion der Bedeutung von Zeichen im städtischen Raum (siehe v.a. Gottdiener und Lagopoulos 1986) und verknüpft diese Pfade mit Erkenntnissen der UPE.¹

Strukturen sind die institutionellen Gegebenheiten, mit denen die Individuen konfrontiert werden, in denen sie sich bewegen und mit denen sie leben und sich auseinandersetzen müssen. Struktur darf dabei nicht mit Zwang gleichgesetzt werden; sie schränkt Handeln nicht nur ein, sondern ermöglicht es auch. Strukturen kontrollieren den Stadtbewohner, ohne sie wäre er aber in seiner Lebensgestaltung desorientiert (Giddens 1988). Strukturen als städtische Zeichen haben die Funktion, Raum sozial zu kategorisieren.

In der soziologischen Analyse der Stadtkultur, so Gottdiener (1986), fehlt bisher die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Art und Weise, wie die städtische Umwelt, v.a. kulturelle Artefakte, also im öffentlichen Raum vergegenständlichte Produkte vorherrschender Ideologien, Aktivitäten der Stadtbevölkerung und, daraus folgend, Stadtentwicklung beeinflussen. "*This is precisely the object of analysis chosen by the socio-semiotic approach. Thus, a concern with the social life of signs in urban environments promises to return the study of symbolic processes back to the center of inquiry on culture in the city.*" (Gottdiener 1986: 203).

Kultur ist eine herausragende nicht-ökonomische Ursache der Gestaltung von "*landscapes of power*". "Detroit" und "Disney World" sind nicht nur durch ökonomische, sondern auch durch kulturelle Macht entstandene und sich verändernde Landschaften. Diese kulturelle Macht kann in der Tradition historischer Merkmale einer Lokalität (*vernaculars*) verwurzelt sein, aber auch erfolgreich artifiziell einer Lokalität aufgesetzt werden (so Zukin 1991). Erst seit dieser Paradigmen-Anpassung gibt es für Zukin die Möglichkeit, Stadtentwicklung (die Entwicklung von "*landscapes*") auch kulturell, also als Verbindung von "*social and spatial causality*" erklären zu können (CUSS 1995).

Diesen Gedankengang greift sie in "*The Cultures of Cities*" auf, vertieft ihn und reichert ihn mit Beispielen aus New York City an. Die Pfeiler ihres theoretischen Ansatzes stelle ich im folgenden kurz dar. Es sind dies:

- *symbolic economy*:

Die zunehmende Bedeutung einer "Ökonomie der Symbole" als Teil und Weiterentwicklung des Dienstleistungssektors in der Volkswirtschaft macht es notwendig, die städtische Kultur stärker als bisher als wichtiges Element der Wirtschafts- und Stadtentwicklung zu akzeptieren

¹In einem Gespräch mit dem Verf. am 21. Mai 1996 im Graduate Center der CUNY "erlaubt" Zukin zwar den Bezug auf Giddens, lehnt aber eine Fundierung ihrer Überlegungen auf der Semiotik-Theorie Gottdieners ab, weil sie eine Einschränkung ihres Modells des kulturellen Stadterlebens auf die Wahrnehmung von und Reaktion auf Zeichen des städtischen Raumes verhindern will. Trotzdem werde ich im folgenden bei der Diskussion städtischer Symbole von "Zeichen" sprechen, um damit diese "Zeichen" von den Symbolen einer "Ökonomie der Symbole" zu unterscheiden.

Kirchberg - Kulturerlebnis Stadt?

- *framing space:*
Kulturelle Stadtanalyse ist die Untersuchung der Bedeutung städtischer Kultur für die zunächst in Einstellung und Verhalten symbolische, dann aber auch ökonomisch und juristisch reale Inbesitznahme von Räumen.
- *liminal public cultures:*
An den letzten Begriff direkt anschließend kann die Trennung in verschiedene, voneinander getrennte *liminal public cultures*, d.h. in durch im Stadtraum symbolisch voneinander getrennte Kulturen erklärt werden.
- *cultural strategies:*
Die Durchsetzung der Ökonomie der Symbole und die Inbesitznahme und Abtrennung städtischer Räume durch Kultur wird durch kulturelle Strategien politisch geplant und verwirklicht.
- *civility:*
Als Resultat der Ökonomie der Symbole und kultureller Strategien würde sich Zukin nun die verstärkte Durchsetzung von mehr Zivilisiertheit des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen in *einem* Raum wünschen, bezweifelt dies aber aufgrund empirischer Überprüfungen in New York.

Auf diese Punkte soll im folgenden genauer eingegangen werden.

3.1 Ökonomie der Symbole

Die Ökonomie der Symbole ist die Produktion, Distribution und Konsumtion kultureller Symbole. In einem Aufsatz von 1990 spricht Zukin von dem "*real cultural capital*", um dadurch die tatsächliche *ökonomische* Dimension des "kulturellen Kapitals" als bedeutende Quelle von Wertschöpfung zu betonen. Zur Ökonomie der Symbole gehört nicht nur der enger definierte Wirtschaftsbereich der "Kulturindustrie", sondern die ganze Bandbreite der Kultur-, Unterhaltungs- und Medienbranchen, sowohl im Hard- wie im Softwarebereich (wie der ehemals nur Geräte produzierende japanische Mischkonzern SONY durch den Kauf von Unterhaltungs-Software in den USA vorerzielte). Zukins Ökonomie der Symbole ist m. E. elementarer Teil des "quartären Sektors", d.h. sie ist zentraler Bestandteil einer "Ökonomie der Informationen" als Weiterentwicklung des tertiären Dienstleistungssektors.

Die Wertschöpfung der Ökonomie der Symbole besteht vor allem in der Ökonomisierung kultureller Symbole. In "*Landscapes of Power*" spricht Zukin (1991) in Anlehnung an Harvey von "interaktiven Kreisläufen ökonomischen und kulturellen Kapitals", in denen durch die Zirkulation der ursprüngliche Wert des produzierten Gutes bei jedem Kreislaufdurchgang erhöht wird. Solche Kreisläufe stellt sie für die Ambivalenz von Immobilienmarkt und Gentrifizierung und für die Ambivalenz von regionaler Wirtschaft und Freizeitparks/ Disney World vor.

Kirchberg - Kulturerlebnis Stadt?

Die Ökonomie der Symbole hat drei Funktionen in der Stadt: Sie hat erstens die Macht, eine bestimmte Ästhetik im öffentlichen Raum durchzusetzen; sie dominiert also visuell den öffentlichen Raum. Sie schafft zweitens wirtschaftliches Wachstum, indem sie Wertsteigerungen von Boden und Immobilien ankurbelt. Indirekt wirkt eine lebendige lokale Ökonomie der Symbole auch allgemein wirtschaftsfördernd, weil sie das Image der Stadt als erfolgreichen, zukunftssträchtigen Wirtschaftsraum transportiert. Und sie konstruiert drittens für die *growth machine* der Kommunalpolitiker und der wirtschaftlichen Elite eine öffentliche Identität als "Partizierklasse"; die Elite einer Stadt errichtet sich durch die Kultur-Merkzeichen der Ökonomie der Symbole auch Denkmäler.

Die Produkte einer Ökonomie der Symbole, v.a. die Produkte der Kulturindustrie sind mit die einzigen Güter, die nicht preiswerter anderswo durch Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund geschaffen werden können. Angesichts der Globalisierung aller anderen Produktions- und Dienstleistungszweige nimmt sie deshalb an lokalem Wert zu; alle anderen Wirtschaftsbranchen v.a. in der westlichen Hemisphäre nehmen an lokalem Wert ab. In den 80er Jahren wurde zum Beispiel Kultur und Freizeitausstattung in Deutschland nur als Konsequenz des Wachstums anderer, traditioneller Wirtschaftsbranchen gefördert. Heute gilt "Kultur" vielfach als eigenständig und übernimmt die Rolle, vergangene Branchen substituieren zu müssen. Sie wird - nicht immer erfolgreich - als Mittel gegen den ökonomischen Niedergang eingesetzt - zumeist, wenn keine anderen Alternativen mehr gesehen werden. Ihre Förderung ist dann ein "*worst-case scenario*"; sie zeigt die Abwesenheit anderer wirksamer Wachstumsstrategien auf.

Produktionsbranchen sollen anders genutzt werden, indem entweder historische Symbole und das traditionelle (Kultur-) Image des *locales* (das ursprüngliche "*vernacular*", d.h. das "Einheimische") häufig in veränderter, "attraktiverer" Form re-produziert und zum Konsum angeboten wird, oder auch, indem versucht wird, dem Ort ein völlig neues "*vernacular*" (also eine artifizielle Identität) einzupflanzen. Daß diese Strategie eines City-Marketings nicht mißlingen muß, zeigt Zukin (1991) anhand (amerikanischer) Regionen, die sich total von ihrer industriellen Vergangenheit verabschiedet haben und nun wirtschaftlich allein von einer der Konsumtion zugewandten Dienstleistungsgesellschaft leben. Dabei handelt es sich nicht nur um die Verkörperung der artifiziellen Identität, Disney-World, sondern dies gilt für jede erfolgreiche *shopping mall* in den Vorstädten, ja manchmal auch in den Zentren amerikanischer Großstädte.

Stadtpolitik und Stadtentwicklung brauchen das City-Marketing der Ökonomie der Symbole. Die Produktion und Distribution von visuellen und emotionalen Symbolen, also Kulturindustrie, Citymarketing und Werbeindustrie, überschneiden sich bezüglich Ideen und Personenkreisen. Kultur ist auch deshalb für die lokale Wertschöpfung verantwortlich. Kultur wird nach der Privatisierung durch die Ökonomie der Symbole kapitalisiert.

Bianchini (1993) weist noch für Europa Anfang der 90er Jahre darauf hin, daß Kultur keine unabhängige *growth machine* sein kann, sondern nur Treibstoff für andere, "eigentliche wertschöpfende" Wirtschaftszweige. Im Gegensatz dazu zeigt Molotch (1996) die eigenständige Bedeutung der Kultur im Kapitalkreislauf der

Ökonomie der Symbole auf: Die Produktion, Distribution und Konsumtion ästhetischer Visionen in der Region Los Angeles wirkt global, nicht nur auf den Konsum von L.A.-Kulturprodukten, sondern auch auf die Art und Weise, wie und was anderswo in der Welt produziert wird.

Die Ökonomie der Symbole wächst

- aus antizipierter direkter Profiterwartung, kulturelle Symbole haben Wirkung auf materielle Transformationen, mit Kultur kann man festes Kapital besser vermarkten, "real capital" wird geschaffen.
- weil kulturelle Attraktionen anderen wirtschaftlichen Erfolg vor Ort reflektieren und damit propagieren können,
- weil Kultur ein Innovationspotential, eine "Forschungs- und Entwicklungsabteilung" für andere Wirtschaftsbranchen ist (z.B. Informations-Software für Hardware-Produkte),
- weil Kultur als Bühne förderliche Rahmenbedingungen für die face-to-face-Kommunikation der Wachstumsbranchen bietet,
- weil Stadterneuerung aufgrund fehlender alternativer ökonomischer Grundlagen städtische Flächen "kulturalisiert", diese für die Ökonomie der Symbole "entdeckt" werden,
- weil Kultur die Ideal-Vision des Stadterlebens vergegenständlicht. Kultur wurde als eigenständiges Produkt erkannt und dann als "Stadterleben" zum konsumierbaren, verkaufbaren Produkt weiterentwickelt. Kultur "auratisiert" zuerst Räume (entweder aus der Quelle des historischen, oder aus einem artifiziellen "vernacular" heraus), preist diese Räume dann als kulturelles Produkt an und macht sie dadurch besser verkaufbar.

Symbole sind Visionen. Die Ökonomie der Symbole ist *Visionenproduktion*,

- weil mit der kulturellen Kommerzialisierung von Raum dieser eine visuelle Identität wieder- oder neu erhält. Damit wird eine kollektive Vorstellung (kollektives Image, "Aura") vom Raum erst produziert; Raum wird "erlebbar" und damit den nächsten Schritten, Distribution und Konsumtion, erst zugänglich gemacht.

Die Ökonomie der Symbole ist *Visionendistribution*,

- weil kommerziell erlebbar gemachter Raum zielgruppengerecht vermarktet werden muß, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Die Öffentlichkeit wird auf ausgesuchte Konsumentengruppen reduziert. Öffentliche Räume werden private Güter.

Und die Ökonomie der Symbole ist *Visionenkonsumtion*,

- weil öffentlicher Raum durch Produktion und Distribution "Fetischcharakter" erhält, dadurch marktfähig, also verkaufbar wird. Stadtraum wird dabei eng mit Stadt-Marketing verknüpft, weil er vermarktet werden muß.

3.2 Symbolische Raum-Besitznahme

"Space-Framing", die symbolische Raumbesitznahme, ist der Prozeß, durch den Räume erst ein kulturell erlebbares Attribut erhalten, das den Bewohnern deutlich macht, daß sie diese Räume kulturell konsumieren können. "Space-Framing" ist die kulturelle Symbolisierung des städtischen Raumes. "Space-Framing" schafft für den Raum Symbole kollektiver Identität für ausgesuchte Teile der Stadtbevölkerung.

Durch "Space-Framing" wird öffentlicher Raum privatisiert. Privatisierung ist hier nicht die Übergabe von formalen Eigentumsrechten, sondern die Übergabe von Kontrollrechten, die Macht der Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten.

Eine Imagegestaltung städtischer, öffentlicher Räume durch "Space-Framing" wird dabei nicht mehr nur durch das Aufstellen oder Restaurieren hochkultureller Symbole vorgenommen. Eine große Palette von Gebäuden, Parks und Straßenräumen, auch Einkaufszentren oder Bahnhöfe werden kulturell "gerahmt", also ästhetisch verkleidet bzw. ihr "vernacular" als Erlebnisprodukt konsumfähig umgestaltet, also kommerzialisiert.

Die Verknüpfung von öffentlicher und kommerzieller Kultur in städtischen Räumen hat nun Folgen für die Frage, wer die Nutzung städtischer Räume kontrolliert. Die Stadt wird zum parzellierten Aktionsraum zielgruppenspezifischer Konsumenten, und in ihren nach Marktsegmenten unterscheidbaren Parzellen wird der öffentliche Raum der Stadt durch die Nutznießer der Ökonomie der Symbole optimaler ausgenutzt.

Bevor aber der städtische Raum entsprechend vereinnahmt und parzelliert werden kann, muß der *place entrepreneur* zunächst Gestaltungs-Macht über diesen Raum gewinnen. Zukin zeigt als solchermaßen vorgehende *place entrepreneurs* Beispiele sogenannter *BIDs* (*business improvement districts*, eine Art *public-private-partnerships*) auf. Aber auch hochkulturelle Einrichtungen wie das Metropolitan Museum of Art und das Museum of Modern Art verhalten sich so: Das Metropolitan Museum hat Interesse an Erweiterungen in den Central Park hinein und das MoMA hat Interesse an der Nutzung von Gebäuden in der Nachbarschaft der 53rd Street (siehe auch Zukin 1993). Wenn man in der Lage ist, einem städtischen Raum durch eine bestimmte Symbolik eine neue oder erneuerte Vision zu geben, dann kann in Folge auch die politische und ökonomische Macht über diesen Raum erobert werden. Diese Übertragung öffentlicher Kontrollrechte auf die Apologeten der Ökonomie der Symbole ist das Ziel der Strategien des "Space-Framing".

3.3. Separation städtischer Kulturen

Ein durch die Zeichen des "Space-Framing" nun nicht mehr so öffentlicher Raum bewirkt eine Eingrenzung der Nutzertypen dieses Raumes. Aufgrund der Wahrnehmung territorialer Zeichen, deren Installierung das *framing* vorgenommen hat, fühlen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen angezogen und andere abgestoßen. Folglich kommt es zu einer Separierung der Nutzergruppen städtischer Räume.²

Wer nutzt nun welche wie symbolisierte und wahrgenommene Räume? In den USA ist da zum einen die Mittelschicht der Vorortsbewohner (*middle class*), die bestimmte innerstädtische Bereiche zu ihrem Vergnügen weiterhin nutzen will. Dann gibt es die Innenstadtbewohner (*minorities*), die denselben Raum ebenfalls, aber anders zum Stadterleben nutzen wollen. Es gibt auch deshalb mehrere sich bekämpfende Visionen der Stadtraumgestaltung. Je mehr verschiedene (ethnische und soziale) Gruppen denselben Stadtraum für sich als Erlebnisraum entdecken (und damit ihren Stempel der sozialen Identität aufdrücken wollen), desto mehr Spannungen gibt es bei seiner Gestaltung. Wie für die residentielle Segregation, so mag auch die Segregation des kulturellen Stadterlebens in Deutschland weniger scharf ausgeprägt sein. So scheint das Stadt(er)leben in Deutschland noch weniger segregiert zu sein; unterschiedliche Lebensstile fühlen sich durch die Zeichen eines spezifischen Stadtraumes (noch) nicht so angezogen oder abgestoßen, daß sie sich dort nicht mehr treffen würden. Die Argumentation, daß eine optimalere ökonomische Ausnutzung eines (öffentlichen) Stadtraumes (seiner Kommerzialisierung) über das "Space-Framing" aber eine geringe Überschneidung unterschiedlicher Lebensstile ("Marktsegmente") an diesem Ort nach sich ziehen wird, kann aber auch für Deutschland unterschrieben werden.

Als Folge der ökonomischen Ausnutzung öffentlicher städtischer Räume findet eine Konkurrenz um den Raum in idealtypischer sozialökologischer Weise statt: Die mächtigste Gruppe drückt ihren Stadträumen ihr kulturelles Design auf, und die dadurch Ausgegrenzten müssen in den "übrigen", anderen Teilräumen ihre Territorien und Grenzen abstecken. Nicht nur Stadtbewohner, sondern auch kulturelles Stadterleben werden somit segregiert, verschiedene Bevölkerungsgruppen erleben verschiedene städtische Räume. Die großen, bevölkerungsgruppen-übergreifenden öffentlichen Stadträume (z.B. Straßen, Parks, Museen, Kaufhäuser) werden durch kleinere, segregierte "öffentliche" Stadträume ersetzt (z.B. Freizeitparks, Restaurants, Shopping Malls, Erlebnispaläste, Museumsmeilen etc.).

²Diese Argumentation ist in Deutschland nicht ganz unbekannt: Basierend auf den Erkenntnissen der Umweltpsychologie haben zum Beispiel Becker und Keim (1978) ein ähnliches und m.E. immer noch überzeugendes Erklärungsmodell städtischen Verhaltens aus der Wahrnehmung städtischer Umwelt formuliert.

Während Stadträume früher als öffentliche Räume kollektive Güter waren (heterogene Nutzung, vielfältige Nutzer), so sind sie heute private Güter mit festgelegt-homogenen Nutzergruppen. Die Privatisierung öffentlicher Räume und die kommerzielle Öffnung privater Räume bewirkt die soziale Segregation des Stadterlebens. Es gibt weniger große öffentliche Plätze für alle, sondern mehrere kleine, separate Flächen, getrennt nach sozialen Gruppen. Diese Kultur- und Freizeitflächen sind Nischen der Lebensgestaltung, die den Einstellungs- und Verhaltensweisen von Zielgruppen angepaßt werden und andere Gruppen (die "Fremden", die früher noch das Maß der tatsächliche Öffentlichkeit des städtischen Raumes waren) vom Besuch abhalten. Heute ist dies in den USA (noch) deutlicher nachzuweisen als in Deutschland.

Diese Trennung des Stadterlebens ist Folge, aber auch Ursache der sozio-ökonomischen Ungleichheit der Stadtbevölkerung. Die Entwicklung des segregierten Stadterlebens trägt zur weiteren räumlichen Ungleichheit bei. Privat kontrollierte, attraktive Stadträume sind Räume, die die Disparität zwischen arm und reich verstärken.

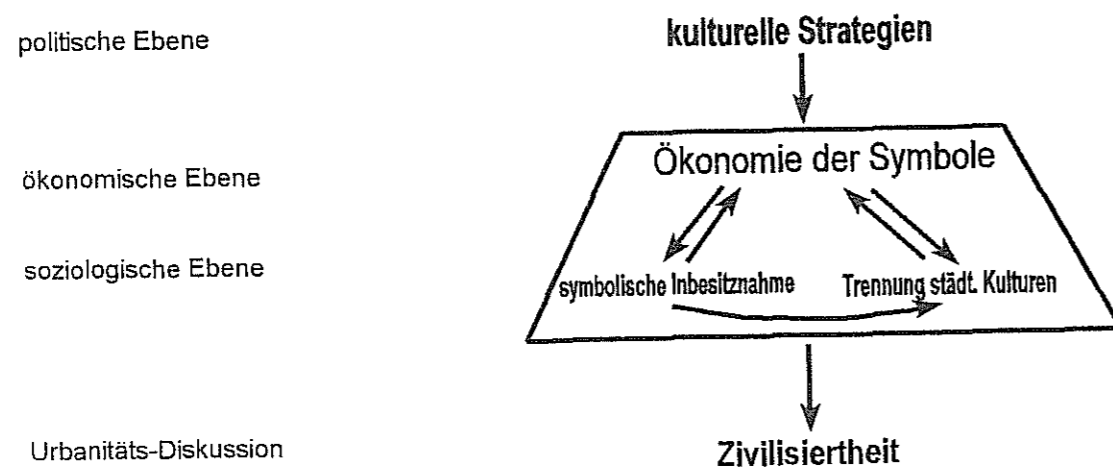
Multikulturalismus ist dann nicht mehr als das Nebeneinanderher-Leben von nicht-öffentlichen Kulturen. Unter den Zielvorstellungen der Ökonomie der Symbole können öffentliche Räume nicht überleben. Die steigende Bedeutung der Ökonomie der Symbole im Wirtschaftsleben treibt eine Kommerzialisierung der Stadträume voran. Für die solchermaßen kommerzialisierten Stadträume gilt, daß man dort Stadterleben nur noch kaufen kann, entweder direkt über den Eintrittspreis oder indirekt über die hohen Preise der dort angebotenen Güter und Dienstleistungen. Sie sind Schaufenster der Unternehmen der Ökonomie der Symbole ("*showcases of the corporate culture industries*") mit von Stadt zu Stadt, von Region zu Region austauschbaren Angeboten (wie man sie im nicht-kulturellen Bereich schon lange im Filialsystem der großen Einzelhandelsketten findet). Die Austauschbarkeit bewirkt, daß Stadt nicht mehr idiosynkratisch ist, d.h. Raum hat keine eigene Identität.

4. Ein Beziehungsgeflecht

Die Ökonomie der Symbole, die Inbesitznahme städtischer Räume durch kulturelle Symbolisierung und die Trennung der Nutzer städtischer Räume aufgrund von Schwellenkulturen stehen in wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnissen zueinander.

Es werden in der *growth machine* kulturelle Strategien entwickelt, die die Gestaltung dieser drei Konstrukte der Stadtkultur-Analyse zielgerichtet vorantreiben. Als Resultat des Wechselspiels kann man dem städtischen Raum nur noch einen geringen Grad an "Zivilisiertheit" beimessen. Das Beziehungsgeflecht hat die Gestalt der folgenden Abbildung 1.

Abbildung 1: Stadtkultur zwischen kulturellen Strategien und städtischer Zivilisiertheit



4.1 Funktionen kultureller Strategien

Die Akteure kultureller Strategien versuchen erstens, die Ökonomie der Symbole des Zentrums zu beeinflussen. Je mehr Städte im Wettbewerb zueinander stehen, umso mehr Wert auf ihre visuelle Außendarstellung gelegt und umso wichtiger wird die Ökonomie der Symbole als Inszenierer städtischer Erlebnisräume. Die Umsetzung der Visionen wird dabei der Kulturindustrie überlassen, die über ihre Inszenierungskompetenz nicht nur die Form, sondern auch den Inhalt bestimmt. Durch diese Kompetenzübertragung an die Ökonomie der Symbole wird die Privatisierung der öffentlichen städtischen Räume zum Zwecke wirtschaftlichen Wachstums weiter vorangetrieben.

Die Akteure kultureller Strategien versuchen zweitens, den städtischen Raum symbolisch in Besitz zu nehmen. Kulturelle Strategie ist es zu bestimmen, wo, wie und wie weit städtische Räume zunächst symbolisch durch *place entrepreneurs* in Besitz genommen werden. Hierbei ist das Ziel der Strategie die Privatisierung bisher öffentlicher Räume. Dabei ist es Strategie, über die philanthropische Aktivität der fördernden *place entrepreneurs* der Ökonomie der Symbole eine "Schuld" der öffentlichen Hand aufzubauen, die dann im Rahmen von *growth machine*-Konzepten eingelöst werden soll. Durch die kulturelle Strategie der symbolischen Inbesitznahme stärken die Fördernden dabei auch ihre Position in der städtischen Elite.

Die Akteure kultureller Strategien versuchen drittens, die Separierung des Stadt(er)lebens voranzutreiben. Aus den attraktivsten innenstädtischen Teilräumen sollen bestimmte Bevölkerungsgruppen (z.B. Unterschicht, Obdachlose, Minoritäten) herausgehalten werden. Die Verschönerung verfolgt dabei fast ausschließlich eine

Ästhetik, die nur ausgewählten, privilegierten sozialen und ethnischen Gruppen zusagen soll. Die Visionen sind dabei bürgertumsorientiert; zum Beispiel Nostalgie nach der alten Stadt, leicht konsumierbare Avantgarde, Sauberkeit und Sicherheit.

Der öffentliche Raum wird weiter in kleine, quasi-private Kulturnischen unterteilt. Über die spezifische Ästhetisierung des Raumes nach dem Geschmack der bürgerlichen Elite hinaus wird auch im unmittelbaren Sinne private Kontrolle über den Einzel-Nutzer und gesellschaftliche Kontrolle des gesamten Stadt-Erlebnisses erreicht. Eine kulturelle Strategie ist es dabei, die wichtigen Visionen städtischen Lebens zu beeinflussen: Werden die Symbole des öffentlichen Raumes entsprechend dieser Strategie ausgewählt, dann wird dadurch auch festgelegt, was städtische Öffentlichkeit an diesem Ort ist. Kulturelle Strategien werden dabei mit dem Ziel formuliert, die Ökonomie der Symbole zu unterstützen. Der Bau und der Umbau von Museen, von städtischen Plätzen und Parks, auch die Historisierung neuer oder die Restaurierung historischer Gebäude und Quartiere sind Bestandteile dieser Strategie.

Durch das Verfolgen solcher kultureller Strategien wird die häufig noch unpolitisch betrachtete kulturelle Gestalt des städtischen Raumes politisiert. Diese Entwicklung wird aufgrund der kommerziellen Interessen der *growth machine* nicht demokratisch abgestimmt. Stadtkultur zerfällt in separate Sphären und trägt auch deshalb zur sozialen und ökonomischen Ungleichheit der Gesellschaft bei. Jede durch "Space-Framing" symbolisch privatisierte, öffentliche Fläche wird dem Gestaltungseinfluß demokratisch gewählter Staatsgewalt entzogen. Kulturelle Strategien sind entschieden undemokratisch.

Diese kulturellen Strategien verfolgt also das Hauptziel, die Ökonomie der Symbole der Stadt zu stärken. Als unmittelbare Folge wird das Stadt(er)leben stärker segregiert. Analog zur UPE meint Zukin weiter, daß das übergeordnete und bewußte Ziel dieser Strategie es ist, den städtischen Raum tatsächlich zu kontrollieren, also zunächst die Vision(en) des Stadterlebens ohne demokratische Legitimation zu bestimmen, und dann das Stadtleben (das Verhalten in den Stadträumen) selber.

4.2 Die Ökonomie der Symbole und die symbolische Raum-Besitznahme

Eine symbolische, d.h. kulturelle Inbesitznahme von Räumen ist aus mehreren Gründen Vorbedingung für ihre Ausnutzung durch eine Ökonomie der Symbole. Die Kommerzialisierung des Stadterlebens beruht auf einer vereinfachten Kommunikationsweise. Kaufen und Verkaufen bestimmen das Stadterlebens, Stadterleben soll konsumentenfreundlich unterhaltend sein. Eine entsprechend auf den Verkauf ausgerichtete Ästhetisierung städtischer Räume reduziert natürlich die mögliche Multidimensionalität des Stadterlebnisses.

Die solchermaßen propagierte Vision des Ortes, geschaffen aus dem Strategiekonzept und den Wertesystem der lokalen bürgerlichen Elite konkretisiert sich in der kulturellen Gestaltung des Stadtraumes. In diesem Fall

produziert die Ideologie des Kommerzes vermeintlich öffentliche, aber tatsächlich private Kulturräume. Die Ökonomie der Symbole dominiert die Art und Weise, wie Stadtraum kulturell unmittelbar erlebt wird (*espace vécu*). Darüber hinaus kontrolliert sie aber weitaus mehr als nur das sinnliche Wahrnehmen - sie beeinflusst, wie Stadt kulturell begriffen wird (*espace conçu*) (siehe auch Lefebvre 1991).

Es gibt drei Ziele, die mit der wechselseitigen Förderung der Ökonomie der Symbole und der symbolischen Raum-Besitznahme verfolgt werden.

Erstens haben *place entrepreneurs* unmittelbares Interesse an dieser gegenseitigen Beeinflussung. Durch das Attribut der "kultivierten" Atmosphäre wird der Kapitalwert städtischen Bodens aufgewertet (i.e. der o.g. Kreislauf der kulturellen und ökonomischen Kapitalisierung).

Zweitens haben Stadtpolitiker und -verwaltung Interesse am kulturellen "framing". Aufgrund fehlender anderer Alternativen soll dadurch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt vorangetrieben werden bzw. der wirtschaftliche Niedergang beendet oder doch wenigstens verlangsamt werden.

Drittens führt das "framing" über die Segregation des Stadterlebnisses der Stadt-Nutzer zu einer Optimierung der ökonomischen Verwertbarkeit der Bevölkerung, denn diese Segregation ist innerhalb der Ökonomie der Symbole Zielgruppenfokussierung als Marktsegmentierung.

4.3 Die Ökonomie der Symbole und die Separation städtischer Kulturen

Die Ökonomie der Symbole gestaltet, um kommerziell erfolgreich sein zu können, für ausgesuchte Kundenkreise die Umwelt so um, daß sie für diese spezielle Bevölkerungsgruppen attraktiv wird. Damit schließt sie andere Bevölkerungsgruppen mit anderen kulturellen Geschmäckern aus. Die Separierung städtischer Kulturen voneinander ist für den Markt von Vorteil. Viele Kulturen an einem *urbanen* Raum bedeuten viele zusammentreffende Lebensstile. Jeder Lebensstil kann aber erst nach räumlicher Separierung zielgruppengerechter vermarktet werden, und deshalb produziert eine stadtkulturelle Kommerzialisierung soziale Differenzen innerhalb der Stadtbevölkerung.

In zentraler städtischer Lage beansprucht die wirtschaftliche und politische Elite der Stadt als Schöpfer und Motor der Ökonomie der Symbole die besten Flächen für sich selbst. Sie schafft dort eine *liminal public culture*, also eine spezifische Kultur mit nicht offensichtlich sichtbaren, aber wirkungsvollen Schwellen des Zutrittes. Diese zentrale *liminal public culture* präsentiert hier, welche prominente Position sie als Elite in der städtischen Gesellschaft einnimmt. Sie indiziert an exponierter Stelle der Stadt, wie segregiert diese städtische Gesellschaft ist und wie die sozialen Räume dieser städtischen Gesellschaft strukturiert sind. Je wichtiger die Ökonomie der Symbole in einer Stadt ist, desto stärker ist die Segregation der Nutzung öffentlicher Plätze im Stadtzentrum.

Die eingeschränkte Nutzung öffentlicher Räume wird jedoch nicht nur durch die städtische Elite im Stadtzentrum vorangetrieben, sondern geschieht auch in den umliegenden Stadtteilen und Arbeits- und Wohnviertel der Mittel- und Unterschichten. Auch dort entwickeln sich (kaum zwanglos) kleinteiligere Ökonomien der Symbole, die nun aber auf den *liminal public cultures* dieser lokalen sozialen und ethnischen Gruppen beruhen - ebenfalls streng abgetrennt von anderen Bevölkerungsgruppen. Die städtische Elite treibt den Eklektizismus städtischer Kulturen voran, da mittels der Separierung die Stadtbevölkerung auch politisch besser gehandhabt und ökonomisch besser ausgewertet werden kann. Da jede Gruppe in einer stark segregierten Stadtgesellschaft ihre Stadtkultur nur an einem zugewiesenen Platz "ausleben" kann, wird ein demokratisches *Zusammenleben* eines Multikulturalismus vorgegaukelt - es ist doch mehr ein hierarchisch organisiertes Nebeneinanderherleben. Die räumliche Zuordnung sozialer Gruppen und ihre Position im hierarchischen Sozialgefüge ist eine Folge der bedeutender werdenden ethnischen und sozial voneinander getrennt lebenden Ökonomien der Symbole.

Die symbolische Privatisierung öffentlicher Räume und ihre ästhetische Umgestaltung führt also zum Ausschluß bestimmter Bevölkerungsgruppen. Durch die Separierung städtischer Bevölkerungsgruppen wird zwar die Furcht vor dem "Fremden" abgebaut (als "normaler" Besucher kann man sich nun unbelästigt in den neuen "öffentlichen" Räumen aufhalten und es aufgrund des Sicherheitsgefühls sogar genießen), diesem Vorteil steht aber der Nachteil gegenüber, das Erlebnis der Nutzungs- und Nutzervielfalt einer "urbanen Umwelt" aufgegeben zu haben.

Eine Stadt besteht also aus mehreren Ökonomien der Symbole, wobei die mächtigste sich (zumeist) im Stadtzentrum ihre Symbole errichtet und dadurch ihre Nutzung auf ausgewählte Nutzergruppen einschränkt. Andere Ökonomien der Symbole richten sich in anderen Stadträumen - im Wohnen, Arbeiten und im kulturellen Stadterleben - segregiert voneinander ein.

4.4 Wirkungen der Stadtkultur auf die *civility*

Unter *civility* wird die erprobte und gefestigte zivilisierte Kommunikation des distanzierten, aber nicht unhöflichen, vielmehr auch interessiert-neugierigen Stadtbewohners mit dem ihm fremden anderen Stadtbewohner, denen er oder sie ständig im städtischen Raum begegnet, verstanden. Hierin steckt natürlich der Begriff "*urbanism*" als stadtspezifische Verhaltens- und Kommunikationsform, "*as a way of live*".

Die geschilderte Privatisierung städtischer Kultur im öffentlichen Raum hat nun negative Folgen für den Grad an "Zivilisiertheit". Der "zivilisierte Umgang" wird nicht mehr geübt, sondern wird als unbequemer oder unbekannter Kommunikationsprozeß vermieden. Man trifft im segregierten öffentlichen Raum den Fremden nicht mehr- und bewertet dies noch positiv, weil man ihn, so die manipulierende ideologische Propaganda, aus

Sicherheitsgründen "eigentlich" nicht mehr treffen will. Der Fremde ist durch die Schaffung der "*liminal public cultures*" ausgegrenzt. Durch die Ausschaltung des Fremden als notwendiges Element städtischer *civility* wird eine öffentliche Kultur nur noch inszeniert - sie findet de facto nicht oder kaum noch statt.³

Die Vision der Zivilisiertheit als Kommunikation des Stadtbewohners mit dem Fremden wird aber auch in Deutschland aufgrund zunehmender Kriminalität bzw. subjektiver Kriminalitätsfurcht immer unrealistischer. Fremde treffen sich im öffentlichen Raum nicht mehr angstfrei. Vielmehr gibt es eine enger gefaßte Version scheinbar öffentlicher Zivilisiertheit im kommerzialisierten Konsumraum. Mit der Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes wird nun eine Gegenbewegung propagiert - der kommerzialisierte Stadtraum sei sicherer als der nichtkommerzialisierte. Solchermaßen kontrolliertes Stadtleben sei angstfreier - und auch deshalb als Konsum attraktiver. Dies gilt nicht nur, weil man im kommerzialisierten und privat kontrollierten Stadtraum die effiziente Überwachung abweichenden Verhaltens annimmt, sondern auch, weil im kommerzialisierten Freizeit- und Kulturraum Verhaltensunsicherheiten aufgrund der Vorgegebenheit möglicher Verhaltensweise ausbleiben können. Das Verhalten wird auf den Konsum hin ausgerichtet.

Stadterleben ist auch nicht mehr im Sinne von Zivilisiertheit die gesellschaftlich akzeptierte und mit Interesse erlebte Ansammlung unterschiedlicher Wahrnehmungs-, Einstellungs- und Verhaltensweisen.

Es ist auch zweifelhaft, ob die Stadtplanung der *growth machine* dieses Image einer tatsächlich multikulturellen städtischen Öffentlichkeit in ihrer ganzen Breite (noch) reproduzieren könnte, selbst wenn sie es wollte. Eine demokratische Stadtplanung müßte sich hingegen daran messen lassen.

Es besteht kaum Hoffnung, daß durch die heute vorherrschende Stadtkultur-Verwaltung (häufig reduziert auf die Ästhetisierung von Institutionen und auf diverse Stadterlebnisse wie Festivals, EXPOS etc.) *civility* in das öffentliche städtische Leben zurückgebracht werden kann. Kultur ist kein öffentliches, sondern ein privates Gut.

Das durch die zunehmende Bedeutung und - in Folge davon - Hierarchisierung der Ökonomien der Symbole segregierte Stadterleben verhindert oder erschwert die Erfahrung des Fremden als kulturelle Herausforderung, als Träger, Mittler und Stifter des Lernens über den Alltag hinaus (Hettlage 1987).

³Natürlich stellt sich hier die Frage, ob die ausgeprägten Kausalitäten zwischen unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungen, Segregation und steigenden Kriminalitätsraten v.a. *innerhalb* bestimmter segregierter Bevölkerungsgruppen in den USA auch für Deutschland übernommen werden können, oder ob es sich hier eher um ein Horrorszenario handelt, daß für Deutschland nur unter dem Motto "Wahret den Anfängen" behandelt werden könnte.

5. Thesen: Zur Bedeutung städtischer Kultur: Urban Political Economy Transmitted

5.1. Übertragbarkeit auf Deutschland - Beispiele

Sowohl die UPE wie auch Zukins Überlegungen sind deutlich amerikanischen Ursprunges; Zukins Buch zu den *Cultures of Cities* bezieht sich sogar zum größten Teil allein auf ihren Wohnort, New York City.

Somit stellt sich die Frage, ob ihre Überlegungen und die ihrer Kollegen aus den USA auf deutsche Verhältnisse übertragbar sind. Da viele dieser Ansätze zur Bedeutung der Kultur in der Stadt abstrakt sind, sollte wegen dieses hohen Abstraktionsniveaus eine Übertragbarkeit möglich sein. Meine Vorgehensweise wird es nun sein, den von Zukin zur Illustration ihrer Hauptthesen vorgelegten Beispielen aus den USA einige Beispiele aus Deutschland entgegenzustellen.

Zur Bedeutung der Ökonomie der Symbole für die wirtschaftliche Entwicklung ganzer Regionen stellt Zukin das Beispiel *Disney World* vor. Ohne die Dimensionen des Disney-Konzerns für Südkalifornien oder Florida (vielleicht auch für Japan oder die Île de France) übernehmen zu wollen, denke ich, daß es mehr und mehr Themen- und Freizeitparks auch in Deutschland gibt, die wichtige wirtschaftliche und soziale Auswirkungen auf die umgebenden, zumeist ländlichen Regionen haben. Ein anderes wichtiges Beispiel für Zukin in diesem Zusammenhang ist der Umbau des ehemaligen öffentlichen Atriums des AT&T-Gebäudes durch den neuen Eigentümer (SONY) in eine "*corporate showroom*", der nur noch quasi-öffentlich ist und vor allem darauf ausgerichtet ist, das Stadterleben auf die umfangreiche Palette an SONY-Angeboten in mehreren Shops zu richten. Bei dem Stichwort SONY fällt natürlich in Deutschland sofort der neue SONY-Komplex am Potsdamer Platz ein, der neben dem die Medien bewegenden weil bewegten Kultursymbol des Kaisersaals auch eine Unzahl an Kinosälen und andere "Erlebnisangebote" für Berlin offerieren wird.

Wenn es keine weiteren Ansätze zur wirtschaftlichen Gesundung oder gegen den wirtschaftlichen Niedergang einer Region gibt, dann kann die lokale Politik immer noch "Kultur" als Allheilmittel ausprobieren. Zukin stellt diese Strategie anhand des zunächst gescheiterten Versuches eines Guggenheim-Museum-Ablegers in den Berkshires im Nordosten Massachusetts, dem "MoCA" vor - rund 280 Kilometer von New York City und rund 220 Kilometer von Boston entfernt.

Einen ähnlichen Versuch, das Heil aus wirtschaftlichen Problemen im Kultur- und Erlebnisbereich zu finden, plant zur Zeit Bremerhaven, indem dort auf 32.000 Quadratmeter Fläche ein Meeresaquarium entstehen soll, zusammen mit einem Science-Museum (der "Discovery-World") und einem Informations- und Tagungszentrum (dem "Aquakulturzentrum"). Hotels, Wohnungen und eine Flaniermeile sollen den Rest der geplanten 60 Hektar großen Fläche bilden. Schon jetzt hat das Land Bremen Beratungs- und Planungskosten von ca.

einer Million DM dazu beigesteuert. Bremerhaven liegt rund 100 Kilometer von Hamburg und 260 Kilometer vom Ruhrgebiet entfernt (Hamburger Abendblatt, 05.12.95). Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Hamburg selbst zunächst umfangreich Investoren für ein ähnliches Projekt in exponierter Lage an der Elbe nahe den St. Pauli-Landungsbrücken gesucht hat, einen Wettbewerb ausgeschrieben hat und vier Wettbewerbsvorschläge in die engere Wahl kamen. Dies waren u.a. (a) ein Vorschlag mit Planetarium, IMAX-Kino, Großkino und "Basar", (b) ein Vorschlag mit Aquarium, Restaurants, Hotel, IMAX-Kino und Amphitheater, (c) ein Vorschlag mit Science-Museum, IMAX-Kino, Hotel, Büros und Restaurants und Musical-Theater. Alle Developer haben größere kulturelle Einrichtungen, Restaurants und "corporate showrooms" vorgesehen und wollten bis zu 50.000 Quadratmeter bebauen. Die Stadt hat nun allerdings eine gänzlich andere Rolle als Bremerhaven eingenommen: Sie wollte keine Mark dazugeben, sondern am Verkauf der Fläche möglichst lukrativ verdienen, zudem sollten aus städtebaulichen Gründen nur 25.000 Quadratmeter bebaut werden. "Bei den Politikern dürfte klar geworden sein, daß dieses prominente Uferstück nicht zum Spielraum privatwirtschaftlicher Interessen werden darf. (...) Stadtentwicklungs-Senator Thomas Mirow scheint vielmehr entschlossen, wie bei der Standort-Festlegung für eine Mehrzweckhalle auch hier die Stadt wieder die Führung übernehmen zu lassen und nicht die Investoren" (Hamburger Abendblatt, 13.03.95). Die Neugestaltung der Landungsbrücken ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Hier scheint der wirtschaftliche Druck also (noch) nicht so stark zu sein, der Ökonomie der Symbole vor der traditionellen Industrie den Vorrang zu lassen. Eine Sekundärdatenanalyse unternehmerischer Kulturförderung in amerikanischen Städten von 1977 bis 1992 zeigt auf, daß Stadtregionen mit einer noch relativ gefestigten Industriestruktur weniger dazu tendieren, privatwirtschaftliche Kulturförderung zu betreiben als Stadtregionen mit einer deutlichen Tertiärisierung der Wirtschaft (Kirchberg 1995).

Zur **symbolischen Raum-Besitznahme** mit privater Kontrolle führt Zukin eine Parkgestaltung des Bryant Parks an der 42. Straße in New York City durch eine *Public-Private-Partnership* benachbarter Unternehmenskonzerne an. Deutsche Beispiele dazu gibt es v.a. in Ostdeutschland, wo die kommunalen Kassen noch leerer sind als in Westdeutschland. Es gibt Überlegungen, den Sansouci-Park, der bis jetzt ein städtisch-öffentlicher Raum ist, einzuzäunen und Eintritt zu verlangen. Eine eigene Studie in Potsdam erbrachte, daß zwischen 1990 und 1992 von den rund 6 Millionen DM an unternehmerischer Kulturförderung in der Stadt Potsdam 4,4 Millionen DM (also zwei Drittel) allein an die Schlösser und Gärten Sansoucis (zumeist zur Wiederherstellung bzw. Renovierung von Parkanlagen und Gebäudeeinheiten im Park) gingen, weitere 1,2 Millionen DM an den übrigen Denkmalschutz in der Stadt und nur 500.000 DM an die Darstellende Kunst der Stadt (davon 400.000 DM an Musikfestivals auf dem Sansouci-Gelände). Die fördernden Unternehmen (oder auch unternehmensnahen Stiftungen) haben dafür umfangreiche Privilegien zur Nutzung des Geländes und des Palastes eingeräumt bekommen (detailliert Kirchberg 1992a, 1996a), die in Zukunft noch ausgeweitet werden können.

Spannungen bei der **Separierung städtischer Kulturen** stellt Zukin für die Arbeitsteilung in New Yorker Restaurants (*front workers versus back workers*) und für die Veränderungen der Straßenraum-Zeichen und

der damit einhergehenden verengten (*liminal*) "öffentlichen" Kulturen in der 34. Straße in Midtown-Manhattan, in der 125. Straße in Harlem und in der Fulton Street in Brooklyn vor.

Obwohl die ungleiche Verteilung von Bevölkerungsgruppen über die städtischen Teilgebiete in Deutschland weitaus geringer vorhanden ist als in den USA, lassen sich Segregierungsbestrebungen des Stadterlebens und der kulturellen Nutzung öffentlichen Raumes auch hier nachweisen. Als Mikro-Beispiel möchte ich die Planung und Realisierung einer Grünanlage in einem innerstädtischen gemischten Wohn- und Arbeitsstadteil in Hamburg anführen. Nach der Errichtung des Neubaus des Gruner-und-Jahr-Konzerns in der Hamburger Neustadt und der Planung eines Neubaus des Spiegel-Verlages in unmittelbarer Nähe (beides als Verlage Teil der Ökonomie der Symbole) gab es einen anschwellenden Zorn der Bewohner gegen diese Nutzungs-invasoren und die parallel und in Folge antretenden *place entrepreneurs*. Die Stadtentwicklungsbehörde führte daraufhin in den Jahren 1992/93 ein Planungsverfahren unter Beteiligung der Bewohner und Kleingewerbetreibenden des Stadtteils durch mit der Zielsetzung, ein neues, alternatives Handlungskonzept für die Stadtteilentwicklung unter Bewohnerbeteiligung zu erstellen (*konsalt* 1994). Ohne jetzt auf die wirklichen Gründe und Umsetzungsmöglichkeiten dieses Gesamtprojektes eingehen zu wollen (dazu Kirchberg 1994), soll der Einzelfall der Gestaltung der Grünanlage am G&J-Gebäude als Beispiel der Separierung städtischer Kulturen in wenigen Sätzen skizziert werden. Aufgrund eines BürgerInnen-Wettbewerbes zur Beteiligung der Bewohnerschaft an der weiteren Gestaltung des Stadtteils wurden 23 Wettbewerbsbeiträge aus dem Stadtteil eingereicht, die im Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbs durch eine Jury unter Leitung der damaligen Stadtentwicklungs-Senatorin bewertet wurden. Es wurden insgesamt Preisgelder von 10.000 DM ausgelobt. Mit Abstand die meisten der Wettbewerbsbeiträge (16 von 23) behandelten die Freiflächengestaltung (gefolgt von Verkehrs- und Wohnungsüberlegungen). Vier setzten sich mit der Gestaltung der Freifläche vor dem G&J-Gebäude auseinander. Phantasievoll gefordert wurden ein umfangreicher Spielplatz (nicht nur mit DIN-Geräten), ein Springbrunnen (mit Schwimm-Möglichkeit für die Kinder), eine Rodelbahn (Brunnen und Rodelbahn bestanden schon in der Vergangenheit), die Freilegung eines Baches (wie in Freiburg i.Br.) und ein Open-Air-Treffpunkt für alle Altersgruppen (mit Bänken und Stühlen zum Verweilen und Picknicken) inklusive einem Unterschriftenkatalog von 144 Bewohnern. Dieser Vorschlag wurde durch die Jury auch prämiert. Was ist daraus geworden? Nichts. Zum einen waren die entscheidenden Grundzüge der Planung schon vorher in den zuständigen Bezirksstellen abgeschlossen worden, zum anderen liefen Detailplanungen unabhängig und parallel zum Wettbewerb, der nie rechtliche Einwirkungsmöglichkeiten hatte. Die architektonische Gestaltung der Fläche ist vielmehr vollständig durch entsprechend gestaltete Betonmauern und Wegeführungen der modernen Architektur des G&J-Gebäudes angepaßt worden. Die "chaotischen" Nutzungsforderungen der Bewohner hätten mit der Symbolik des den Raum beherrschenden Verlagshauses nicht "harmonisiert". Die Folge: Die Grünanlage ist ein verödetes "Schmuckstück" ohne die gewünschten Nutzungsmöglichkeiten der Bewohner. Der Gruner&Jahr-Konzern hat dieses städtische Gelände also *symbolisch* in Besitz genommen.

Vor allem durch ihre Kommerzialisierung werden öffentliche Räume zu privat kontrollierten Räumen und private Räume nur scheinbar "öffentlich". Dazu lassen sich viele Beispiele anhand der Umgestaltung der Museumslandschaft in den USA aufzeigen, Beispiele, die man auch in Deutschland in naher Zukunft finden kann. Dazu gehört zum Beispiel die Architektur des *Air & Space-Museums* in Washington, D.C. in Form einer Shopping Mall, deren Symbolik den Museumsbesuch zum vertrauten Einkaufserlebnis macht. Angesichts rückläufiger staatlicher Zuschüsse müssen auch in Deutschland immer mehr öffentliche Museen Kommerzialisierungsstrategien überlegen, vom zielgruppengerechten Museumsmarketing über die neue Einnahmequelle "Museumsshop" bis zur Privatisierung als eigenverantwortliche GmbH: Das private Ausstellungshaus wird öffentlich, das öffentliche Museum popularisiert (siehe auch Kirchberg 1996b, Toepler 1996).

Kulturelle Strategien virtueller Öffentlichkeit für einen nicht unmittelbaren Zweck der Institution werden in Deutschland zur Zeit aber noch weniger von Museen als von einer immer größer werdenden Gruppe an Investoren verfolgt. Sie versuchen entweder, ihre Projekte durch Kultur-Events besser zu verkaufen, oder sehen ihr gesamtes Produkt durch die nicht nur temporäre Kombination mit Kultur als im Wert steigend an.

Zur ersten Gruppe gehören z.Zt. viele Berliner Investoren, die angesichts von 310 großen Bau-Projekten, 50 Milliarden DM Investitionsvolumen und voraussichtlich 1,5 Millionen Quadratmeter Bürofläche den verschärften Wettbewerb in der Hauptstadt fürchten. Bauprojekte in Berlin werden nun "niveauvolle Adressen" durch ein entsprechendes Kulturbeiwerk. Dazu gehören nicht nur die herkömmliche Gemäldeausstellung (meistens "junger" Wilder) in der Baustelle, sondern auch Ballett-Aufführungen, Max Raabe mit seinem Orchester, "multimedialen Performances", Piaf-Chansonabende, bayerische Staatskapellen, Feuer-Wasser-Tanz-Shows oder auch die Attributierung der Großbaustellen als neue Touristenattraktionen. *"Architainment heißt das neue Zauberwort (...)* Der Heidelberger Projektentwickler Roland Ernst weiß nur zu gut: *'Mit blöden Inseraten erreicht man heute niemand mehr'. ... [und] die etablierte Galeristin [Raab] hält die Fahne hoch für die meist als unkultiviert geltenden 'Baulöwen': sie seien die 'einzigen, die auch in Krisenzeiten Kunst kaufen und damit Künstler unterstützen, die in Berlin vor sich hin vegetieren'*" (Der Tagesspiegel, 23.07.95).

Zur zweiten Gruppe gehören Hotel-Investoren, die angesichts steigender Hotelzahlen und sinkender Ausnutzungsquoten ihr Produkt durch die Synergie mit der Kultur besser vermarkten können. Vorreiter ist dabei der Berliner Immobilienhändler Gädecke, der in Dresden sein erstes Art-Hotel mit angeschlossener - aber räumlich getrennter - Kunsthalle eröffnet hat und zwei weitere Hotel/Kunsthallen-Kombinationen in Potsdam respektive Leipzig baut bzw. plant. Die Kunsthallen werden nach der Einrichtung wirtschaftlich unabhängig organisiert - so wird das Jahresbudget der Dresdener Kunsthalle (250.000 DM für Kurator und fünf Basis-Ausstellungen) durch die Einnahmen der angeschlossenen Tiefgarage finanziert. Geplant ist eine Ausstellung *"Unternehmenskultur in Deutschland", denn Unternehmen, die Kunstsammlungen besitzen, müssen diese öffentlich machen, damit sie nicht der Vermögenssteuer zugerechnet werden*" (Der Tagesspiegel, 24.06.95).

An anderer Stelle meint der Immobilienhändler weiter, daß man mit unternehmerischer Kulturförderung *"... das Image seiner Firma aufmöbeln kann. Das alles kann man aus einer legitimen egoistischen Betrachtungsweise tun. Imagebildung ... ist wohl unser Nummer-eins-Motiv."* (Kirchberg 1992a)

5.2 Lebensstile und die Separation städtischer Kulturen

Insbesondere bei Zukins Ausführungen zur Separation des kulturellen Stadterlebens in *liminal public cultures* gibt es Überschneidungen mit der aktuellen Diskussion in der deutschsprachigen Soziologie zum Thema Lebensstile in städtischen Räumen (v.a. Dangschat und Blasius 1994, IRS 1995). Auf diese Korrespondenz möchte ich zum Abschluß kurz eingehen.

Die Macht der Ökonomie der Symbole über die Gestaltung und Nutzung von Stadträumen und über den Ein- und Ausschluß von Nutzergruppen leitet Zukin aus dem Reservoir dieser Ökonomie an symbolischem Kapital ab. Dieser Begriff verleitet natürlich unmittelbar dazu, theoretische Wurzeln in der Distinktionstheorie Bourdieus (1982) zu suchen. Der aus den drei Kapitalsorten errichtete "soziale Raum" bestimmt, welche dauerhaften Verhaltens- und Einstellungsstrukturen der Mensch hat. Diese dauerhaften Verhaltens- und Einstellungsstrukturen (Bourdieu's Habitus) bestimmen wiederum, was von der Umwelt wie wahrgenommen wird und wie man sich, in Folge davon, in dieser Umwelt verhält bzw. verhalten darf. Der zweite Teil dieser Kausalkette (Habitus → Umweltwahrnehmung) ist sowohl Giddens Strukturierungstheorie wie Zukins Separierung städtischer Kulturen aus der vorangegangenen symbolischen Raum-Besitznahme sehr ähnlich. Der erste Teil der Kausalkette (Sozialer Raum → Habitus) kann in Zukins Modell allerdings nur dann seinen Platz finden, wenn Bourdieus "sozialer Raum" *nicht* nicht-geometrisch aufgefaßt wird. Dies bezweifelt Dangschat (1994), während Müller (1992) dies annimmt. Wenn man lange genug in Bourdieus Werk sucht, dann findet man allerdings jene Position bestätigt, die deutliche Übereinstimmungen von "sozialem Raum" und "geometrischem Raum" vermutet. Dabei ist Segregation für Bourdieu sicherlich mehr als - aber auch (!) - die in den Raum gespiegelte soziale Ungleichheit.

"So, wie ein jeder Körper sich an einem Ort (geographisch) situiert, nimmt er auch einen bestimmten Platz (Rang) ein. Der Ort kann definiert werden als der physische Raum, an dem eine Sache situiert ist. Der besetzte Raum hingegen ist die Ausweitung, die besetzte Oberfläche, das Volumen, kurz: die Dimension, in der dieser Ort eingenommen wird. Die sozial Handelnden sowie ihr angesammelter Besitz situieren sich an einem Ort des sozialen Raums, der sich durch seine relative Position zu anderen Orten charakterisiert. So strukturiert sich der soziale Raum durch seine räumlichen Gegensätze, die durch den bewohnten Raum symbolisiert werden. (...) Die Position im sozialen Raum drückt sich aus durch die Position und den Besitz im physischen Raum (...) Die Macht über einen Raum (sprich: Häuser, Landbesitz) ist eine hervorragende Art, soziale Macht vorzuzeigen. Folglich ist der soziale Raum die Verteilung bestimmter Güter und Services in einem bestimmten physischen Raum sowie bestimmter Individuen und Gruppen, die lokalisierbar sind und die Möglichkeit der

Kirchberg - Kulturerlebnis Stadt?

Aneignung dieser Güter und Dienstleistungen haben. Hierdurch definiert sich der Wert der einzelnen Regionen des sozialen Raums. Auf bestimmten Gebieten konzentrieren sich die seltensten Güter, wie Fifth Avenue oder Rue Fauborg St.Honoré, im Gegensatz zur Konzentration sozialen Mangels in bestimmten Stadtteilen (...)" (Bourdieu 1993, eigene Übersetzung).

Auch der Kulturkampf um die Kontrolle über den städtischen Raum kann mittels Bourdieus Konstruktzusammenhang von sozialem Raum und Habitus erklärt werden. Die Gegensätze im sozialen Raum tendieren dazu, sich in der Kategorisierung städtischer Wahrnehmung zu repräsentieren, und die Gegensätze im physischen Raum tendieren dazu, sich in Gegensätzen im sozialen Raum niederzuschlagen. Es gibt also eine gegenseitige Beeinflussung. Bourdieu sieht einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Position im sozialen Raum und den Kämpfen um hierarchische Positionen im physischen Raum (= Segregation).

"Im sozialen Raum entstehen die Kämpfe um die Felder 'Aneignung des Ortes' (profits de localisation), 'Aneignung des Ranges' (profits de position) und 'Aneignung des Reichtums' (profits de occupation). Die Beherrschung eines Raumes durch Besitz an den richtigen Positionen hält unerwünschte Personen fern und erlaubt gleichzeitig eine Annäherung an den gewünschten Kreis." (Bourdieu 1993, eigene Übersetzung).

Region, Stadt oder Nachbarschaft als Dimensionen sozialer Ungleichheit sind in der Stadtsoziologie aufgrund der Segregationsforschung alte Bekannte, in der Schichtungs- und Ungleichheitsforschung sind diese räumlichen Indikatoren dagegen relativ neuen Ursprunges. Dangschat (1994) unterscheidet bei der Erforschung sozialer Ungleichheit im physischen Raum den Mikro-Raum (unmittelbarer Aktionsraum des Individuums), den Meso-Raum (z.B. Quartiersausstattung des Wohnstandortes) und Makro-Raum (politische und gesellschaftliche Einbindung in großräumige Veränderungen).

Er konstruiert dann ein Modell der Erklärung räumlicher Ungleichheiten aus der Distinktionstheorie. Auf der Makro-Ebene wird die gesellschaftliche Regulation der residentiellen Segregation vorgenommen. Auf der Meso-Ebene befindet sich die räumliche Konkretisierung der Regulationen. Zeichen der Regeln werden vor Ort aufgestellt und wahrgenommen. Auf der Mikro-Ebene (der Habitus bestimmt die Praxis) verhält sich das Individuum eingeschränkt nur so, wie es sich aufgrund des symbolischen Systems auf der Meso-Ebene verhalten darf. Strategisch von Entscheidungen auf der Makro-Ebene abhängig (d.h. von der Ökonomie der Symbole) werden auf der Meso-Ebene des Stadtraumes die kulturellen Symbole errichtet (Symbolische Raum-Besitznahme), die individuelle Aktionsräume distinktiv definieren (die Folge: Separation städtischer Kulturen).

Müller (1995) versucht ein theoretisches Modell der Lebensstil-Erklärung zu erstellen. Er verbindet die vier Dimensionen eines lebensstil-gerechten Verhaltens (expressives, interaktives, evaluatives und kognitives Verhalten) mit fünf Attributen der Lebensstildefinition (Ganzheitlichkeit, Freiwilligkeit, Charakter, Stilisierungschancen und Stilisierungsneigung). Ich möchte analog zu Giddens Strukturationsperspektive v.a. die beiden

Kirchberg - Kulturerlebnis Stadt?

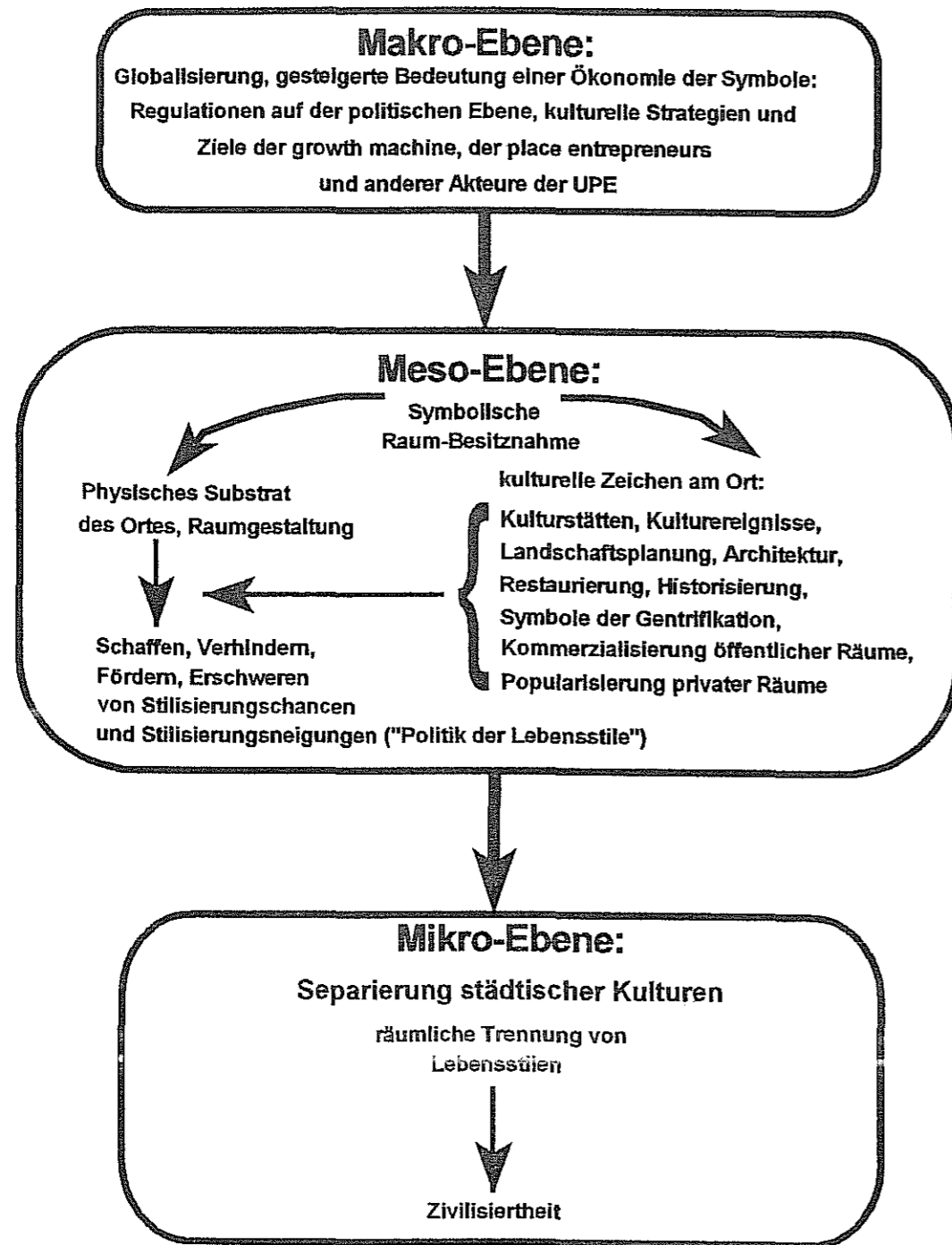
letzten Attribute betont wissen: Die Raumgestaltung erleichtert oder beschränkt (je nach Gruppenzugehörigkeit) Stilisierungschancen, sie fördert oder erschwert Tendenzen zur Stilisierungsneigung. Die Moderne mit ihren Globalisierungsperspektiven der ökonomischen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen bestimmt im Zentrum und durch die Verdrängung anderer Stile damit indirekt auch an der Peripherie überall den "Stil", d.h. die Gestaltung des Raumes mit kulturellen Zeichen. Raum wird seines typischen Inhaltes "entleert", weil er überall identisch gestaltet ist. Diese globale "Politik der Lebensstile" auf der Makro-Ebene entspricht der Regulation bei Dangschat und ist Teil der Ökonomie der Symbole im Rahmen der UPE. Raumgestaltung als Rahmenbedingung von Stilisierungschancen und -neigungen entspricht Dangschats Meso-Ebene und Zukins Symbolischer Raum-Besitznahme. Die Gestaltung des Lebensstiles (im Rahmen des strukturell Möglichen) entspricht Dangschats Ebene der residentiellen Segregation auf der Mikro-Ebene und Zukins *liminal public cultures*.

Alle drei Modelle (Zukin, Dangschat, Müller) ergeben in der Synthese ein Erklärungsmodell *kulturellen Stadterlebens* (siehe Abbildung 2). Dazu die folgenden, zusammenfassenden Erläuterungen.

Die Bedeutungssteigerung der Ökonomie der Symbole in Folge der fortgesetzten Tertiärisierung bzw. Quartärisierung der Wirtschaft und der sich verhärtende, weltweite Wettbewerb von Regionen um kapitalkräftige und zukunftsichere Investitionen in Folge der ökonomischen Globalisierung macht die Errichtung und Förderung bestimmter kultureller Symbole zu einer immer wichtiger werdenden politischen Kultur- gleich Stadtentwicklungs-Strategie lokaler und überlokaler *growth machines* (Makro-Ebene des Systems Kulturerlebnis Stadt).

Öffentliche Stadt-Räume vorzugsweise in zentraler innerstädtischer Lage werden dafür von der städtischen Elite symbolisch in Besitz genommen und für die Ökonomie der Symbole entsprechend neu- oder umgestaltet. Diese Neu- oder Umgestaltung bedeutet eine Kommerzialisierung bisher nicht entsprechend genutzter städtischer Räume. Dies kann sowohl die Kommerzialisierung ("Privatisierung") *öffentlicher* Räume (z.B. Parks mit Eintrittsgebühren, städtische Museen mit der Umsetzung von Marketingstrategien, Bahnhöfe als Einkaufspassagen), aber auch die Popularisierung ("Öffnung") *privater* Räume (z.B. Propagierung von Shopping Malls als soziale Treffpunkte, Verlängerung der Ladenöffnungszeiten) bedeuten. Eine entsprechende symbolische Raum-Besitznahme ist auch die Restaurierung alter Stadtviertel bzw. die Historisierung neuer Gebäudekomplexe. Auch die symbolische Beherrschung des Stadtraumes durch eine bestimmte Architektur (Gebäudestruktur, Fassaden, Gebäudeumgebung, Straßenmobiliar etc.) gehören dazu (Meso-Ebene des Systems Kulturerlebnis Stadt).

Abbildung 2: System des Kulturerlebnisses Stadt



Die Kombination dieser das Raumerlebnis beherrschenden kulturellen Zeichen bewirkt eine "liminality", d.h. eine durch die Nutznießer der Ökonomie der Symbole herbeigeführte Bewertungs-Beinflussung des Erlebens bestimmter Stadträume. In der Folge werden städtische Teilräume von bestimmten Bevölkerungsgruppen bevorzugt und von anderen gemieden. Diese Aus- bzw. Eingrenzung städtischer Bevölkerung, d.h. die Separierung städtischer Kulturen, mittels des Förderns bzw. Erschwerens des Stadterlebens ist ein bedeutender Teil städtischer Segregation und sollte bei der Analyse dieses Konzeptes nicht unberücksichtigt bleiben. Städtische Segregation ist immer mehr als nur residentielle Segregation. Weiter hat die Segregation des Stadterlebens auch negative Folgen für die Begegnungswahrscheinlichkeit mit dem "Fremden", der im Urbanitätskonzept ein notwendiges Element des Lernens eines "zivilisierten Umganges" der Stadtbevölkerung miteinander ist (Mikro-Ebene des Systems Kulturerlebnis Stadt).

6. Ausblick

In der Einführung zu diesem Text wurde (a) ein fehlender Theoriebezug, (b) ein fehlender Raum-Bezug und (c) eine positivistische Perspektive der stadtsoziologischen Stadtkultur-Analyse konstatiert. Auf diese Punkte möchte ich zum Abschluß noch einmal eingehen. Mit der *Urban Political Economy*-Theorie wird ein kritischer Ansatz vorgestellt, der Ursachen, Art und Ausmaß öffentlicher kultureller Angebote als Funktionen eines politisch-ökonomisch bestimmten Stadtentwicklungsmodells erklären will. Mit dieser funktionalistischen Ausrichtung macht man es möglich, unterschiedliche Dimensionen der Stadtkultur vom permanenten Repräsentativbau bis zur unscheinbaren Parkwegführung, von der Oper bis zum Straßenmusikanten unter einen theoretischen Hut zu bringen. Nicht die Struktur des Kulturangebotes, sondern seine Funktion im Rahmen determinierter Stadtentwicklung ist primär das Thema.

Die Folge der symbolischen Inbesitznahme städtischer Räume durch eine Ökonomie der Symbole ist die Separierung städtischen Erlebens nach hierarchisch geordneten sozialen Gruppen - entweder bewußt von der *growth machine* gesteuert als "Politik der Lebensstile" oder unbewußt im Marktgeschehen bewirkt durch die zielgruppengerechte Aufbereitung städtischer Räume als kommerzielle Freizeit- und Kulturflächen. Weniger in der Ursachen- aber für die Wirkungsanalyse besteht hier ein zweiter Theoriebezug zur Strukturierungstheorie Giddens respektive zu den Lebensstilmodellen der aktuellen deutschen Ungleichheitsforschung.

Welchen weiteren Forschungsbedarf gibt es nun? Ausgehend von dem theoretischen Fundament der UPE und den Überlegungen der Raum-Gebundenheit von Lebensstilen sollten die Bezüge zur Ungleichheit des "Kulturerlebnisses Stadt" weiter vertieft werden. Ungleiche Kulturerlebnisse in der Stadt könnten ein Abbild für soziale Ungleichheit im weiteren Rahmen sein. Dabei wäre es sinnvoll, sich auch den neueren Überlegungen der amerikanischen Kulturosoziologie zur politisch beeinflussten Schaffung sozialer Ungleichheit durch kulturelle Differenzen zunutze zu machen (v.a. Lamont und Fournier 1992, Crane 1994). Hier wird u.a. über das holistische Prinzip der Distinktion bei Bourdieu hinaus in der Tradition von marktgesteuerten "Geschmacks-

Kulturen" eines Thornstein Veblen oder eines Herbert Gans betont, daß die Systeme "Markt" oder "Politik" das System "Kultur" nur dann funktional effektiv nutzen können, wenn sie Öffentlichkeit nach Klassen, Geschlechtern, Ethnien oder Statusgruppen trennen (Hall 1992) bzw. wenn kulturelle Artefakte (z.B. Architektur) so gestaltet werden, daß sie für die Politikgestaltung Gesellschaft strukturieren (Brain 1994). Die Komponente des Raumbezuges, also die Vergegenständlichung sozialer Ungleichheit in der kulturellen Stadtgestaltung müßte bei jedem dieser kultursoziologischen Modelle noch ergänzt werden.

Die Chance einer stadtsoziologischen Kulturanalyse ist m.E. die Befähigung gerade dieser Soziologie, empirisch zu arbeiten. Stadt ist die Vergegenständlichung gesellschaftlicher Prozesse, und im engeren Sinne ist nach dem o.g. Modell vergegenständlichte Stadtkultur das Resultat der Raum-Besitznahme durch eine Ökonomie der Symbole. Hier sollten über Impressionen hinaus empirische Arbeiten dieses Modell weiterentwickeln helfen.

Literatur

- Becker, Heidede und Karl-Dieter Keim, 1978: *Wahrnehmung in der städtischen Umwelt - Möglicher Impuls für kollektives Handeln*. Berlin.
- Bianchini, Franco und Michael Parkinson (Hrsg.), 1993: *Cultural Policy and Urban Regeneration*. Manchester und New York: Manchester University Press.
- Bourdieu, Pierre, 1982: *Die feinen Unterschiede*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre, 1993: *Effets de lieu*. S. 159-204 in Bourdieu, Pierre und Alain Accardo (Hrsg.): *La misère du monde*. Paris: Éditions du Seuil.
- Brain, David, 1994: *Cultural Production as "Society in the Making": Architecture as an Exemplar of the Social Construction of Cultural Artifacts*. S. 191-220 in Crane, 1994.
- Bude, Heinz, 1995: *Raum als soziale Kategorie*. S. 21-29 in IRS, 1995.
- Crane, Diane (Hrsg.), 1994: *The Sociology of Culture. Emerging Theoretical Perspectives*. Cambridge, MA und Oxford, UK: Blackwell Publishers.
- CUSS Newsletter (Community and Urban Sociology Section der American Sociological Association), 1995: *Author Meets Critics At The 1995 ASA Meetings. Landscapes of Power*: R. Beauregard, W. Griswold, S. Zukin. S. 7 und 8. V. XXIV, Number 1.
- Dangschat, Jens, 1992: *Vertreibung aus der Stadt durch Kultur? Ursachen der Instrumentalisierung von Kultur und ihre Folgen*. S. 127-149 in Ebert, Gnad und Kunzmann, 1992.
- Dangschat, Jens, 1994: *Lebensstile in der Stadt. Raumbezug und konkreter Ort von Lebensstilen und Lebensstilisierungen. Und: Segregation - Lebensstile im Konflikt, soziale Ungleichheiten und räumliche Disparitäten*. S. 335-354 und 426-445 in Dangschat und Blasius, 1994.

- Dangschat, Jens und Jörg Blasius (Hrsg.), 1994: *Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden*. Opladen: Leske+Budrich.
- Ebert, Ralf, Friedrich Gnad und Klaus R. Kunzmann, 1992a: *Partnerschaften für die Kultur - Einführung*. S. 9-28 in: Ebert, Ralf, Friedrich Gnad und Klaus R. Kunzmann (Hrsg.), 1992b.
- Ebert, Ralf, Friedrich Gnad und Klaus R. Kunzmann (Hrsg.), 1992b: *Partnerschaften für Kultur: Chancen und Gefahren für die Stadt*. Dortmund: Institut für Raumplanung.
- Giddens, Anthony, 1988: *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Gottdiener, Mark, 1986: *Culture, Ideology, and The Sign of The City*. S. 202-218 in: Gottdiener, Mark und Alexandros Ph. Lagopoulos (Hrsg.), 1986.
- Gottdiener, Mark und Alexandros Ph. Lagopoulos (Hrsg.), 1986: *The City and The Sign. An Introduction to Urban Semiotics*. New York: Columbia University Press.
- Häußermann, Hartmut und Walter Siebel, 1987: *Neue Urbanität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hall, John R., 1992: *The Capital(s) of Cultures: A Nonholistic Approach to Status Situations, Class, Gender, and Ethnicity*. S. 257-285 in: Lamont und Fournier, 1992.
- Hettlage, Robert, 1987: *Der Fremde: Kulturmittler, Kulturbringer, Herausforderer von Kultur*. S. 25-44 in: Lipp, Wolfgang (Hrsg.): *Kulturtypen, Kulturcharaktere. Träger, Mittler und Stifter von Kultur*. Berlin: Dietrich Reimer.
- IRS (Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung) (Hrsg.), 1995: *Lebensstile und Raumerleben*. Berlin: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung.
- Kirchberg, Volker, 1992a: *Wirtschaft und Kultur in Potsdam. Eine empirische Untersuchung zur Kooperation von Kultur, Wirtschaft und Kommune*. Berlin: Maas Verlag.
- Kirchberg, Volker, 1992b: *Kultur und Stadtgesellschaft*. Deutscher Universitätsverlag: Wiesbaden.
- Kirchberg, Volker, 1994: *The Virtual Reality of Neighborhood Participation in Urban Planning. A Case Study in Hamburg, Germany*. Manuskript des Vortrages auf der 24. Johns Hopkins International Urban Fellows Konferenz in Lille, Frankreich.
- Kirchberg, Volker, 1995: *Arts Sponsorship and the State of the City. The Impact of Local Socio-Economic Conditions on Corporate Arts Support*. In: *Journal of Cultural Economics*. 19. Jhrg., 4. Heft.
- Kirchberg, Volker, 1996a: *Sozialforschung und Museumsmarketing*. In: *Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* (Hrsg.): *Museen und ihre Besucher*. Berlin: Argon Verlag.
- Kirchberg, Volker, 1996b: *Emerging Corporate Arts Support: Potsdam, East Germany*. In: Martorella, Rosanne (Hrsg.): *Art and Business. An International Perspective on Sponsorship*. New York, Westport, CN, und London, UK: Praeger Publishers.
- Konsalt Forschung und Beratung, 1994: *Strategien und Ideen für die Südliche Neustadt. Ein integriertes Handlungskonzept. Band 1 (Gutachten) und Band 2 (Materialien)*. Bearbeiter: Margit Bonacker und Volker Kirchberg. Im Auftrag der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg.
- Lamont, Michèle und Marcel Fournier (Hrsg.), 1992: *Cultivating Differences. Symbolic Boundaries and the Making of Inequality*. Chicago, IL, und London, UK: The University of Chicago Press.

- Lefebvre, Henri, 1991: *The Production of Space*. Cambridge, MA, und Oxford, UK: Blackwell Publishers.
- Logan, John R. und Harvey L. Molotch, 1987: *Urban Fortunes. The Political Economy of Place*. Berkeley and Los Angeles, CA und London, UK: University of California Press.
- Luger, Kurt, 1994: *Kulturerlebnis Stadt*. S. 14-50 in Brandner, Birgit, Kurt Luger und Ingo Mörth (Hrsg.): *Kulturerlebnis Stadt. Theoretische und praktische Aspekte*. Wien: Picus.
- Molotch, Harvey L., 1996: *L.A. as Product: How Art and Design Work in a Regional Economy*. In: Scott, Allen und Edward Soja (Hrsg.): *Los Angeles: The Metropolis*. Berkeley and Los Angeles, CA und London, UK: University of California Press.
- Müller, Hans-Peter, 1992: *Sozialstruktur und Lebensstile. Zur Neuorientierung der Sozialstrukturforschung*. S. 57-66 in Hradil, Stefan (Hrsg.): *Zwischen Bewußtsein und Sein. Die Vermittlung "objektiver" Lebensbedingungen und "subjektiver" Lebensweisen*. Opladen: Leske+Budrich.
- Müller, Hans-Peter, 1995: *Lebensstile in Sozial- und Raumstruktur. Einige theoretische Anmerkungen*. S.11-20 in IRS, 1995.
- Shannon, Thomas R., Nancy Kleniewski und William M. Cross, 1991: *Urban Problems in Sociological Perspective*. Prospect Heights, IL: Waveland Press.
- Toepler, Stefan, 1996: *Marketing-Management für Museen. Die amerikanische Perspektive*. S. 155-176 in Zimmer, Annette (Hrsg.): *Das Museum als Nonprofit-Organisation. Management und Marketing*. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Zukin, Sharon, 1982: *Gentrification: Culture and Capital in The Urban Core*. S. 129-147 in *Annual Review Sociology*. 13. Jhrg.
- Zukin, Sharon, 1989: *Loft Living. Culture and Capital in Urban Change*. New Brunswick, NJ: Rutgers University Press.
- Zukin, Sharon, 1990: *Socio-Spatial Prototypes of a New Organization of Consumption: The Role of Real Cultural Capital*. S. 37-56 in *Sociology*. 24. Jhrg.
- Zukin, Sharon, 1991: *Landscapes of Power. From Detroit To Disney World*. Berkeley and Los Angeles, CA und London, UK: University of California Press.
- Zukin, Sharon, 1993: *Hochkultur und "wilder" Kommerz: Wie New York City wieder zu einem kulturellen Zentrum werden soll*. (Unter Mitarbeit von Jenn Parker). S. 264-285 in Häußermann, Hartmut und Walter Siebel (Hrsg.): *New York. Strukturen einer Metropole*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Zukin, Sharon, 1995: *The Cultures of Cities*. Cambridge, MA und Oxford, UK: Blackwell Publishers.

Aktuelle Probleme der Kulturpolitik: Legitimation, Qualität, Urbanität

Die gegenwärtigen Finanzknappheiten in allen öffentlichen Haushalten, veränderte Einstellungen zu öffentlichen Aufgaben (Hirschman 1988), Internationalisierung von Wirtschaftsbeziehungen und die deutsche Vereinigung legen für alle Politikfelder Überprüfungen nahe, die sich z.B. in der Verwaltungsreform, in Versuchen zur Budgetierung und in Evaluationen öffentlicher Aufgaben und Aktivitäten finden. Von diesen neuen Begründungs- und Überprüfungsforderungen ist auch die Kulturpolitik nicht ausgenommen. Sie treffen hier sogar besonders hart, da bei dieser "freiwilligen Pflichtaufgabe" (Pappermann 1984) weder der Gegenstand (enger oder weiter Kulturbegriff) noch die Ziele (Bildung, Erziehung, Identitätsstiftung, Wirtschaftsförderung, Repräsentation, Emanzipation, Traditionsbildung, Aufklärung) unmißverständlich und eindeutig definiert sind. Die begrenzte und selektive Nutzung der Leistungen öffentlicher Kultureinrichtungen - die nur von ca. 15% der Bevölkerung wahrgenommen werden - und ihre Reduktion auf eine Ergänzung des überbordenden, differenzierten privaten Kulturmarktes der Erlebnis-Ökonomie (Schulze 1992) steigern den Begründungsdruck, dem Kulturpolitik unterliegt.

Dieser Situation wird von seiten einer politikbegleitenden Wissenschaft und Beratung auf zwei Wegen begegnet: Einerseits durch Gutachten und Evaluationen, die den Betrieb von Kultureinrichtungen effektivieren und optimieren oder ihre ökonomischen Effekte nachweisen sollen (Hummel u. Berger 1998; Taubmann u. Behrens 1986). Zum anderen werden Diskussionen aufgenommen, die in der Reformphase der 60er/70er Jahre nach der Begründung und den politischen Zielen von Kulturpolitik fragten (Kulturpolitische Mitteilungen 1995). Der vorliegende Beitrag zielt ausschließlich auf diese zweite Ebene.

Das Legitimationsproblem in der Kulturpolitik

Da jeder öffentliche Politiksektor einer zwecksetzenden Begründung bedarf - bekanntlich kann nur das Gegenstand öffentlicher Politik sein, was einerseits als Existenzbedingung einer demokratischen Gesellschaft gelten, was andererseits in der gewünschten Weise von privaten Anbietern nicht erbracht werden kann -, muß auch an die Kulturpolitik diese Forderung gestellt werden. Dies gilt vor allem dann, wenn nicht nur eine ordnende, sondern eine leistende Kulturpolitik betrieben wird, wenn also nicht nur durch

Rahmengesetze die Aktivitäten des privaten Sektors geregelt, sondern öffentlich finanzierte Leistungen bereitgestellt werden.

Kulturpolitik kann als politisch-praktische Umsetzung des Kulturstaatsgedankens und damit als anspruchsvolles Modell demokratischer Legitimation gesehen werden, das vermutlich nur in der BRD in dieser Weise formuliert wurde und direkt aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus folgt. Vereinfacht gesagt, ist Staat in drei Funktionen definiert: als Rechts-, als Sozial- und eben als Kulturstaat, und aus allen drei Funktionen sollen spezifische stabilisierende und legitimierende Leistungen folgen. Als fraglich gilt allerdings, ob alle drei Dimensionen als "Staatsziele" gelten können, oder ob nur Rechts- und Sozialstaat diese Qualität zukommt. Während Rechtsstaatlichkeit durch Rechtsgleichheit bzw. Rechtssicherheit und Sozialstaatlichkeit durch allgemeine Wohlstandssicherung bzw. Verteilungsgleichheit stabilitätssichernde demokratische Legitimation erbringen, soll die Funktion des Kulturstaatlichen in einer moralischen oder ethischen Dimension liegen. Nach gleichermaßen verbreiteter wie umstrittener Auffassung vermögen weder Rechts- noch Sozialstaat allein demokratische Verfaßtheit zu sichern. Es bedürfe vielmehr einer gleichsam vorgelagerten ethischen Ebene, die Rechts- und Sozialstaatlichkeit in demokratischen Formen garantiert; und diese vorgelagerte Ebene habe zwar auch Gegenstand von Politik zu sein, diese Politik sei aber völlig anders anzulegen als die hoheitlichen Konstruktionen von Rechts- und Sozialstaat. Es geht demnach um eine ethisch-demokratische Selbstartikulation der Gesellschaft, die von "staatlicher" Kulturpolitik als Realisierung des "Kulturstaats" ermöglicht wird, deren Rahmen sie also sicherstellt, die sie aber in keiner Weise inhaltlich steuern darf (Grimm 1987; Häberle 1982).

Mit der Selbstbeschreibung und Selbstbindung der Bundesrepublik Deutschland als "Kulturstaat" ist demnach die Verpflichtung zu einer moralischen Selbststeuerung der Gesellschaft gemeint, die nicht als Dienstleistungs- oder Ordnungspolitik begriffen werden kann, sondern in der die moralischen oder ethischen Kategorien thematisiert werden müssen, die eine Gesellschaft zu einer demokratisch verfaßten werden lassen. Sowohl Rechts- als auch Sozialstaatskonstruktionen seien, so die Annahme, auch ohne Demokratie denkbar, könnten also Demokratie auch nicht garantieren. Eine Verankerung des Demokratischen müsse aus einer zusätzlichen Staatsfunktion, eben dem Kulturstaatlichen, gewonnen werden. Begründet wird diese Annahme mit der Entwicklung des Faschismus wie des Kommunismus. Festigung eines Stadtbürgertums (Sauberzweig 1978) oder Bildung als Voraussetzung von und Befähigung zu demokratischer Teilnahme (Glaser 1974; Hoffmann 1981; Sauberzweig 1973) sind u.a. Wege gewesen, auf denen man meinte, der Entwicklung einer demokratischen "Zivilgesellschaft" durch Kulturpolitik gerecht werden zu können.

Dagegen hat sich bis heute die Befürchtung gehalten, allein der ständig wachsende und relativ breit verteilte Wohlstand sei hier - und in anderen Industriestaaten - Garant für Demokratie (Gaus 1983; Habermas 1973; Zapf 1992). Sobald dieser Wohlstand gefährdet sei, müsse mit antidemokratischen Tendenzen gerechnet werden. Als Beleg für diese pessimistische These gelten die Stimmengewinne rechtsextremer Parteien während der ersten Wirtschaftskrise in den 60er Jahren, aber auch gegenwärtige Gewalt- und Abschließungstendenzen. Wie allerdings kontinuierliche Wohlstandssteigerung, Wohlstandssicherheit und -gleichheit angesichts ökologischer Krisen und neuer internationaler Konkurrenz zwischen Ländern mit extrem ungleichen Wohlstandsniveaus aufrechtzuerhalten seien, scheint auch denen unklar zu sein, die allgemeinen und hohen Wohlstand als Garant von Demokratie sehen (Zapf 1992).

Allerdings ist weder die These, daß Demokratie sich ausschließlich auf Wohlstand gründe, noch die Gegenthese, daß eine auf Moral und demokratische Normen zielende Politik im Sinne des Kulturstaatsparadigmas erforderlich oder überhaupt möglich sei, zwingend durch empirische Daten zu belegen. Die Sprecher der Kulturpolitik, besonders diejenigen, die sich in der Reformbewegung der 60er/70er Jahre artikuliert haben, sind immer davon ausgegangen, daß diese Politik der Moral, der demokratischen Legitimation jenseits von Wohlstand und Rechtssicherheit, erforderlich und auch realisierbar sei (Glaser u. Stahl 1974). Besonders ernstgenommen wurden sie mit diesen Vorstellungen in einer professionellen politikwissenschaftlichen Debatte allerdings nicht.

Gemessen an diesem Anspruch muß jedem Beobachter gegenwärtiger Kulturpolitik auffallen, daß nahezu ausschließlich Begründungen für Kulturpolitik öffentlichkeitswirksam verhandelt werden, die gerade nicht auf eine moralische Fundierung von Demokratie zielen. Sowohl Begründungen wie "Kultur als Standort- oder Wirtschaftsfaktor" als auch von Kultur als "Kreativitätsentfaltung oder Kreativitätsförderung" zielen auf Wirtschaftswachstum und Wohlstandssicherung, verschieben also die Leistung von Kulturpolitik in den Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Selbst Argumentationen in der sogenannten Sozio- oder Breitenkultur betonen häufig nicht mehr die in diesem Zusammenhang immer etwas überzogen wirkenden emanzipatorischen Ziele, sondern eher Versorgungsansprüche unter dem Konzept von Versorgungsgleichheit; von neueren Begründungsversuchen, die auch die Stadtteilkultur als Tourismusattraktion und damit als Wirtschaftsfaktor einbringen wollen - eine offensichtlich unrealistische Überlegung, in der sich dieser Bereich der Kulturpolitik nun endgültig unglaubwürdig macht -, ganz abgesehen.

Es scheint, als wären die Kulturpolitiker selber nicht sonderlich davon überzeugt, daß eine andere Legitimation des Demokratischen als die aus ungebrochenem und weitgehend gleich verteiltem Wohlstand und Massenkonsum wirksam und realistisch sein könne. Nur wenn Kulturpolitik in diesen Funktionszusammenhang verlagert wird, scheint sie noch durchsetzbar zu sein; nur dann kann ein Sinn dieser Leistungen noch öffentlich nachvollzogen werden. Oder die Kulturpolitiker halten eine moralische, eine ethische Sicherung des Demokratischen nicht mehr für erforderlich; eine zumindest heikle Annahme, die ganz nebenbei auch das eigene Metier überflüssig machen könnte, denn die Begründung für eine eigenständige Kulturpolitik als Bereich öffentlicher Leistungen ist nur aus dem Kulturstaatsparadigma und seiner demokratischen Legitimationsannahme zu gewinnen. Die ökonomische Funktionalisierung von Kulturpolitik bedeutet demnach entweder, daß man die demokratischen Normen der Zivilgesellschaft nur durch weitgehend gleich verteilten und auf hohem Niveau gesicherten Wohlstand für garantierbar hält, oder man muß der Auffassung sein, diese Normen seien zweifelsfrei so fest in der Bevölkerung verankert, daß es einer Politik des Normativen nicht mehr bedürfe; beides durchaus riskante Annahmen.

Im Unterschied zu dieser Integration in ökonomische Legitimationsmuster ist in jüngster Zeit eine Funktionalisierung von Kulturpolitik nicht in bezug auf das Sozial-, sondern auf das Rechtsstaatsziel von Jürgen Habermas (1994) vorgenommen worden. Danach werden im Kulturellen Geltungsansprüche unterschiedlicher Gruppen artikuliert, bevor sie zu Rechtsformulierungen gerinnen. Die Intention kultureller Äußerungen sei also nicht auf Wohlstandswachstum und -teilhabe gerichtet, sondern auf permanente Korrekturen und Ergänzungen des Rechtssystems. In diesen Korrekturen sei Recht nicht nur in seiner "Faktizität", sondern als demokratisch gestaltetes auch in seiner moralischen "Geltung" erfahrbar. Der Vorgang kultureller Artikulation, in der Geltungsansprüche "dramatisiert" und auf diese Weise ins öffentliche Bewußtsein und im weiteren Verlauf in das Rechtssystem eingebracht würden, sei demnach ein Vorgang, in dem Recht als demokratisch begründet erkennbar wird, so daß die Legitimationsfunktion des Staatszieles "Rechtsstaat" eingelöst wird, ohne daß es eines eigenen Staatszieles "Kulturstaat" bedürfe. Dieser sei nur in seiner demokratischen Fundierung des Rechts als eines permanenten Vorgangs von Rechtssetzung, nicht von Rechtsprechung auf fixierter Rechtsgrundlage, legitimatorisch relevant. In dieser Weise soll die Ausdifferenzierung von autonomen Teilsystemen verhindert und das System "Recht" über das Kulturelle zur Alltagspraxis geöffnet werden.

In einer früheren Form, vor ihrer Integration in die "Diskurstheorie des Rechts", ist diese These von französischen Kulturtheoretikern massiv kritisiert worden (Lyotard 1992). Der sehr grundsätzliche Streit, der allerdings wegen seines hohen intellektuellen Anspruchs

von der kulturpolitischen Diskussion kaum aufgenommen wurde, bezieht sich auf die Bedeutung des Mediums von Kulturpolitik, zu dem traditionellerweise "Kunst" bestimmt wird. Während Habermas (1988) eine Reintegration des autonomen Systems "Kunst" in das kommunikative Handeln der Alltagswelt vornimmt und von den "sozialen Gebrauchsweisen" dieses Kulturellen als "Expression" (Lüdtke 1989) von Ansprüchen und Werthaltungen konkurrierender Schichten, Klassen oder Lebensstile unter Bezug z.B. auf Peter Weiss (1972) ausgeht, setzt Lyotard "autonome Kunst" als zentralen Gegenstand und entwickelt deren "Funktion" aus der Tradition europäischer Ästhetiktheorie und Kunstphilosophie im Sinne ihrer Autonomie gegenüber der Alltagswelt oder anderen ausdifferenzierten Systemen.

Dieser Gegensatz zwischen Postulaten aus der Kunsttheorie einerseits und den Phänomenen eines "sozialen Gebrauchs" künstlerischer oder kultureller Symbole in modernen Klassen- oder Konkurrenzgesellschaften andererseits wurde in "klassischer" Form, die auch die kulturpolitische Debatte beeinflusst hat, von Marcuse (1980) in seinem Affirmationsverdacht artikuliert. Neuere, auch empirisch gestützte kultur- und kunstsoziologische Forschung (Bourdieu 1970) entwickelt gleichfalls ihre Brisanz aus diesem Widerspruch. Dem Anspruch eines autonomen, expressiven Mediums, der Kunst, wird seine Pervertierung im sozialen Gebrauch entgegengehalten: Die normativen Dimensionen, die im Kunstwerk oder Kunstvorgang enthalten seien, so die Behauptung, würden in ihrer Verwendungsweise ins Gegenteil verkehrt; sie würden zu "gewaltförmigen Distinktionsmechanismen", mit denen nicht demokratische Normen von Gleichheit oder Freiheit, sondern Dominanzen von Schichten und Klassen durchgesetzt werden (Bourdieu 1984).

Der Gegensatz liegt in der Perspektive auf das Ästhetische oder die Kunst: Läßt sich ihr moralischer Anspruch gegen die Pervertierungen im sozialen Gebrauch durchsetzen, oder soll Politik von diesen Gebrauchsweisen ausgehen, ohne sie von vornherein als Pervertierungen zu begreifen? Gemeinsam scheint den Positionen die Vorstellung zu sein, daß dem Medium von Kulturpolitik, der Kunst oder der kulturellen Expression, moralische Dimensionen eingeschrieben sind, die sie unter legitimatorischen Aspekten zum Gegenstand von Kulturpolitik bestimmen könnten, daß aber diese moralischen Kategorien in der Realität des sozialen Gebrauchs von Kunst entweder pervertiert werden oder daß sie sich in diesem Gebrauch überhaupt erst entfalten können. Es geht also in den gegensätzlichen Auffassungen nicht darum, ein Medium für Kulturpolitik zu fordern, das "funktionlos" ist. Soll künstlerische oder expressiv-kulturelle Äußerung überhaupt Gegenstand öffentlicher Politik sein, muß ein Funktionszusammenhang denkbar sein, da eine funktionslose Äußerung keinen Gegenstand von Politik bilden kann. Politik muß sich, ihre Gegenstände, Medien und Instrumente immer aus einem bestimmten

Funktionszusammenhang, aus einer Zielkonstruktion für öffentliches Handeln begründen. Die Frage kann nur sein, ob die intendierten Wirkungen auch erreichbar sind, oder ob z.B. in der Kulturpolitik die Bedingungen des Gebrauchs expressiver Symbole immer einen systematischen Mißbrauch bewirken müssen, der eine Realisierung der Intentionen systematisch ausschließt. An gegenwärtiger Kulturpolitik, die Kultur als Wirtschaftsfaktor einsetzt, ist demnach nicht zu kritisieren, daß sie eine "Funktionalisierung" von Kunst und Kultur vornimmt, sondern daß sie eine Funktionalisierung vornimmt, die die moralische Dimension von Kulturpolitik verfehlt oder gar nicht mehr im Blick hat, gar nicht mehr als Gegenstand von Kulturpolitik reflektieren kann. Eine Kritik an dieser Art von Kulturpolitik würde, vereinfacht gesagt, darauf hinauslaufen, daß sie die entscheidende kulturelle Frage "Wie wollen wir leben?" nicht mehr stellt, sondern vorentschieden hat zugunsten der Antwort "In hohem Wohlstand!". Kulturpolitik entfaltet dann keine Alternativen zum Sozialstaat auf hohem Niveau, sondern setzt diesen ungefragt als Bedingung von Demokratie und stützt ihn durch Wohlstandssteigerung. Das Problem der Legitimation von Demokratie wird umgedeutet in eines von Massenloyalität, die nur durch Wohlstand zu sichern sei.

Moralische Dimensionen und Qualität des Mediums von Kulturpolitik

Wenn man akzeptiert, daß ohne ein spezifisches Medium keine eigenständige Politik realisierbar ist, so muß für Kulturpolitik als Umsetzung des Kulturstaats ein Medium denkbar sein, das sich von denen anderer Politikfelder unterscheidet. Argumentiert man mit Ausschließungen, so könnte man behaupten, daß diejenigen Medien, über die sich Rechts- und Sozialstaat durchsetzen, also Recht und Geld, für die Realisierung des Kulturstaatlichen nicht in Frage kommen. Es kann sich also weder um Rechtssetzung für noch um Geldzuteilungen an Individuen handeln, zumindest dann nicht, wenn Kulturpolitik als leistende und nicht ausschließlich als ordnende Politik verstanden wird. Eine ordnende Kulturpolitik, die z.B. über steuerliche Regelungen die Produktion und Rezeption von Kunst ermöglichen will - ein Konzept, das vorrangig in den USA praktiziert wird -, muß unterstellen, daß durch diese Regelungen tatsächlich breitenwirksam demokratische Normen aktiviert werden, und zwar auch dann, wenn die Individuen die entsprechenden Möglichkeiten nicht nutzen, auf den Kauf von Kunst also z.B. trotz Begünstigung dieses Konsums in der Einkommensteuer verzichten. Wird dagegen die kulturelle Äußerung in den Kontext einer Legitimation des Rechtsstaates gestellt, wie es Habermas vorschlägt, muß unterstellt werden, daß die Geltungsansprüche unterschiedlicher Gruppen tatsächlich demokratisch ausgehandelt werden, ohne daß das Medium, in dem das geschieht, solche demokratischen Normen selbst, unabhängig von der Verwendungsweise, artikuliert. Die Expression bringt Interessen zum Ausdruck. Wie diese

verhandelt werden, ist in diesem Gedankengang im Medium der Expression nicht mitgegeben. Die kommunikativen Normen müssen also vorgegeben sein. Die Kritik behauptet offensichtlich, daß eben dies nicht der Fall ist, daß der Kommunikationsvorgang demnach so von Macht geprägt ist, daß sich einige Stimmen ungehindert, andere dagegen gar kein Gehör verschaffen.

In der Sozialpolitik ist bei dieser Frage nach einem Medium oder, wie es hier hieß, nach einer Steuerungsressource, neben "Recht" und "Geld" "Solidarität" ins Spiel gebracht worden. Nun könnte "Solidarität" zwar eine moralische, demokratiesichernde Norm und damit auch das Ziel von Kulturpolitik bilden, sie ist jedoch kein Medium, über das sich diese Norm mitteilen könnte. Das gilt auch für die an dieser Stelle in der kulturpolitischen Reformdiskussion gesetzte Ressource "Sinn", die zwar als Ergebnis von Kulturpolitik vorstellbar sein könnte, nicht aber als deren Medium. Wenn sie sich als Ziele von Politik vermitteln sollen, müssen die Kategorien "Solidarität" oder "Sinn" vielmehr notwendig und unauflöslich an ein Medium gebunden sein, selbst wenn dieses Medium genau in bezug auf diese Kategorien mißbraucht oder pervertiert werden könnte.

Die Antwort traditioneller deutscher Kulturpolitik auf dieses Medienproblem mag aus heutiger Sicht, d.h. in Kenntnis der Einwände von Marcuse oder Bourdieu, zunächst überraschend wirken, entbehrt aber in einer bestimmten Gedankentradition, die allerdings besonders von diesen beiden Autoren in Zweifel gezogen wird, nicht einer gewissen Plausibilität und ist gerade im Zuge der Reformbemühungen der Kulturpolitik in den 60er und 70er Jahren aufgenommen worden: "Kunst" oder das "Ästhetische" sei das Medium, in dem sich die moralischen Dimensionen des Demokratischen entfalten. Sie sei demnach der Gegenstand von Kulturpolitik, sei dasjenige, das jedem Bürger verfügbar gemacht werden müsse, wenn Kulturpolitik ihre demokratischen Ansprüche einlösen wolle (Spielhoff 1974). Durchaus zu Recht ist daher auch behauptet worden, die bundesdeutsche Kulturpolitik sei ihrer Konstruktion nach Kunstförderungspolitik.

Die institutionelle Seite dieses Konzeptes, d.h. die Verlagerung der Kunstförderung zumindest in ihrer inhaltlichen Ausformulierung auf vor- oder außerstaatliche Organisationen wie die Kommune oder autonome Kunstinstitutionen, also die Politikautonomie der Kommunen (Häußermann 1991; Mayer 1991) oder die Staatsunabhängigkeit staatlicher Institutionen (Hufen 1981), ist in den letzten Jahren intensiv und kontrovers diskutiert worden. Da die institutionelle Seite jedoch nur relevant wird, wenn eine derartige autonome, staatsunabhängige Politik tatsächlich auch ein Politikmedium besitzt, über das sie sich realisieren kann, soll im folgenden nur auf dieses Problem eingegangen werden.

Postuliert man "Kunst" als zentrales Medium von Kulturpolitik, muß man offensichtlich eine moralische Fundierung von Kunst, eine moralisch-ethische Grundlage des Ästhetischen annehmen. Die Behauptung eines moralischen Fundaments des Ästhetischen stützt sich auf die Tradition des autonomen Kunstwerkes (Welsch 1995; Wulf/Kamper/Gumbrecht 1994), also einen Begriff von Kunst, die nur sich selbst, nur dem Ästhetischen verpflichtet ist und sich nicht als "Illustration" eines bereits vorformulierten moralischen Anspruchs, einer konkreten Moral, versteht. Zwei klassische Gedankengänge werden vorrangig zur Begründung dieser moralischen Fundierung des autonomen Ästhetischen bemüht: Zum einen die Kantsche Idee des "Gemeinsinns", der im "interesselosen Wohlgefallen" artikuliert und erlebbar wird, zum anderen Schillers Konstruktion des "Spieltriebes", einer Freiheitserfahrung im Ästhetischen als Voraussetzung moralischer Freiheit und damit von Moral überhaupt, auch im Politischen. Besonders auf diesen zweiten Gedankengang aus den "Briefen zur ästhetischen Erziehung des Menschen" beziehen sich in der Reformphase Glaser u. Stahl (1974) und stellen ihn in den Kontext der Legitimationsdebatte der 60er/70er Jahre.

In diesen beiden klassischen Quellen, auf die sich bundesdeutsche Kulturpolitik stützt, scheinen tatsächlich zentrale moralische Kategorien entfaltet und als Fundierung des Ästhetischen herangezogen zu werden: "Gemeinsinn" beschreibt die Erfahrung menschlicher Gattungszugehörigkeit und Gattungsgleichheit - aber in keiner Weise eine Art von "Gemeinschaft" oder "gemeindlicher Identität" im soziologischen Sinn -, die im ästhetischen Urteil des "interesselosen Wohlgefallens", also vor dem zweckfreien Kunstwerk, und nur vor diesem, möglich wird. Vermutlich ist es die von Habermas bei der Integration des Kulturellen in eine demokratische Fundierung des Rechts vorgenommene Verengung von "Gemeinsinn" auf "Wiedererkennen und Expression einer Gruppenidentität", die Lyotards Zorn heraufbeschwört und ihn zu dem ungeheuerlichen Vorwurf des Faschistoiden verleitet, da er in einer derartigen Funktionalisierung des Ästhetischen immer den Ansatz zur "großen Erzählung" sieht, also zu einer Utopie, die ihre Bindung an bestimmte Gesellschaftsfraktionen hinter einem Absolutheitsanspruch verbirgt und damit als Rechtfertigung von Tyrannei mißbraucht werden kann. Die ethische Dimension einer Gemeinnsinnerfahrung macht danach die Berechtigung oder, wenn man so will, den Zweck des zweckfreien Ästhetischen aus, soll aber weder zur Beliebigkeit des *l'art pour l'art* führen, wie häufig behauptet wird, noch zur Konstitution von Gruppenidentitäten, wie von Habermas intendiert.

In den Schillerschen "Briefen" dagegen, die weniger als Beitrag zur ästhetischen Theorie, sondern als politischer Essay gesehen werden (Hamburger 1965), wird in der Autonomie des zweckfreien ästhetischen Handelns das Paradigma moralischer Autonomie als Voraussetzung politischen Handelns entfaltet. Nach moderner Diktion wird demnach ein

Konzept moralischer Selbststeuerung auf vor- oder außerstaatlicher Ebene entwickelt, also genau das Legitimationsproblem, das in den staats- oder demokratietheoretischen und kulturpolitischen Reflexionen der 60er/70er Jahre wieder aktuell wird. Zweckfreiheit und Autonomie des Ästhetischen und des Schönen, nicht ihre Instrumentalisierung zur Durchsetzung bestimmter moralischer Inhalte, gelten als die Bedingungen einer ethischen Fundierung von Kunst, die sie in der Tradition der BRD zum Medium von Kulturpolitik erhebt. Bezeichnenderweise spielen andere aufklärerische Traditionen, z.B. Kunst in einen permanenten Fortschritt von Barbarei zu Kultur zu integrieren und mit dieser Vorstellung Kulturpolitik und einen erweiterten Kulturbegriff als ihren Gegenstand zu begründen, außer in frühen Fällen von Zivilisationskritik in der BRD keine entscheidende Rolle, im Unterschied zur DDR, in der z.B. unter Rückgriff auf die Schriften Herders ein solches Fortschrittsmodell und ein daraus abgeleiteter Erziehungsgedanke Grundlage von Kulturpolitik werden konnten (Mühlberg 1983, 1984).

Ohne an dieser Stelle unmittelbar auf den Affirmations- oder Distinktionsvorwurf als Pervertierungen der ethischen Fundierung von Kunst einzugehen, wäre zu fragen, ob denn moderne, nach-avantgardistische Kunstproduktion diesen Kategorien des Gemeinsinns in der ästhetischen Erfahrung, im Geschmacksurteil vor dem Schönen und der Freiheitserfahrung im ästhetischen Spieltrieb gerecht werden kann, und zwar aus den kunstimmanenten Bedingungen ihrer Produktion, also nicht aus einer externen Perspektive des sozialen Gebrauchs. Es drängt sich die Einsicht auf, daß dies zumindest für die Kategorie des "Gemeinsinns" kaum der Fall sein kann, und zwar nicht, weil zeitgenössische Kunst statt des Schönen eher das Häßliche artikuliert, sondern weil nach-avantgardistische Kunst gar nicht auf die Dimension des "Gefallens" zielt. Während im Häßlichen das Schöne als Negiertes präsent sein kann, auch das Häßliche im abwesenden Schönen also auf ein Geschmacksurteil hinausläuft, wird die Reaktion des Wohlgefallens oder eben auch des Mißfallens in neuen Kunstproduktionen nicht mehr relevant. Zeitgenössische Werke zielen nicht auf das Geschmacksurteil als Reaktion auf bestimmte Objekte, die zweifelsfrei als Kunstwerke bestimmt werden könnten.

Spätestens seit den Arbeiten von Marcel Duchamp ist deutlich geworden, daß es eine "natürliche Gegenstandsgruppe Kunstwerk" nicht - mehr - gibt (Danto 1991). In der Fluxus-Bewegung, in der concept-Kunst, im ready-made werden Operationen als künstlerisch relevant anerkannt, die nicht auf die Produktion von gestalteten Gegenständen orientiert sind. Selbst wenn Bearbeitungen von Gegenständen und Materialien vollzogen werden, entstehen im Ergebnis keine Gegenstände mit spezifischen Gestaltqualitäten, die eben diese Gegenstände zu Kunstwerken erheben. Es liegen vielmehr Interpretationsvorgänge und Kontextmanipulationen vor, mit denen beliebige Alltags- oder Naturgegenstände aus der Banalität in die Aura des Kunstwerks verschoben

werden, ohne daß an den Gegenständen Gestaltungen vorgenommen werden müßten, die auf Wohlgefallen zielen. Die angemessene Reaktion in der Rezeption besteht nicht in einem voraussetzungslosen Gefallen oder eben auch Mißfallen, sondern im Nachvollzug einer intellektuellen Reflexion im Medium Kunst. Jeder Besucher der größeren Gesamtschauen zeitgenössischer Kunstproduktion, wie sie z.B. die Documenta in Kassel oder die Biennale in Venedig liefern, sieht und weiß, daß vermutlich die Mehrzahl der dort zu sehenden, zu fühlenden oder zu hörenden Exponate keinerlei in den Objekten liegende Gestaltqualitäten zur Rezeption anbietet, sondern eben jene schwer zu fassenden oder zu beschreibenden Manipulationen von Kontexten und Interpretationen, die beliebige Gegenstände in den Bedeutungszusammenhang von "Kunst" oder "Kunstwerk" versetzen. Auch wenn diese Manipulationen nachvollzogen werden, wenn also eine adäquate Rezeption gelingt, gewinnen die Exponate nicht plötzlich Gestaltqualitäten, die Wohlgefallen auslösen.

Man kann dem entgegenhalten, daß es doch neben diesen Strömungen zeitgenössischer Kunstproduktion auch immer noch und immer wieder Objekte mit zweifelsfreien Gestaltqualitäten gibt, in denen diese Gestalt auch die Intention des Künstlers gewesen sein müßte. So weisen Objekte aus der expressiven Abstraktion, aus dem Informel, aus dem Photorealismus etc. zweifellos eine im emphatischen Sinne ästhetische Qualität auf; und sie sind durch Entwicklungen z.B. der concept-Kunst auch nicht überholt. Um bei einem bestimmten Typ des Kunstwerks zu bleiben: Das Tafelbild z.B. bei Cy Twombly scheint trotz aller Verpflichtung dieses Künstlers gegenüber dem Dada nach wie vor ein Kunstwerk zu sein, das im klassischen Sinne durch Gestaltqualitäten, die in ihm selber liegen, auch ohne Kontextbezug als solches erkennbar wird, das also mit dem Anspruch "Kunstwerk" im Sinne einer definierbaren Gruppe von Objekten auftritt. Bereits die Rahmung oder die Materialien - Farbe und Stift auf Leinwand - legen das nahe. Auch hier gilt aber, daß die Materialität der Kunstmittel und ihr Einsatz, also der Mittel im Werk, einem traditionellen Kunstanspruch nicht genügen und nur durch Versetzung in ein Objekt, das Kunstanspruch erhebt, als künstlerische Mittel anerkannt werden können. Es findet also innerhalb des Objektes - durch Verschiebungen zwischen Innen und Außen - das statt, was sonst zwischen Objekt und Kontext geschieht, eine Transponierung von Banalem, im Fall Twomblys z.B. eines banalen Kreidestriches, durch den Kontext "Kunstwerk" zum künstlerischen Ausdrucksmittel.

Seit den Avantgarden sind zeitgenössische Kunstwerke also immer kommentar-, erklärungs- oder interpretationsbedürftig, weil sie sich nicht auf "Wohlgefallen" als angemessene und angestrebte Reaktion stützen. Die für moderne Kunstproduktion kennzeichnenden Manipulationen, durch die Banales zu Kunst wird (Groys 1992), ohne daß der banale Gegenstand eine gestaltende Veränderung erfahren muß, lösen nicht

Wohlgefallen aus, und zwar auch dann nicht, wenn sie in keiner Weise als Provokation oder gezielte Kritik angelegt sind. Sie verlangen nicht etwa nur die Bereitschaft, Sehgewohnheiten zu ändern, also die Vorstellungen vom Schönen zu korrigieren. Sie fordern vielmehr zum Nachvollzug von etwas "Unsichtbarem" auf, von etwas, das im Gegenstand nicht sichtbar ist (Lyotard 1985), also nicht an Wohlgefallen appelliert, sondern nur durch Reflexion erschlossen werden kann. Sie stellen die Frage "Was ist Kunst?" (Danto 1993), nicht: "Ist dies ein Kunstwerk, weil es bestimmten Gestaltqualitäten genügt oder eben auch nicht genügt?" Man könnte sagen, moderne Kunst verweist, ohne zu zeigen, oder, wie gerade angesichts der Produktion von Cy Twombly formuliert wurde, "es gibt sehr wenig zu sehen, aber viel zu denken" (Barthes 1983), und dennoch ist auch dies Denken nicht erschöpfend in Worte zu fassen, sondern bleibt ein visueller, respektive akustischer oder haptischer Vorgang. Kunst wird also nicht neuerlich narrativ.

Aus diesen Bedingungen moderner Kunstproduktion resultieren neben Problemen ihres sozialen Gebrauchs Schwierigkeiten in der Qualitätsfrage, die ja, bedingt durch die anfangs genannten Mittelknappheiten, wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden soll. Selbst angesichts der unbestreitbaren Tatsache, daß auch vor den Avantgarden über ein und dieselbe künstlerische Leistung höchst divergierende Urteile gefällt wurden, galt in traditioneller, klassischer Kunstkritik, auch wenn sie sich nicht auf eine strenge Regel-Ästhetik berufen wollte, doch ein Kriterium als qualitätsbestimmend, die Abbildungsleistung. Strittig war dann nur, wie am Kunststreit zwischen Goethe und Kleist zu erfahren, die Frage, was abbildungswürdig sei und ob das Abbildungswürdige auch angemessen geschildert werde. Eine sozialistische Ästhetik hat sich in der Widerspiegelungstheorie von dieser Abbildungsleistung als Aufgabe und Qualitätskriterium nie trennen können. Sie hat damit die frühbürgerliche, klassische Definition von Qualität, wie sie Vasari formulierte, nicht verlassen, wogegen moderne, westliche Kunstproduktion sich spätestens seit der Jahrhundertwende von der Abbildung als Aufgabe der Kunst emanzipierte. So konnte Bärbel Bohley noch Anfang der 90er Jahre völlig unbefangen formulieren, die Aufgabe des Künstlers sei es, die Zukunft zu erträumen, offenbar ein Bild der Zukunft als Utopie entstehen zu lassen, Zukunft und Utopie also abzubilden. Ob Bärbel Bohley sich im klaren darüber ist, daß sie hier ein verhängnisvolles Stalin-Zitat verwendet (Groys 1988), sei an dieser Stelle offen gelassen. Mit Sicherheit stellt sie sich aber in eine Tradition von Abbildungsleistung als Qualität und Aufgabe von Kunst; eine Aufgabe, die westlicher Kunst in dieser Form nicht mehr zugeschrieben werden kann.

Auf der Ebene der Abbildungsleistung lassen sich nun ohne Zweifel Qualitäts- und sogar Fortschrittsmaßstäbe denken, da jeweils das als besser gelten konnte, was einen abbildungswürdigen Gegenstand oder Sachverhalt immer besser abzubilden in der Lage

war. Die Idee dieses Qualitätsmaßstabes ist also sowohl an Abbildung als auch und vor allem an eine Idee des Fortschritts in der Kunst- und Kulturentwicklung und damit auch der Gesellschaft gebunden. Vermutlich hat Lukács deswegen diese Vorstellung einer Abbildung als Widerspiegelung auch nicht aufgeben können. Und Mühlberg (1983, 1984) erhebt die Idee eines Fortschritts zweifelsfrei zum Kriterium kultureller Entwicklungen, sogar zur Definition von Kultur, wobei er allerdings auf ästhetische Fragen nicht näher eingeht.

Für die Kontext- und Interpretationsmanipulationen der modernen Kunst jedoch lassen sich weder Abbildungsleistungen und noch viel weniger Fortschrittskategorien denken. Es ergibt offensichtlich keinen Sinn, die verschiedenen Stilentwicklungen z.B. der modernen Malerei auf einer Fortschrittsachse zu betrachten, auch wenn einzelne Künstler immer wieder behaupten, sie gingen mit ihrem Werk über ihre Vorgänger hinaus. Zwar sind in der selbstreferentiellen Produktion Entwicklungen erkennbar, d.h. bestimmte Kunstprobleme, z.B. des Tafelbildes, des Farbwertes oder des Materials, der Zeit oder des Kunstortes, werden immer wieder aufgenommen; die einzelnen "Lösungen" im Sinne einer zunehmend besseren, adäquateren Beantwortung zu bewerten und daraus Qualitätsurteile abzuleiten, verfehlt jedoch die Umwertungsvorgänge, die den Gang der modernen Kunstentwicklung bestimmen.

Die Kunstkritik und die von ihr beeinflussten Kulturpolitiker oder Juroren versuchen daher zunehmend, Qualität und Innovation in der Kunst weniger als Fortschritt, sondern eher im Sinne von Authentizität zu bewerten. Ob ein Werk "authentisch" ist, läßt sich aber offensichtlich nicht mehr aus ihm allein ablesen. Es bedarf der Kontextinformation, d.h. einer Kenntnis der Bedingungen, unter denen ein Werk entstanden ist, der Bezüge, die es aufnimmt oder - unsichtbar, aber nachvollziehbar - ablehnt. Selbst wenn es gelingt, was allzu häufig nicht der Fall zu sein scheint, die Frage nach der Authentizität von der Psyche des Produzenten abzulösen, das Werk also nicht als "Abbildung" psychischer Befindlichkeiten zu verstehen - ein Ausweg, den sich naive Kunstrezeption in ihrer Ratlosigkeit vor Kontextverschiebungen als Kunstvorgang offenzuhalten bemüht -, werden Qualitätsurteile nur im Nachvollzug von Rahmenbedingungen einer bestimmten Produktion möglich und nicht durch Beurteilung des im Werk zweifelsfrei und ohne Zusatzkenntnis Erfahrbaren. Oder, wie es Bazon Brock in seiner Kasseler "Besucherschule" formulierte: "Der Gehalt eines Kunstwerkes steckt nicht in diesem wie der Keks in der Dose."

Die Beurteilung der Qualität - ob also die Frage "Was ist Kunst?", die jedes angemessene Werk stellt, relevant gestellt ist - hängt demnach davon ab, wie das nicht Sichtbare, aber dennoch Anwesende in einem Werk beurteilt, wie also der Referenzrahmen einer

Produktion bewertet wird. Da nun die relevanten künstlerischen Äußerungen auf Umwertungen solcher Referenzrahmen und Kontexte zielen, sind mit jedem Werk auch seine Qualitätskriterien selbst zu entwickeln. Einen konstanten Maßstab für Qualitätsurteile, wie er in der Idee des Abbildungswürdigen in immer weiter zu perfektionierender Abbildungsleistung gedacht war und auch in den unterschiedlichen Ausprägungen sozialistischer Kunst bis in die jüngste Vergangenheit unterstellt wurde, kann es also nicht geben.

Beispiele für Kunstwerke, die zwar komplexe Reflexionsprozesse auslösen können, auf die eine Reaktion im Sinne eines Wohlgefallens aber unangemessen wäre, ließen sich beliebig anführen: Bei Walter de Marias "Erdkilometer" gibt bzw. gab es fast nichts zu sehen, aber in der Tat viel zu denken, und George Trakas' "Union Place" als "Skulptur" oder Platzgestaltung mit ästhetischem Anspruch zu begreifen, hieße, an der hier gestellten Frage, was denn Kunst sei - vielleicht eine Vorrichtung, um etwas zu sehen, also z.B. auch ein in dieser Absicht erstelltes Podest - völlig vorbeizugehen (documenta 8, 1987)¹. Selbst da, wo Kunstobjekte mit scheinbar realistischer Abbildungsleistung in Erscheinung treten und diese einem Gestaltungsanspruch unterliegt, wie z.B. in einem großen Teil des Werkes von Gerhard Richter oder allen Arbeiten von Jeff Wall, liegen "Bilder von Bildern" (Grasskamp 1995a) und nicht von Wirklichkeit vor, auch wenn der Wirklichkeitsanteil oder Wirklichkeitsanschein in den Bildern den Rezipienten einen Zugang zu den "Bildern der Bilder" liefern kann, möglicherweise aber auch eher von ihnen wegführt.

Unabhängig von Fragen des Qualitätsurteils macht dieser kleine Rekurs auf moderne bildende Kunst - und in anderen Gattungen ließen sich ähnliche Tendenzen nachweisen - deutlich, daß Wohlgefallen als Voraussetzung der moralischen Kategorie "Gemeinsinn" in Gegenwartskunst nicht evoziert wird. Die Kategorie des Geschmacks, in der klassischen Ästhetik ohne die negativen Assoziationen, die ihr bürgerliche Kunstreligiosität verliehen hat, steht in moderner Kunstpraxis ebensowenig zur Diskussion wie die des Fortschritts, auch wenn Rezeptionsformen sich als Geschmack artikulieren können.

Wenn nun die Kategorie des "interesselosen Wohlgefallens" nicht mehr die angemessene ästhetische Reaktion darstellt, können auch die moralischen Konzeptionen, in diesem Falle also "Gemeinsinn", durch das Ästhetische nicht mehr transportiert werden, und zwar

¹ Detlef Ipsen (1993) interpretiert die Bedeutung dieses Objektes ausschließlich aus seiner "sozialen Verwendungsweise" durchaus im Habermasschen Sinn als Gegenstand, an dem sich Konflikte zwischen modernisierten, umweltorientierten, auf ein neue Urbanität eingestellten und traditionellen, technisch orientierten Lebensstilen entwickeln und artikulieren.

nicht aufgrund der Pervertierungen im Mißbrauch des Ästhetischen, wie sie z.B. Marcuse in seinem Affirmationsverdacht behauptet. Es müßten andere Prinzipien sein, bei denen dann die Frage ist, ob sie überhaupt in der Bedeutung des "Gemeinsinns" als moralische Kategorie begriffen oder eben durch Mißbrauch pervertiert werden können. Es wäre durchaus denkbar, daß derartige Konnotationen der Kunstproduktion nicht mehr zu finden sind, daß also auch in den sozialen Verwendungsweisen kein entsprechender Mißbrauch eintreten kann, sondern daß den ästhetischen Symbolen Gebrauchskategorien eingeschrieben sind, die ihre Verwendung als Identifikationssymbole im Sinne von Habermas und seiner Legitimation des Rechts bzw. der Demokratie durch das Recht entsprechen.

Folgt man den Analysen des Kunstprozesses, wie sie bisher skizziert wurden, so sind die Manipulationen von moderner Kunst als Kontext-, Referenz- und Interpretationsverschiebungen zu begreifen, die nicht auf das Schöne oder seine Negation, das Häßliche im Interesse eines "interesselosen Wohlgefallens" zielen, sondern Umwertungen durch Differenz und Distinktion vollziehen. Nicht die Vorstellung einer mehr oder weniger stetigen Entwicklung zum Höheren oder Besseren - in moralischer und ästhetischer Sicht - bildet die Grundlage moderner Kunstproduktion, sondern die Umwertung von Banalem, von Abfall (Thompson 1982) ins Ästhetische und umgekehrt, die sich als Unterscheidungs- und Abgrenzungsvorgang von jeweils anderen Kontextmanipulationen lesen läßt.

Im Kunstprozeß sind diese Umwertungen, Abgrenzungen und Distinktionen jedoch in spezifischer Weise domestiziert. Keine einzelne und einzige Operation erhält irgendeinen Sinn, wenn das nicht Gezeigte, der manipulierte, umgewertete Kontext nicht mitgedacht werden kann. Ohne sichtbar zu sein, ist das Umgewertete also Voraussetzung für das Sichtbare. Das Erfahrbare bezieht sich, eben weil es um Kontextvorgänge geht, niemals auf das einzeln erscheinende Objekt, sondern auf seinen gesamten Referenzrahmen, ähnlich wie es vom abwesenden Schönen in der Darstellung des Häßlichen für eine Ästhetik behauptet wurde, die sich auf dieses Schöne konzentrierte, auch wenn sie es nicht zum einzig darstellbaren Gegenstand erhob. Vereinfacht gesagt, kein modernes Kunstwerk, das diese Bezeichnung durch die relevant gestellte Frage nach Kunst beanspruchen kann, gerät in diesen Rang und kann angemessen wahrgenommen werden, wenn nicht das System Kunst mitgedacht wird. Gerade dann, wenn massive Abwertungen hochbewerteter Traditionen und Äußerungen vollzogen werden, wie es in den avancierten Werken der Fall ist, sind diese Traditionen im Neuen auch und gerade in der modernen Kunst "aufgehoben". Ohne sie wäre ein einzelnes Objekt gar nicht als Kunstwerk wahrnehmbar. Duchamps "Fontaine" ist deshalb ein Kunstwerk, weil die bis dahin weitgehend verbindliche Tradition ein solches Werk ausgeschlossen hatte. Ist diese

negierende und negierte Tradition nicht gegenwärtig, ist auch Duchamps Objekt nicht mehr Kunstwerk, nicht mehr als solches wahrnehmbar, nur noch ein Urinal. Die Negation von Wertungen oder Traditionen einer "Kunst der Entzweiung" (Seel 1985) setzt also die Präsenz des Negierten voraus. Die Relevanz eines Werkes ergibt sich aus der Relevanz der negierten Werte und Kontexte. Nur in der Referenz auf sie, in ihrer Anerkennung, zeigt sich eine Äußerung als geistige Leistung, als Manifestation von Geist. Nichts in der modernen Kunst ist so kontext- oder traditionsbewahrend und wertsetzend wie die Destruktion von Tradition, Kontext und Wert. Der in diesem Sinne tatsächlich dialektische Prozeß von Kunst als Aufhebung (Auflösung, Bewahrung, Erhöhung!) macht ihre Besonderheit, ihre Geistigkeit aus.

Auch wenn die Kunstproduktion insgesamt einen Autonomieanspruch erheben kann, so gilt das nicht für das einzelne Werk. Nur die Bindung an künstlerische Kontexte, an Referenzrahmen, nicht eine absolute, ästhetische Äußerung kann einen Gegenstand überhaupt in die Bedeutungskategorie "Kunst" versetzen. Damit ist jedes Objekt, jede Äußerung vollkommen historisch, nicht als Dokument einer Realität außerhalb des Kunstprozesses, wie von Peter Weiss (1983) oder Max Raphael postuliert, also nicht als Zeugnis von sozialen oder psychischen Bedingungen der Kunstproduzenten und Rezipienten, sondern als geistige Leistung in bezug auf andere, gleichzeitige oder vorausgegangene. Wären diese anderen, nicht mitgezeigten, aber in Abwesenheit präsenten Äußerungen tatsächlich nicht mehr existent, führte also die geistige Destruktion der Umwertung zu einer realen Zerstörung der Kontexte, so würde sofort auch das dann einzelstehende Werk als Kunstwerk zerstört. Es wäre ein beliebiger Gegenstand ohne jede Bedeutung. Nur aus der Anerkennung des Negierten kann die Bedeutung des neu Gesetzten entstehen. Ohne sie ist es sinnlos. Neudefinition und Abgrenzung in der Kunst setzen das ausgegrenzte Umfeld als Existenzbedingung jeder einzelnen Äußerung zwingend voraus. Ohne dieses zerfällt es zu nichts. Es bleibt damit bei aller Selbstbestimmtheit gebunden an einen historischen und damit in hohem Maße zufälligen Kontext, ohne daß sich zwischen den einzelnen, sich gegenseitig negierenden, entzweierenden und aufhebenden Äußerungen eine andere Gemeinsamkeit herstellen ließe als die der Abhängigkeit durch Differenz. Es sind also keine nennbaren gemeinsamen Werte oder Normen, kein ontologisch begreifbares Wesen oder eine "Substanz", die vom einzelnen oder von allen Kunstwerken artikuliert würden, außer denen der Unterscheidbarkeit und wechselseitigen Relativierung durch Abgrenzung und Umwertung. Das ontologische Konzept des Kunstwerks, dessen Sein sich im Schönen oder zumindest im Gestalteten darstellt und auf diese Weise an die moralische Kategorie des Gemeinsinns anzubinden war, ist abgelöst vom einem Kunstwerksbegriff, der auf Anerkennung von Differenz hinausläuft.

"Anerkennung von Unterschieden" stellt jedoch genauso einen moralischen Bezugspunkt dar wie "Gemeinsinn". Die Vertreter der Postmoderne sehen in dieser Kunst der Differenz und Entzweiung den ethischen Anspruch formuliert, der sich im Gedanken der Pluralität und Toleranz finden soll. Nur die autonome Kunst, die nicht auf "Gemeinsinn" im interesselosen Wohlgefallen, sondern auf Anerkennung von Differenz zielt, die sich aber auch nicht durch Verbindung mit der Alltagspraxis auflöst, wie von den "klassischen" Avantgarden postuliert, oder die nur im sozialen Gebrauch als "Dramatisierung" sozialer Ansprüche einen politischen Stellenwert erreicht, ist demnach in der Lage, eine modernisierte moralische Kategorie zu formulieren, die der Toleranz in Unterscheidung, Differenz und Fremdheit.

Im referentiellen Konzept des autonomen Kunstprozesses kann nun allerdings Kunst in ihrer moralischen Fundierung als Medium von Kulturpolitik wieder relevant werden, und zwar besonders für den Kontext moderner Urbanität. Sie kann aber auch Pervertierungen unterliegen, die ihren Stellenwert in öffentlicher Politik erheblich in Zweifel ziehen müßten. Sollte allerdings der Kulturpolitik kein Medium mehr zur Verfügung stehen, würde sie auch als Politik brüchig. Darauf soll im abschließenden Punkt kurz eingegangen werden.

Das Urbanitätsproblem in der Kulturpolitik

Die traditionellen stadtsoziologischen Vorstellungen von Urbanität sind mit denen von Stadtkultur, wie sie in der Kulturpolitik diskutiert werden, kaum zu verbinden. Stadtkultur im soziologischen Sinn thematisiert entweder bestimmte Verhaltensformen, z. B. aus der Spannung von Öffentlichkeit und Privatheit (Bahrtdt 1961), oder den distanzierten, passageren Verhaltensstil (Simmel 1966, 1983) als urbane Erscheinungsformen, oder es werden Fragen der bürgerlichen Öffentlichkeit als Grundlage politischer Artikulation des Citoyen, als meinungsbildende Öffentlichkeiten in einem vorinstitutionellen, informellen Raum als städtische Kultur verstanden (Habermas 1962). Die Kulturpolitik dagegen hat künstlerische oder wissenschaftliche Einrichtungen oder Leistungen als städtisch bezeichnet und die Kultur einer Stadt aus der Fülle und Qualität solcher Einrichtungen abgeleitet (Sauberzweig 1986). Ein soziologischer Begriff von Stadtkultur sieht Kultureinrichtungen dagegen als halböffentliche Räume, in denen diese Willensbildung und politische Teilnahme eher nicht stattfinden. Kultureinrichtungen, vor allem Kunsteinrichtungen, gelten dieser Sicht eher als "demonstrative Verschwendung" (Veblen 1986), als Tendenzen zu einer "Festivalisierung der Stadtpolitik" (Häußermann u. Siebel 1993), die eher einer Verschleierung von Politik und einer Tarnung der Problemzonen einer Stadt dient, als zu einem öffentlichen, politischen Diskurs der Stadtbürger beizutragen.

Geht man jedoch davon aus, daß kulturelle, auch künstlerische Expressionen immer einen Ausdruck von bestimmten Lebensstilen darstellen, unterstellt man also die sozialen Gebrauchsweisen von Kunst und Kultur als deren "Zweck", so lassen sich die verschiedenen Kultureinrichtungen als Symbole solcher Lebensstile verstehen, in denen im Habermasschen Sinne Ansprüche von Milieus zur Geltung kommen. In den kulturpolitischen Leistungen wird damit die Pluralität des Städtischen erkennbar, wenn diese Leistungen tatsächlich allen Milieus in ihrer Weise, von ihnen geprägt und sie zum Ausdruck bringend zur Verfügung stehen. Es wäre nun vorstellbar, daß die unterschiedlichen kulturellen Expressionen, zu denen auch die Veranstaltungen und Einrichtungen der Kulturpolitik zu rechnen sind, im Sinne einer Anerkennung von Differenzen, Unterschieden, Fremdheiten und Distinktionen nach dem Modell der "Kunst" operieren. In der Summe der kulturellen Expressionen käme damit nicht städtische Identität oder hohes kulturelles Niveau, sondern nur die gegenseitige Relativierung der Milieus im Sinne des Pluralitätsgedankens zum Ausdruck. Über die Einrichtungen der Kulturpolitik würde nicht nur ein Medium, die Kunst in ihrer referentiellen, Differenzen begründenden Operationsweise, erfahrbar, sondern die Pluralität der Lebensstile wäre nach dem gleichen Muster, nach dem "Vorbild Kunst", als Vorgang von Referenzen und Distinktionen im Sinne einer wechselseitigen Relativierung, einer Kontingenz (Rorty 1989) jedes Milieus zu begreifen.

Aber auch dieses normative Modell, das Kunst formulieren könnte, unterliegt im sozialen Gebrauch einer spezifischen Pervertierung. Pluralität muß sich nicht als Relativierung des Eigenen und Anerkennung des Anderen, sondern kann sich als zynische Gleichgültigkeit gegenüber allem Fremden äußern. Das populäre Mißverständnis künstlerischer Produktion als "Selbstverwirklichung" legt diese Pervertierung nahe. Die Notwendigkeit des Referentiellen in der Differenz, die in der Kunstproduktion unabdingbar ist, kann im sozialen Gebrauch bzw. in der realen Pluralität der Lebensstile geleugnet werden. Damit könnte sich eine spezifische Variante des pervertierenden Mißbrauchs ergeben. Während die bürgerliche Affirmation des ontologischen Kunstbegriffs, wie ihn Marcuse kritisiert, auf den absoluten Dominanzanspruch einer bestimmten Kultur hinausläuft, steuert die modernisierte Variante des sozialen Mißbrauchs des Symbolischen auf Gleichgültigkeit gegenüber dem Anderen und Fremden als Verkennung der moralischen Dimension von Pluralität zu. Die erste Form einer bürgerlichen Aneignung des Kulturbegriffs wird z.B. dem deutschen Bürgertum des 19. und frühen 20. Jahrhunderts vorgeworfen, das aus diesem kulturellen Dominanzgefühl moralisch und kulturell zwei Weltkriege gerechtfertigt habe (Bollenbeck 1994), während sich in der modernisierten Variante zwar kein kulturelles Sendungsbewußtsein imperialistischer Prägung, sehr wohl aber eine Gleichgültigkeit gegenüber allen fremden kulturellen Formen im modernen Kapitalismus oder in

multikulturellen Gesellschaften erkennen läßt. Auch dann also, wenn die Affirmation des Kulturellen nicht zur "großen Erzählung" wird, die nach Lyotard immer faschistoide Züge trägt, ist sie vor einem zerstörerischen Mißbrauch nicht sicher. Die Selbstrelativierung, die Anerkennung der eigenen Zufälligkeit und historischen Bedingtheit, die Anerkennung auch der eigenen Existenz als der des Fremden (Kristeva 1990), die aus den moralischen Grundlagen moderner referentieller Kunstproduktion zu gewinnen wäre, könnte in multikulturellen Kontexten moderner Stadtgesellschaften als Handlungsnorm von Bedeutung sein. Wesentlich wahrscheinlicher ist aber, daß der soziale Gebrauch immer Mißbrauch darstellt, daß das Modell "Kunstproduktion" eher Gleichgültigkeit gegenüber allem anderen als Relativierung des Eigenen zur Folge hat.

In der Ästhetisierung der Lebensstile, mit der die Unterscheidungsnotwendigkeit und Unterscheidungssucht in modernen Gesellschaften bezeichnet werden soll (Grasskamp 1995b unter Bezug auf Enzensberger 1967), ist zwar das avantgardistische Projekt einer Verbindung von Kunst und Lebenspraxis Realität geworden, aber eben in der pervertierten Form der Gleichgültigkeit als zynischer Perversion der Pluralitätsforderung. Die Autonomie der Kunst öffnet jedoch keinen Weg aus dieser Sackgasse, da die im Medium Kunst auch in ihrer entwickeltsten Form aufgehobenen moralischen Dimensionen mit gleicher Wahrscheinlichkeit einem Mißbrauch in der sozialen Verwendung unterliegen wie im Konzept der Avantgarden oder im bürgerlichen Kunstverständnis. Die einzige Möglichkeit scheint darin zu liegen, die unüberbrückbare Kluft zwischen den moralischen Fundierungen der Kunst und ihrer systematischen Perversion im sozialen Gebrauch anzuerkennen. Aufgrund der Möglichkeit, ethische Kategorien im Medium Kunst trotz aller Perversionen zu artikulieren, sollte man vielleicht dennoch nicht auf sie als politisches Medium verzichten. Ob es der Kulturpolitik gelingen kann, diesen Gegensatz auszuhalten, sich gegen Mißbrauch zu wehren und Kunst als Äußerung des "freien Geistes" (Bourdieu u. Haacke 1995)² und als Modell von lebbarer Pluralität präsent und bewußt zu halten, muß dahingestellt bleiben. Die anfangs erwähnten Tendenzen, Kulturpolitik der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu- oder unterzuordnen, sprechen eher gegen eine solche Möglichkeit. Eine subversive Kunst und Kultur aber, die von öffentlicher Finanzierung und privatem Sponsorentum unabhängig bleiben will, ist gegenwärtig kaum auszumachen.³

² Es ist bezeichnend, daß Bourdieu in diesem Gespräch einer Kunst, die explizit politische Aussagen vornimmt, die Möglichkeit zuspricht, als Artikulation des freien Geistes zu wirken. In den Arbeiten von Hans Haacke liegt keine "reine Kunst" vor, sondern eine, die aus sozialen Verwendungsweisen, in diesem Fall einer Kapitalismuskritik, entwickelt wird. In der Perspektive eines "postmodernen" Konzeptes ist diese Kunst durchaus keine Entfaltung des "freien Geistes", sondern potentiell tyrannisch.

³ Möglicherweise werden Bewegungen in der Techno- oder Rapper-Szene diesen Anforderungen gerecht. Hier artikulieren sich eventuell

Und nur von dieser hatten die Avantgarden die Entfaltung moralischer Kategorien auch in der Lebenspraxis erwartet. Durchaus vergleichbar setzt im Grunde auch das Habermassche Konzept der Dramatisierung noch nicht fixierter Ansprüche als Aufgabe des Kulturellen in der Politik eine solche subversive Kunst und Kultur voraus.

In dieser Situation, in der einerseits die moralischen Dimensionen autonomer Kunst durch ihre Perversion im sozialen Gebrauch wie in der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts nicht mehr aktualisiert werden können, obwohl sie im Medium enthalten sind, in der andererseits Auseinandersetzungen um die ethischen Grundlagen gerade durch ökologische und ökonomische Probleme an Aktualität gewinnen, setzt sich die Tendenz durch, diese Fragen entweder direkt zu diskutieren (Weidenfeld 1995), auf ein vermittelndes Medium neben der begrifflichen Sprache also zu verzichten; oder "Moral" wird an solche Sachfragen der Politik angebunden, in denen sie besonders deutlich hervortritt, also z.B. an die Ökologiedebatte, in der sich hochmoralische, z.T. fundamentalistische Positionen finden. Die Konzeption jedoch, die Kunst wegen ihrer moralischen Fundierung zum Gegenstand von Kulturpolitik erhob, zielte auf eine "Vermittlung" von zivilisierten Umgangsformen, die in den Sachdebatten immer bereits vorausgesetzt werden müssen, die nicht aus ihnen entstehen.

Ob es Bereiche der Verankerung und ständigen Reproduktion solcher Umgangsformen, z.B. der Solidarität, der Toleranz, der individuellen Sinnkonstruktion trotz ersichtlicher Kontingenz, in modernen Konkurrenzgesellschaften gibt, die in keiner Weise an ein bestimmtes Medium wie das der Kunst und eine auf sie konzentrierte Politik wie die Kulturpolitik gebunden sind, und wie diese Sektoren des Gesellschaftlichen funktionieren, ist Gegenstand der neuen Kommunitarismusdebatte (vgl. z.B. Brumlik u. Brunkhorst 1990; Honneth 1993). Folgt man ihren prominenten Vertretern, so sollen es Sozialisationsvorgänge in Primärbeziehungen, in der Familie sein, die die moralischen Grundlagen auch moderner Gesellschaften legen (Kaufmann 1995), nicht mediale Erfahrungen, wie sie potentiell mit autonomer Kunst verbunden werden. Aber auch gegen diese Behauptung könnten natürlich historische Fakten geltend gemacht werden. Zumindes in der westlichen Kultur neigten gerade Nationen mit ausgeprägtem "Familiensinn" zu hoher Aggression gegen Fremdes. Die Familie als Inbegriff von Primärsozialisation scheint also nicht zwingend ein Garant für demokratische und tolerante Verhaltensformen zu sein.

neue Minderheiten oder neue kulturelle Strömungen vor einer Integration ihrer Anforderungen auf Anerkennung in das Rechtssystem, wie sie Habermas vorschwebt (vgl. dazu Shusterman 1994).

Da sich für diese Fragen bisher keine überzeugenden Antworten finden lassen und gegen jedes Konzept Einwände denkbar sind, scheint es gegenwärtig nicht völlig verfehlt, an einer Kulturpolitik mit sehr "pragmatischem" Verständnis des Mediums Kunst trotz allen Mißbrauchs festzuhalten, und als kulturpolitisches Konzept nicht "Kunstförderung", sondern "Pluralitätsförderung" zu versuchen, die stellenweise Kunstförderung sein kann. Die Pluralität z.B. von Regionen und Lebensformen in einem vereinten Europa könnte Gegenstand von Kulturpolitik sein. Vielleicht ist das eine Möglichkeit, das "Thema" von Kulturpolitik, die Artikulation urbaner Pluralität und Toleranz als Lebensform, im Bewußtsein zu halten und nicht unausweichlich immer nur ihre Funktionalisierung für Wirtschaftswachstum, also für die Zwecke des Sozialstaates, zu betreiben.

Literatur

Bahrdt, Hans Paul, 1961: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Hamburg
 Barthes, Roland, 1983: Cy Twombly, Berlin
 Bollenbeck, Georg, 1994: Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters, Frankfurt/M., Leipzig
 Bourdieu, Pierre, 1970: Zur Soziologie der symbolischen Formen, Frankfurt/M.
 Bourdieu, Pierre, 1984: Die feinen Unterschiede, Frankfurt/M.
 Bourdieu, Pierre u. Hans Haacke, 1995: Freier Austausch. Für die Unabhängigkeit der Phantasie und des Denkens, Frankfurt/M.
 Brumlik, Micha u. Hauke Brunkhorst (Hg.), 1993: Gemeinschaft und Gerechtigkeit, Frankfurt/M.
 Danto, Arthur C., 1991: Die Verklärung des Gewöhnlichen. Eine Philosophie der Kunst, Frankfurt/M.
 Danto, Arthur C., 1993: Die philosophische Entmündigung der Kunst, München
 documenta 8, 1987, Katalog, Bd. 2
 Enzensberger, Hans Magnus, 1967: Einzelheiten I. Bewußtseinsindustrie, Frankfurt/M.
 Gaus, Günter, 1983, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg
 Glaser, Hermann, 1974: Prioritäten kommunaler Kulturpolitik - Relikte von morgen? in: Hilmar Hoffmann (Hg.), Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik, Frankfurt/M., S. 50 - 58
 Glaser, Hermann u. Karl Heinz Stahl, 1974: Die Wiedergewinnung des Ästhetischen. Perspektiven und Modelle einer neuen Soziokultur, München
 Grasskamp, Walter, 1995a: Erborgte Radikalität. Gerhard Richter "18. Oktober 1977", in: Ders., Der lange Marsch durch die Illusionen. Über Kunst und Politik, München, S. 106 - 118
 Grasskamp, Walter, 1995b: Die große Maskerade, in: Ders., Der lange Marsch durch die Illusionen. Über Kunst und Politik, München, S. 11 - 55
 Grimm, Dieter, 1987: Recht und Staat in der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt/M.
 Groys, Boris, 1992: Über das Neue. Versuch einer Kulturökonomie, München
 Groys, Boris, 1988: Gesamtkunstwerk Stalin. Die gespaltene Kultur in der Sowjetunion, München

Habermas, Jürgen, 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M.
 Habermas, Jürgen, 1962: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied/Berlin
 Habermas, Jürgen, 1988: Die Moderne - ein unvollendetes Projekt, in: Wolfgang Welsch (Hg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion, Weinheim, S. 177 - 192
 Habermas, Jürgen, 1994: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/M.
 Häberle, Peter (Hg.), 1982: Kulturstaatlichkeit und Kulturverfassungsrecht, Darmstadt
 Häußermann, Hartmut, 1991: Die Bedeutung "lokaler Politik" - neue Forschung zu einem alten Thema, in: Bernhard Blanke (Hg.), Staat und Stadt. Systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen "dezentraler" Politik, Politische Vierteljahresschrift, 32. Jahrg., Sonderheft 22/1991, S. 35 - 50
 Häußermann, Hartmut u. Walter Siebel (Hg.) 1993: Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Leviathan, Sonderheft 13/1993
 Hamburger, Käte, 1965: Schillers ästhetisches Denken. Nachwort zu den "Briefen zur ästhetischen Erziehung des Menschen", Stuttgart
 Hirschman, Albert O., 1988: Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt/M.
 Honneth, Axel (Hg.), 1993: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt/M.
 Hoffmann, Hilmar, 1981: Kultur für alle. Perspektiven und Modelle, Frankfurt/M.
 Hufen, Friedhelm, 1981: Die Freiheit der Kunst in staatlichen Institutionen. Dargestellt am Beispiel der Kunst- und Musikhochschulen, Baden-Baden
 Hummel, Marlies u. Manfred Berger, 1988: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur. Gutachten im Auftrag des Bundesministers des Innern, Berlin/München, Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsförderung, Nr. 122
 Ipsen, Detlef 1993: Bilder in der Stadt. Kunst und Stadtraum im öffentlichen Streit. Notizen zur documenta in Kassel, in: Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, Leviathan, Sonderheft 13, S. 325 - 339
 Kaufmann, Franz-Xaver, 1995: Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München
 Kristeva, Julia, 1990: Fremde sind wir uns selbst, Frankfurt/M.
 Kulturpolitische Mitteilungen, Zeitschrift der Kulturpolitischen Gesellschaft 1995: Perspektiven einer zukünftigen Kulturpolitik, Heft 69, II/1995
 Lütke, Hartmut, 1989: Expressive Ungleichheit. Zur Soziologie der Lebensstile, Opladen
 Lyotard, Jean-François, 1988: Beantwortung der Frage: Was ist postmodern? in: Wolfgang Welsch (Hg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion, Weinheim, S. 193 - 203
 Lyotard, Jean-François u.a., 1985: Immaterialität und Postmoderne, Berlin
 Marcuse, Herbert, 1980: Über den affirmativen Charakter der Kultur, in: Ders., Kultur und Gesellschaft Bd. 1, Frankfurt/M., S. 56 - 101
 Mayer, Margit, 1991: Neue Trends in der Stadtpolitik - eine Herausforderung für die Lokale Politikforschung, in: Bernhard Blanke (Hg.), Staat und Stadt. Systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen "dezentraler" Politik, Politische Vierteljahresschrift, 32. Jahrg., Sonderheft 22/1991, S. 51 - 71
 Mühlberg, Dietrich, 1983: Woher wir wissen, was Kultur ist, Berlin
 Mühlberg, Dietrich, 1984: Herders Theorie der Kulturgeschichte in ihrer Bedeutung für die Begründung der Kulturwissenschaft, in: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte, 27. Bd. (Neue Folge Bd. 12), S. 9 - 26
 Pappermann, Ernst, 1984: Rahmenbedingungen kommunaler Kulturarbeit, in: Ernst Pappermann u.a. (Hg.), Kulturarbeit in der kommunalen Praxis, Köln
 Rorty, Richard, 1989: Kontingenz, Ironie und Solidarität, Frankfurt/M.
 Sauberzweig, Dieter 1973: "Bildung und Kultur als Elemente der Stadtentwicklung". Einführung in die Aussprache des Arbeitskreises I, Bildung und Kultur, in: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Wege zur menschlichen Stadt. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 17. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 2. bis 4. Mai 1973 in Dortmund, Köln, S. 114 - 126

- Sauberzweig, Dieter, 1978: Bildungsreform und Stadtkultur, Braunschweig
- Sauberzweig, Dieter, 1986: Kultur und Urbanität. Aspekte zur Zukunft der Stadt, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 25. Jahrg., 1. Bd., S. 1 - 23
- Schulze, Gerhard, 1992: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/M.
- Seel, Martin, 1985: Die Kunst der Entzweiung. Zum Begriff der ästhetischen Rationalität, Frankfurt/M.
- Shusterman, Richard, 1994: Kunst Leben. Die Ästhetik des Pragmatismus, Frankfurt/M.
- Simmel, Georg, 1966 (1903): Die Großstädte und das Geistesleben, in: C. Wright Mills (Hg.): Klassiker der Soziologie, Frankfurt/M., S. 381 - 393
- Simmel, Georg 1983 (1908): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin
- Spielhoff, Alfons, 1974: Prioritäten städtischer Kulturpolitik, in: Olaf Schwencke u.a. (Hg.), Plädoyers für eine neue Kulturpolitik, München, S. 66 - 76
- Taubmann, Wolfgang u. Friedo Behrens, 1986: Wirtschaftliche Auswirkungen von Kulturangeboten in Bremen, Bremen
- Thompson, Michael, 1981: Die Theorie des Abfalls. Über die Schaffung und Vernichtung von Werten, Stuttgart
- Veblen, Thorstein, 1986: Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen, Frankfurt/M.
- Weidenfeld, Werner, 1995: Niemand entkommt der Geschichte. Vom leisen Verschwinden der Politik, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 280, 5. Dez., S. 13
- Weiss, Peter, 1983: Die Ästhetik des Widerstands, Frankfurt/M.
- Weisch, Wolfgang, 1995: Vernunft. Die zeitgenössische Vernunftkritik und das Konzept der transversalen Vernunft, Frankfurt/M.
- Wulf, Christoph, Dietmar Kamper u. Hans Ulrich Gumbrecht (Hg.), 1994: Ethik der Ästhetik, Berlin
- Zapf, Wolfgang, 1992: Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung, AG Sozialberichterstattung Wissenschaftszentrum Berlin P 92 - 104, Berlin

Frank-Olaf Brauerhoch

Frühjahrestreffen 1996 der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie, Stuttgart

Themenschwerpunkt 2 : Zur Rolle städtischer Kulturpolitik

Ansprüche an das Kulturpublikum - und wie es "wirklich" ist

Auch in Frankfurt am Main prägten die Zeitgeist-Voraussetzungen mit ihren Utopien, Visionen und Revisionen die Auseinandersetzungen über den Weg zum richtigen Leben. Führte einst in dieser Stadt die Bearbeitung der gesellschaftlichen Widersprüche (auch) zu Veränderungen in der Organisation des Kulturbetriebs, so erstarbte der Reformeifer bereits während der Nachrüstung Frankfurts zur "Kulturstadt" in den achtziger Jahren. Heute, am Ende des Traums immerwährenden Wachstums, metropolitaner Lebensstile und einer unendlich wachsenden, städtisch-geförderten Angebotskultur scheint die Legitimität öffentlich geförderter Kulturangebote infrage gestellt. Die Suche nach einer Neubegründung von Kulturpolitik läßt es zu, bisher mobilisierte Argumente kritisch zu hinterfragen. Dies soll hier für den Bereich der Museen am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main versucht werden.

1. Die Museen: vom Bildungs- zum Standortfaktor

Im Zusammenspiel von Bildungsreform und Legitimierung kommunaler Kulturpolitik als Beitrag zur "menschlichen Stadt" erweiterten anfang der siebziger Jahre die Museen ihre bis dahin traditionelle Aufgabentrias "Forschen, Sammeln und Bewahren" und begannen, sich ihrem potentiellen Publikum zuzuwenden. "Vermittlung" lautete das zusätzliche, Arbeitsplätze für PädagogInnen schaffende Aufgabenfeld. Nach verschiedenen Versuchen, über diese neue Aufgabe Arbeitsprozesse und Inhalte in den Museen zu reformieren, stagnierte der Reformeifer und wurde von einem Hang zum Monumentalen abgelöst. Nun wurde weniger mit neuen Präsentationskonzepten experimentiert, als über den Neubau von Museen und Ausstellungshallen versucht, "besondere Orte" herzustellen. Kulturausgaben galten nicht mehr nur als Beitrag zur Verbesserung städtischer Lebensbedingungen, sondern wurden dazu Teil der Bemühungen, "weiche Standortfaktoren" für Investitionen zu fördern. Der Wechsel von einer an Vermittlung orientierten Kulturpolitik hin zur Kulturpolitik als Teil der Selbstdarstellung einer Stadt lenkte den Blick auf die vorzeigbare kulturelle Infrastruktur. Kultur und vor allem Kulturbauwerke sollten zur Verbesserung des "Stadtimage" beitragen. So sind ein Drittel aller Museen in der Bundesrepublik zwischen 1971 und 1981 entstanden. Die "Museumsmeile" in Bonn ist ein letztes Beispiel eines zu Ende gehenden Baubooms. Davor waren es die Kommunen oder die Länder, die in die kulturelle Infrastruktur investierten. Die Städte Köln (Museum Ludwig), Mönchengladbach (Museum Abteiberg) und Frankfurt am Main ("Museumsufer"), sowie die Landeshauptstädte Düsseldorf (Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen) und Stuttgart (Staatsgalerie) sind Beispiele hierfür.

2. Der "Museumsboom" und sein Ende

Die neuen Museumsbauten zogen zunächst viele Besucher an. Kulturschaffende und vor allem Politiker sprachen von einem "Museumsboom". Die schiere Zahl der Besucher avancierte in der öffentlichen kulturpolitischen Diskussion zur Bestätigung des Anspruchs einer "Kultur für Alle", deren Erfolgsparameter sich nurmehr im Zählen des Publikums erschöpfte. In der kulturpolitischen Diskussion wurden Museums- und Ausstellungsbesucher mit dem Teil der Bevölkerung gleichgesetzt, der sich jährlich in den Fußballstadien versammelt.¹ Dieser Vergleich hinkt auf mindestens einem Bein: oder sollte die Spardiskussion der 90er Jahre vorweggenommen worden sein? Erst wenn die Museen größtenteils für den Besucher geschlossen gehalten werden, Aufsichtspersonal nur noch stundenweise eingesetzt wird,, somit Fußballstadien und Museen identische Öffnungszeiten haben, ließen sich die an beiden Orten gemessenen Besuchszahlen vergleichen. In der Diskussion um einen "Museumsboom" wurde erst allmählich realisiert, daß die "Angaben über Besucherzahlen von den Museumsleitungen stammen" (Treinen 1988: 24), daß beim Zählen in den Museen Besuche mit Besuchern gleichgesetzt wurden und eine genauere Klassifizierung, beispielsweise zwischen organisierten (Schulklassen, Reisegruppen) und nicht-organisierten Besuchern fehlt.² Wenn man diese Einschränkungen ignorierte, könnte man stolz von einem Anstieg der zwischen 1981 und 1987 bundesweit von dem Museumspersonal gezählten Museumsbesuche um 21% berichten. Vergleicht man aber die Besuchszahlen von 1987 mit denen von 1981 bezogen auf der Zahl der jeweils bestehenden Museen, so ergibt sich ein Zuwachs von nurmehr 8,5% (Klein 1990: 40).

Um derartige Feinheiten kümmerte sich die kulturpolitische Diskussion jedoch nicht. Statt dessen wurde über einen angeblichen Kultur- und Museumsboom raisonniert und dabei von einem größeren Angebot auf eine größere Nachfrage geschlossen.

3. Das normierte Publikum

Bereits in den siebziger Jahren bestand Sicherheit über die Zusammensetzung des Publikums in den Museen. Auch die Versuche der "Öffnung" der Museen änderten nichts daran, daß insbesondere kunsthistorische Museen "Angehörigen von Bildungsoberschichten als kulturelle Symbole" dienten, und selbst im Vergleich mit kultur- und naturgeschichtlichen Museen bleibt unter den Besuchern der Kunstmuseen "das Übergewicht der gehobenen Bildungsschichten bestehen" (Treinen 1974: 37). Dennoch führte das Postulat der Öffnung der Museen zur Differenzierung bei der Erforschung des Publikums. Die vorwiegenden Ansätze bestanden darin, die Möglichkeiten zum "Lernen im Museum" - ein Postulat der Bildungsreform der siebziger Jahre (vgl. Hense, 1985) - zu erforschen. Eine Alternative zu diesem pädagogischen Zugang zum Museumsbesucher versuchten Bernhard Graf und Heiner Treinen (1983). Ihr Ziel war es, in Abgrenzung der Perspektive vom "Lernort Museum" die "Museumsgestaltungen mit den Augen von Besuchern zu sehen" (124). In der Interpretation der Ergebnisse ihrer Erkundigungen über Besucher des "Deutschen Museums" in München spricht Heiner Treinen davon, daß Museumsbesuche zweifellos "Wirkungen haben", diese aber für die Besucher

¹ Im Jahre 1987 wurden ca. 66 Millionen Museums- und Ausstellungsbesuche gezählt, d.h. statistisch kommt pro Jahr auf einen Bundesbürger (der alten Bundesländer) ein Museums- oder Ausstellungsbesuch (vgl. Museumskunde Nr. 53, 1988: 182)

² Das reale Besucherpotential für Museen wird auf "15-20% der städtischen, erwachsenen Bevölkerung" geschätzt (Treinen 1988: 25).

einen völlig anderen Stellenwert besitzen, "als das Medienpersonal sich selbst zurechtlegt". Museen würden, wie andere Massenmedien auch, in Form des "aktiven Dösens" genutzt, eine Haltung, in der die "Informationssuche und -verarbeitung nicht in Hinblick auf ein gedankliches Problem stattfindet" (Treinen 1983: 142).

Diese Besucherhaltung ließe sich auch als "ungezielte Rezeption" beschreiben. Ziel des Rezipienten ist es, sich sinnlich und intellektuell anregen zu lassen, das Ausgestellte wird im eigenen Kopf neu zusammengesetzt. Dieser Zugang erkennt - nach der "Öffnung" der Museen, die in den siebziger Jahren zur Instrumentalisierung des Publikums führte - zunächst einmal den selbsttätigen Museumsbesucher an, der je nach Disposition (Bildung) und Konstellation (Gruppe, Familienbesuch, Schulklasse, etc.) das Informationsangebot assoziativ aufnimmt. Dies bedeutet jedoch auch den Abschied von der "Illusion der Chancengleichheit" (Bourdieu /Passeron 1971), in welcher die Herstellung gleicher Rezeptionschancen mit der Vorstellung gleicher Rezeptionsweisen verbunden war. Der Anfang der achtziger Jahre vollzogene Abschied von den Intentionen der Bildungsreform und deren Anwendung auf das Museum polarisierte die verbliebenen Expertenpositionen auf das Beharren von "Vermittlung" und dem Postulat nach "ernsthafter" Rezeption in den Museen einerseits (Hense 1985) und dem Postulat nach der Akzeptanz eines unüberschaubar gewordenen, "aktiv dösenden" Publikums andererseits (Treinen 1983: 142). Letzteres führt allerdings dazu, daß die Institution - nach Meinung der "Kulturschaffenden" - zum "Rummelplatz" degradiert wird (Kramer 1988b: 49).

Doch wer nutzt diesen "Rummelplatz", wer geht in die Museen?

Die in den siebziger Jahren einsetzende Besucherorientierung war mit der Forderung verbunden, daß die Institution Museum über ihren traditionellen Benutzerkreis hinaus für neue Schichten in der Bevölkerung attraktiv werden solle. Die daraufhin begonnenen Besucherbefragungen konstatieren in ihren Ergebnissen allerdings den Status quo bezüglich der sozialen Zusammensetzung der Besucher von Museen und Ausstellungen.

4 und dessen Zusammensetzung

Hans-Joachim Klein und Monika Bachmayer ließen im Jahre 1976 die Besucher des Badischen Landesmuseums in Karlsruhe befragen. Nach ihren Ergebnissen setzten sich die erwerbstätigen Besucher des im Schloß von Karlsruhe untergebrachten kulturhistorischen Museums zu 12% aus Selbständigen, zu 48% bzw. 34% aus Angestellten und Beamten, aber nur zu 6 % aus Arbeitern zusammen (Klein/Bachmayer 1981: 117). Ein Vergleich mit der Sozialstatistik zeigt, daß in diesem Museum nur ein Sechstel der als "Arbeiter" in der Bevölkerung Registrierten dieses Museum zu den Zeitpunkten der Befragung auch besuchten. Zudem wurde bei einer zeitgleich durchgeführten Querschnittsbefragung der Karlsruher Bevölkerung über ihr Freizeitverhalten festgestellt, daß höchstens ein Drittel der Bevölkerung überhaupt Museen besucht (vgl. dies.).

Bei der 1985 in Augsburg gezeigten Ausstellung: "Aufbruch ins Industriezeitalter" untersuchten Siegfried Lamnek und Michael Zwick, "welches Publikum von einer solchen Ausstellung angesprochen wird" (1986: 3). Am Ende ihrer Untersuchung müssen die Autoren feststellen: "Auch in dieser

Ausstellung befanden sich überwiegend Personen, die dem 'Bildungsbürgertum' zuzurechnen sind". Im einzelnen fanden sie heraus, daß über 50% der Befragten Akademiker sind, und daß Angestellte und Beamte gegenüber Arbeitern "erheblich überrepräsentiert" sind (dies.: 127).

1984 legte Hans-Joachim Klein eine "Analyse von Besucherstrukturen an ausgewählten Museen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)" vor.³ Danach sind in den Großstadtmuseen die 20- bis 30jährigen Besucher (gemessen an ihren Anteilen an der Wohnbevölkerung) überrepräsentiert und die mehr als 60jährigen unterrepräsentiert.⁴ In den Kunstmuseen in Berlin und Karlsruhe waren 83% bzw. 75% der Besucher Abiturienten mit einem Hochschulabschluß (ders.: 76)

Ebenso kommt eine von Horst Hoffrichter vorgenommene Auswertung von Besucherbefragungen des Kölner Museumspublikums zu dem Ergebnis, daß die 14- bis 34jährigen Museumsbesucher - gemessen an der Alterstruktur der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik - überrepräsentiert sind, die 35- bis 54jährigen sich in ihren Anteilen an der Bevölkerung und am Museumspublikum in etwa entsprechen, und die über 55jährigen in den Kölner Museen unterrepräsentiert sind. Auch in Köln sind von allen befragten Museumsbesuchern 72% Personen mit (Fach-)Abitur, 60% der Antwortenden haben leitende oder akademische Berufe (Hoffrichter 1990). Verlängert werden kann der Reigen größtenteils übereinstimmender Forschungsergebnisse zur Zusammensetzung des Publikums in Museen durch Ergebnisse eines "Städtevergleichs": danach machen sowohl in Naturkunde als auch in Historischen Museen Besucher mit Abitur mindestens zwei Drittel des Publikums aus (Pröhl 1995: 101 ff.)⁵

5. Die Frankfurter Studie

Mit dem Abflauen des "Kulturbooms" Ende der achtziger Jahre muß das Publikum zuverlässig gezählt werden, um so zur notwendig gewordenen Verteidigung des Kulturbudgets beizutragen. Durch das neue Interesse am "gezählten Publikum" - inklusive der notwendigen Problematisierung der Verlässlichkeit von Zahlenangaben der Kulturinstitute über "ihre" Besucher - und nach dem Ende der Fiktion einer städtischen "Kultur für Alle" wurde es möglich, zu fragen, wem die städtischen Kulturangebote wirklich zugute kommen. Auch Kommunalpolitiker wollen nun wissen, wie sich Kulturinstitute

3 Hierbei wurden die Besucher von 28 Museen mit einem einheitlichen Fragebogen erfaßt. In den Großstädten, dessen Ergebnisse hier besonders interessieren, wurden in zwei Erhebungsphasen (Nov./Dez. 1978 und Juni/Juli 1979) 1,58 Millionen Besucher befragt.

4 Für Berlin (West) ergaben sich folgende Vergleiche der Wohnbevölkerung zu den Museumsbesuchern: 20-29 Jahre; 16 % : 37 %, 30-39 Jahre und 40-49 Jahre je 17 % : 19%, 50 - 59 Jahre; 12 % : 8 % und 60 und mehr Jahre: 30 % zu 9 %. Leider wird auf die Besonderheiten in der Altersstruktur bei der Berliner Bevölkerung nicht eingegangen. Dies ist ebenso in einer späteren Untersuchung bei einem Vergleich der Museumsdichte zu den Einwohnerzahlen der Fall (vgl. Klein 1990: 40f.). Hier zeigt sich das Problem, daß je allgemeiner die Erhebungen angelegt werden, umso unspezifischer und ungenauer die Ergebnisse für den einzelnen Ort werden.

Da hier nur verallgemeinerbare Aussagen bezüglich der Zusammensetzung des Museumspublikums interessieren, gehe ich nicht auf die Problematik der verschiedenen Untersuchungsdesigns, Erhebungs- und Stichprobenverfahren ein.

5 Hervorgegangen ist der Vergleich aus einem Modellprojekt in der Stadt Bielefeld, wo versucht wurde, "...durch die Einführung moderner Management- und Controllingmethoden" (zunächst) die Kulturverwaltung der Stadt zu modernisieren. Die Erkenntnis, daß notwendige Informationen zur Formulierung operationalisierbarer Ziele fehlen, führte zur Entwicklung eines für den Städtevergleich geeigneten Kennzahlensystems. Das Ergebnis des Vergleichs erschöpft sich allerdings in der Feststellung mangelnder Vergleichbarkeit der Kultureinrichtungen und der Notwendigkeit zur Herstellung einer interkommunalen gleichen Datenbasis.

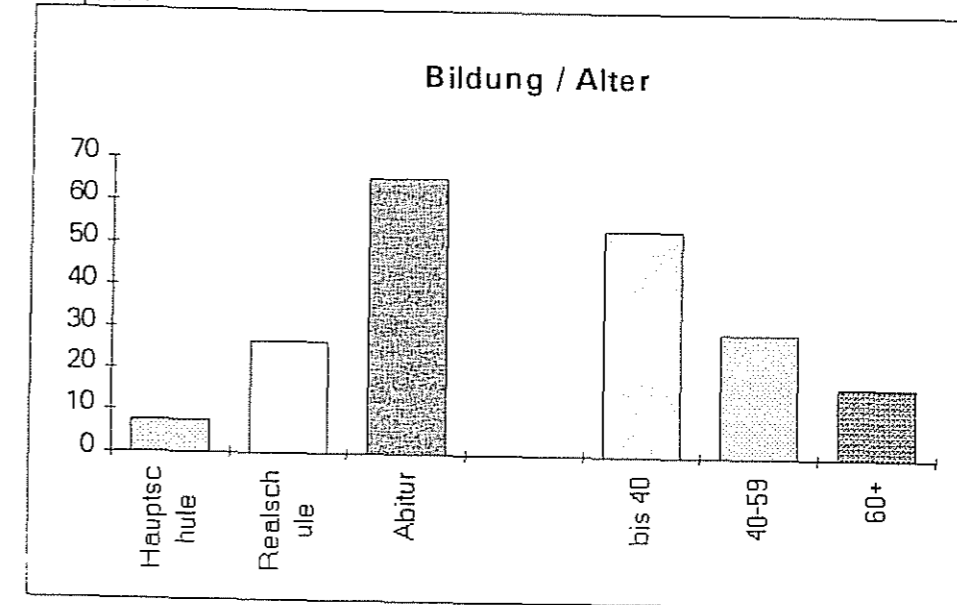
in "ihrem" Publikum unterscheiden und ob durch die Ausweitung des Angebots nicht doch auch andere als die traditionellen Besucherschichten erreicht wurden. Diesen Verschiebungen der Problemlagen entsprechen die Forschungsfragen: In der hier vorgestellten Studie ging es um die Struktur des Frankfurter Museumspublikums.

Im Gegensatz zu den Sekundäranalysen von Angaben der Museumsleitungen über die Anzahl von Besuchen (Klein 1984) oder der Erhebung unter Besuchern eines zeitlich befristeten Kunstspektakels (Hellstern, 1993) wurde die Frankfurter Untersuchung als einjährige Studie über den laufenden Betrieb an zehn städtischen Museen angelegt. Das Interesse der Studie, deren museumsübergreifende Ergebnisse hier vorgestellt werden, war es, den beteiligten Instituten Planungsdaten an die Hand zu geben, die es ihnen ermöglichten, im Rahmen ihrer "neuen Selbständigkeit" (Budgetierung) qualifizierte Entscheidungen über den Betrieb ihrer Häuser zu treffen.⁶

5.1. Die Zusammensetzung des Publikums

5.1.1. Das Publikum nach Bildung und Alter

Graphik 1

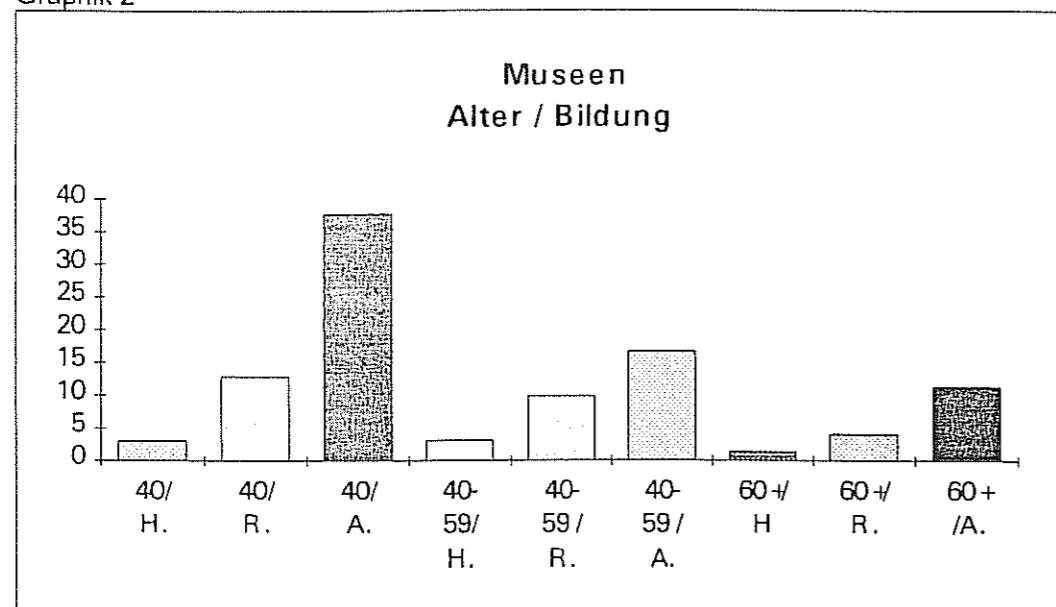


Trotz der Verschiedenheit der untersuchten Museen, (Historische Museen, Völkerkunde-Museum, Kunsthandwerksmuseum und Kunstmuseen) zeigt sich das "typische" Publikum: hohe Anteile an Personen mit Abitur sowie hohe Anteile an Personen unter 40 Jahre. Daß der hohe Anteil an Abiturienten nicht ausschließlich durch das junge Publikum bestimmt ist, zeigt die nächste Graphik. Für diese Darstellung wurden die Besucher in Alters- und Bildungsgruppen eingeteilt. Die Altersgrenzen

6 Durchgeführt wurde die Studie von der "Forschungsgruppe Kulturstudien" an der Johann Wolfgang Goethe - Universität, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften (Prof. Dr. Heinz Steinert, Dr. Frank-Olaf Brauerhoch); mitgearbeitet daran haben auch Oliver Brüchert und Christine Resch. Den Ergebnissen liegen 8299 schriftliche Befragungen von Einzelpersonen zugrunde, die zwischen März 1993 und Februar 1994 an zehn städtischen Museen (Liebieghaus, Städel, Deutsches Architekturmuseum, Deutsches Filmmuseum, Museum für Völkerkunde, Museum für Kunsthandwerk, Museum für Moderne Kunst, Historisches Museum, Jüdisches Museum und Museum für Vor- und Frühgeschichte) und in der Kunsthalle Schirn durchgeführt wurden.

wurden bei 40, 60 Jahren und älter festgelegt, die Bildungsgrenzen nach der Schulbildung: Hauptschule, Realschule, Abitur. So entstand eine 3x3 Feldertabelle, aus der sowohl Alterseffekte wie Bildungseffekte abzulesen sind.

Graphik 2



In allen Altersgruppen ist der Anteil der Personen mit Abitur am höchsten. Dies bedeutet: das "typische" Museumspublikum ist unabhängig vom Alter immer "hoch gebildet".

5.2. Die Motive des Publikums

Entsprechend der Vorstellung vom "Lernen im Museum" war nach der Meinung der Museumspädagogen der Zugang zu dem Ausgestellten ausschließlich zu "erarbeiten". Spaß, Ironie, beiläufige Rezeption kommen in diesem Konzept nicht vor. Dabei wäre zwischen Produkt und Rezeption zu unterscheiden: Einerseits sind die musealisierten Gegenstände zum Teil selbst ironisch, indem sie die Rezeptionssituation antizipieren (so z.B. für die Bereiche von Grafik, Collage und Malerei; A. Warhol, R. Lichtenstein oder Kienholz), andererseits besteht auch bei "ernsthaften" Kunstwerken, wenn sie ausgestellt oder aufgeführt werden, die Chance (oder Gefahr), "lächerlich" zu wirken. Dies läßt "Wirkung" oder "Vermittlung" unberechenbar werden. (vgl. auch die Ausführungen von Albrecht Göschel)⁷ Statt dessen wird aber in der Museumsarbeit und in den Fragestellungen der Publikumsforschung unterstellt, "daß die Mehrzahl der Besucher quasi-automatische, fast instinkthafte Reaktionsweisen auf Umweltreize besäße" (Treinen 1983: 121).

Diesen "innerbetrieblichen" Blick auf das Museumspublikum versuchten Hans-Joachim Klein und Monika Bachmayer (1981) zu erweitern, indem sie darauf verwiesen, daß das Museum neben seiner "Bildungs- und Erziehungsfunktion" sein "zweckfreies Unterhaltungspotential nicht unterschätzen darf"

⁷ Für T. W. Adorno existierte dieses Problem nicht. Die Präsentation von Kunst (z.B. Musik) war für ihn lediglich "Reproduktion", Situationskomik kommt dabei gar nicht erst auf (vgl. Steinert 1992: 167 ff.).

(222). Dieses "Unterhaltungspotential" scheint inzwischen weitestgehend anerkannt. Es deutet sich eine Gegenbewegung an, die dadurch zu erkennen ist, daß deren Kritiker auf die "Gefahr" verweisen, die Probleme bei der Visualisierung z.B. neuester (meist elektronischer und daher 'unsichtbarer') Technikentwicklung dadurch lösen zu wollen, "...daß die zerstreuten Rezeptionsformen der organisierten Freizeitindustrie ins Museum hinein verlängert werden" (Winter 1990: 260). Andere wie Gottfried Korff und Martin Roth empfehlen dagegen für die Historischen Museen "...die Inszenierung als die für diesen Museumstyp angemessene Ausstellungstechnik" (Korff/Roth 1990: 22)

Die Neuerungen im Ausstellungs- und Museumswesen führten zur Kritik, die nicht zwischen Produkt und Rezeption unterscheidet, statt dessen im Publikum bzw. in seinem Verhalten einen bloßen Reflex auf die Produkte der Kulturindustrie erkennt. Die warenästhetischen Präsentationstechniken - so lautet der Vorwurf - verweigerten dem Betrachter das Ausstellungsgut als "Quelle gerade auch subversiver historischer und ästhetischer Erfahrung". Ausstellungen würden "nicht wegen ihres Informationsgehaltes, sondern wegen ihres Unterhaltungswertes aufgesucht", die Besucher vermieden "Lernanstrengungen, etwa in Hinblick auf ein für den Alltag bedeutsames Problem": "Eines der härtesten Indizien für die Entqualifizierung musealer Wahrnehmung" sei "das inzwischen extrem kurze, nach wenigen Sekunden meßbare Verweilen von Besuchern vor Objekten." (Fliedl 1987: 49)

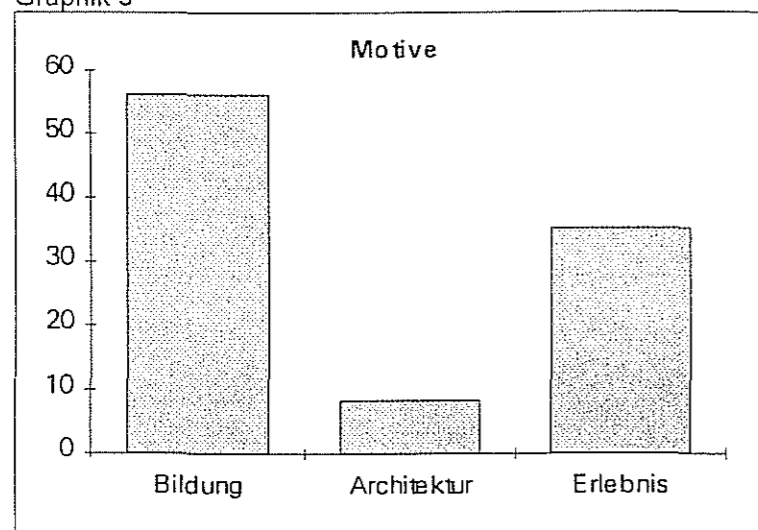
Das Publikum wird bei den Thematisierungen des Realwerdens von Kulturindustrie im Museums- und Ausstellungswesen lediglich zur Bestätigung des Kritisierten wahrgenommen: Entweder ist es nicht bereit zu "lernen" (vgl. Fliedl 1987) - und verhält sich damit adäquat zu dem Angebotenen - oder es ist durch das Angebot und die Präsentationstechniken "überfordert" (Mai 1988: 70) - weil es versucht, dem Anspruch der Produzenten gerecht zu werden. Die Kritik an der Kulturindustrie setzt die normativen Erwartungen der Betreiber an ihr Publikum ("Lernen") oder die Rezeptionsgewohnheiten der Intellektuellen (und die daraus resultierende "Überforderung") zum Maßstab und verfährt so mit dem Publikum wie die Kulturindustrie: das Publikum wird zum Objekt. Nicht anders geht die neuere These von der "Erlebnisorientierung" mit dem Kulturpublikum um. Auch hier werden veränderte Angebote, so zum Beispiel der Wandel in der Werbung, als Indikator für einen grundlegenden Wandel in der Lebensauffassung der Menschen weg von der Handlungs-rationalität hin zur "innenorientierten Erlebnissrationalität" genommen (Schulze, 1992). Hier zeigt sich nicht zuletzt ein Traditionalismus in der Konstruktion des Publikums, der bis in die Anfänge der "Wirkungsforschung" zurückreicht (vgl. Winter, R. 1995).

Motive der Besucher der Frankfurter Museen

Die Museumsbesucher waren aufgefordert, eines von sieben Motiven für ihren Museumsbesuch anzugeben. Die Antworten wurden folgendermaßen zusammengefaßt:

- Bildung: "eine Ausstellung", "die Sammlung des Hauses", "ein besonderer Ausstellungsgegenstand (Gemälde, Objekt)", "das Angebot zu einer Führung";
- "die Architektur des Hauses";
- Erlebnis: "Wunsch nach einem kulturellen Erlebnis", "Wunsch mit anderen etwas zu unternehmen".

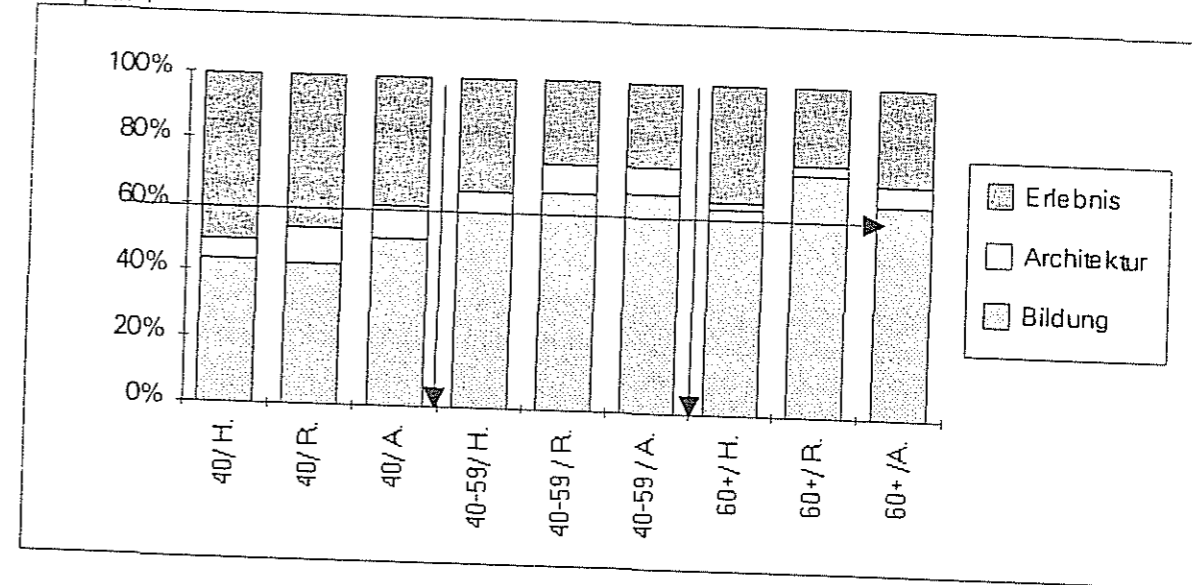
Graphik 3



Das erste Ergebnis muß die Kritiker des zunehmenden "Kulturrummels" enttäuschen: es dominieren die Bildungsmotive. Erstaunlich erscheint nach aller - insbesondere in Frankfurt offiziell geführten - Diskussion um den Stellenwert der Architektur der Museen als ein Beitrag zur "Urbanität", wie wenig die Architektur der Museen als vorwiegendes Motiv von den Besuchern genannt wurde.

Neben dieser Grundauszählung interessiert natürlich, ob sich die Motive der Besucher nach ihrer Herkunft unterscheiden. Zur Bestimmung der "Herkunft" wurde hier - entgegen den Trends in der Konsum-, Lebensstil- und Freizeitforschung (vgl. Hoffrichter, 1996) - wiederum lediglich nach einem Teil der klassischen Determinanten der Sozialstrukturanalyse unterschieden: nach Alter und Bildung. Eine Aufteilung Besucher nach Alter/Bildung und Motiven ergibt folgendes Bild:

Graphik 4



Es zeigt sich:

Die Architektur des jeweils besuchten Hauses spielt insgesamt eine geringe, lediglich bei den unter 40-jährigen mit Realschule oder Abitur eine etwas größere Rolle.

In allen Besuchergruppen über 40 Jahre dominieren -unabhängig vom Schulabschluß! - Bildungsmotive.

Bildungsinteressen nehmen in allen Altersgruppen mit der Schulbildung zu, und sie nehmen von den jüngeren Altersgruppen zu den älteren Altersgruppen zu

Entsprechendes gilt für die Abnahme der Erlebnismotive. Lediglich bei den über 60-jährigen ist die Beziehung nicht ganz so eindeutig.

Dies bedeutet: es sind vorwiegend Alters- und Bildungseffekte, welche auf die Besuchsmotive Einfluß haben. Der kritisch angemerkte Kulturrummel in den Museen ist ein Effekt des vorwiegend jüngeren Publikums und - so kann man vermuten - eine Reaktion auf die veränderten Rezeptionssituationen.

6. Schluß

Die Finanzierung der kulturellen Infrastruktur einer Kommune gilt als "freiwillige Aufgabe". Dadurch werden Kulturausgaben im Rahmen des strukturellen Defizits der Kommunen schnell zur Verfügungsmasse für andere kommunale Pflichtaufgaben. Haben sich bereits die in den "fetten Jahren" aufgebrauchten Begründungsmuster für die Finanzierung kommunaler kultureller Infrastruktur ("Kultur für Alle", "Kulturpolitik als Ferment von Kommunalpolitik") als obsolet erwiesen, steigt nun der Legitimationsdruck. Dies führt zu Rationalisierungs- und Modernisierungsversuchen bei der Kulturverwaltung (vgl. Bertelsmann - Stiftung) und birgt die Gefahr, hier exemplarisch am Museum ausgeführt, daß die fortgesetzte "Publikumsorientierung" von Kultureinrichtungen zur Uniformierung und Standardisierung des Angebots führt, schließlich kulturelle Einrichtungen zu "Erlebnisparks" umfunktioniert werden. Diese Modernisierungskonzepte sind auch im Zusammenhang damit zu sehen, daß sich die

Annahmen über die Besucher von Kultureinrichtungen eines Publikumsmodells bedienen, in welchem die Thesen über "Erlebnisorientierungen" und "innenorientierte Lebensauffassungen" (Schulze, 1992) meist ungeprüft übernommen wurden. Der kurze Einblick in die Motivstrukturen des Frankfurter Museumspublikums konnte aber zeigen, daß selbst "im Jenseits von Stand und Klasse" die "klassischen" Unterscheidungsmerkmale wie Alter und Bildung genügen, um unterschiedliche Motive für den Kulturkonsum zu erklären.

Literatur:

- Bourdieu / Passeron, 1971, Die Illusion der Chancengleichheit
- Fliedl, 1987, Ausstellungen als populistisches Massenmedium, ästhetik und kommunikation, Heft 67/68
- Graf, Bernhard, Heiner Treinen, 1983, Besucher im Technischen Museum
- Hellstern, 1993, Gerd-Michael, Die documenta: Ihre Ausstrahlung und regionalökonomische Auswirkungen, in: Häußermann, Hartmut, Walter Siebel, (Hrsg.) Festivalisierung der Stadtpolitik, Leviathan, Sonderheft 13
- Hoffrichter, 1990, Die Kölner Museen und ihr Publikum, in: Kölner Museums-Bulletin 1
- Hoffrichter, 1996, Möglichkeiten, Perspektiven und Grenzen der Besucherforschung an Museen, in: Zimmer, A. (Hg.) Das Museum als Non-Profit-Organisation. Frankfurt
- Klein Hans-Joachim, Monika Bachmayer, 1981, Museum und Öffentlichkeit, Berlin
- Klein, Hans-Joachim, 1990, Der gläserne Besucher. Berlin
- Klein, Hans-Joachim, 1984, Analyse von Besucherstrukturen an ausgewählten Museen in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin, Berlin.
- Korff Gottfried, Martin Roth, 1990, Das Historische Museum, Frankfurt
- Kramer, Dieter, 1988b, Warum baut man heute noch Museen? Museumsarbeit zwischen Umwegsrentabilität und Kulturpolitik, in: Fliedl, Gottfried, (Hg.) Museum als soziales Gedächtnis? Klagenfurt.
- Lamnek, Siegfried, Michael Zwick, 1986, Untersuchungsbericht zum soziologischen Begleitprojekt der Ausstellung in Augsburg: "Aufbruch ins Industriezeitalter. Haus der Bayerischen Geschichte. München
- Mai, Ekkehard, 1988, Expositionen. Geschichte und Kritik der Ausstellungswesens. München
- Pröhl, Marga, 1995 (Hrsg.) Wirkungsvolle Strukturen im Kulturbereich. Zwischenbericht zum Städtevergleich der Naturkunde und Historische Museen. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Schulze, Gerhard, 1992, Die Erlebnisgesellschaft, Frankfurt
- Steinert, 1992, Die Entdeckung der Kulturindustrie oder: warum Professor Adorno Jazz-Musik nicht ausstehen konnte. Wien
- Treinen, 1983, Interpretation der Ergebnisse aus kultursoziologischer Sicht, in: Graf, Bernhard, Heiner Treinen, Besucher im Technischen Museum
- Treinen, 1988, Was sucht der Besucher im Museum? in Fliedl, Hg. Museum als soziales Gedächtnis? Klagenfurt.
- Winter, Ursula, 1990, Industriekultur: Fragen der Ästhetik im Technik- und Industriemuseum, in: Zacharias, Wolfgang, (Hg.) Zeitphänomen Musealisierung. Essen.
- Winter, Rainer, 1995, Der produktive Zuschauer. Medienaneignung als kultureller und ästhetischer Prozeß. München.

Anschrift des Autors: Dr. F.-O. Brauerhoch, Büro für Sozialforschung, Jordanstr. 11, 60486 Frankfurt
am Main. Tel./Fax.: 069 /708243

Urbanität als Stadtkultur und Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Thomas Wüst

(verändertes)
Diskussionspapier
für die Frühjahrssitzung
der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie
der Deutschen Gesellschaft für Soziologie
vom 28.03. bis 30.03.1996
in Stuttgart

Thomas Wüst
Universität Hamburg
Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung
Allende-Platz 1
20146 Hamburg

Tel.: (040) 41 23 - 22 01
Fax: (040) 41 23 - 45 06

E-mail: wuest@sozialwiss.uni-hamburg.de

Einleitung

Das von Menschen geschaffene Gebilde Stadt war und ist Motor der zivilisatorischen Entwicklung. Ihre Funktion als Schnittstelle von Waren-, Geld-, Informations- und Menschenströmen macht die Stadt einerseits zum Schmelztiegel unterschiedlichster kultureller, sozialer, ökonomischer und politischer Einflüsse und Formen, andererseits zeichnet sich das Zusammenleben der StadtbewohnerInnen durch ein mehr oder weniger geordnetes Mit- und Nebeneinander aus. In der amerikanischen Soziologie wurden dafür die Begriffe 'melting pot' und 'salad bowl' entwickelt.

Um den Gegensatz aus melting pot und salad bowl einem Gleichgewichtszustand annähern zu können, bedarf es eines Werte- und Normensystems, das zumindest in seinen Grundformen allgemein akzeptiert ist. Ein solches System soll hier als (Stadt)Kultur verstanden werden.

Im Rahmen dieses Systems kommt dem Thema Urbanität eine besondere Bedeutung zu, denn mit Urbanität werden, wenngleich meist diffus, Vorstellungen vom "guten und schönen Leben" in der Stadt verbunden. Daß diese Vorstellungen sehr unterschiedlich sein können, macht Adrian (1974: 49) deutlich, der feststellt: "Das Leitbild, das wir von einer Stadt haben, ist eine mittelalterliche Stadt mit Fernheizung, aber ohne kirchliche und feudale Herrschaft, eine bürgerliche Repräsentationsstadt des 19. Jahrhunderts ohne Hinterhäuser, eine Stadt mit Autofahrverbot für die anderen, eine Stadt ohne Industrie, ohne Banken und Beton und ohne Büros - allerdings mit gleichmäßig hohem Einkommen für alle".

Zwar besteht ein Konsens darüber, daß alle Dimensionen von Urbanität wertvoll und erstrebenswert sind, doch die Möglichkeiten zur Durchsetzung der jeweiligen Präferenzen einzelner Gruppen der Stadtgesellschaft sind sehr unterschiedlich. Urbanität wurde deshalb bisher nur in wenigen Städten oder Teilen von Städten verwirklicht.

Im diesem Beitrag wird ausgeführt, daß die Verwirklichung von Urbanität in allen Dimensionen dringend notwendig erscheint. Der erste Teil gibt einen Abriß der Diskussion über Urbanität. Es wird gezeigt, daß sich die Vorstellungen darüber, was unter Urbanität zu verstehen ist, in den vergangenen dreißig Jahren nicht wesentlich verändert haben, und kritisiert, daß der Diskussion ihr politischer Impetus abhanden gekommen ist. Im zweiten Teil des Beitrages werden ausgewählte Probleme dargestellt, mit denen Stadt und Stadtgesellschaft gegenwärtig konfrontiert sind und die lokale Politik vor Aufgaben stellen, für deren

Lösung weder Konzepte noch Vorstellungen über Entwicklungsziele vorliegen. Im dritten Teil schließlich wird darauf hingewiesen, daß mit der "sustainable development"-Diskussion die unbedingt zu nutzende Gelegenheit besteht, lokaler Politik auf ihrer Suche nach Eckwerten und Zielsetzungen für ein Modell des sozialen Ausgleichs das Konzept Urbanität als Orientierungsrahmen zu geben.

1. Abriß der Diskussion über Urbanität

Die Beschäftigung mit dem Thema Urbanität hat in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen eine lange Tradition. Trotzdem gibt es keine allgemein akzeptierte und griffige Definition des Begriffes. Vielmehr scheinen entsprechende Bemühungen die Bedeutung von Urbanität eher zu verklären als zu erhellen. Dieser Umstand ist dadurch zu erklären, daß mit Urbanität Vorstellungen vom "guten und schönen Leben" in der Stadt verbunden werden.

Urbanität besteht in einer kleinteilig und gemischt genutzten Stadtwelt, die Räume für den nicht vorherbestimmten Gebrauch ebenso bietet wie Rückzugsmöglichkeiten, deren vielfältige Gestalt auch Vergangenheit repräsentiert und Identifikationschancen eröffnet, in der Toleranz und Aufgeschlossenheit gegenüber Menschen herrscht, unabhängig von deren Geschlecht, Alter, Ethnie und Kultur, und wo grundsätzlich die Chance zur Befriedigung der unterschiedlichsten Bedürfnisse besteht. Urbanität ist das Resultat eines sich über die Zeit entwickelnden komplexen Interdependenzgefüges aus sozialen, psychologischen, politischen, historischen, ökonomischen, ökologischen und baulich-gestalterischen Dimensionen.

Die verschiedenen Dimensionen von Urbanität und das Ziel ihrer Realisierung sind prinzipiell allgemein akzeptiert. Allerdings kann die Auffassung, welche dieser Dimensionen Priorität haben, zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen voneinander abweichen. Da die Macht zur Durchsetzung der jeweiligen Präferenzen in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sehr ungleich verteilt ist und weil die notwendigen Rahmenbedingungen letztlich durch Politik gesetzt werden, sind die Möglichkeiten zur Entstehung von Urbanität abhängig von politischer Einflußnahme. Damit ist die Beschäftigung mit dem Thema Urbanität unweigerlich immer auch Politikum.

Diskussion der 60er Jahre

Den politischen Impetus macht die in den 60er Jahren geführte Diskussion besonders deutlich. Diese Dekade war von der Auseinandersetzung mit der Entwicklung der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Städte geprägt. Unter der Notwendigkeit, die wachsende Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen einerseits, und angesichts der Verheißungen eines allgemeinen Wirtschafts- und Wohlstandswachstums wurde eine massiv kritisierte Stadtentwicklung betrieben. Mitscherlich ist der Ansicht, daß Stadtentwicklungspolitik nicht mehr gestalten, sondern bloß agglomerieren und damit die Stadt ihrer Identität berauben. Menschen seien "nicht mehr als lebendiges Individuum, sondern als wohnungsheischendes Abstraktum aufgefaßt" worden (Mitscherlich, 1965: 38). Das Auffüllen von Baulücken, die Überbauung von Grün- und Freiflächen und eine forciert betriebene Funktionstrennung reiße das Leben der Stadt auseinander und habe fatale Auswirkungen auf das Zusammenleben der Stadtbevölkerung. "Es werden durch die Defektformen der Raumplanung - sowohl in der Intimsphäre wie in den Bereichen der Öffentlichkeit - an der Sozietät nur wenig interessierte oder ihr gar feindlich gesinnte Individuen herangebildet" (Mitscherlich, 1965: 93). Mitscherlich beschränkt sich jedoch nicht auf das Attackieren der Stadtentwicklungspolitik, sondern stellt zur Gewährleistung der Entwicklung ausgleichenderer und lebenswerterer Städte auch konkrete Forderungen an die Politik. So sei es verkehrt, die bestehenden Besitzverhältnisse als liberal zu verteidigen. Um die Interessen aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigen zu können, solle zwischen Obereigentum und Untereigentum unterschieden werden. Es fehle die Einsicht, daß man "nicht nur für die Legung einer neuen Straßentrasse, sondern ebenso für die Schaffung eines Spielplatzes Boden in der Stadt enteignen kann" (Mitscherlich, 1965: 94).

Diskussion der 70er Jahre

Die 70er Jahre standen unter dem Zeichen der Kritik an der in den 60er Jahren geführten Diskussion. So zieht Linde (1970: 3477-3481) im Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung eine verbittert negative Bilanz. Urbanität sei "in den letzten Jahren zum immer häufiger gebrauchten Modewort unserer städtebaulichen und kommunalwissenschaftlichen Literatur geworden". Lindes Kritik, daß bei der Erarbeitung von Grundlagen für die Stadterneuerung die "elegische Lehrformel von der Urbanität", deren "ideologische Funktion" durchsichtig sei, wiederzubeleben versucht werde, illustriert den politischen Gehalt der Auseinandersetzung mit Urbanität. Linde vertritt die Auffassung, daß bei der Lösung städtischer Probleme die in den 60er Jahren mit Urbanität verknüpften Vorstellungen nicht berücksichtigt werden sollten, denn die "Worthülse" Urbanität sei Teil in einem "unkritisch-

romantischen Vorstellungskreis", der den Blick auf die zentralen Strukturprobleme verstelle und damit deren Lösung behindere.

Eine andere Art der Kritik wird von Friedrichs geäußert, der, im Gegensatz zu Linde, nicht politisch argumentiert, sondern sich gegen methodische Unzulänglichkeiten der Urbanitätsdiskussion der 60er Jahre richtet. Er moniert, daß es sich dabei um eine Mehrebenenanalyse handele, die einer empirischen Überprüfung nicht zugänglich sei. Deshalb erscheine es sinnvoll, sich auf wenige Merkmale zu beschränken, nämlich "heterogene Nutzungen, heterogene Personen und heterogene Aktivitäten zu vielen Tageszeiten auf engem Raum" (Friedrichs, 1983: 332). Daraus leitet Friedrichs Hypothesen ab und konstruiert zur Messung von Heterogenität - worauf er Urbanität letztlich reduziert - entsprechende Indizes. Friedrichs geht von der Annahme aus, daß sich mittels empirisch erfaßbarer Indikatoren ein Maß für Urbanität errechnen läßt (und suggeriert damit, Urbanität ließe sich planmäßig erzeugen).¹

Diskussion der 80er Jahre

Angesichts des Niedergangs altindustrialisierter Standorte, der fortschreitenden Tertiärisierung und der Internationalisierung der Wirtschaft begeben sich Städte in einen Wettbewerb um die Ansiedlung "zukunftsfähiger" Industrien und unternehmensbezogener Dienstleistungen. Stadtentwicklung wird an den Bedürfnissen der hochqualifizierten und hochbezahlten Beschäftigten der attrahierten Wirtschaftsbereiche ausgerichtet, und die Stärkung der "weichen" Standortfaktoren gilt als Mittel zum Zweck. Dabei ist häufig von Urbanität die Rede - egal ob Einkaufskomplex, Erlebnisgastronomie, postmodernes Bürogebäude oder sportliche Großveranstaltung, für alles wird Urbanität reklamiert. Im Rahmen der von Städten betriebenen Standortpolitik wird Urbanität auf ein kulturelles Anhängsel der Ökonomie reduziert, das sich unter dem Gesichtspunkt der Standortqualität für Investoren rechnet (vgl. Herterich, 1988: 161); Urbanität wird ökonomisiert und zur Legitimation einer Politik des schönen Scheins instrumentalisiert. Diese "Neue Urbanität" (Häußermann und Siebel, 1987) ist auf die Bedürfnisse der Profiteure des ökonomischen Umstrukturierungs-

¹ Diese Annahme muß jedoch in Frage gestellt werden. Denn, wie oben beschrieben, Urbanität ist das Resultat eines sich über die Zeit entwickelnden komplexen Interdependenzgefüges. Urbanität ist eine Qualität, keine Quantität, und verschließt sich deshalb im Rahmen eines pragmatischen Aufwandes der mathematisch-statistischen Erfassung. Darüber hinaus ist, abgesehen von dem generellen Problem der Operationalisierbarkeit, bei einer Beschränkung auf wenige Merkmale die Unterstellung, daß die ausgewählten Indikatoren von größerer Bedeutung sind als die nicht berücksichtigten, nicht plausibel begründbar.

prozesses hin konzipiert. Die Belange weniger durchsetzungsstarker gesellschaftlicher Gruppen, die den Inhalt zentraler Dimensionen von Urbanität bilden, finden dagegen kaum Berücksichtigung - jedenfalls solange das Ambiente der erfolgreichen Stadt nicht merklich beeinträchtigt wird und die Aufwendungen zur Deckelung der sozialen Konsequenzen der Standortpolitik die kommunalen Haushalte nicht überfordern.

Aktuelle Diskussion

Im Auftrag der Stadt Wien erstellten Häußermann und Siebel (1992) ein Gutachten, um "den sozialen und ideologischen Gehalt von "Urbanität" zu präzisieren, die verschiedenen Dimensionen des Begriffes "Urbanität" zu analysieren und daraufhin zu untersuchen, ob und wie "Urbanität" bei der Planung neuer Stadtteile umgesetzt werden kann" (Swoboda, 1992: 3). Diese Studie stellt die umfassendste und aktuellste Auseinandersetzung mit Urbanität dar. Darauf wird im folgenden näher eingegangen.

Häußermann und Siebel (1992: 7-9) leiten aus der Literatur fünf Ansätze zu einer Definition von Urbanität ab:

1. *Der sozialökologische Ansatz*
von Louis Wirth benennt Größe, Dichte und Heterogenität der Stadtbevölkerung als Voraussetzung für Urbanität.
2. *Der funktionalistische Ansatz*
rekurriert auf die Charta von Athen und stellt das Vorhandensein und die Organisation der vier städtischen Funktionen Wohnen, Freizeit, Arbeit und Verkehr in den Vordergrund.
3. *Der sozialpsychologische Ansatz*
geht auf Hans Paul Bahrdt zurück und hat das Ausmaß von Polarität und Wechselbeziehungen zwischen den Sphären Öffentlichkeit und Privatheit im Zentrum der Betrachtung.
4. *Der politische Ansatz*
nach Edgar Salin geht von der Notwendigkeit der Beteiligung der Stadtbewohner an der Regierung von Stadt und Staat für Urbanität aus.
5. *Der zivilisationsgeschichtliche Ansatz*
schließlich hat die Unabhängigkeit städtischen Lebens von Naturzwängen zum Inhalt.

Häußermann und Siebel führen aus, daß diese fünf voneinander unabhängigen Ansätze zwar jeweils notwendige Dimensionen von Urbanität benennen, ihre Addition aber dennoch

keinen hinreichenden Begriff von Urbanität ergibt. Das wird mit fünf Einwänden gegen die referierten Ansätze begründet (vgl. Häußermann und Siebel, 1992: 10-17).

Der *erste Einwand* richtet sich dagegen, daß keiner der fünf Ansätze die historische Dimension berücksichtigt. Denn zum einen seien historische Zeugnisse verschiedenster Lebensbereiche selber Elemente von Urbanität, zum anderen sei Urbanität das Ergebnis einer langen Entwicklung.

Der *zweite Einwand* kritisiert, daß die vorgestellten Ansätze drei wichtige Elemente von Urbanität unberücksichtigt lassen. Erstens fehle ein Hinweis auf den chaotischen und anarchischen Charakter von Urbanität, denn "gerade das Ungeplante, das Nicht-Gewollte, das Überraschende und Fremde sind wichtige Elemente einer urbanen Situation" (Häußermann und Siebel, 1992: 10). Zweitens werde die grundsätzliche Widersprüchlichkeit von Urbanität nicht erwähnt. Widersprüchlich seien sowohl die Interessen verschiedener sozialer Gruppen als auch die Erwartungen jedes einzelnen Stadtbewohners in sich. Drittens fehle ein emanzipatorisches Element. Denn Urbanität in der europäischen Stadt sei als dreifache, nämlich als politische, als ökonomische und als soziale Emanzipation entstanden.

Als *dritten Einwand* gegen die vorgestellten Ansätze führen Häußermann und Siebel an, daß diese sich ihrer sozialen Selektivität nicht bewußt seien. Urbanität beruhe historisch auf sozialer und geschlechtsspezifischer Segregation, "Frauen und Proleten haben keinen Teil an ihr" (Häußermann und Siebel, 1992: 13).

Argumente dafür, daß das Konzept von Urbanität historisch überholt sei, bilden den *vierten Einwand*. Erstens hätten die beiden von der europäischen Stadt hervorgebrachten Formen der Stadtkultur ihre sozialen Träger verloren: Zum einen sei die bürgerliche Urbanität mit ihrer liberalen Utopie mit der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und parlamentarischer Demokratie im Rahmen eines wohlfahrtsstaatlich gebändigten Kapitalismus realisiert worden. Zum anderen sei das proletarische Milieu mit seiner sozialistischen Utopie durch die Integration in die Wohlfahrtsgesellschaft und das praktische Scheitern sozialistischer Experimente überholt. Häußermanns und Siebels zweites Argument ist, daß die Urbanitätsvorstellung veraltet sei. Trotz der im ersten Argument dargestellten Erosion der gesellschaftlichen Basis von Urbanität betrieben die meisten Städte eine nachholende Urbanisierung in Form einer "musealisierenden Rekonstruktion vorindustrieller Stadtzentren" oder durch das

nachträgliche Einpflanzen eines Zentrums in moderne Siedlungsstrukturen. "Mehr als die kommerzialisierte Ramschversion von Urbanität (...) kann dabei nicht herauskommen. (...) Stadtkultur, die mehr sein soll als eine gehobene Sparte des Warenangebots, die den historischen Anspruch der Emazipation bewahren soll, kann sich jedenfalls nicht mehr an den überkommenen Bildern von Stadtkultur und städtischer Lebensweise orientieren" (Häußermann und Siebel, 1992: 15).

Mit dem *fünften Einwand* wird erläutert, daß Stadtkultur in Kategorien der Warengesellschaft differenziert werde und durch eine wirtschaftspolitische Indienstrafe geprägt sei. Im Rahmen demokratisch verfaßter Nationalstaaten und marktförmig organisierter Nationalökonomien habe eine wohlhabende Mittelschicht das Bürgertum ersetzt und sei nurmehr Kunde.

Die dargestellte theoretische Diskussion (sowie eine dieser angeschlossene ausführliche planungsgeschichtliche Darstellung von Urbanität, auf die hier nicht eingegangen werden soll) stimmen Häußermann und Siebel "pessimistisch hinsichtlich der Möglichkeit, Elemente von Urbanität zu bestimmen, die sowohl dem historischen Anspruch europäischer Urbanität wie den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen entsprechen und obendrein stadt-politisch im Sinne praktischer Umsetzbarkeit relevant sind". Sie konstatieren deshalb: "Das Bild von Urbanität, das wir uns herkömmlich machen, enthält rückwärts gewandte Elemente, die an der Urbanität vergangener Zustände gewonnen sind. Urbanität muß deshalb neu formuliert werden" (Häußermann & Siebel, 1992: 37).

Dieser Neuformulierung stellen Häußermann und Siebel drei "Warnungen" voran:

Erstens habe Urbanität einen utopischen Gehalt, der nur als "kritische Kategorie" zu denken sei. Daraus ließen sich zwar politische Ziele formulieren, aber mit "dem Auspinseln eines Bildes vom richtigen Leben und dem Entwurf einer Idealstadt (...) muß es endgültig vorbei sein" (Häußermann und Siebel, 1992: 37).

Zweitens müsse zwischen Grenzen der stadtpolitischen Praxis und Grenzen der Praxisrelevanz von Überlegungen zur Stadtpolitik unterschieden werden. Gedanken, die real existierende Rahmenbedingungen vernachlässigen, "sind aber notwendig, denn die Fehler und falschen Vorstellungen der Planung sind zu einem Großteil in den Rahmenbedingungen der Planung institutionalisiert" (Häußermann und Siebel, 1992: 37).

Drittens gebe es keine "Richtwerte für Urbanität". "Selbst in den Fällen, wo wir im folgenden bauliche und machbare Empfehlungen zu formulieren versuchen, dürfen sie nicht als allgemeine Norm aufgefaßt werden" (Häußermann und Siebel, 1992: 37).

Zur "Reformulierung von Urbanität" führen Häußermann und Siebel folgende "Elemente einer neuen Urbanität" auf:

1. *Soziale Chancengleichheit* im Sinne der Überwindung sozialer Ungleichheit, insbesondere auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt;
2. *Durchgesetzte Demokratie* durch Partizipation aller (auch der ausländischen) gesellschaftlichen Gruppen an politischen und planerischen Entscheidungen;
3. *Präsenz der Geschichte* durch Erhalt und Nutzung historischer Zeugnisse;
4. *Versöhnung mit der Natur* durch einen ökologischen Umbau der Stadt;
5. *Neue Einheit des Alltags* durch gesteigerte individuelle Souveränität über Zeit;
6. *Offenhalten von Widersprüchen* durch Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen;
7. *Offenheit der Planung* durch mehr Flexibilität des Gebauten, Bereitstellen von Räumen für nichtgeplante Aktivitäten, offenere Beteiligungsverfahren und maximale Revidierbarkeit des Gebauten
8. *Polyzentralität*, nicht Konzentration auf ein vorhandenes Stadtzentrum
9. *Multikulturelle Stadt* als Konglomerat verschiedener Städte innerhalb einer Stadt durch Zulassen freiwilliger sozialräumlicher Grenzziehungen
10. *Differenzierung öffentlicher und privater Räume* (vgl. Häußermann und Siebel, 1992: 38-46)

Anmerkungen zu den Überlegungen von Häußermann und Siebel

Häußermann und Siebel haben die Ergebnisse ihrer Studie in verschiedenen anderen Zusammenhängen publiziert und zur Diskussion gestellt (siehe Häußermann, 1994 sowie Siebel, 1992, 1996). Dieser Diskussion sollen zwei Anmerkungen beigetragen werden:

Die erste Anmerkung bezieht sich auf die drei "Warnungen", die Häußermann und Siebel der Ausführung ihrer "Elemente einer neuen Urbanität" voranstellen. Unstrittig dürfte sein, daß Urbanität einen utopischen Gehalt hat, der im Widerspruch zu den gegenwärtig herrschenden Bedingungen steht, aus dem sich aber, wie von Häußermann und Siebel unterstellt, politische Ziele formulieren lassen. Unklar bleibt jedoch, inwiefern es

deshalb "mit dem Auspinseln eines Bildes vom richtigen Leben und dem Entwurf einer Idealstadt (...) endgültig vorbei sein" muß. Lassen sich politische Ziele formulieren, ohne konkrete Bilder vom richtigen Leben und der Entwurf einer Idealstadt? Stehen nicht hinter politischen Zielen Bilder vom richtigen Leben und der Entwurf einer Idealstadt bzw. sind Bilder vom richtigen Leben und der Entwurf einer Idealstadt nicht das Ergebnis politischer Ziele?

Zweifelsohne bestehen Unterschiede zwischen den Grenzen der Praxis der Stadtpolitik und denen der Praxisrelevanz von Überlegungen zur Stadtpolitik. Aber implizieren die von Häußermann und Siebel als notwendig erachteten Gedanken unter Vernachlässigung existierender Rahmenbedingungen nicht Bilder vom richtigen Leben und den Entwurf einer Idealstadt? Und wenn trotz der Auffassung, daß Fehler und falsche Vorstellungen der Planung in deren Rahmenbedingungen institutionalisiert sind, Überlegungen angestellt werden, die diese Rahmenbedingungen ignorieren, statt auf deren Mangelhaftigkeit hinzuweisen, wie wahrscheinlich ist es, daß solche Überlegungen im Denken der politisch Verantwortlichen Platz greifen?

Ebenfalls dürfte Einigkeit darüber bestehen, daß der "Stein der Weisen" für das Entstehen von Urbanität noch nicht gefunden ist. Doch gibt es deswegen keine "Richtwerte für Urbanität" - Richtwerte nicht als definite Maßzahlen im Friedrichsschen Sinne? Wie ernst können "Elemente einer neuen Urbanität" genommen werden, die nicht nur nicht als ultimative Eckwerte, sondern ebenfalls nicht als allgemeine Norm verstanden werden sollen?

Die zweite Anmerkung betrifft die Notwendigkeit zur Neuformulierung von Urbanität. Die von Häußermann und Siebel dazu herangezogenen "Elemente einer neuen Urbanität" sind auch Bestandteil der früher geführten Diskussion, sozusagen der "klassischen" Urbanität.² Schon Salin war der Meinung, "es wäre auf lange hinaus richtig, das Wort "Urbanität" ganz zu vermeiden" (Salin, 1960: 24), hielt jedoch, ebenso wie Häußermann und Siebel, an den Elementen von Urbanität fest. Zwar verändern soziale, ökologische, ökonomische und politische Prozesse Städte und Stadtgesellschaft. Sind aber deshalb die mit der "klassischen" Urbanität verknüpften Vorstellungen hinfällig? Wurden nicht vielmehr die Bedingungen zu ihrer Umsetzbarkeit noch nicht geschaffen, sondern eher erschwert? Wenn dem so ist, sollte nicht auf die Schaffung der Bedingungen zur Entstehung von Urbanität hingewirkt werden, statt

² Dies soll hier nicht im einzelnen belegt werden. Es sei lediglich auf Quellen verwiesen, in denen diese Elemente diskutiert werden: Jacobs (1993), Mitscherlich (1965), Mumford (1961), Salin (1960).

das bestehende Konzept mit anderen Etiketten zu versehen, zumal wenn die Inhalte die gleichen bleiben?

Zusammenfassung und Zwischenfazit

Die dargestellte Diskussion über Urbanität zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die in den 60er Jahren geführte Auseinandersetzung mit expliziten politischen Forderungen nach einer veränderten Stadtentwicklungspolitik verbunden war. Darüber fand in den 70er Jahren eine kritische Auseinandersetzung statt. In den 80er Jahren traten politische Forderungen in den Hintergrund, Urbanität wurde ökonomisiert und, reduziert auf Äußerlichkeiten, wirtschaftspolitisch instrumentalisiert. In der gegenwärtigen Diskussion über Urbanität wird zwar wieder auf die Notwendigkeit der Behebung sozialer Schief lagen und Defizite in der Stadt hingewiesen, jedoch ohne damit konkret Forderungen an die Politik zu verbinden.

Während sich die Vorstellungen darüber, was Urbanität ausmacht und beinhaltet, seit den 60er Jahren nicht geändert haben, scheint die aktuelle Diskussion ohne die damals deutlich erhobenen Forderungen an die Politik nach der Schaffung von Voraussetzungen für Urbanität auszukommen. Offenbar wird nach wie vor Salin gefolgt, der vor nunmehr 36 Jahren die Auffassung vertrat: "Wenn man die echten, schweren Aufgaben, vor denen wir stehen, in ihrer Besonderheit erfassen will, so würde ich daher meinen, es wäre auf lange hinaus richtig, das Wort "Urbanität" ganz zu vermeiden; sonst werden Fragen wichtig genommen, die es im Augenblick und auf lange hinaus gar nicht sind, und sonst werden geistig die Zusammenhänge und die Ziele eher verfälscht als erhellt" (Salin, 1960: 24).

In Anbetracht der Probleme, mit denen Städte heute konfrontiert sind, erscheint ein solcher defensiver Standpunkt jedoch als unangemessen. Daß Städte, als Kulminationspunkte zivilisatorischer Entwicklung, einer Vielzahl von Problemen ausgesetzt sind, ist an sich kein neues Phänomen. Neu sind aber das Ausmaß und die Dynamik, mit der gegenwärtig sich vollziehende ökonomische, sozio-demographische und politische Veränderungsprozesse Städte und Stadtgesellschaft verändern. Dies stellt das politische Regulationssystem vor Aufgaben, für die es nicht nur keine Lösungen parat hat, sondern auch keine Vorstellungen darüber, wohin die Entwicklung gehen soll.

Das Konzept Urbanität kann hier Orientierung geben, denn es beinhaltet einen Katalog von Leitzielen, die in ihrem Grundsatz allgemeine Akzeptanz finden. Allerdings sind die Voraussetzungen für das Entstehen von Urbanität gegenwärtig nicht gegeben. Das soll im nächsten

Abschnitt anhand ausgewählter Aspekte von Problemen illustriert werden, denen Städte ausgesetzt sind.

2. Aspekte ausgewählter Probleme der Stadt

Die Probleme heutiger Städte sind ebenso vielfältig wie die Diskussionen darüber zahlreich, und den Status quo auch nur annähernd erschöpfend darzustellen, wäre ein nahezu unmögliches Unterfangen. Die folgende Beschreibung ist deshalb auf ausgewählte Aspekte beschränkt und prononciert.

Die Internationalisierung der Wirtschaft schreitet durch die rasante technologische Entwicklung immer schneller und weiter fort. Mittlerweile werden etwa drei Viertel des gesamten Welthandels von multinational tätigen Unternehmen abgewickelt, gut ein Drittel sind interne Umsätze dieser Konzerne. Annähernd neunzig Prozent des täglichen Devisenhandels sind losgelöst vom Gütertausch, und ein Großteil des Umsatzes, insbesondere aber der Gewinne wird nicht mehr durch die Produktion von Gütern und Dienstleistungen an "traditionellen" Standorten, sondern durch Spekulation auf internationalen Finanzmärkten erwirtschaftet. Die unter dem Stichwort Post-Fordismus seit längerem intensiv diskutierten ökonomischen Umstrukturierungsprozesse (vgl. Amin, 1994) bewirken einen umfassenden Strukturwandel der Städte (vgl. Krätke, 1991; Sassen, 1994), führen aber auch auf nationalstaatlicher Ebene zu eklatanten Problemen. Der zwischen Städten mit harten Bandagen geführte Wettbewerb um die Ansiedlung "zukunftsfähiger" Unternehmen und die heftige Debatte um die "Sicherung des Standortes Deutschland" zeugen davon.

Im Rahmen der ökonomischen Umstrukturierungsprozesse kommt es zur Schließung und Verlagerung von Unternehmen, mit der Folge stetig steigender Arbeitslosenzahlen. Dies führt zu massiven Ausfällen von Unternehmenssteuern einerseits sowie von Lohn- und Einkommenssteuern andererseits. Wegen der Erwerbsbindung unseres sozialen Sicherungssystems³ schlagen sich Arbeitsmarktprobleme direkt dort nieder - in einer Zeit stetig steigender Bedarfe nach sozialstaatlichen Transferleistungen ein verhängnisvoller Zusammenhang (vgl. Koch, 1995). Die Konsequenzen dieser Entwicklung zeigen sich be-

³ Einerseits werden deshalb Ansprüche (z.B. Arbeitslosenunterstützung, Ruhestandsgelder) jeweils entsprechend der eigenen Erwerbsbeteiligung erworben, andererseits können Sozialleistungen nur in dem Ausmaß finanziert werden wie Lohnabgaben erhoben werden.

sonders deutlich in Städten, die zum "Mülleimer" für auf nationaler Ebene nicht gelöste Probleme werden (vgl. Häußermann und Siebel, 1987: 10). Da kein Ende der ökonomischen Umstrukturierungsprozesse in Sicht und davon auszugehen ist, daß sich die Probleme auf dem Arbeitsmarkt eher noch verschärfen, ist der Kollaps des sozialen Sicherungssystems heutiger Prägung nur eine Frage der Zeit; die bisher betriebenen Kürzungen in diesem Bereich (vgl. Steffen, 1995) sind nur die Spitze des Eisberges.

Die eingeschränkten Möglichkeiten eigenständiger Existenzsicherung und Einschnitte im Sozialbereich befördern eine Ellenbogengesellschaft, in der der eigene Vorteil im Vordergrund steht und das "Gemeinwesen Stadt" der Erosion preisgegeben wird. Ein Trend, der in den erheblich deregulierten USA schnell fortschreitet (vgl. Putnam, 1995; Etzioni, 1995), sich aber deutlich auch hierzulande durchzusetzen.

Der Ausschluß von der Teilhabe an den Erträgen des Modernisierungsprozesses und die Unmöglichkeit zur Selbstbestätigung durch (bezahlte) Berufsarbeit treibt wachsende Teile der Stadtgesellschaft zum Rückzug ins Private. Die Wohnung als einziges Refugium wird zur Trutzburg, der Kontakt zur Außenwelt über elektronische Medien gehalten. Fernsehgerät und zunehmend auch Computer schaffen ein neues Sozialuniversum in Gestalt einer vermeintlich offenen Bühne. Der Rückzug in die eigenen vier Wände führt jedoch die medial vermittelte Öffentlichkeit ad absurdum. Die Verbindung zwischen dem realen Ort, der Einzigartigkeit seiner Gesichter, Gebäude, Natürlichkeit, Geschichten, Traditionen, Stimmen und Stimmungen, Gerüche und Geräusche und der grenzen- und zeitlosen Erlebniswelt des Cyberspace reißt ab. Damit schwinden ort- und zeitgebunden gemachte Erfahrungen und soziale Verdichtungsmöglichkeiten, die virtual reality nimmt Rückzugschancen und produziert schutz- und heimatlose Gegenwartswesen.

Durch sich im Rahmen der ökonomischen Umstrukturierungsprozesse durchsetzende Arten der Nutzung und Gestaltung städtischer Räume wird Heimatlosigkeit aber auch außerhalb der eigenen vier Wände systematisch erzeugt. Denn Orte, stets verknüpft mit einer in Zeit und Raum lokalisierten Kultur, werden zunehmend durch Nicht-Orte ersetzt (vgl. Augé, 1994). Nicht-Orte, definiert durch codifizierte Ideogramme, besitzen keine Identität, lassen sich weder als relational noch als historisch bezeichnen, und die dort gegebenen Informationen sind unterschiedslos an jeden beliebigen Menschen gerichtet. Nicht-Orte bilden somit eine Welt, in der Menschen austauschbar sind, wo ihre Identität keine Rolle spielt, sie ihrer sogar beraubt werden.

Zusammenfassung und Zwischenfazit

Vor dem Hintergrund der angerissenen Prozesse wird deutlich, daß zur Entfaltung der von Häußermann und Siebel aufgeführten Dimensionen von Urbanität wenig Chance besteht. Die ökonomischen Umstrukturierungsprozesse und der von Städten geführte Wettbewerb um die Ansiedlung von high tech-Industrien und Dienstleistungsunternehmen produzieren strukturelle Arbeitslosigkeit. Die betriebene Standortpolitik wird an den Bedürfnissen der attrahierten Unternehmen und ihrer hochqualifizierten und -bezahlten Beschäftigten ausgerichtet. Innenstadtnahe Wohngebiete werden aufgewertet, und die Kräfte sind auf die Steigerung der Attraktivität des Stadtzentrums durch post-moderne Bürokomplexe und Einkaufspassagen konzentriert, öffentlicher Raum wird privatisiert und von Nicht-Orten besetzt, verbliebene Frei- und Grünflächen werden im Zweifel den Expansionsbedarfen der Wirtschaft geopfert. Diese Entwicklungen schließen Teile der Stadtgesellschaft zunehmend von der Teilhabe aus. Für sie besteht weder auf dem Arbeits- noch auf dem Wohnungsmarkt Chancengleichheit. Sie werden in periphere Gebiete verdrängt und im Rahmen wachsender Bedarfe nach sozialstaatlicher Unterstützung zum Problem für die lokalen Haushalte. Für den forcierten Strukturwandel der Städte sind die Interessen dieser Menschen ohne Bedeutung, auf ihre Mitbestimmung wird kein Wert gelegt. Ihnen bleibt der Rückzug in die eigenen vier Wände. Solidarität geht verloren, es herrschen Vorteilsnahme und Mißgunst.

Einige der dargestellten Entwicklungen lassen sich von der lokalen Ebene aus nur eingeschränkt direkt beeinflussen. Sie werden, wenn überhaupt, auf nationaler oder supra-nationaler Ebene reguliert. Vor diesem Hintergrund konstatieren Häußermann und Siebel (1987: 10): "Was städtische Politik heute und in Zukunft noch als ihren spezifischen und eigenen Gegenstand hat, ist die Organisation des alltäglichen Lebens ihrer Bewohner zwischen Arbeit, Freizeit, Erholung und Verkehr. Stadtpolitik ist Gestaltung des Alltagslebens von Menschen. Dazu bedarf es einer Vorstellung von städtischem Leben, einer Reformulierung von Urbanität. Ohne ein grundlegend gewandeltes Bild vom städtischen Leben, so die These, werden die Probleme der Städte und der Menschen in den Städten sich nicht lösen lassen".

Die der Stadt zufallenden Aufgaben sind schwierig, und sicher bedarf es zu ihrer Lösung einer Vorstellung darüber, nach welchen Maximen das Alltagsleben der StadtbewohnerInnen organisiert und gestaltet werden soll. Aber, so die hier vertretene Gegenthese, dazu bedarf es nicht "einer Reformulierung von Urbanität". Denn besteht nicht die Gefahr, daß "ein

grundlegend gewandeltes Bild vom städtischen Leben" den grundsätzlichen Konsens, daß die seit langem diskutierten Dimensionen von Urbanität erstrebenswert sind, in Frage stellt? Läßt "ein grundlegend gewandeltes Bild vom städtischen Leben" nicht auch die Interpretation zu, die Probleme der Städte und der Menschen in den Städten ließen sich auch ohne ein Streben nach der Verwirklichung von Urbanität lösen?

Angesichts der "echten, schweren Aufgaben, vor denen wir stehen", scheint es vielmehr an der Zeit zu sein, Urbanität nicht nur zu diskutieren, sondern die Schaffung von Voraussetzungen für ihr Entstehen offensiv einzufordern. Daß die Gelegenheit dazu besteht, wird abschließend ausgeführt.

3. Urbanität als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Wie oben dargestellt, stellen die Auswirkungen der tiefgreifenden Veränderungsprozesse auf Städte und Stadtgesellschaft lokale Politik vor eine schwierige Aufgabe. Sie muß Lösungen für die Regulation der Folgen dieser Prozesse finden, um einem weiteren Zerfall von Stadt und Stadtgesellschaft entgegenzuwirken. Dazu fehlt es dem lokalen Regulationsregime nicht nur an ausgereiften und konsensfähigen Konzepten, sondern es mangelt auch an Vorstellungen über Leitziele, an denen sich die zukünftige Entwicklung ausrichten soll.

Die desintegrierenden und polarisierenden Konsequenzen ökonomischer, sozio-demographischer und politischer Umstrukturierungsprozesse werden überlagert von der fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Erkenntnis, daß dieses ökologische Dilemma aus der bislang praktizierten Lebens- und Wirtschaftsweise resultiert, hat sich mittlerweile ebenso durchgesetzt wie die Einsicht, daß ein Umdenken erforderlich ist. Die neue Maxime lautet "sustainable development", ein Begriff, der mit der Vorlage des Brundtland-Berichtes der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung im Jahr 1987 geprägt wurde und den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen beinhaltet, der die Lebensgrundlagen künftiger Generationen nicht zerstört. Um der fortschreitenden Umweltzerstörung entgegenzuwirken, wurde nicht nur auf nationaler Ebene damit begonnen, entsprechende gesetzliche Regelungen zu erlassen, mit dem Schlußdokument des Weltgipfels von Rio de Janeiro in 1992, der Agenda 21, wurde "sustainable development" auch auf internationaler Ebene zum Entwicklungsziel erklärt.

In Kapitel 28 der Agenda 21 wird auf die Bedeutung der lokalen Ebene bei der Verwirklichung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung hingewiesen, denn "Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur (...). Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige und umweltverträgliche Entwicklung" (vgl. Deutscher Städtetag, 1995: 72). Um dieses Mandat zu erfüllen, wurden konkrete Initiativen ins Leben gerufen, unter anderem die "Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbständigkeit" (Charta von Aalborg), in der sich die Unterzeichnerkommunen zur Erarbeitung einer "Lokalen Agenda 21" verpflichten.

Bei der Erarbeitung dieser Lokalen Agenda 21 wurde erkannt, daß insbesondere die sozialen Dimensionen eines sustainable development bislang ungenügend berücksichtigt wurden, aber auch, daß die Festlegung konkreter Ziele für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung gerade in diesem Bereich schwierig ist. "Nicht nur die sozialen Konsequenzen einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und die Frage, wie sie gesteuert werden können, sind bisher kaum diskutiert, sondern es fehlt auch an Eckwerten bzw. Zielsetzungen für ein Modell sozialer Sicherung und sozialen Ausgleichs" (FHH, 1996: 69).

Dieser Orientierungslosigkeit kann das Konzept Urbanität Abhilfe schaffen. Denn es beinhaltet einen Katalog von Leitzielen des sozialen Ausgleichs, die für ein Modell sozialer Sicherung essentiell sind. Eine Stadt, die ihren BewohnerInnen gleiche Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt einräumt, die Mitbestimmung an politischen Entscheidungen zuläßt, in der Geschichte präsent ist und Orientierung gibt, in der nicht Raubbau an natürlichen Ressourcen betrieben wird, die widersprüchliche Ansprüche und Bedürfnisse zu erfüllen sucht, in der Toleranz gegenüber anderen Kultur herrscht, die private Rückzugsmöglichkeiten ebenso bietet wie öffentliche Freiräume, die Kräfte nicht ausschließlich auf die Entwicklung der "ersten Stadt" konzentriert und in der die Vorstellungen der BewohnerInnen aktiv in die Stadtentwicklungsplanung einbezogen werden, schafft die Voraussetzungen für Urbanität und damit auch für "sustainable development". Die Vermittlung dieses Zusammenhanges sollte die Motivation zur Auseinandersetzung mit Urbanität sein. Und das ist nicht möglich, ohne deutlich politische Forderungen zu erheben.

Literatur

- Adrian, Hanns, 1974: Anmerkungen zur Gestalt unserer Städte. In: Archiv für Sozialwissenschaften, 13. Jg. 2. Halbjahresband 1986. Stuttgart: Kohlhammer: 240-250
- Amin, Ash (ed.), 1994: Post-Fordism. A Reader. Oxford (UK), Cambridge (USA): Blackwell
- Augé, Marc, 1994: Orte und Nicht-Orte. Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit. Frankfurt a.M.: Fischer
- Deutscher Städtetag, 1995: Städte für eine umweltgerechte Entwicklung. Materialien für eine "Lokale Agenda 21". DST-Beiträge zur Stadtentwicklung und zum Umweltschutz, Reihe E, Heft 24. Köln
- Etzioni, Amitai, 1995: Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus. Stuttgart: Schäffer-Poeschel
- Freie und Hansestadt Hamburg (FHH), Senatskanzlei - Planungsstab, 1996: Sustainable City. Zum Prinzip der Nachhaltigkeit in Hamburg. Hamburg
- Friedrichs, Jürgen, 1983: Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, 3. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Häußermann, Hartmut, 1994: Urbanität. In: Brandner, Birgit, Kurt Luger, Ingo Mörth (Hg.), 1994: Kulturerlebnis Stadt. Theoretische und praktische Aspekte der Stadtkultur. Wien: Picus: 67-80
- Häußermann, Hartmut, Walter Siebel, 1992: Urbanität. In: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 (Hg.), 1992: Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung, Stadtgestaltung, Band 37: Wien: 6-49
- Häußermann, Hartmut, Walter Siebel, 1987: Neue Urbanität. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Herterich, Frank, 1988: Urbanität - Stadtstyling oder Kultur des Widerspruchs? In: Hauff, Volker (Hg.), 1988: Stadt und Lebensstil. Weinheim, Basel: Beltz: 147-170
- Jacobs, Jane, 1993: Tod und Leben großer amerikanischer Städte, 3. Aufl. Bauwelt-Fundamente 4. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg
- Koch, Claus, 1995: Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft. München, Wien: Carl Hanser
- Krätke, Stefan, 1991: Strukturwandel der Städte. Städtensystem und Grundstücksmarkt in der »postfordistischen« Ära. Frankfurt a.M., New York: Campus
- Linde, Hans, 1970: Urbanität. In: ARL (Hg.): Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hannover: Gebrüder Jänecke Verlag, 2. Aufl.: 3477-3481
- Mitscherlich, Alexander, 1965: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Mumford, Lewis, 1961: Die Stadt. Geschichte und Ausblick. Köln, Berlin: Kiepenheuer & Witsch
- Putnam, Robert D., 1995: Bowling alone: America's declining social capital. In: Journal of Democracy, Vol. 6, No. 1: 65-78
- Salin, Edgar, 1960: Urbanität. In: Deutscher Städtetag (Hg.), 1960: Erneuerung unserer Städte. Referate, Aussprachen und Ergebnisse der Augsburger Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 1960. Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Heft 6: 9-34
- Sassen, Saskia, 1994: Cities in a world economy. Thousand Oaks: Pine Forge Press
- Siebel, Walter, 1996: Was macht eine Stadt urban? In: Röller, Dirk (Hg.), 1996: Stadt und Mensch. Zwischen Chaos und Ordnung. Frankfurt a.M.: Peter Lang: 63-74
- Siebel, Walter, 1992: Was macht eine Stadt urban? Definitionen, Einwände und Widersprüche. In: Einblicke Nr. 16. Oldenburg: Universität Oldenburg: 16-21
- Steffen, Johannes, 1995: Die wesentlichen Änderungen in den Bereichen Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Krankenversicherung und Sozialhilfe (HLU) in den vergangenen Jahren. Ms. Bremen: Arbeiterkammer Bremen
- Swoboda, Hannes, 1992: Urbanität in neuen Stadtteilen... In: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 (Hg.), 1992: Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung, Stadtgestaltung, Band 37: Wien: 3-4

Johannes Boettner/Katja Rempel

Die Arena in der Arena - lokale und überregionale Öffentlichkeit am Beispiel der europäischen Kulturstadt Weimar 1999

1. Einleitung

1999 wird sich die thüringische Kleinstadt Weimar "europäische Kulturstadt" nennen dürfen. Für Weimar - mit 60000 Einwohnern die bei weitem kleinste Stadt, die sich jemals erfolgreich um den Titel beworben hat - ist das Projekt "europäische Kulturstadt 1999" ungefähr das, was für die Großstadt Hannover die Expo 2000 ist: eines jener Megaereignisse, die in der Stadtsoziologie vor einigen Jahren unter dem Titel "Festivalisierung der Stadtpolitik" diskutiert wurden. (Häußermann/Siebel 1993). Die Inszenierung von Großereignissen erschien in dieser Diskussion als eine Reaktion der Stadtpolitik auf die sich dramatisch verengenden intrakommunalen Handlungsspielräume einerseits und auf die verschärfte interkommunale Standortkonkurrenz in einer globalisierten Welt andererseits.

Freilich muß, was in einer Stadt veranstaltet wird, nicht allein schon seiner Plazierung wegen eine *städtische* Veranstaltung sein. Vor allem Klaus Selle hat diesen Gesichtspunkt ins Spiel gebracht und mit Blick auf die Vorbereitung der Expo 2000 in Hannover grundsätzlich bestritten, daß es hier zu irgendeinem Zeitpunkt überhaupt vorrangig um Stadtpolitik gegangen sei. Die Expo sei eine Veranstaltung der Messe AG und übergeordneter politischer Einheiten und die Stadt lediglich der "Austragungsort" des Großereignisses (Selle 1994, S. 25). Stadtpolitische Gesichtspunkte hätten weder bei Initiierung, noch bei der bisherigen Vorbereitung der Expo im Vordergrund gestanden. Eine Analyse, die die Inszenierung von Großereignissen als ein "Instrument der Stadtpolitik" betrachte, gehe daher von vornherein von falschen Voraussetzungen aus (Selle 1993, 1994).

Die Aussage ist eindeutig und - wenn man sie auf die Weimarer Verhältnisse überträgt, schon etwas zu eindeutig. Denn anders als in Hannover ging es in Weimar zunächst durchaus um Stadtpolitik. Die Bewerbung ging von stadtpolitischen Akteuren aus, und der damals noch amtierende Oberbürgermeister Dr. Büttner unternahm erhebliche Anstrengungen, ihr zum Erfolg zu verhelfen. Zwar gab es in der lokalen Öffentlichkeit vereinzelt auch kritische Stimmen, die meisten, die sich damals zu dem Thema öffentlich äußerten, sprachen jedoch von einer großen, ja einzigartigen Chance für Weimar.

Trotzdem ist eine gewisse Skepsis gegenüber dem stadtpolitischen Interpretationsrahmen ist auch im Falle Weimar angebracht, denn die Lage hat sich im Laufe der letzten beiden Jahre grundlegend verändert. Die Rolle des Veranstalters hat inzwischen nicht nur formell das Land Thüringen übernommen, und fast alle, die, etwa im Rahmen der unlängst gegründeten Kulturstadt GmbH, an der Vorbereitung des Großereignisses (noch) maßgeblich beteiligt sind, geben mehr oder minder augenzwinkernd zu verstehen, daß "Weimar '99" - soll die Sache ein Erfolg werden - unbedingt an den gewählten Organen und den politischen Exponenten der Stadt vorbei realisiert werden muß. Mithin droht auch Weimar 1999 zum "Austragungsort" eines Großereignisses zu werden, das sich an allen möglichen, bloß nicht an stadtpolitischen Gesichtspunkten orientiert. Wenn man die bisherige Vorgeschichte des Ereignisses "Weimar '99" in einem einzigen Trend zusammenfassen will, dann ist dieser Trend der Bedeutungsverlust stadtzentrierter Positionen.

Freilich geht die Geschichte noch weiter, und wichtiger als der bisherige Trend selbst ist die Frage, wie wir ihn deuten und welche über das Einzelbeispiel Weimar hinausgehenden Schlüsse wir aus ihm ziehen wollen. Wir werden dazu im folgenden einige theoretische und empirische Anhaltspunkte geben. Unser Arbeitszusammenhang ist ein Forschungsprojekt, das die Vorbereitungen zu "Weimar 99" unter öffentlichkeitssoziologischen Gesichtspunkten begleitet. Das Projekt ist explorativ angelegt. Exploriert werden die Interferenzen, die sich im Kampf um öffentliche Anerkennung aus der Überlagerung und punktuellen Berührung divergierender Arenen des öffentlichen Lebens ergeben.

Was den theoretischen Teil betrifft, so schlagen wir vor, Großereignisse im Rahmen einer Theorie des öffentlichen Lebens zu behandeln, die die räumliche Dimension integriert, gleichzeitig aber auch der Bedeutung raumüberwindender Kommunikationsmedien Rechnung trägt. Hierzu finden sich sowohl in der Stadt- als auch in der Medienforschung Bezüge, die jedoch von den betreffenden Autoren gewöhnlich nicht mit einander verknüpft werden. Dazu werden wir im ersten Teil unseres Beitrags einige Vorschläge machen.

Im zweiten Teil geben wir einen Überblick über das durch die Projektierung von Weimar '99 ausgelöste Geschehen, wobei wir v.a. auf Veränderungen in der Akteurskonstellation und die damit einhergehenden Thematisierungsverläufe und -abbrüche abstellen. Als Informationsbasis dienen Berichte in den lokalen und überregionalen Medien, Konzeptentwürfe und andere Arbeitspapiere sowie die Protokolle von 46 Leitfadeninterviews mit Personen, die in der bisherigen Geschichte von "Weimar '99" eine aktive Rolle gespielt (bzw. zu spielen versucht) haben. (Anmerk. Auswahl)

2. Theoriebausteine

Der Basisbegriff: Öffentlichkeit

Aufgrund seiner bewegten Geschichte, ist der Begriff "Öffentlichkeit" reich an Bedeutung, teils normativer, teils deskriptiver Art.¹ Den normativen Aspekt zunächst ausblendend, könnte man es sich einfach machen und sagen: Öffentlich ist das, was vor den "Augen der Allgemeinheit" geschieht und wovon fraglos ist, *daß es geschieht*, mögen die Ansichten darüber, wie es dazu kam, was davon zu halten und wie es zu bewerten ist, auch auseinandergehen. Oder wir blendend den normativen Aspekt wieder ein und sagen: Öffentlich ist das, was, ohne Mißbilligung hervorzurufen, vor den Augen der Allgemeinheit geschehen *kann*. Das wäre ungefähr die Position von Noelle-Neumann (1982/91). Oder wir gehen noch einen Schritt weiter und werden selbst normativ, indem wir sagen: Öffentlich ist das, was vor den Augen der Allgemeinheit geschehen *sollte*, weil es das allgemeine Interesse berührt.²

Leider ist der Terminus "allgemein", um den diese Konzepte kreisen, nicht nur ziemlich abstrakt, was für empirische Forschungen kein Nachteil wäre, sondern auch wenig operational. Wie sichtbar muß in einer Weltgesellschaft etwas sein, damit die Sichtbarkeit das Prädikat "allgemein" verdient? Es gibt eine Alternative, und die besteht darin, den Öffentlichkeitsbegriff durch das, was er ausschließt, zu bestimmen. Privatheit und Intimität sind hier die üblichen Gegenbegriffe. Die so erreichte Präzisierung hat allerdings den Nachteil, daß sie mit dem tatsächlichen Verhalten der Menschen kollidiert. Wie soll man darüber hinwegsehen, daß zahlreiche Menschen keinerlei Skrupel zu haben scheinen, ihre intimsten Probleme vor dem Millionenpublikum einer Talk-Show auszubreiten? Offenbar haben sich, wie so vieles, auch die Vorstellungen darüber, was sich in der Öffentlichkeit "gehört" und was nicht, im Laufe unseres Jahrhunderts verändert und pluralisiert.

Aber auch diejenigen, die dem hergebrachten Dualismus treu bleiben und "TV-Seelenstrip-tease" daher als eine Verfallserscheinung empfinden, halten gewöhnlich daran fest, daß eine Talk-Show eine öffentliche Situation ist. Sie verwenden den Begriff "öffentlich" somit doppelsinnig: einmal als Gegenbegriff zu "intim", "persönlich", "privat" und gleichzeitig, frei von allen inhaltlichen Festlegungen, zur formalen Charakterisierung der Situation. Im Hinblick auf diese

¹Das Interesse am Themenkreis "Öffentlichkeit" und "Öffentliche Meinung" scheint in der deutschen Soziologie gegenwärtig wieder zuzunehmen (vgl. v.a. die Beiträge in Neidhardt 1994). Die Diskussion bewegt sich allerdings weitgehend in den von Habermas (1962) und Luhmann (1990) vorgezeichneten Bahnen. Dabei werden die Möglichkeiten, die der interaktionistisch-dramaturgische Ansatz Goffmans (1963) bietet, m.E. geradezu sträflich vernachlässigt.

²Zum normativ-politischen Öffentlichkeitsbegriff vgl. Peters (1994)

zweite Ebene, ohne die eine empirische Öffentlichkeitsforschung schlecht möglich ist, wurde vorgeschlagen, "Öffentlichkeit" als Komplementärbegriff zu "Geheimnis", bzw. "Heimlichkeit" einzusetzen (Westerbarkey 1991). Ich will den Vorschlag aufgreifen, ziehe es aber vor, statt von "Heimlichkeit" von "Diskretion" zu sprechen. Der Ansatz weist in eine interaktionistische Richtung. Wir wollen sehen, wie weit wir damit kommen.

"Diskretion" impliziert die Vorstellung, daß ein möglicher Informationsfluß unterbleibt. Im Näheren kann der Begriff dann zweierlei bedeuten. Zum einen meint Diskretion eine Selbstbegrenzung bei der Informationsbeschaffung: Um einen anderen Menschen nicht in Verlegenheit zu bringen, werden bestimmte Fragen gar nicht erst gestellt, bestimmte Beobachtungen von vornherein vermieden. Von dieser die Informationsbeschaffung betreffenden Seite her rollt Simmel (1993) in seiner *Psychologie der Diskretion* das Thema auf. Daneben sprechen wir von Diskretion aber auch in einem die Informationsweitergabe betreffenden Sinne. In dieser zweiten Auslegung, bei der wir im folgenden bleiben wollen, meint Diskretion nicht die Vermeidung von Beobachtung und Kommunikation, sondern deren Begrenzung auf einen bestimmten Personenkreis. Eine dauerhafte Verpflichtung zur Diskretion ergibt sich erfahrungsgemäß aus der Mitgliedschaft in Organisationen, wenn auch in unterschiedlichen Graden, je nachdem ob die Betroffenen zum "inner circle" oder zur Peripherie der Organisation gehören. Die Diskretion kann einen rechtsförmigen oder rein informellen Charakter haben, sie kann durch einfache Verhaltensmodulation (das Senken der Stimme) oder durch aufwendige soziale, technische und räumliche Vorkehrungen sichergestellt werden. Kurzum, es gibt eine breite Palette von *Diskretionstechniken*, deren Einsatz sich auf alles und natürlich auch - nach wie vor - auf den Schutz der häuslichen Privatsphäre konzentrieren kann.

Dies vorausgesetzt, können wir den Öffentlichkeitsbegriff wie folgt präzisieren: Öffentlich ist eine Situation, wenn und insofern die Akteure mit der Aufmerksamkeit von solchen Beobachtern rechnen müssen, die nicht zur Diskretion verpflichtet sind, bzw. von denen Diskretion nicht erwartet werden kann. Allerdings wird nicht alles, was in einer solchen Situation geschieht, zu einem "öffentlichen Ereignis". Es muß auch tatsächlich bemerkt, als bemerkenswert eingestuft und kommuniziert werden. Mittel, die eingesetzt werden, um diesen Prozeß zu forcieren, sind *Publikationstechniken*: das Geschrei, das die Teilnehmer einer Straßendemonstration veranstalten; die Transparente und Plakate, die sie hochhalten; die Reden ihrer Anführer; die Presseerklärung der angegriffenen Firma; die öffentliche Selbstentblößung der Opfer in RTL und vieles andere mehr. Den gebündelten und über einen bestimmten Zeitraum hinweg vorausgeplanten Einsatz von Publikationstechniken bezeichnet man als "Kampagne". Das Pendant dazu im Reich der Diskretion heißt "Intrige" (Greven 1995, S.42).

Eine recht perfide Form der Publikationstechnik ist die Geheimnistuerei: der demonstrative Einsatz von Diskretionstechniken mit dem Ziel, den Akt der Diskretion zu einem öffentlichen Ereignis zu machen. Etwas anderes, nämlich kein Sonderfall, sondern die Regel, ist die Kombination von Diskretion und Publikation im öffentlichen Verhalten von Individuen, aber auch in der Öffentlichkeitsarbeit von Organisationen. Weder den individuellen noch den kollektiven Akteuren des öffentlichen Lebens geht es gewöhnlich um eine Mobilisierung von öffentlicher Aufmerksamkeit um jeden Preis; sie wollen Anerkennung für sich und ihre Sache (sofern sie eine haben), und das bedeutet: Je erfolgreicher sie Publikationstechniken einsetzen, desto mehr müssen sie gleichzeitig auch für Diskretion Sorge tragen.

Die Stadt als Öffentlichkeitsarena

In vormodernen Gesellschaften halten sich die Publikationsmöglichkeiten und Diskretionsnotwendigkeiten weitgehend in den Grenzen der Fußläufigkeit, und so fällt der Stadt, öffentlichkeitssoziologisch betrachtet, hier eine herausgehobene Rolle zu.

Wer über einen belebten Marktplatz flaniert, begibt sich in eine öffentliche Situation und wird sich dementsprechend verhalten. Er muß mit Beobachtern rechnen, von denen er Diskretion nicht erwarten kann - allerdings auch nicht zu erwarten braucht, solange er sich einigermaßen unauffällig verhält. Nicht jeder verhält sich unauffällig, und so kann sich die Lage schlagartig ändern: Zwei Leute geraten in Streit, sie werden laut, womöglich handgreiflich, die Passanten bleiben stehen, es bildet sich ein Kreis, die Akteure in der Mitte. Die öffentliche Situation verdichtet sich spontan zu einer Arenasituation, die aus dem Geschehen ein "öffentliches Ereignis" macht, wie auch umgekehrt bestimmte Aspekte des Geschehens (z.B. der Ton und die Lautstärke der Auseinandersetzung) die Verwandlung der Situation in eine Arenasituation forcieren. Die gewollte oder ungewollte Verwandlung der Situation in eine Arenasituation ist vollzogen, wenn sich zwei klar unterscheidbare Lager gebildet haben: das Publikum und die Akteure. Aus dieser Konstellation ergibt sich eine doppelbödig Interaktion zwischen den Akteuren einerseits und den Akteuren und dem Publikum andererseits; die Akteure wissen, daß sie beobachtet werden, und das Publikum weiß, daß die Akteure das wissen. Die Interaktion mit dem Publikum überformt die Interaktion zwischen den Akteuren. Diese Überformung dürfte vergleichsweise unbedeutend sein, wenn die Arenasituation eine kurze und isolierte Episode bleibt. Dann ebbt die Aufregung bald wieder ab, die Akteur-Publikum-Konstellation löst sich auf und niemand erwartet im Ernst eine "Fortsetzung folgt". So ist es oft, aber nicht immer. Nehmen wir an, die eben erwähnten Streithähne seien stadtbekannte Honoratioren. In diesem Fall hat das Ereignis "Schlägerei auf offener Straße" gute Aussichten, größere Kreise zu ziehen und in den Olymp der allgemein beachteten "Stadtereignisse" aufzusteigen. Die Akteure

müssen dann mit der ganzen Stadt als Publikum rechnen - ein Publikum, für das die Akteure keine Unbekannten mehr sind und das deren skandalösen Auftritt daher mit anderen "Stadtereignissen" in Zusammenhang bringt. Die eingespielte, auf Dauer gestellte Akteure-Publikum-Konstellation schafft eine gesamtstädtische Sphäre öffentlicher Aktualität. Im Hinblick auf diese Sphäre kann man sagen, daß die Stadt insgesamt den Charakter einer *Öffentlichkeitsarena* annimmt. Von einer Öffentlichkeitsarena sprechen wir also, wenn partiell identische Ensembles von Akteuren anlässlich wechselnder Ereignisse vor partiell identischen Publika in Erscheinung treten, so daß die Ereignisse episch an einander anschließen und die Akteure einen Prozeß der Prominenzierung durchlaufen können.

Statt mit einer Arena hat man die Stadt oft mit einer Bühne, bzw. einem Theater verglichen.³ Obwohl Schauspielerei und Kostümierung, eine gewisse Theatralik, zum öffentlichen Leben gehören, hat die Arena-Metapher hier aber einen entscheidenden Vorzug: Alles, was in einer Arena geschieht, geschieht wirklich. Die Helden des öffentlichen Lebens sind keine von Schauspielern verkörperte Bühnenfiguren, die anzufeuern oder auszubuhnen ziemlich albern wäre. Ob sie "schöne Seelen" oder Verstellungskünstler sind, ob sie ihr "wahres Gesicht" zeigen oder verbergen, sie treten als diejenigen vors Publikum, die sie sind, und darum ist ihr Verhalten von der Stimmung im Publikum nicht unabhängig. Akteure und Publikum spielen ihren Part in einem Drama, das zwar expressiv ist, aber nicht "aufgeführt" sondern "ausgetragen" wird und von dem, während es läuft, niemand sicher wissen kann, wie es weitergehen wird. Geschichten brechen ab oder gehen weiter, und jede Fortsetzung verändert den Sinn der Geschichte im Ganzen.

³Siehe. hierzu vor allem Sennett 1983, S.84ff.

Wie der Arenabegriff so ist auch der Begriff "Drama" mit Bedacht gewählt. Er steht im Gegensatz zu "Ritual". Zwar kennt das öffentliche Leben der Stadt auch das Moment des Rituals, die Vorhersehbarkeit des Ritualen ist hier aber gebrochen, weil die Stadt eine Art "Gravitationszentrum" der Gesellschaft ist: der Punkt der Gleichzeitigkeit. Die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Akteure und Milieus, unterschiedlicher Aktivitäten, Interessen, Loyalitäts- und Zugehörigkeitsbeziehungen auf engstem Raum, verwandelt Eigenheiten in Differenzen, die, indem sie öffentlich behauptet, dargestellt und ausgetragen werden, dem öffentlichen Leben das zu einem Drama nötige Quentchen Ungewißheit und Offenheit beimischen. Darin und in der Geschicklichkeit, mit der die Bewohner einer Stadt Diskretions- und Publikationstechniken einzusetzen verstehen, um sich und ihre Sache (so sie eine haben) in diesem Drama zur Geltung zu bringen, zeigt sich die Urbanität einer Stadt u.E. mehr als in ihrer baulichen Gestalt.

Lange Zeit war die Stadt nicht irgendeine, sondern *die* Öffentlichkeitsarena. Hier mußte sich zeigen und behaupten, wer im Kampf um Anerkennung erfolgreich sein wollte. Das ist nicht mehr so eindeutig, seitdem die hergebrachte Topographie des öffentlichen Lebens in den Kommunikationsräumen "untergegangen" ist, die das moderne Mediensystem entstehen läßt. Lokale Öffentlichkeitsarenen verschwinden zwar nicht, aber sie werden von translokalen Arenen überlagert und vielleicht auch peripherisiert. Das öffentliche Leben spaltet sich auf in (sowohl aus der Akteurs- als auch aus der Publikumsperspektive) unterscheidbare Sphären öffentlicher Aktualität, die in den topographischen Raum eingebunden sein können, aber nicht müssen und es in einer expandierenden und sich gleichzeitig verdichtenden Medienlandschaft auch nur noch im Sonderfall sind. Die Skandale, über die mich die Klatschbase von nebenan auf dem Laufenden hält, gehören in eine bestimmte Sphäre öffentlicher Aktualität, die Nachrichten der Tagesschau in eine andere. In beiden Fällen gehöre ich zum Publikum und teile diese Eigenschaft mit anderen Menschen, deren Zahl im ersten Fall allerdings deutlich kleiner ist als im zweiten. Öffentlichkeitsarenen reproduzieren sich heute auch und vor allem über Massenmedien.

Über Medien hergestellte Öffentlichkeitsarenen haben ihre Eigenarten. Die wichtigste besteht darin, daß die Akteure nicht direkt vors Publikum treten und vom Publikum somit auch kein direktes Feedback erhalten. Aus der Arena-Perspektive fällt der Mediendarstellung damit eine doppelte Funktion zu: Die Medien informieren das Publikum nicht nur über die Akteure (mehr oder weniger in deren Sinne), sondern den Akteuren gegenüber repräsentieren sie das Publikum auch. Für die Akteure sind die Medien ein Mittel der Publikation und der Evaluation. Aus der Mediendarstellung, bzw. den darin enthaltenen Kommentierungen, Bewertungen, Attributierungen, erfahren sie, wie sie und ihre Sache beim Publikum ankommen; sie erfahren es in einer, verglichen mit dem Feedback eines lokalen Publikums, schonungslosen Form, da sich das

Medien-Feedback an das allgemeine Medienpublikum und nicht, jedenfalls nicht primär, an die medial Dargestellten richtet (was im Einzelfall, etwa bei sehr wichtigen Prominenten natürlich vorkommen kann). Gleiches gilt für Organisationen, Bevölkerungsgruppen und, was im unseinem Zusammenhang besonders wichtig ist, es gilt auch für ganze Städte, wenn diese als kollektive Einheiten dargestellt und bewertet werden.

Die wichtige Rolle, die den Medien heute zukommt, rechtfertigt es allerdings noch nicht, im Singular von *der* Medienarena zu sprechen, wie dies von einigen Autoren vorgeschlagen wurde.⁴ Selbst lokale Öffentlichkeit ist heute auf Massenmedien angewiesen und bleibt doch trotzdem eine eigenständige Arena mit ihren speziellen "Geschichten" und einer Prominenz, von der man andernorts noch nie etwas gehört hat. Und auch auf der überregionalen Ebene verfügt zum Beispiel die nationale/internationale Kunstszene über eine durchaus eigensinnige Sphäre öffentlicher Aktualität, die sich nicht über *die* überregionalen Medien, sondern ein sehr begrenztes Segment davon reproduziert. Wir haben es heute mit einer Mehrzahl von Öffentlichkeitsarenen zu tun, die sich sowohl in vertikaler Richtung hinsichtlich ihrer Reichweite als auch in horizontaler Richtung, insofern sie auf bestimmte "Szenen" beschränkt bleiben, unterscheiden.

Die Inszenierung eines Großereignisses als Provokation einer Mehr-Arenen-Situation

Die Pluralität von Öffentlichkeitsarenen schließt die Möglichkeit ein, daß Ereignisse und Akteure in verschiedenen Sphären öffentlicher Aktualität gleichzeitig vorkommen. Mit der Inszenierung eines Großereignisses wird eine solche Mehr-Arenen-Situation provoziert. Denn wirklich "groß" ist ein Ereignis nur, wenn es unterschiedliche Öffentlichkeitsarenen, unterschiedliche Konstellationen von Akteuren und Publika miteinander "kurzschließt". In einer solchen Situation ist das ohnehin schwierige Verhältnis von Diskretion und Publikation besonders kompliziert. Die verantwortlichen Organisatoren des Großereignisses sehen sich mit von Arena zu Arena divergierenden Publikumserwartungen konfrontiert, und sie müssen die Aktivitäten von Akteuren koordinieren, die je nachdem in welcher Arena sie Zustimmung suchen, sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber haben, was eine "Peinlichkeit" und was eine "gute Idee" ist.

Die Friktionen, Blockaden oder produktiven Turbulenzen, die dabei auftreten können; die Rückkopplungen (z.B. Entwertung der lokalen Prominenz) und Instrumentalisierungen (z.B. von Imagerisiken) und deren Auswirkungen auf die Partizipationskarrieren einzelner Akteure

⁴so zum Beispiel Peters (1994) und Bosk/Hilgartner (1988).

liegen im Horizont unserer Forschungen über die Vorbereitung des Großereignisses "Weimar '99". Im Zentrum steht die fortschreitende inhaltliche Codierung dieses Ereignisses - ein Codierungsprozeß, den wir unter dem Gesichtspunkt *Kampf um öffentliche Anerkennung* betrachten.

"Europäische Kulturstadt" kann vieles, nahezu alles bedeuten. Die EG-Richtlinien legen nur das Bewerbungs- und Auswahlverfahren fest; zum Inhalt und zum Charakter des Ereignisses enthalten sie keine nennenswerten Vorgaben. Somit stellt sich die Frage, wer mit Rücksicht auf welches Publikum welche Deutungen durchsetzt. Und: Wie wirkt die sukzessive Codierung des Ereignisses auf die Partizipationsverläufe der verschiedenen Akteure zurück? Wie setzen sich Akteure, denen Anerkennung verweigert wird - z.B. durch eine Verengung des Kulturbegriffs auf "Virtuosenkultur"- gegen diese Mißachtung zur Wehr? Welche Akteure mobilisieren welche öffentliche Meinung (gesetzt, die öffentliche Meinung divergiert von Arena zu Arena) und welchen Akteuren stehen andere, diskretere Möglichkeiten zu Verfügung, um ihrer Deutung des Ereignisses Geltung zu verschaffen?

3. Weimar '99 - ein Mehr-Arenen-Drama

Eine Stadt des öffentlichen Lebens

Im Hinblick auf die Interferenzen, die sich im Kampf um öffentliche Anerkennung aus der Überlagerung und punktuellen Berührung divergierender Arenen des öffentlichen Lebens ergeben, ist Weimar nicht allein des projektierten Großereignisses wegen ein interessantes Forschungsfeld. Vielmehr läßt sich am Beispiel dieser Stadt auch die historische Dimension unseres Themas aufschließen. Das öffentliche Leben der Stadt Weimar ist seit langem von der Vorstellung geprägt, daß *Weimar eine Stadt des öffentlichen Lebens* ist. Seit Generationen sehen die Weimarer und speziell die Weimarer Bildungsbürger ihre Stadt den anerkennenden und bisweilen geradezu verzückten Blicken Fremder ausgesetzt. Da die Stadt, städtebaulich gesehen, zwar hübsch, aber nicht sensationell ist, mußte die Verzückung wohl mit einer anderen, unsichtbaren, bzw. nur dem Eingeweihten zugänglichen Attraktion, genannt "Aura", zusammenhängen. So entstand und tradierte sich die Vorstellung, daß Weimar nicht einfach eine Stadt, sondern, so eine Interviewpartnerin, "ein ganz besonders sensibel belegter Ort" ist. Das schmeichelte dem lokalen Selbstbewußtsein (weshalb die Weimarer im Umland bis heute für "hochnäsiger" gelten und nicht sehr beliebt sind). Außerdem ließ sich auch noch manche schöne Mark damit verdienen.

Der Anspruch, etwas ganz Besonderes zu sein, wurde stets aufs Neue bestätigt, sei es durch kleine Absonderlichkeiten (hochschwängere Damen, die noch bis zur Jahrhundertwende nach

Weimar kamen, um in der Nähe des "großen Genius" ihren Nachwuchs in die Welt zu setzen), sei es durch weihevoll deklatomierten, etwa bei herausragenden Staatsbesuchen oder den mit großem Pomp inszenierten Geburts- und Todestagen der Weimarer Geistesheroen. Im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und auch noch zu Zeiten der DDR diente Weimar - ungeachtet der Verschiedenheit dieser Regimes - der Repräsentation der rituellen Bestätigung von Gemeinschaft. Obgleich es in Weimar auch Traditionen frühbürgerlich liberaler Salonöffentlichkeit gab und - in Resten - noch gibt, war die Stadt insgesamt doch fest eingebunden in eine Öffentlichkeit der Repräsentation. Sie war ein, wenn nicht *der* deutsche Gedächtnisort. Die Bedeutung, die der Stadt jeweils gegeben wurde, variierte zwar - durchweg aber wurden die Weimarer darin bestärkt, daß in ihrer *sehr kleinen Stadt* das *sehr Große Ganze* in idealer Form zur Anschauung komme. Zur "antifaschistischen Heldengedenkstätte" umgedeutet, trübte selbst Buchenwald das Bild nicht wirklich, fügte ihm allenfalls das nötige Quentchen "Abgrund" bei. So wurde die Vorstellung, daß Weimar etwas ganz Besonderes, etwas ganz besonders Bedeutendes sei, ein allseits geschätzter Juwel, nie ernsthaft in Frage gestellt. Sie konnte nahezu unbeschädigt bis zur Wende überdauern, und auch die Touristenströme, die nach der Wende sofort wieder nach Weimar flossen, schienen das gewohnte Bild erneut zu bestätigen.

Gewohnt sich im Ruhme ihrer Ahnen zu sonnen, bemerkten die Weimarer so zunächst gar nicht, daß in der modernen Mediengesellschaft "Ahnenruhm" auch nicht mehr das ist, was er einmal war. Ihnen entging, daß sich nicht nur die Bedeutung (sprich: Ausdeutung) ihrer Stadt verändert hatte (was schon öfter geschehen war), sondern etwas viel Grundsätzlicheres: die Bedeutung von "Bedeutung". Um es in zugespitzter Form vorwegzunehmen: Auf unsere Frage, wie die Interviewpartner das Außenimage Weimars einschätzen, erhielten wir überwiegend Antworten, die erkennen lassen, daß die Betreffenden den Zerfall jener Andachts- und Erbauungskultur, die in Weimar ihr Mekka hatte, noch gar nicht wahrgenommen hatten. Diesen Aussagen zufolge ist Weimar zwar nicht für die Bewohner der Nachbarstädte (bei denen unsere Interviewpartner eine deutliche Aversion verspüren), wohl aber für den Rest der Welt nach wie vor eine "Wallfahrtsstätte des Geistes, wo jung und alt meint, etwas von diesem Geist hier zu spüren", ein "Kleinod", ein "Juwel", ein "unberührbarer, hehrer Ort, den jeder auf eigene Weise verklärt", "die ganze Welt in der Nußschale", eine "geglückte Natur-Kultur-Synthese", ein "mikrokosmisches Schmuckstück" und ähnliches mehr. Zwar kommen auch andere, kritischere Formulierungen vor, bei der Einschätzung des Fernimages durch die lokalen Akteure dominierten aber Statements wie die zitierten.

Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, daß die meisten lokalen Akteure den Titel europäische Kulturstadt zunächst nicht als ein termingebundenes Großprojekt, eine Aufgabe, an der man auch scheitern kann, wahrnahmen, sondern als eine Art "Nobelpreis für Städte", eine

erneute Bestätigung der überkommenen Bedeutung Weimars. Die Ehre war man gewohnt und das Geld, das mit solchen Preisen gewöhnlich verbunden ist, konnte man sehr gut gebrauchen.

Wie im folgenden zu zeigen sein wird, lief die Sache dann aber anders als gedacht. Sie lief in eine Richtung, die wenig mit Andacht, Erbauung und jener Aura, von der Eingeweihte behaupten, sie erschlosse sich ihnen vor Ort, zu tun hat; mehr schon mit den Standards des zeitgenössischen Kulturbetriebs und den Nachrichtenfaktoren des Mediensystems. Bevor wir jedoch weiter dem Bedürfnis nach Abstraktion nachgeben und die bisherige Entwicklung auf ein "Verlaufsmuster" reduzieren, wollen wir die Geschichte des Kulturstadtprojekts zunächst in einer Form präsentieren, die den szenisch-dramatischen Charakter des Geschehens stärker zu seinem Recht kommen läßt.

1. Akt

Von der Euphorie des Anfangs zum Handlungsstau (Herbst 1989 - Sommer 1990)

Wir gehen zurück in die Zeit der turbulenten Wochen des "Wende-Herbst" 1989. Das DDR-System ist so gut wie zusammengebrochen, aber die Stadt Weimar steht noch, und so wird, wenn über die Zukunft der Gesellschaft diskutiert wird, zunächst und vor allem über die Zukunft der Stadt diskutiert. Besonders engagiert beiteiligen sich an dieser Diskussion einige Mitarbeiter der etablierten lokalen Kulturinstitutionen (z.B. Hochschul- und Theaterleute, Leute der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten und des Deutschen Nationaltheaters), eine Reihe freischaffender Künstler und Vertreter der neuen politischen Gruppierungen. In dieser Zusammensetzung wird man sich schnell einig, jedenfalls was das Allgemeine betrifft. Man nennt das Allgemeine "Kulturstadt", meint damit aber noch nicht den gleichnamigen EG-Titel, von dessen Existenz die meisten noch gar nichts wissen.

Was meint man denn? Die Entwicklungsziele, die sich mit dem Label "Kulturstadt" verbinden, kreisen um das Wörtchen "ganz". Man denkt an nicht mehr und nicht weniger als an eine *"umfassende Verbesserung des Gebrauchswertes der Stadt als Ganzes"* - und zwar *"unter Berücksichtigung des kulturellen Erbes"* und der darauf gemünzten touristischen Ansprüche. Ferner erwartet man *"demokratische und integrative Mitbestimmungsformen bei der Erarbeitung künftiger stadtkultureller und gesamtstädtischer Gestaltungslinien"* und legt dem ganzen einen Kulturbegriff zugrunde, der zwischen Hochkultur und Alltagskultur sowie zwischen Soziokultur und Klassik vermittelt und auf diese Weise einem ziemlich breiten Spektrum von Akteuren alle Partizipationsmöglichkeiten offen hält. Und das geht so: Man sagt "Kulturstadt", übersetzt "Kultur" mit "Stadtkultur" und meint mit "Stadtkultur" die Gesamtheit der in der Stadt vorhandenen kulturellen Potentiale - ungeachtet der stark divergierenden Kulturbegriffe, die diese Potentiale jeweils als "kulturelle" Potentiale ausweisen. Die Möglichkeit, daß Stadt-

kultur und Kulturstadt so verschiedene Dinge meinen könnten wie Industriekultur und Kulturindustrie, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht entdeckt.

Die Entdeckung bahnt sich aber an, denn während die einen noch Visionen entwickeln, hat die Weimarer Stadtverwaltung schon alle Hände voll damit zu tun, investive Eingriffe, zum Teil recht einschneidender Art, in den gewachsenen Stadtorganismus abzuwehren. Nach der Grenzöffnung kommen aus dem Westen Leute ins Spiel, die sich auch in der berühmten Stadt Weimar, diesem *"ganz besonders sensibel belegten Ort"*, MacDonalds und ähnliche Symbole zeitgenössischer Lebensart durchaus vorstellen können. Hier gilt es, das Schlimmste zu verhindern. Das *"Kleinod Weimar"* muß gegen Überformungs- und Verfremdungsversuche geschützt werden. Das ist leichter gesagt als getan, denn langsam wird klar, daß den Verantwortlichen ein "doppelter Spagat" abverlangt wird: nicht nur der zwischen der Kleinheit der Stadt und der Größe ihres Namens, sondern auch der zwischen einer bewahrenden, behutsamen Stadtentwicklung und dem Wunsch nach einem raschem Anschluß an das Niveau moderner westeuropäischer Kulturmetropolen. Angesichts immenser städtischer Defizite braucht man dafür Unterstützung und vor allem viel Geld.

In diesem Zusammenhang muß der Hinweis auf den Titel "Europäische Kulturstadt", gegeben vom noch amtierenden DDR-Kulturminister, auf fruchtbaren Boden fallen. Wenn sich auch kaum jemand unter den lokalen Akteuren etwas genaueres unter dem Titel vorstellen kann, so begrüßen ihn doch die meisten voller Hoffnungen. Ein "Geldsegen" ist damit allemal verbunden - so glaubt man. Darüber hinaus unterstreicht und bestätigt die Bezeichnung *Kulturhauptstadt* - egal ob nun die Thüringens, Deutschlands oder Europas - nur die wohlbekanntere Bedeutung Weimars. Fast alle Involvierten sind der Meinung, daß es sich in jeder Hinsicht lohnen müßte, hier einzusteigen. Es wird sogar ein Verein "Kulturstadt Weimar" ins Leben gerufen. Mit der Konkretisierung hapert es dann allerdings etwas. Es ergeben sich Schwierigkeiten mit dem gemeinsamen Nenner. Irgendwie will es nicht gelingen, die Formel "Kulturstadt" in ein konkretes Handlungsprogramm zu übersetzen - ein Programm, das die vielfältigen und zum Teil widersprüchlichen Einzelinteressen der beteiligten Akteure "unter einen Hut" bringt und gleichzeitig Aussichten hat, auch außerhalb Weimars noch wahr- und ernstgenommen zu werden. So endet der erste Anlauf in einem Handlungsstau.

2. Akt

Akteurswechsel in der lokalen Arena (Sommer 1990 - Herbst 1992)

Die Bewerbungspläne bringen das Projekt "Kulturstadt" in einen Zwiespalt: "Kulturstadt" im Sinne einer integrativen Stadtentwicklungskonzeption beinhaltet einen äußerst mühseligen und daher auch langsamen Kommunikations- und Einigungsprozeß, während die Titelbewerbung ihre ganz eigenen Handlungszwänge und Taktzeiten mit sich bringt - Zwänge, auf die man sich

wohl oder übel einlassen muß, wenn man ernstlich "Europäische Kulturstadt" werden will. Termine müssen gehalten, Programme und Bewerbungspapiere eingereicht, Vorabsprachen getroffen, Lobbygespräche geführt, Mitbewerber ausgestochen werden. In dieser Situation tritt mit dem neugewählten OB Dr. Büttner aus Fulda und seiner aus dem Westen mitgebrachten Mannschaft ein neuer Akteurstyp in die Arena: sportlich, dynamisch, kämpferisch, erfolgs- und entscheidungsorientiert, ohne Befangenheiten und ohne Befindlichkeiten für das große Weimarer Ganze. Ab August 1990 sitzen mit der neuen Stadtregierung "*erfahrene CDU-Macher*" aus dem westlichen Teil Deutschlands auf den zentralen Positionen der lokalen Verwaltungsspitze - erfahren im Umgang mit westlichem Kommunalrecht und damit den Verwaltungsstrukturen auf der Landes-, und Bundesebene.

Der neue OB greift die Titel-Idee sofort auf, denn er sieht darin die Chance, "*Europa nach Weimar*" zu holen, mit dem Ziel "*den Anschluß an den westeuropäischen Standard in Weimar 10 - 15 Jahre früher zu schaffen*". Er nimmt das Projekt Kulturstadt in die Hand und verweist die Mitdenker, Mitplaner und potentiellen Mitentscheider der Weimarer Kulturelite auf ihren jeweiligen institutionellen Platz. Tenor: "*Kümmern Sie sich um die Wissenschaft und überlassen Sie die Stadtpolitik mir*". Daß der OB in der Rolle des starken Mannes sein kommunales "Hausherrenrecht" durchsetzt, ist für die Betroffenen zwar kränkend, hat daneben aber auch sein Gutes. "*Endlich passiert etwas!*" sagen sich einige und sehen in Büttner "*eine Lokomotive, eine Brechstange für Weimar*". Andererseits erweist sich, daß der neue OB sogar das Stadtparlament bei seinen Entscheidungen nur sehr begrenzt einbezieht und um sein persönliches Prestige allem Anschein nach sehr bemüht ist. Damit erzeugt er Aversionen in der lokalen Öffentlichkeit, in der er via Medien zwar sehr präsent ist, aber eben fast nur via Medien.

Im Sommer 1992 findet das 1. Kunstfest Weimar statt, in dessen Zusammenhang die überregionale Presse erstmalig Weimars Anspruch auf den Kulturstadt-Titel zur Kenntnis nimmt. Das Kunstfest präsentiert ein ambitioniertes Kulturprogramm, das überregional durchaus positiv besprochen wird, dem Fest in der lokalen Arena aber den Ruf des Elitären einbringen und es in der Folge gar zum Inbegriff all dessen avancieren läßt, was 1999 keinesfalls geschehen darf. "*Auf gar keinen Fall darf Weimar '99 ein riesiges Kunstfest werden!*" so die mahnenden Stimmen.

3. Akt

Dramatische Zuspitzungen unter Zeitdruck (Herbst 1992 - Herbst 1993)

Gleichzeitig machen sich die "Taktzeiten" des Bewerbungsverfahrens bemerkbar. Das Verfahren sieht zwei Hürden vor: Zunächst muß die Bundesregierung entscheiden, welche deutsche Stadt sie als europäische Kulturstadt vorschlagen will; hier tritt Nürnberg als Konkurrentin auf. Erst nach dieser nationalstaatlichen Vorselektion trifft die EU-Kulturministerkonferenz die

endgültige Entscheidung. In unserem Fall bereitet schon die erste Hürde beträchtliche Probleme. Zunächst beauftragt der Oberbürgermeister den Kulturdezernenten mit der Erstellung eines Bewerbungstextes für die Bonner Entscheidung. Der Kulturdezernent übernimmt die Aufgabe auch, erledigt sie aber nicht, sondern erklärt sich, als der letzte Abgabetermin schon bedenklich nahegerückt ist, kurzerhand für überfordert. Jetzt drängt die Zeit, und so engagiert Büttner, wieder am Stadtrat vorbei und angeblich per Autotelefon, die Fuldaer Werbeagentur "Creat", die den Auftrag denn auch fristgerecht ausführt. Der Bund entscheidet für Weimar, doch wissen in der lokalen Arena längst nicht alle diesen Erfolg und Büttners Anteil daran in der gebührenden Form zu würdigen. Im Herbst 1992 steigt die SPD aus der Regierungskoalition aus, was auch in den überregionalen Medien für Aufsehen sorgt. Daraufhin nimmt der OB die Zügel noch fester in die Hand, z.B. wird das bis dato von der SPD geführte Kulturdezernat in eine dem OB direkt unterstellte Stadtkulturdirektion umgewandelt.

Da das Konzept der Werbeagentur als nicht sehr gelungen eingeschätzt wird, initiieren die großen Weimarer Kulturinstitutionen offene Arbeitsgruppen, die die zweite Bewerbungsetappe, die Brüsseler Entscheidungsfindung, programmatisch vorbereiten sollen. Erneut meldeten sich einige der oben genannten Wendeakteure, wie z.B. Vertreter der Hochschulen und anderer Kulturträger, zu Wort. Sie warnen vor einem großen Kunstfest, plädieren für einen behutsamen Umgang mit den vorhandenen städtebaulichen Strukturen und fordern Basisnähe im Sinne einer "*Kultur von allen und für alle*". Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden dem Stadtkulturdirektor mit der Bitte übergeben, sie in öffentlich geführten Diskussionen weiterzuentwickeln, was jedoch, so die Einschätzung vieler Beteiligter, nicht erfolgt und bei diesen zu Frustrationen führt.

Als der endgültige Antrag für die Brüsseler Entscheidung vorliegt, beginnt ein mehrwöchiger Kampf um die erforderlichen EU-Stimmen. Nicht zuletzt wegen einer auch überregional bekanntgewordenen Schändung der Gedenkstätte Buchenwald bleibt der Ausgang des Rennens bis zuletzt unsicher. Büttner geht zur "Reisediplomatie" über und wirbt für Weimar. "*Das war richtig Kampf, das ging nicht von allein!*" sagt er rückblickend.

4. Akt

Kampf um Weimar (Ende 1993 bis Sommer 1994)

Als im November 1993 endlich die EG-Entscheidung zugunsten Weimars fällt, knallen auf dem Theaterplatz zwar die Sektkorken, der Freudentaumel bleibt aber im wesentlichen ein lokales Medienereignis und hält nicht lange an. Der Kommunalwahlkampf steht vor der Tür, und nun zeigt sich, daß sich der in hektischer Reisediplomatie errungene "Titel-Erfolg" für Büttner politisch nicht auszahlt. So entschieden sich Büttner auf der Bundes- und der EG-Ebene für Weimar ins Zeug gelegt hat, so gering ist die Anerkennung, die er in der lokalen Arena für

seine Bemühungen erhält. Die öffentliche Aufmerksamkeit konzentriert sich inzwischen auf andere Dinge, insbesondere auf Büttners Investitions- und Baupolitik.

Aufgeschreckt von einigen als "äußerst unsensibel" bewerteten Bauprojekten, sind die kultur- und stadtpolitisch engagierten Akteure, die während der Wendezeit unter dem Titel Kulturstadt noch über Visionen und Entwicklungsperspektiven diskutiert hatten, inzwischen längst auf eine Defensivposition umgeschwenkt. Im Mittelpunkt steht jetzt nicht mehr das integrative Mitplanen und Mitgestalten der städtischen Entwicklung, sondern nur noch ein denkmalschutzbewegtes Abwehren der Angriffe auf vorhandene Bau- und Raumstrukturen. Für dieses Anliegen finden sich zahlreiche Kräfte zusammen, zum Teil gebündelt in einer Organisation, die inzwischen unter dem Namen "Die Freunde der Grünen Schlange" in die Arena getreten und innerhalb kürzester Zeit zu einem beachtlichen stadtpolitischen Machtfaktor geworden ist.

So sieht sich Büttner im Wahlkampf nicht nur mit den Oppositionsparteien, sondern mit einer breiten bewegungsähnlichen Formation konfrontiert, zu der sich Denkmalschützer, Basisdemokraten und Wendeverlierer, zum Teil unter regionalistisch-antikolonialistischen Parolen ("Weimar den Weimarem!") zusammengefunden haben. Büttner seinerseits vertraut weiterhin auf seine massive Medienpräsenz, seine guten überregionalen Beziehungen und "klotzt" weiter mit Unterstützung der Deutschen Bank und anderer Großunternehmen am wirtschaftlichen Aufstieg der Stadt. Gleichzeitig versuchte er im Zuge der Gemeindereform das Weimarer Terrain zu vergrößern. Das alles sollte im Wahlkampf für sich - besser für ihn sprechen. Das Gegenteil geschieht. Büttner wird abgewählt. An seine Stelle tritt ein Einheimischer mit einer sehr einheimischen Vergangenheit: Dr. Germer, ehemals Stadtschulrat und kurz vor der Wende noch stellvertretender Bürgermeister der Stadt. Dr. Germer, der im Ruf steht, auch zu DDR-Zeiten kein Hardliner gewesen zu sein, kann sich in der entscheidenden Stichwahl als unabhängiger Kompromißkandidat der vereinigten Opposition durchsetzen.

5. Akt

Weimar im Streß (Sommer 1994 - Herbst 1995):

Die neuen stadtpolitischen Akteure verfügen auf den übergeordneten Ebenen der Politik über keine nennenswerten Kontakte und sind weder bei der Bonner noch bei der Erfurter Regierung sonderlich willkommen. So gerät der Erstkontakt denn auch nicht zu einem freundlichen Vorstellungsgespräch, sondern zu einer hoheitsstaatlichen Maßnahme. Die Wahlurnen sind noch nicht richtig verstaubt, da ergeht seitens des Landes an die neuen Verantwortlichen der Stadt Weimar die amtliche Mitteilung, daß der Finanzhaushalt der Stadt jetzt nicht mehr genehmigungsfähig sei, was viele "Betroffene" als Strafe für politisches Fehlverhalten begreifen, aber nur mit gedämpfter Lautstärke auch sagen. Denn die finanzielle Lage der Stadt ist,

das müssen sie zugeben, nicht nur scheinbar katastrophal. Ein Defizit von 62 Millionen⁵ ist für eine 60000-Seelen-Gemeinde in der Tat ziemlich viel. Die neue Stadtregierung muß es sich wohl oder übel gefallen lassen, daß ein "Prof Krautter" in die Funktion eines Externen Controllers eingesetzt wird - eine Funktion, die der eines Staatskommissars peinlich nahekommt. Sämtliche finanziellen Transaktionen der Stadt müssen fortan vom Ex-Co, wie er alsbald genannt wird, genehmigt oder zur Entscheidung dem Land vorgelegt werden.

Damit nimmt auch das Drama "Weimar 99" eine neue Wendung. Die Diskussion über Weimar '99 verwandelt sich in eine Finanzierungsdiskussion zwischen den Vertretern der Stadt und den zuständigen Landesgremien. Die Gefährdung des Kulturstadt-Projekts durch die Finanznot der Stadt wird zu einem Druckmittel, das von einigen stadtpolitischen Akteuren durchaus öffentlichkeitswirksam eingesetzt wird. Dem liegt (bewußt oder unbewußt) eine Strategie zugrunde, die man als "Instrumentalisierung von Imagerisiken" bezeichnen kann. Weder das Land noch der Bund können, so das Kalkül, zulassen, daß Weimar '99 eine Blamage für Thüringen und Deutschland wird. Eine Stadt wie Weimar läßt man nicht hängen; das haben die Weimarer aus der Geschichte gelernt.

Der Weimarer "Schrei nach Geld" ist nur zu verständlich, denn bis auf weiteres erzwingt die angespannte Haushaltslage in Verbindung mit dem Externen Controller eine rigorose Sparpolitik, die wiederum die Weimarer Basisvereine auf die Straße treibt. Ein Aktionsbündnis Weimarer Vereine und Freier Träger protestiert gegen Mittelkürzungen, die sie als existenzbedrohend empfinden. Auch sie verknüpfen ihren Protest mit dem bevorstehenden '99er-Kulturstadtereignis: "Damit ruiniert man die Kulturstadt Weimar!" sagen sie und machen so ihre eigene Bedrohung zu einer Bedrohung des gesamten Projekts. Dem scheint die oben skizzierte Interpretation von "Kulturstadt" im Sinne einer optimalen Entfaltung von "Stadtkultur" zugrunde zu liegen.

Auch die großen Weimarer Kulturinstitutionen reagieren. Im Frühjahr 1995 schließen sie sich zu einer "Kulturkoalition der Großen Sieben" zusammen mit dem Ziel, die Diskussion um die Inhalte von Weimar '99 wieder stärker in den Vordergrund zu bringen und den eigenen "Kulturbestand" angesichts einer politisch und wirtschaftlich einigermaßen desolaten Situation zu wahren. Daß die "Großen Sieben" sich als Koalition formieren und in die Öffentlichkeit gehen, wird von den meisten Interviewpartnern u.a. auch als Ausdruck eines Machtvakuum interpretiert, das durch das Ausscheiden Büttners entstanden sei. Bund und Land lassen, so die weitverbreitete Einschätzung, den neuen OB und seine Mannschaft auflaufen, und auch sonst

⁵Für das Jahr 1994 nach Gutachten zur Haushaltskonsolidierung. Weimar, Jan. '95

hat das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der neuen Stadtregierung ein halbes Jahr nach der Wahl bereits stark gelitten.

Anfang 1995 treten neue Akteure in die lokale Arena, diesmal aus der umliegenden Region, aus Jena, Apolda bzw. dem Weimarer Landkreis. Gemeinsam mit der "Thüringer Landeszeitung" initiieren sie ein halbes Jahr später eine großangelegte Kampagne und tragen zur Formierung einer Umland-Opposition innerhalb des Kulturstadtgeschehens bei. Überregional profilierte "Macher", wie z.B. Lothar Späth greifen in diesem Rahmen zu Wort und Tat und nutzen die Chance, sich im Weimar '99-Spiel in Szene zu setzen. Die Gründung eines "Freundeskreises Weimar '99", bestehend aus kompetenten Leuten in Wirtschaft, Politik und Kultur, wird angekündigt.

In diesem Zusammenhang wird zum ersten Mal das überregionale Presseecho auf die Weimarer Vorgänge massiv ins lokalpolitische Spiel gebracht. Auch hier könnte man wieder von einer "Instrumentalisierung von Imagorisiken" sprechen, nur daß diesmal das Image der "Wallfahrtsstätte des Geistes" zur Disposition steht. Die Vorstellung, daß das Image ihrer Stadt gefährdet sein könnte, ist für viele Weimarer eine ungewohnte Vorstellung und entspricht auch nicht unbedingt dem, was sie an den nach wie vor noch recht beflissenen Besuchern ihrer Stadt beobachten. Doch auch wer nicht regelmäßig die FAZ liest, wird jetzt seitens der Freundeskreis-Initiatoren darauf aufmerksam gemacht, daß zumindest die überregionale Presse sich schon seit längerem auf Weimar eingeschossen hat. An Belegen dafür fehlt es nicht. Ein Gutteil der überregionalen Berichterstattung über Weimar und die Weimarer selbst kommt in der Tat einem Totalverriß ziemlich nahe. Gnade findet allenfalls das Kunstfest. Aber auch dessen geringe Akzeptanz in der lokalen Öffentlichkeit wird thematisiert, und somit bestätigt sich auch hier die Einschätzung, die ansonsten die Berichterstattung über die europäische Kulturstadt in spe bestimmt. Die anmaßende Selbsteinschätzung der Weimarer Kulturträger stehe, so der Tenor, in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu ihren tatsächlichen kulturellen Potentialen; bedeutend sei Weimar nur als Museum, im übrigen aber durch und durch provinziell und mit der Aufgabe "europäische Kulturstadt" rettungslos überfordert.

Die Negativschlagzeilen häufen sich, als Anfang 1995 die katastrophale Haushaltslage Weimars von der Stadtregierung im Poker um die Finanzierung des Kulturstadtprojekts "öffentlichkeitswirksam" und gegenüber der Landesregierung nicht ohne Erfolg eingesetzt wird. Das negative Medienecho wird nun auch selbst zu einem Medienthema. Uwe Müller in der Tageszeitung "Die Welt": *"Vergeßt Weimar!" lauteten schon vor dem Bekanntwerden des finanziellen Debakels hämische Kommentare. Verwiesen wurde auf das doppelte Gesicht der Stadt als Hort der Kultur, aber auch von provinzieller Muffigkeit. Der Komponist Johann Sebastian Bach floh einst ebenso aus Weimar*

*wie der Maler Henry van der Velde. Und 1925 verließ Walter Gropius mitsamt dem Bauhaus die Stadt, angewidert von einer häßlichen Diffamierungskampagne."*⁶

Ende August 1995 leitet der Mitteldeutsche Rundfunk eine Podiumsdiskussion zum Thema "Weimar '99" mit einer Zusammenstellung von Negativschlagzeilen ein, und Thomas Bickelhaupt, aus dessen Feder das von Uwe Müller erwähnte "Vergeßt Weimar!" stammt⁷, zitiert sich und Müller gleichzeitig, indem er in einem Beitrag über die MDR-Diskussion folgende Passage unterbringt: *"Die offenkundigen Verzögerungen in den zurückliegenden zwei Jahren, seit die europäischen Gremien in Brüssel der Klassikerstadt den Zuschlag gaben, provozieren in der überregionalen Presse ein vernichtendes Urteil nach dem anderen. Die Überschrift "Vergeßt Weimar!" verfestigte sich damals zu einem immer wiederkehrenden Grundtenor und ließ - zum Beispiel - mittlerweile auch das Interesse möglicher Sponsoren für das Jahrhundertereignis spürbar abklingen."*⁸

6. Akt

Vorhang auf für die eigentlichen Helden! (ab Ende 1995)

Ausnahmen bestätigen auch in der überregionalen Presse die Regel. Einzelne Akteure werden von dem negativen Gesamturteil ausgenommen und erscheinen dann als eine Art Dissidenten der lokalen Arena, als "an Weimar Leidende" - Nachfahren von Bach, Liszt, van der Velde und Gropius, die aus Weimar vertrieben oder vergrault wurden und deren Schicksal in der Berichterstattung denn auch regelmäßig gewürdigt wird. Besonders die zahlreichen Medienauftritte Bernd Kauffmanns, Präsident der Stiftung Weimarer Klassik und Intendant des umstrittenen Kunstfestes, folgen dieser historischen Skriptvorlage - eine Vorlage, die Aversionen seitens des lokalen Publikums geradezu als eine Auszeichnung erscheinen läßt.

Um so bemerkenswerter, daß die von der Landesregierung dominierte Kulturstadt GmbH sich im November 1996 dafür entscheidet, Kauffmann zu ihrem für die Planung des Kulturstadtjahres federführenden Generalbevollmächtigten zu machen.

Diese Entscheidung ist freilich nur der letzte Akt eines zähen, das Finanzvolumen und die Machtverteilung zwischen Stadt, Land, Bund und Region betreffenden Verhandlungsprozesses, der sich über das ganze Jahr 1995 hingezogen hat und dessen Ausgang für die Stadt durchaus zwiespältig ist: einigermaßen zufriedenstellend, was die finanzielle Seite betrifft (450 Mill für städtebauliche

⁶Uwe Müller: In Weimar gehen die Lichter aus - Schulden gefährden das Projekt "Europas Kulturhauptstadt 1999". In: Die Welt, 8.2.1995.

⁷Thomas Bickelhaupt: Vergeßt Weimar! Kein Konzept für die "Kulturstadt Europas 1999". In: Der Tagesspiegel, 12.11.1994

⁸Thomas Bickelhaupt: Die zweite Moderne. Was Weimar braucht bis zum Jahr 1999. In: Der Tagesspiegel, 31.8.1995

und infrastrukturelle Investitionen; 45 Mill für die GmbH zwecks Programmgestaltung); höchst unbefriedigend hingegen in der Machtfrage. Die Gewichte im Aufsichtsrat verteilen sich wie folgt: Die Stadt erhält zwei Sitze, sechs das Land, drei der Bund, wovon dieser nach heftigen Protesten der Umlandinitiative einen Sitz an die Stadt Jena als Vertreterin der Umlandregion abgibt.

So ist die Situation, als Bernd Kauffmann, der aufgrund seines öffentlichen Auftretens und vor allem aufgrund seiner Kunstfest-Intendanz in unseren Interviews mit "Alt-Akteuren" noch als Personalisierung all dessen vorkommt, was "Weimar 99" auf gar keinen Fall werden darf, als designierter Generalbevollmächtigter von der Thüringer Staatskanzlei präsentiert und von den übrigen Akteuren ohne nennenswerten Widerstand auch akzeptiert wird.

4. Vorläufiges Resümee

Mit der Personalentscheidung zugunsten Kauffmanns deutete sich die Richtung an, in die sich die von Arena zu Arena konträren Anerkennungs- und Mißachtungsbekundungen auswirken auf die Interaktion zwischen den Akteuren und damit auch auf die inhaltliche Ausrichtung des Großereignisses auswirken. Zwar ist nicht im einzelnen prognostizierbar, wie das Drama "Weimar '99" weitergehen und wie es letztlich ausgehen wird; im grundsätzlichen Verhältnis der beteiligten Öffentlichkeitsarenen zeichnet sich aber durchaus ein bestimmtes Verlaufsmuster ab. Das Muster stellt sich in groben Zügen etwa folgendermaßen dar:

Die Ankündigung des Großereignisses mobilisiert auf der kommunalen Ebene ein breites Spektrum von Erwartungen und Befürchtungen, denen unterschiedliche Vorstellungen über den wahrscheinlichen Charakter des Ereignisses und unterschiedliche soziale, ökonomische und kulturelle Akteursinteressen und -präferenzen zugrunde liegen. Die Vorstellungen und daran geknüpften Bewertungen, bilden den Horizont, der die Akteure zur Partizipation ermutigen oder entmutigen kann. Je ferner das Ereignis noch liegt, desto freier sind die Akteure darin, Vorstellungen über das Ereignis zu entwickeln, die ihnen mit Blick auf ihre dominanten Handlungsmotive ein Maximum an Handlungschancen versprechen.

Je näher das Ereignis rückt, desto stärker geraten diese Vorstellungen bzw. die Akteure, deren Partizipationsstrategien darauf gemünzt sind, unter den Druck, die (vermeintlichen) Erwartungen der "großen Öffentlichkeit" zu erfüllen. Zwar können die Ansichten darüber, welche Erwartungen dies sind, zunächst sehr weit auseinandergehen - je nachdem, was man sich unter der "großen Öffentlichkeit" vorstellt. Die Freiheit der Interpretation ist aber nicht unbegrenzt. Die entscheidende Definitionsmacht liegt hier bei jenen überregionalen Medien, die von dem Kulturstadt-Projekt überhaupt Notiz nehmen. Mit ihrer Berichterstattung geben diese Medien einzelne städtische Akteure sowie der Stadt insgesamt ein Feedback, das bestimmte Akteure als Garanten internationaler Anerkennung, andere hingegen als personalisiertes Imagerisiko erscheinen läßt. Ausgeübt wird

diese Definitionsmacht bislang von Teilen der überregionalen Presse, und das bedeutet faktisch von einer sehr überschaubaren Schar Journalisten im Verbund mit jenen Akteuren, die auf die Berichterstattung dieser Journalisten Einfluß haben.

Daß nicht "die" Medien, sondern vorzugsweise das nationale Feuilleton den Akteuren gegenüber das überregionale Publikum repräsentieren, kommt nicht ganz unerwartet. Denn wie die Erfahrungen mit allen bisherigen Kulturstädten lehrt, bildete auch in der Vergangenheit nicht "alle Welt" die überregionale Öffentlichkeitsarena des Ereignisses, sondern die nationale und (in Maßen) auch internationale Kulturszene. Während das Ereignis auf der lokalen Ebene nicht nur von einer einzelnen Szene, sondern von nahezu der gesamten Stadt beachtet (wenn auch nicht unbedingt begrüßt) wird und die verantwortlichen Organisatoren des Großereignisses, die "Ereignismanager", hier mit einem (hinsichtlich der sozialen Lagen und kulturellen Präferenzen) heterogenen Spektrum von Akteuren rechnen müssen, haben sie es auf der überregionalen Ebene mit einer vergleichsweise homogenen Konstellation von Akteuren und Publika zu tun. Allgemein formuliert: Je größer die räumliche, um so geringer ist die soziale Reichweite der durch das Großereignis zusammengeschlossenen Öffentlichkeitsarenen.

In Verbindung mit dem wachsenden Handlungs- und Entscheidungsdruck schwächt das überregionale Medienecho systematisch die Positionen jener lokalen Akteure, die mit ihren Ambitionen in dem räumlich erweiterten, aber sozial geschrumpften Horizont einer überregionalen Öffentlichkeitsarena keine "gute Figur" zu machen versprechen. Öffentliche Anerkennung in der lokalen Arena verbürgt dann keine Partizipationschancen im Hinblick auf die inhaltliche Ausgestaltung des Großereignisses mehr - falls sie nicht sogar zu einem Makel und Partizipationshindernis wird. Das Projekt entpuppt sich als Großinszenierung, die kein Flopp werden darf und den verwöhnten Ansprüchen des internationalen Kulturpublikums genügen muß - Ansprüche, die offenbar weder "Soziokultur" noch "Altweimarische Andachts- und Erbauungskultur" meinen. Auch an der Kulturszene ist die Entwicklung der Erlebnisgesellschaft nicht spurlos vorübergegangen, und auch hier sind "Prominenz", "Neuigkeit", "Überraschung", "Aktualität" und nicht "Tiefe" die Faktoren, die im Zweifelsfall über die Größe eines Ereignisses entscheiden. Für eine behutsame, demokratische, dem Weimarer "Großen Ganzen" verpflichtete *Bestandsentwicklung* ist hier weder der Raum noch die Zeit.

Sollten diese Einschätzungen richtig sein, so müßte es sich an den Partizipationsverläufen der durch die Projektierung des Ereignisses ursprünglich auf den Plan gerufenen lokalen Akteuren, den Karrieren von Projektideen sowie auch an der Geschichte des inhaltlichen Konzepts ablesen lassen. Das ist die Konsequenz für eine weitere empirische Forschung, die nichts als Forschung ist. Darüberhinaus läßt sich aber auch noch ein handlungspraktischer Schluß ziehen: Akteure, die sich mit dem durch das bisherige Medienecho ausgelösten Anpassungsdruck nicht abfinden wollen, haben dann eine Chance, der Marginalisierung zu entgehen, wenn es ihnen gelingt, ihrerseits

überregionale Publizität zu initiieren - eine Publizität, die ihren Ambitionen förderlich ist, indem sie ihnen das Stigma lokaler Borniertheit nimmt. Sie müßten dazu freilich eine zeitgemäße Form der Urbanität entwickeln, d.h. sie müßten lernen, Publikation und Diskretion in einer der Überlagerung lokaler und translokaler Öffentlichkeitsarenen angemessenen Weise zu handhaben. Von den "Ereignismanagern" wäre zu fordern, daß sie die lokalen Akteure bei diesem Lernprozeß unterstützen. Dergleichen zeichnet sich zwar bislang nicht ab, aber was nicht ist, kann ja vielleicht noch werden.

Literatur

- BOETTNER, JOHANNES 1989: Himmlisches Babylon. Zur Kultur der verstädterten Gesellschaft. Berlin/New York.
- BOSK, CHARLES L./STEPHEN HILGARTNER 1988: The Rise and Fall of Social Problems: A Public Arenas Model. In: American Journal of Sociology 94/1, S.53-78
- GOFFMAN, ERVING 1963: Behavior in Public Places: Notes on the social Organisation of Gatherings. New York/London.
- GREVEN, MICHAEL TH. 1995: Kampagnenpolitik. In: vorgänge 132, 34. Jg., H. 4, S. 40-54.
- HABERMAS, JÜRGEN 1962: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied/Berlin.
- HÄUßERMANN, HELMUT/WALTER SIEBEL (Hg) 1993: Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Leviathan Sonderheft 13.
- LUHMANN, NIKLAS 1990: Gesellschaftliche Komplexität und öffentliche Meinung. In: Ders., Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven. Opladen; S. 170-182.
- NEIDHARDT, FRIEDHELM (HG.) 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen.
- NOELLE-NEUMANN, E. 1982/91: Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale. Frankfurt/M., Berlin.
- PETERS, BERNHARD 1994: Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt 1994, S. 42-76.
- PETERS, HANS PETER 1994: Wissenschaftliche Experten in der öffentlichen Kommunikation über Technik, Umwelt und Risiken. In: Neidhardt 1994, S. 162-190.

SELLE, KLAUS 1994: Expositionen. Eine Weltausstellung als Mittel der Stadtentwicklung? Materialien zur Diskussion um die Expo 2000 in Hannover. Werkbericht No. 32 der Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung. Hannover/Dortmund.

SENNETT, RICHARD 1983: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Inimität. Frankfurt/M.

SIMMEL, GEORG 1993: Psychologie der Diskretion. In: Ders.: Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908, Bd.II (Hrsg. von Alessandro Cavalli und Volkhard Rech), Frankfurt/M., S. 108-115.

II. Berichte / Informationen

16. Bremer Wissenschaftsforum
veranstaltet von der
ZWE Arbeit und Region

Das Verschwinden der Städte

14. - 16. November 1996

Beginn: Donnerstag, 14.11.96, 18 Uhr, Rathaus

Begrüßungen: Henning Scherf, Bürgermeister und Präsident des Senats
Jürgen Timm, Rektor der Universität Bremen

Einführung: Globalisierung, Regionalisierung und Stadtstruktur
Thomas Krämer-Badoni

Eröffnungsvortrag: Aufstieg und Fall städtischer Regionen
Karl Ganser

anschließend: Empfang des Senatspräsidenten

Freitag, 15.11.96, ganztags parallel tagende Arbeitsgruppen
Veranstaltungsort: Barkhof

1. Stadtentwicklung/Suburbanisierung (Chair: G. Bahrenberg)

- Die De-Urbanisierung der Stadt G. Bahrenberg
- Auswirkungen der Globalisierung auf die Großstadt W. Prigge
- Raumordnungspolitische Konsequenzen der Suburbanisierung G. Stiens
- Wirtschaftsentwicklung, Suburbanisierung und großstädtische Finanzen M. Junkernheinrich
- Folgen der Restitution: Entsteht die bürgerliche Stadt neu? H. Häußermann

2. Stadtökologie (Chair: Th. Krämer-Badoni)

- Stadtökologie als Herausforderung Th. Krämer-Badoni
- Ökologie und Stadtentwicklung B. Hamm
- Stadtökologie als Stadtkultur D. Ipsen
- Flächennutzung und Eigentum K. Brake
- Feministische Stadtentwicklung und Ökologie M. Rodenstein
- Kooperativer Umgang mit einem knappen Gut K. Selle

3. Deindustrialisierung/Tertiarisierung (Chair: M. Osterland)

- Stadt und Deindustrialisierung M. Osterland
- Globalisierung und Lokalisierung der Stadtökonomie D. Läßle
- Strukturwandel der Peripherie H. Oberbeck
- Grenzen der kommunalen Arbeitsmarktpolitik H. Heinelt
- Frauenarbeit, Tertiarisierung und städtischer Arbeitsmarkt B. Pfau-Effinger
- Strukturwandel städtischer Arbeitsmärkte und die Ausbildungschancen von Jugendlichen Th. Rommelspacher

4. Sozialer und demographischer Wandel (Chair: W. Taubmann)

- Soziodemographischer Wandel oder Zerfall? W. Taubmann
- Armut und Reichtum in bundesdeutschen Städten J. Dangschat
- Vergreisen die Städte? U. J. Walther
- Transnationale soziale Räume und Stadt Th. Faist
- Weibliche Lebensentwürfe und räumliche Mobilität E. Spiegel
- Selbsthilfe oder Illegalität? Stadterweiterung durch Migranten in Rom, Madrid und Dar es Saalam V. Kreibich



Freitag, 20 Uhr: Social event. Bei 80 Anmeldungen (Maximum) Schiffsfahrt mit kalt-warmem Buffet

Samstag, 9 Uhr: öffentliche Plenarveranstaltung
Marco Venturi (Venedig): Das Verschwinden der Städte
Gästehaus der Universität auf dem Teerhof 58

anschließend:
Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse
Abschlußdiskussion



Ende der Tagung: Samstag, 12 Uhr.
Möglichkeit zum Mittagessen auf eigene Kosten

Tagungsbüro: Donnerstag ab 16 Uhr: Rathaus
Freitag ab 8 Uhr: Barkhof

Hinweise für Tagungsgebühren und Kosten der Schifffahrt entnehmen Sie bitte dem beigebundenen Anmeldeformular auf der letzten Seite, das Sie kopieren oder herausreißen können. Aus postalischen Gründen ist es leider nicht möglich, an dieser Stelle Preise zu nennen.

Die Option auf ca. 80 etwas günstigere Hotelzimmer in Bremen kann allerdings nur bis zum 15.8.1996 aufrechterhalten werden. Danach gelten die üblichen Bedingungen.

In der Teilnahmegebühr ist eine Tagungsmappe mit den Kurzfassungen aller Referate enthalten.

Das Verschwinden der Städte

Seit der Industrialisierung sind die Städte einer enormen Entwicklungsdynamik unterworfen, wie sie für die Jahrhundertwende z.B. von Georg Simmel in „Die Großstädte und das Geistesleben“ beschrieben worden ist. Räumliche Expansion durch Bevölkerungswachstum und Eingemeindung wurde begleitet von einer sozialen Differenzierung entsprechend der sich neu entwickelnden Arbeitsteilung. Die Entwicklung der städtischen Massenverkehrsmittel und des automobilen Verkehrssystems haben zu einem weiteren Entwicklungsschub geführt, der zusammen mit anderen gesellschaftlichen Prozessen (Einkommensentwicklung, Wohnraumbedarf bzw. -verbrauch, Migrationsprozesse u.a.m.) zu einer starken Verdichtung der Städte und zur Entstehung weit über die Stadtgrenzen hinausreichender urbanisierter Räume führt.

Alle diese Dynamiken überlagern einander, und jede neue gesellschaftliche Entwicklung führt zu neuen Dynamiken, welche die älteren Dynamiken zwar nicht unbedingt stillstellen, sie aber in ihren Qualitäten verändern.

Der Titel „Das Verschwinden der Städte“ reflektiert heute eine Situation, die von einem weiteren Wachstum urbanisierter Räume gekennzeichnet ist, zugleich aber zu Prozessen der sozialen und räumlichen Desintegration in den urbanisierten Räumen führt. Suburbanisierungsprozesse sind immer auch Prozesse der räumlich-sozialen Segregation, sind Auflösungserscheinungen der sozialen Balance in der Bevölkerungszusammensetzung einer Stadt. Die zunehmende Suburbanisierung der Arbeitsplätze (bei gleichzeitigem Verlust von Arbeitsplätzen mit der Folge einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit) ergänzt diese Tendenz. Die Stadt wird umlagert von einer weitgehend gutsituierten Bevölkerung, die in dem Maße, in dem ihre Arbeitsplätze sich ebenfalls im städtischen Umland befinden, das Interesse an der Stadt vollständig verlieren. Die Organisation des Alltagslebens kann zunehmend auf die Stadt verzichten, und die Zusammensetzung der Stadtbevölkerung spiegelt bei einem Einwohnerverlust in absoluten Zahlen die Konzentration von Armen, Alten, Asylsuchenden, Migranten, Auszubildenden - also insgesamt von marginalisierten oder temporären Gruppen. In den USA haben solche Entwicklung zur völligen Auflösung der Stadt geführt, zu jener Zentrierung der Alltagslebens auf das Einfamilienhaus in einem hundert Meilen Siedlungsgebiet, von dem aus alle sozial und ökonomisch notwendig werdenden Wege mit dem Automobil erledigt werden. Diese Entwicklung hat Robert Fishman drastisch beschrieben, sie findet sich aber auch in veränderter Form in Mike Davis' „City of Quartz“.

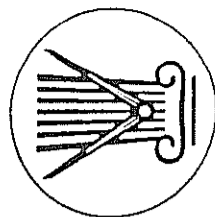
Nun verschwinden allerdings die Städte in den kurzen Zeiträumen von einem bis zwei Jahrhunderten, über die wir hier reden, in ihrer physischen Gestalt nicht. Für einen Prozeß des physischen Verschwindens, der - wie das Beispiel des antiken Rom belegt: dieses wurde von der Natur überwuchert und erst im 19. Jhdt. wieder entdeckt - durchaus denkbar ist, braucht es viele Jahrhunderte. Die physische Stadt bleibt bestehen, ändert sich aber in ihrem Inneren „vollständig“.

Es sind vor allem vier Problemkonstellationen, die heute die innere Struktur der Städte umkrempeln: die Suburbanisierung, die ökologischen Probleme, der Wandel der Arbeit sowie soziodemographische und sozialstrukturelle Veränderungen. Verschärft werden die jeweiligen Problemlagen durch die Finanzschwäche der Städte, durch nationale und internationale regulative Politiken, durch die

Globalisierung der Ökonomie und die Individualisierung der Bevölkerung. Das Verschwinden der Städte ist unter diesen Voraussetzungen hauptsächlich durch die folgenden Sachverhalte gekennzeichnet:

- durch den sozial-selektiven Bevölkerungsverlust an das Umland;
- durch eine hohe räumliche Mobilität, die zu einem raschen Austausch großer Teile der Stadtbevölkerung führt;
- durch einen Verlust an Arbeitsplätzen - einer fast vollständigen Deindustrialisierung bei einer nur partiell die Verluste ausgleichenden Tertiarisierung der Arbeit;
- durch eine Überalterung und Verarmung der Stadtbevölkerung - Ghettoisierung, Segregation, Kriminalität usw. werden zu immer wichtigeren Topoi der Stadtqualität;
- durch eine Verschlechterung der stadtökologischen Qualitäten, zu deren Lösung weder Willen noch Geld vorhanden sind und die deshalb die Suburbanisierung vorantreibt - mit erheblichen negativen Rückkopplungseffekten;
- durch eine hochgradige Individualisierung der Bevölkerung, die sowohl bei der aus den Städten ausgewanderten wie auch bei der in den Städten verbliebenen Bevölkerung eine Identifikation mit der Stadt und stadtbezogene Handlungsmuster verhindert.

Diese Liste ließe sich fortsetzen, aber schon in dieser eingeschränkten Form verweist sie auf die Dynamik der Stadtentwicklungsprozesse. Der hierfür gewählte Terminus des „Verschwindens der Städte“ mag wegen der physischen Persistenz des Stadtkörpers paradox erscheinen, kennzeichnet aber die Dramatik der Entwicklung durchaus zutreffend.



SCHRIFTEN
DER HOCHSCHULE FÜR ARCHITEKTUR
UND BAUWESEN WEIMAR
-UNIVERSITÄT-

98

Christine Weiske (Hrsg.)

Wohnen 1994

- zum Beispiel Erfurt

Stadtsoziologische Studie

Herausgeber

Der Rektor der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar-Universität
Prof. Dr.-Ing. Gerd Zimmernann

Verantwortlich für dieses Heft: Prof. Dr. phil. habil. Christine Weiske
Redaktion & Verlag

HAB Weimar, Coudraystraße 7, 99423 Weimar
Tel. (03643) 58 11 50, Fax (03643) 58 11 56
Chefredakteurin: Barbara Bering v. i. S. d. P.

Satz und Lithos: Studio H Weimar Tel./Fax: 51 42 58

Druck: Gutenberg Druckerei GmbH Weimar

Bezugsmöglichkeiten

Die Schriften sind käuflich zu erwerben über
Redaktion & Verlag der HAB und im Schriften-
austausch über
Bibliothek der HAB, 99421 Weimar,
Carl-August-Allee 2

ISBN 3 - 86068 - 038 - 2

Inhalt

1	Christine Weiske Zielstellung des Projekts.....	1	2.4.3	Armut und Wohnungsnot aus dem Blickwinkel kommunaler Einrichtungen.....	49
1.1	Methoden.....	2	2.4.4	Perspektiven weiterer Akteure.....	50
2	Ergebnisse.....	5	2.4.5	Diskussion und Ausblick für die weitere Forschung.....	51
2.1	Zusammenfassung der Hauptergebnisse.....	5	3	Fallbeispiele aus den untersuchten Wohnquartieren.....	53
2.2	Segregation.....	6		<i>Robert Henke</i>	
2.2.1	Die Ostvorstadt.....	9	3.1	Fallstudie Nr. 1: Ostvorstadt.....	53
2.2.2	Das Andreasviertel.....	14		<i>Robert Henke</i>	
2.2.3	Das Neubaugebiet am Rieth.....	20	3.2	Fallstudie Nr.2: Ostvorstadt.....	59
2.2.4	Mobilität.....	25		<i>Robert Henke</i>	
2.3	Die Soziologie des Wohnungs- marktes.....	27	3.3	Fallstudie Nr. 3: Ostvorstadt.....	64
2.3.1	Der entstehende Wohnungsmarkt.....	27		<i>Jürgen Fabian</i>	
2.3.2	Die Akteure auf dem städtischen Wohnungsmarkt.....	28	3.4	Fallstudie Nr. 4: Einfamilienhaus mit Gewerbe im Andreasviertel.....	71
2.3.3	Ein Fazit.....	36		<i>Jürgen Fabian</i>	
	<i>Jürgen Fabian</i>		3.5	Fallstudie Nr. 5: Einfamilienhaus im Andreasviertel.....	76
2.4	Armut und Wohnungsnot.....	39		<i>Robert Henke und Christine Weiske</i>	
2.4.1	Vorüberlegungen und Fragestellungen.....	39	3.6	Fallstudie Nr. 6: Rieth.....	82
2.4.2	Obdachlosenheim "Haus Zuflucht" - eine Fallbeschreibung.....	41	4	Literatur.....	87

INHALT	
1. Einleitung und Überblick	7
2. Städtebauliche, stadtökonomische und soziale Grundlagen	13
3. Planungsrechtliche Grundlagen Welche Möglichkeiten bietet das BauGB?	51
4. Empirische Grundlagen	77
Sozialwissenschaftliche Untersuchungen zur „Milieuschutzsatzung“	
5. Die Anwendung der „Milieuschutzsatzung“	123
6. Milieuschutzsatzung u. Kleingewerbe im innerstädtischen Wohngebiet ..	133
7. Plädoyer für die „Milieuschutzsatzung Paßstraße“	149
8. Die politische und verwaltungspraktische Umsetzung	161

Frank Betker / Katrin Hater / Franz Hiss

MILIEUSCHUTZSATZUNG

Zur Handhabung eines planungsrechtlichen Instruments

Vorwort: Prof. Dr. Gerd Schmidt-Eichstaedt

Dortmund 1995 20,5x25,5 25 Abb. 205 S.

ISBN 3-929797-03-8

Daß die Verdrängung der Wohnbevölkerung aus ihren angestammten Wohnquartieren ein Problem der Stadtentwicklungspolitik darstellt, ist kein Geheimnis und reduziert sich auch nicht auf einige wenige Einzelfälle. Es ist ein viel diskutiertes und analysiertes Phänomen. Aber wie kann eine Stadt darauf reagieren? Für viele Städte ist gleichwohl *dies* ein Geheimnis.

Das Planungsrecht hält ein Instrument bereit, daß nur sehr zögerlich und noch viel zu selten angewandt wird: die „soziale“ Erhaltungssatzung oder auch „Milieuschutzsatzung“ nach §172 BauGB. Den einen ist ihre Handhabung zu schwierig, den anderen der Eingriff ins Privateigentum zu weitreichend.

Die vorliegende Publikation hat sich zum Ziel gesetzt, das Instrument durchschaubar zu machen, die Handhabung zu erleichtern und mit alten Vorurteilen aufzuräumen. Ihr besonderer Wert für ein breiteres Fachpublikum (Kommunen, private Büros, Wissenschaft, Initiativen) liegt deshalb darin, daß hier die „Milieuschutzsatzung“ einmal anhand eines Fallbeispiels in einem Verfahrens- oder auch Prozeßlängsschnitt dargestellt wird:

- Schilderung des Problems, auf das die „Milieuschutzsatzung“ reagiert,
- verständliche Darstellung und Erläuterung des Rechtsinstruments,
- empirische Feststellung der sog. „Ausübungsvoraussetzungen“ mittels Befragungen,
- „wasserdichte“ städtebauliche Begründung der Gutachter,
- politischer Beschluß und Handhabung des Instruments in der Verwaltungspraxis.

Dieses auch in homogenen Werks- oder Nachkriegssiedlungen und historischen Altstädten anzuwendende Instrument wird am Fallbeispiel eines gründerzeitlichen Misch- und Innenstadtrandgebietes in Aachen dargestellt. Gerade in Gebieten diesen Typs wird das Verdrängungsproblem zunehmend virulent und ist der „Milieuschutz“ bislang noch unzureichend entwickelt. Ein Exkurs zum Kleingewerbe im Untersuchungsgebiet, ein wichtiger Bestandteil des „Milieus“, zeigt Lücken in der Gesetzgebung auf.

DORTMUNDER VERTRIEB FÜR BAU- UND PLANUNGLITERATUR
GUTENBERGSTRASSE 59 ♦ D-44139 DORTMUND ♦ ☎ (0231) 146565 FAX (0231) 147465

INHALT	
<i>Andreas Reiners</i>	
Mehr Arbeitsplätze, anhaltende Arbeitslosigkeit, steigende Sozialhilfezahlen	11
<i>Frank Betker, Almut Kriele</i>	
Armut, Arbeitslosigkeit und Strukturwandel in der Aachener Region – Studie	29
• Strukturwandel, Arbeitsmarkt und Verarmungsrisiken in der Aachener Region ..	
53	
• Arbeitslosigkeit und Beschäftigung im Arbeitsamtsbezirk Aachen	
81	
• Einkommensungleichheit und Armut	
107	
• Die Mietbelastung als Armutsfaktor	
119	
• Die „offizielle“ Armut d. Sozialhilfeempf.	
127	
Plakatwandaktion „Wohnen und Armut“	177
<i>Bert Griemens</i>	
Alles nur Schicksal?	187
Willi G., 36 Jahre, verheiratet, 3 Kinder ...	199
<i>Manfred Körber</i>	
Für eine bürgerrechtliche, zivile Armuts-politik. Optionen für die Zukunft	203

Forum der Arbeit (Hg.)

ARMES AC !

Zweiter Armuts- und Sozialbericht für die Stadt und den Kreis Aachen

Idstein 1995 14,5 x 21 35 Abb. 238 S.

2. Auflage 1996

ISBN 3-929797-03-8

Als 1992 der erste „Armutsbericht“ für die Stadt und den Kreis Aachen vorgelegt wurde, galt es, erstmals über Armut „Bericht zu erstatten“ und Armut öffentlich zu thematisieren. Es sollte bewußt werden, daß Armut in der Region Aachen ein weit verbreitetes und zunehmend größere Gruppen der Bevölkerung erfassendes Phänomen darstellt. Dieser zweite Armuts- und Sozialbericht knüpft an den ersten an und vertieft die Diskussion über Zusammenhänge und Ursachen von wirtschaftlichem Wandel, Arbeitslosigkeit und Armut, indem er den regionalen Arbeitsmarkt, dessen Beschaffenheit, Beharrung und Dynamik sowie dessen konjunkturbedingte Auf- und Abschwünge nun näher ins Blickfeld rückt.

Die regionale Analyse zeigt u.a., daß der Arbeitsmarkt eine Dynamik und vielfältige Flexibilisierungsmechanismen entwickelt hat, die zum Nachteil der Beschäftigten und Arbeitslosen Arbeitsverhältnisse unsicherer machen und Qualifikationen entwerten. Insbesondere am Beispiel der „neuen Arbeitsplätze“ für Frauen läßt sich zeigen, daß Erwerbstätigkeit heute längst nicht immer ein gesichertes Einkommen und eine Vorsorge für die Zukunft gewährleistet. Auch der Blick auf die Zugehörigkeit der Arbeitnehmer zu den je unterschiedlichen Berufsgruppen zeigt, daß diskontinuierliche und instabile Erwerbsverläufe zu einer neuen Normalität auf dem Arbeitsmarkt geworden sind, die fatale Folgen für die soziale Absicherung und die materielle Existenz von Beschäftigten in unteren Lohngruppen haben.

Die abschließenden Beiträge des Bandes enthalten Schilderungen von Lebenslagen und Lebensläufen von Menschen aus der Region, eine Beschreibung der Praxis sozialer Initiativen und endlich den Versuch, Perspektiven für eine regionale Wirtschafts- und Sozialpolitik aufzuzeigen.

Wie schon der erste Armutsbericht, der weit über die Region hinaus Beachtung fand und in zwei Auflagen verkauft wurde, ist auch dieser ein Beitrag zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion und sollte auch Bürgerinnen und Bürger dazu anregen, sich aktiv in die Diskussion um die Wirtschafts- und Sozialpolitik einzumischen.

KOMZI VERLAGS GMBH ♦ KREUZGASSE 33 ♦ 65510 IDSTEIN
☎ (06126) 3603 FAX (06126) 3350

Information

Christine Hannemann

Die Platte
Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR

1996. 174 Seiten. Kartoniert.
ISBN 3-528-08133-3

Aus dem Inhalt:

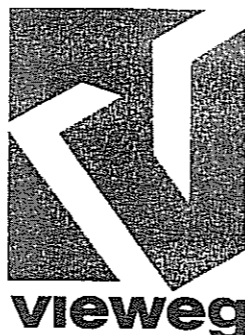
Industrialisiertes Bauen und Wohnen: Zur sozialen Konstruktion eines baugeschichtlichen Topos - Technik als Leitbild: Zur Entwicklung des industrialisierten Bauens und dessen Verknüpfung mit dem Wohnungsproblem - Entdifferenzierung durch Industrialisierung: Zur Genese des Systems der "Platte" in der DDR - Zur Ideologie der "Platte" - Wohnen in der "Platte" im Spiegel soziologischer Forschung der DDR - Die "Platte" als sozio-technisches System - Ausblick: Entdifferenzierung als Hypothek-Differenzierung als Aufgabe

Es war die eigentümliche Mischung aus Wissenschaftsgläubigkeit, politischer und ökonomischer Zentralisierung und "Tonnenideologie", die im Verein mit der Vernachlässigung der Erhaltung der Bausubstanz in der DDR auch aus wohnungspolitischer Sicht zu deren Zusammenbruch geführt hat. So hat gerade die unflexible Verengung des Wohnungsbaus auf industrialisierten Neubau den Wohnungsbestand der DDR verringert. Der "Abgang" im Altbau war größer als der Zuwachs im Neubau, der somit nur noch Ersatzneubau war. Nach den eigenen Kriterien des technischen Fortschrittsglaubens war die Industrialisierung des Bauens in der DDR ein Fehlschlag.

Gegenstand der Untersuchung ist die Formierung, Umsetzung und Wirkung der Industrialisierung des Wohnungsbaus in der DDR. Die "Platte" als dessen Hauptzeugnis und ihre städtebauliche Anwendung bei Großsiedlungen wird als Symbol einer Stadtpolitik dargestellt, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR baulich-räumlich umgestaltet werden sollten. Ausgehend von einer sozialgeschichtlichen und politischen Darstellung der Verknüpfung von Wohnungsfrage und Industrialisierung des Bauens werden die spezifischen Resultate dieses Entwicklungsprozesses für die DDR analysiert.

Über die Autorin:

Dr. Christine Hannemann ist am Fakultätsinstitut Sozialwissenschaften, im Bereich Stadt- und Regionalsoziologie der Humboldt-Universität Berlin tätig.



Verlag Vieweg
Produktinformation
Taanusstraße 54
D-65183 Wiesbaden
Postfach 15 46
D-65005 Wiesbaden
Telefon (06 11) 534 - 354
Telefax (06 11) 534 - 430

FORSCHUNGS- UND
SITZUNGSBERICHTE

Agglomerationsräume in Deutschland

Ansichten, Einsichten, Aussichten



In öffentlichen Debatten nehmen die Agglomerationsräume eine ambivalente Stellung ein: Sie werden wahrgenommen als kulturelle, technologische und wirtschaftliche Vorreiter der modernen Gesellschaft, aber auch als Räume, in denen soziale Probleme und Umweltprobleme gehäuft auftreten. Dem Glanz und positiven Image weltweit bekannter Metropolen stehen oft „gesichtslose“ Vorstädte, Verkehrskollaps und soziale Probleme wie Armut, Segregation, Gewalt und Anomie gegenüber.

Durch die Internationalisierung und Globalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen und Märkte, die westeuropäische Integration, die Öffnung der Grenzen nach Mittel- und Osteuropa sowie die deutsche Vereinigung hat sich die Standortkonkurrenz zwischen den Agglomerationsräumen erheblich und nachhaltig verschärft. Die Einschätzung der Agglomerationen als dynamische und gezielt zu entwickelnde Zentren von Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft scheint sich (erneut) als dominierendes Paradigma zu etablieren.

Vor diesem Hintergrund hatten sich die Mitglieder des ARL-Arbeitskreises „Entwicklung und Probleme der Agglomerationsräume in Deutschland“ zum Ziel gesetzt, nicht nur die wirtschaftlichen Einflußfaktoren der Entwicklung von Stadtregionen zu behandeln, sondern vor allem die Konsequenzen für die soziale, politische und kulturelle Entwicklung in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen zu stellen. Hierbei ergänzten sich querschnittsorientierte regionale Fallstudien und themenbezogene Aufarbeitungen von Fachaspekten wechselseitig.

In dem Band wird eine breite Palette von Themen aufgegriffen, die von der Armutsentwicklung und Fragen der regionalen Identität über die Einschätzung der Agglomerationsentwicklung aus feministischer Sicht bis hin zu konkreten kommunalen und regionalen Entwicklungsansätzen reicht. In einem ausführlichen einleitenden Beitrag geben Strubelt und Schön einen Überblick über die Entwicklung der Agglomerationen in Deutschland und Europa vor dem Hintergrund der gewandelten Rahmenbedingungen. Sie skizzieren darüber hinaus das Forschungskonzept des Arbeitskreises und tragen hierdurch zur Integration der Einzelbeiträge bei. Den Band beschließt ein statistischer Vergleich der Agglomerationen in Deutschland.

Die Veröffentlichungen der Akademie erscheinen
im Verlag der ARL

Bestellungen über den Buchhandel
Auslieferung: VSB-Verlagsservice Braunschweig
Postfach 47 38, 38037 Braunschweig
Tel. 0531/70 86 45-648, Telex 952841 wbuch d, Fax 0531/70 86 19
AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
Hohenzollernstraße 11, D-30161 Hannover
Tel.: 0511/3 48 42 - 0, Fax 0511/3 48 42 - 41

	INHALT			
Wendelin Strubelt	Vorwort	1	Heinz Niemann	Entwicklungen und Probleme der Agglomerationsräume in Deutschland - Fallstudie Dresden
Karl Peter Schön Wendelin Strubelt	Agglomerationsräume in Deutschland Ansichten, Einsichten, Aussichten - Einführung -	3	Hartmut Usbeck	Entwicklungen und Probleme der Agglomerationsräume in Deutschland - Fallstudie Leipzig
Marianne Rodenstein Stephanie Bock Susanne Heeg	Reproduktionsarbeitskrise und Stadtstruktur Zur Entwicklung von Agglomerationsräumen aus feministischer Sicht	26	Andreas Schubert	Kommunale und regionale Entwicklung - zum Rostocker Weg
Jens S. Dangschat	Zur Armutsentwicklung in deutschen Städten	51	Peter Voigt	Arbeit und Stadtentwicklung in der Region Rostock
Detlef Briesen Jürgen Reulecke	Regionale Identität und Regionalgeschichte: Kognitive Kartographie und die Konstruktion von Regionalbewußtsein durch Geschichte am Beispiel des Ruhrgebietes	77	Karl Peter Schön	Agglomerationsräume, Metropolen und Metropolregionen Deutschlands im statistischen Vergleich
Walter Siebel	Die Internationale Bauausstellung Emscher-Park - Eine Strategie zur ökonomischen, ökologischen und sozialen Erneuerung alter Industrieregionen	97		
Klaus R. Kunzmann	Das Ruhrgebiet: alte Lasten und neue Chancen	112		
Jens S. Dangschat Thomas Wüst	Entwicklungen und Probleme der Agglomerationsräume in Deutschland - Fallstudie Hamburg	154		
Dieter Läßle	Städte im Umbruch Zu den Auswirkungen des gegenwärtigen Strukturwandels auf die städtischen Ökonomien - Das Beispiel Hamburg	191		
Wolf Schriever	Impulse, Perspektiven, Probleme der regionalen Entwicklung des Frankfurter Raumes	218		
Klaus Schußmann	Entwicklungen und Probleme der Agglomerationsräume in Deutschland - Fallstudie München	234		
Heinz Niemann Hartmut Usbeck	Aktuelle Entwicklungsprozesse der Agglomerationsräume Leipzig und Dresden	280		

**Arbeitskreis
„Entwicklung und Probleme
der Agglomerationsräume in Deutschland“**

Leiter: Dir. und Prof. Dr. Wendelin Strubelt, Bonn
Geschäftsführer: Wiss. Oberrat Dr. Karl Peter Schön, Bonn

Weitere Mitglieder:

- Prof. Dr. Jens S. Dangschat, Hamburg
- Prof. Dr. Klaus R. Kunzmann, Dortmund
- Prof. Dr. Dieter Läßle, Hamburg
- Dr. habil. Heinz Niemann, Leipzig
- Prof. Dr. Jürgen Reulecke, Siegen
- Prof. Dr. Marianne Rodenstein, Frankfurt a.M.
- Dr. Wolf Schriever, Berlin
- Dr. Andreas E. Schubert, Rostock
- Ltd. VerwDir. Dr. Klaus Schußmann, München
- Prof. Dr. Walter Siebel, Oldenburg
- Prof. Dr. Manfred Teschner, Darmstadt
- Prof. Dr. Hartmut Usbeck, Leipzig
- Prof. Dr. Peter Voigt, Rostock



Inhalt

Einleitung 9

Kapitel 1

Was heißt »Dienstleistungsgesellschaft«? 21

Kapitel 2

Theorien zur Dienstleistungsgesellschaft 27

1. Die »Drei-Sektoren-Theorie« 27
2. Der Vater der Debatte: Jean Fourastié 29
3. Die Optimisten: Daniel Bell und Gartner/Riessman 37
4. Die Pessimisten: Baumol und Gershuny 44
5. Zusammenfassung 48

Kapitel 3

Internationaler Vergleich: Der schwedische, der ame-
rikanische und der westdeutsche Weg 51

1. Ist die Bundesrepublik überindustrialisiert? 51
2. Die Bundesrepublik: Eine rückständige Dienst-
leistungsgesellschaft 55
3. Wege in die Dienstleistungsgesellschaft 60

Kapitel 4

Die Gesellschaft des öffentlichen Dienstes:
Das Volksheim Schweden 67

1. Konzeption der schwedischen Wohlfahrtsgesellschaft 68
2. Historische Entwicklung 70
3. Volksheim: vertikale und horizontale Umverteilung 72
4. Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt 74

Kapitel 5

Die Dienstbotengesellschaft: Das amerikanische
Beschäftigungswunder 81

1. Polarisierung der Beschäftigungsstrukturen 82
2. Polarisierung der Einkommensstruktur 85

edition suhrkamp 1964
Neue Folge Band 964
Erste Auflage 1995
© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1995
Erstausgabe
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags
sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,
auch einzelner Teile.
Satz: Fotosatz Gutfreund GmbH, Darmstadt
Druck: Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
Umschlagentwurf: Willy Fleckhaus
Printed in Germany
1 2 3 4 5 6 - 00 99 98 97 96 95

Kapitel 6

Die Zukunft des Stadtsystems – Die räumliche Struktur der Dienstleistungsgesellschaft 91

1. Tertiarisierung und Raumstruktur 91
2. Die räumliche Entwicklung in der (alten) Bundesrepublik: Disurbanisierung, Suburbanisierung, Hierarchisierung und Polarisierung 97
3. Die Raumwirksamkeit konsumorientierter Dienstleistungen 108

Kapitel 7

Quo vadis, Bundesrepublik? 115

1. Zum amerikanischen Modell? 115
2. Zum schwedischen Modell? 121
3. Sind die Modelle übertragbar? 131

Kapitel 8

Der »Hunger nach Tertiärem«: Quellen von Dienstleistungen 134

1. Die ökonomische Diskussion: Dienstleistungen und Wachstum 134
 1. a) Sind Dienstleistungen produktiv? 135
 1. b) Eine Lebenszyklustheorie: Organisatorische Rationalisierung – Verstofflichung – Technisierung – Substitution 140
2. Die soziologische Diskussion: Welche Qualität hat die Dienstleistungsgesellschaft? 146
 2. a) Der endlose Kampf um die Definition 148
 2. b) Probleme mit der Statistik 149
 2. c) Dienstleistungen und sozialer Wandel: Funktionale Erklärungen 155
 2. d) Konsumorientierte Dienstleistungen und sozialer Wandel – jenseits systemfunktionaler Erklärungen . . 164
3. Formalisierung von Dienstleistungstätigkeiten – Fortsetzung der »Landnahme« 169
4. Zusammenfassung: Der Prozeß der Vergesellschaftung 172

Kapitel 9

Arbeit, Haushaltsarbeit, Lohnarbeit – Die Integration der Frauen in die Dienstleistungsgesellschaft 175

1. Das Verschwinden der Frauenarbeit in der Industriearbeit 176
2. Die Bedeutung der Haushaltsarbeit und der häuslichen Erwerbsarbeit 180
3. Dienstleistungsgesellschaft: Die Organisation der Haushaltsarbeit als Erwerbsarbeit der Frauen 184

Kapitel 10

Die Kultur der Dienstleistungsgesellschaft 187

1. Von der Kapitalismustheorie zur Theorie der Dienstleistungsgesellschaft 187
2. Bietet die Dienstleistungsgesellschaft eine wünschenswerte Zukunft? 190
3. Eine theoretische Chance der Rückständigkeit? 192
4. Gibt es auch eine praktische Chance der Rückständigkeit? 199

Literatur 205

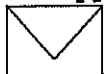
Karl-Dieter Keim (Hrsg.)

**Aufbruch
der Städte**

Räumliche Ordnung und kommunale Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern

IR 5 Institut für
Regionale Entwicklung
und Strukturplanung

edition
sigma



Inhalt

Vorwort

Bezugsrahmen

Karl-Dieter Keim/Herbert Grymer

Herausforderung der lokalen Politikarena im Jahrzehnt des Umbruchs13

Situationen und Strategien

Bernhard Müller

Strategien räumlicher Ordnung in den ostdeutschen Ländern:
Hindernis oder Unterstützung für die kommunale Entwicklung57

Michael Arndt

Wirtschaftsförderung und kommunale Strategien81

Karl-Dieter Keim/Christiane Joerk

Aktuelle Indikatoren der kommunalen Entwicklung in Ostdeutschland.
Ergebnisse einer Städte-Umfrage103

Akteure und Programme

Thomas Knorr-Siedow

Ansätze einer sozialen Stadt- und Quartiersentwicklung127

Timothy Moss

Das Steuerungspotential kommunaler Betriebe in den neuen Bundesländern:
Entwicklungsprozeß und Zukunftsaufgaben157

Holger Backhaus-Maul/Thomas Olk

Transformation der freien Wohlfahrtspflege. Strategien west- und ostdeutscher
Akteure beim Aufbau der freien Wohlfahrtspflege in Ostdeutschland187

Adalbert Behr

Lokale Identitätsbildung durch städtebaulichen Denkmalschutz203

Herbert Grymer

Lokaler Staat oder Konzern Stadt? Zur Neustrukturierung des kommunalen
Akteurs235

Rainer Emenlauer

Neue Formen der Aufgabenbewältigung im Städtebau255

Die Autoren.....269

Klartext

Dickmannstraße 2-4 – D-45143 Essen
Tel.: 0201/86206-31/32; Fax: 86206-22

Neuerscheinung Januar 1996

Michael Krummacher / Viktoria Waltz

Einwanderer in der Kommune

Analysen, Aufgaben,
Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik

ca. 300 S., broschiert,

ISBN 3-88474-270-1



Ob die soziale Integration der ausländischen Mitbürger und das Zusammenleben verschiedener Kulturen gelingt, entscheidet sich vor allem in den Städten und Gemeinden. Integration meint dabei nicht die Anpassung von Lebensweisen und kulturellen Orientierungen an die deutsche Gesellschaft, sondern das Zusammenleben muß als wechselseitiger Lernprozeß gestaltet sein, der die kulturelle Tradition ausländischer Minderheiten als positive Bereicherung einer Gesellschaft verschiedenen Kulturen anerkennt und Anknüpfungsmöglichkeiten bei der Orientierung für alle Seiten ermöglicht..

Viktoria Waltz und Michael Krummacher, als Raumplaner und Sozialwissenschaftler an der Hochschule beschäftigt, beraten Kommunalpolitiker, Wohlfahrtsverbände und Ausländerinitiativen. In ihrem Buch stellen sie konkrete Reformvorschläge in den Mittelpunkt der Beschäftigung mit der Einwanderungsgesellschaft in den Städten.

Am Anfang stehen ein Trend- bzw. Negativ-Szenario und ein Alternativ- bzw. Positiv-Szenario, die exemplarisch die möglichen Zukünfte von Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil aufzeigen und als Modelle auf Städte und benachteiligte Stadtteile mit hohem Ausländeranteil übertragbar sind. Der zweite Abschnitt „Einwanderungsland ohne Einwanderungspolitik“ beschreibt die Einwanderungsrealität und analysiert kritisch die bundesdeutsche Ausländerpolitik. Abschließend werden Vorschläge zu notwendigen Reformen vorgestellt. Im dritten Kapitel geht es um das Thema „Soziale Integration und kulturelle Identität“. Hier werden zunächst die Lebenslagen und Armutsrisiken von AusländerInnen allgemein, anschließend die besonderen Problemlagen von ausländischen Kindern und Jugendlichen, ausländischen Frauen und älteren AusländerInnen analysiert. Auch dieser Themenkomplex schließt mit Vorschlägen für Reformen.

Unter dem Titel „Einwanderung als Herausforderung für die Städte“ geben die Autoren praktische Anregungen zu den Bereichen kommunale Ausländerpolitik, Anforderungen an Wohnprojekte und Stadtentwicklung sowie für kommunalpolitische Anforderungen in benachteiligten Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil. Es geht auch um Selbstorganisation und Selbsthilfepotentiale und soziale Arbeit mit AusländerInnen. Abschließend stellen die Autoren konkrete Thesen zur multikulturellen Ausländerpolitik als Querschnittsaufgabe vor.

Aus dem Inhalt

Einleitung

- I. Einwanderungsgesellschaft und die Zukunft unserer Städte – Zwei Szenarien
 Szenario I: „Nordstadt 2010: Warum funktioniert im Ghetto nichts mehr – für uns waren doch immer alle gleich?“
 Szenario II: „Nordstadt 2010: Natürlich gibt es auch Konflikte – aber wir haben gelernt, unseren Stadtteil multikulturell umzubauen.“

II. Rahmenbedingungen multikultureller Ausländerpolitik Einwanderungsland ohne Einwanderungspolitik

- III. Lebenslagen und soziale Integration von AusländerInnen in unseren Städten
 Soziale Integration bislang gescheitert: Lebenslagen und Armutsrisiken von AusländerInnen in den 90er Jahren
 Migrantenkinder und Jugendliche im monokulturellen Bildungssystem
 Zur Situation der Frauen: Toleranz fängt beim Kopftuch erst an
 Rückkehr, pendeln oder bleiben?
 Situation und Perspektiven älterer AusländerInnen

IV. Einwanderung als Herausforderung an die Kommunalpolitik

- Einwanderer: Stiefkinder der Stadtentwicklung
 Kommunale Ausländerpolitik ohne AusländerInnen?
 Politische Beteiligung von EinwanderInnen in der Kommune
 Vorhandene Potentiale: Selbsthilfe, Selbstorganisation und Ausländersozialarbeit
 Die ganz „normale“ Fremdenfeindlichkeit und der kommunalpolitische Umgang damit

V. Strategien und Vorschläge für eine multikulturelle Stadtpolitik – Schlussfolgerungen

- Rahmenbedingungen und staatliche Ausländerpolitik
 Lebenslagen der EinwanderInnen und soziale Integration
 Einwanderung als Herausforderung an die Kommunalpolitik

Anhang

- Tabellen
 Verwendete Literatur, Autorenangaben

Bestellung:

Absender:

An den

Klartext Verlag

Dickmannstraße 2-4

D-45143 Essen

Ich / Wir bestelle(n)
 Krummacher / Waltz
Einwanderer in der Kommune

Ex. broschiert

Verlagsprospekt

Dieses Buch ist das erste in einer Serie von Publikationen, die von Mitgliedern des International Network for Urban Research and Action (INURA) verfasst und herausgegeben werden. Ziel von INURA, einem Netzwerk von WissenschaftlerInnen und AktivistInnen, ist es, länder- und städteübergreifende Zusammenarbeit in Stadtforschung und -aktion zu fördern.
 This book is the first in a series of publications authored and edited by members of the International Network for Urban Research and Action (INURA). This organization of scholars and activists works to improve cooperation in urban research and action across countries and cities.

Bildnachweis: Das Umschlagbild und sämtliche Fotos in diesem Band stammen von Ute Lehrer. Die doppelseitigen Fotos zu den Kapiteltiteln zeigen Frankfurt am Main, die Frankfurter Downtown, den Zürcher Hauptbahnhof, Zürich-Nord in Glattbrugg, das Zürcher Lettenareal, die Frankfurter Fressgasse sowie den Opernhausplatz in Frankfurt.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:
 Hitz, Keil, Lehrer, Ronneberger, Schmid, Wolff (Hrsg.):
 Capitales Fatales: Urbanisierung und Politik in den
 Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich
 1. Aufl., Zürich : Rotpunktverl., 1995
 ISBN 3-85869-093-7

Oktober 1995, erste Auflage. Copyright bei rpv, alle Rechte vorbehalten. Satz: Gesetz in der Garamond und Triumvirate bei TypoVision, Zürich; Lektorat: Benedikt Loderer; Korrektorat: Die Herausgeber; Gestaltung, Umbruch, Umschlag: Heinz Scheidegger; Druck und Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda. Verlagsadresse: Rotpunktverlag, Postfach 397, CH-8026 Zürich. Auslieferungen: Schweiz: AVA (buch 2000); Deutschland: Prolit; Berlin und Umgebung: Rotation; Österreich: Herder.
 ISBN 3-85869-093-7

Bitte verlangen Sie unser Gesamtverzeichnis!

Inhaltsverzeichnis

I. Einblick Roger Keil und Ute Lehrer: Städte des Kapitals und Welten des Widerstands	8
II. World City und Global City John Friedmann: Ein Jahrzehnt der World City-Forschung Saskia Sassen: Global City – Hierarchie, Massstab, Zentrum Stefan Kipfer und Roger Keil: Urbanisierung und Technologie in der Periode des Globalen Kapitalismus	22 45 61
III. Gesellschaftliche Restrukturierung, Regulation und Stadtentwicklung Alain Lipietz: Der Regulationsansatz, die Krise des Kapitalismus und ein alternativer Kompromiss für die neunziger Jahre Margit Mayer: Stadtpolitik im Umbruch Hansruedi Hitz, Christian Schmid, Richard Wolff: Zur Dialektik der Metropole: Headquarter Economy und urbane Bewegungen	90 123 137
IV. Architekturen des Städtischen im urbanen Raum Edward W. Soja: Anregung für ein wenig Verwirrung: Ein zeitgenössischer Vergleich von Amsterdam und Los Angeles Walter Prigge: Urbi et orbi – zur Epistemologie des Städtischen Ute Lehrer: Grossstadt Schweiz: Die Architektur des Flexiblen Raumes	160 176 188
V. Zürich Hansruedi Hitz, Christian Schmid, Richard Wolff: Boom, Konflikt und Krise – Zürichs Entwicklung zur Weltmetropole	208
VI. Frankfurt Klaus Ronneberger und Roger Keil: Ausser Atem – Frankfurt nach der Postmoderne	284
VII. Ausblick Klaus Ronneberger und Christian Schmid: Globalisierung und Metropolenpolitik: Überlegungen zum Urbanisierungsprozess der neunziger Jahre Bibliographie Autorinnen und Autoren	354 379 399

Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neu erworbene Literatur

- Wittmann, Fred-Tore (Bearb.), Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg.)
Laufende Raumbewertung. Städtebaulich relevante Rahmendaten 1995.
Bonn 1995. 58 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Arbeitspapiere. 10/1995
Regionale Daten, Statistik, Geoinformationssystem, Raumentwicklung, Städtebau, Bevölkerungsentwicklung, Arbeitsmarkt, Lebenshaltung, Infrastruktur, Wohnungsversorgung, Siedlungsstruktur
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; Y 1006/34
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg., Verant.)
Ideen für neue Themen im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau. Dokumentation des Expertengesprächs am 4. Juli 1995 im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.
Bonn 1995. 22 S., Lit.=Arbeitspapiere. 12/1995
Wohnungsbau, Städtebau, Modellvorhaben, Forschungsprogramm, Tagung
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; Y 1006/36
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg., Auftr.); Bundesministerium für Familie und Senioren, Bonn (Hrsg., Auftr.); Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, Frankfurt/Main (Verant.)
Wohnungssicherung und Wohnungsversorgung für einkommensschwache Haushalte. Dokumentation einer Expertentagung am 2. u. 3. Dez. 1993 in Bonn.
Bonn 1994. XVII, 166 S., Abb.; Tab.; Lit.
Wohnungspolitik, Wohnungsversorgung, Regional, Obdachlose, Sozialgruppe, Sozialpolitik
Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland
BfLR; B 12 765
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von (Hrsg.)
Umweltstandort Deutschland. Argumente gegen die ökologische Phantasielosigkeit.
Berlin: Birkhäuser 1994. 344 S., Abb.; Tab.; Lit.=Wuppertal Paperbacks
Standort, Industriestandort, Umweltschutz, Stadtverkehr, Energieeinsparung, Steuer, Umweltpolitik
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; A 12 482
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg.)
Europäische Raumentwicklung. Beratungsergebnisse des informellen Raumordnungsministerrates in Leipzig am 21. u. 22. Sept. 1994.=European spatial planning; Parallelausgabe, engl. als C 24 154/2=Amenagement du territoire europeen; Parallelausgabe, franz. als C 24 154/3
Bonn 1994. 30 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Raumplanungspolitik, International, Städtebaupolitik, Raumplanungsbehörde, Ministerium, EU, Raumforschung, Kooperation, Tagung
Europa
BfLR; C 24 154/1
- Bach, Dieter (Proj.-Ltg.); Heffner, Krystian (Proj.-Ltg.)
Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr (Hrsg., Verant.); Instytut Slaski, Opole (Verant.)
Die Region als zukünftige europäische Struktur. Symposium vom 13.-15. Mai 1992 in Opole/Polen.
Mülheim/Ruhr 1992. 177 S., Tab.; Lit.=Begegnungen. 4/92
Regionalpolitik, Grenzüberschreitend, EG, EU, Regionalentwicklung, Grenzraum, Bevölkerungswanderung, Kultur, Volksgruppe, Kooperation
Rhein-Maas/Region, Nordrhein-Westfalen, Belgien, Niederlande, Oberschlesien, Polen
BfLR; C 23 610
- Europe. Themenheft. Franz.; engl.
In: Les Cahiers de l'Institut d'Amenagement et d'Urbanisme de la Region d'Ile-de-France, Paris 100(1992), S. 3-126, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Stadtentwicklung, International, Stadtregion, Hauptstadt, Wettbewerb, Standortfaktor, Unternehmen, Immobilienmarkt, Regional, Verkehrsinfrastruktur, Telekommunikation, Umweltpolitik, Städtebaupolitik, EG, EU
Ile-de-France/Region, Frankreich, Berlin, Europa
BfLR; C 24 203
- Tietz, Bruno
Optionen für Deutschland. Szenarien u. Handlungsalternativen für Wirtschaft u. Gesellschaft. Ein Handbuch für Entscheidungsträger. 2., völlig überarb. Aufl.=1. Aufl. u. d. T.: Tietz, Bruno: Optionen bis 2030
Landsberg/Lech: Verl. Moderne Industrie 1991. XII, 720 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
Zukunft, Szenario, Gesellschaft, Umwelt, Wirtschaft, Unternehmen, Wirtschaftsentwicklung, Regional, International
Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland, Europa/Ost
BfLR; B 13 032

- Deutscher Städtetag, Kommission "Frauen in der Stadt", Köln; Deutscher Städtetag, Köln (Hrsg.)
Frauen verändern die Stadt. Arbeitshilfe 1: Wohnungspolitik, Arbeitshilfe 2: Verkehrsplanung.
Köln 1994. ca. 352 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=DST-Beitr.z.Frauenpolit. H.2-3
Frau, Stadtplanung, Wohnungsbau, Verkehrsplanung, Partizipation, Wohnen, Regional, Wohnungspolitik, Raummobilität, Verkehrspolitik
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 23 805/1-2
- Wittich, Dietmar (Hrsg.)
Momente des Umbruchs. Sozialstruktur u. Lebensqualität in Ostdeutschland.
Berlin: Ed.Sigma 1994. 231 S., Abb.; Tab.; Lit.
Strukturwandel, Sozialwandel, Sozialstruktur, Wertvorstellung, Lebensqualität, Regional, Familie, Frau, Obdachlose, Befragung
Ostdeutschland
BfLR; A 12 714
- Keim, Karl-Dieter (Hrsg.)
Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung -IRS-, Erkner (Hrsg.)
Aufbruch der Städte. Räumliche Ordnung u. kommunale Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern.
Berlin: Ed.Sigma 1995. 270 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Stadt, Gemeinde, Stadtentwicklung, Strukturwandel, Kommunalplanung, Regionalplanung, Kooperation, Kommunale Wirtschaftspolitik, Sozialplanung, Denkmalpflege, Städtebau
Ostdeutschland
BfLR; A 12 713
- Organisation for Economic Co-operation and Development -OECD-, Paris (Hrsg., Verant.); Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - OECD-, Paris (Verw.)
Cities for the 21st century.
Paris 1994. 178 S., Lit.
Stadtentwicklung, International, Lebensqualität, Infrastruktur, Armut, Segregation, Umweltbelastung, Unternehmen, Kooperation, Städtebaupolitik, Urbanität, Tagung
OECD-Staaten
BfLR; B 12 958
- Grund, Egon
Venedig - Vorbild einer autofreien Stadt? - Die städtebauliche Struktur Venedigs und die Übertragbarkeit ihrer Prinzipien unter besonderer Berücksichtigung des Systems der Verkehrserschließung; Originaltitel Diss.
Dortmund: Dortmunder Vertrieb f.Bau-u.Planungsliteratur 1993. 197 S., Lt.; Abb.; Tab.; Lit. Tech.Diss.; TU München 1991
Stadtstruktur, Wasserweg, Verkehrserschließung, Personenkraftwagenverkehr, Fußgängerverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr, Daseinsgrundfunktion, Lebensqualität, Verkehrsberuhigung, Verkehrsvermeidung, Regional
Venedig, Italien, Göttingen, NDS
BfLR; C 23 691
- Pfeiffer, Ulrich; Zeitz, Bernd; Aring Jürgen (Mitarb.); Ammann, Michael (Mitarb.)
Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg., Auftr.)
Mehr Wohnungen für weniger Geld. Bericht der Kommission zur Kostensenkung u. Verringerung von Vorschriften im Wohnungsbau.
Bonn 1994. ca. 208 S., Abb.; Tab.; Lit.
Wohnungsbau, Wohnungsbaukosten, Wohnungspolitik, Bauvorschrift, Bauplanung, Baugenehmigung, Bautechnik, Sozialer Wohnungsbau
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 23 764
- Thieme, Karin
Univ. Augsburg, Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeographie (Hrsg.)
Stadtqualität. Neue Konzepte u. Projekte zur Innenentwicklung von Großstädten - sozialgeographische Aspekte.
Augsburg 1994. XIII, 200 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. Math.naturwiss.Habil.; Augsburg 1994=ASG-Beitr.Angew.Sozialgeogr. Nr.32
Stadtentwicklung, Großstadt, Urbanität, Lebensstil, Stadtstruktur, Stadtteil, Stadtplanung, Sozialgeographie
Bundesrepublik Deutschland, Wien, Österreich, Augsburg, BAYR
BfLR; Y 912/32
- Whrli-Schindler, Birgit
Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung, Nationales Forschungsprogramm 'Stadt und Verkehr', Zürich (Hrsg.)
Lebenswelt Stadt. Berichte zur Lebenssituation in Schweizer Städten.
Zürich: vdf Hochschulverl. 1995. XIV, S.3-154, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Lebensqualität, Regional, Stadt, Stadtentwicklung, Sozialwandel, Räumliche Identität, Stadtraum, Wohnwert, Urbanität, Stadtplanung
Schweiz
BfLR; B 12 799

Thimmel, Stefan

Ausgegrenzte Räume - ausgegrenzte Menschen. Zur Unterbringung von Flüchtlingen u. AsylbewerberInnen am Beispiel Berlin.

Frankfurt/M.: IKO-Verl.f.Internationale Kommunikation 1994. 195 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Ausländer, Wohnen, Regional, Notwohnung, Bewertung, Wohnungspolitik
Berlin

BfLR; A 12 419

Deutscher Gewerkschaftsbund -DGB-, Landesbezirk Bayern, München (Hrsg.)

Leben ohne Würde. Armut in Bayern. 2. überarb. Aufl.=Bayerischer Armutsbericht 1994; Nebentitel

München 1994. 161 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Armut, Regional, Sozialhilfe, Arbeitslose, Wohnungsversorgung, Obdachlose, Lebenshaltung, Frau, Rente, Ursachenanalyse, Sozialstatistik

Bayern, Bundesrepublik Deutschland

BfLR; C 24 538

Leibfried, Stephan; Leisering, Lutz; Buhr, Petra; Ludwig, Monika; Mädje, Eva; Oik, Thomas, Voges, Wolfgang; Zwick, Michael

Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat.

Frankfurt/M.: Suhrkamp 1995. 408 S., Abb.; Tab.; Lit.=Ed.Suhrkamp, N.F.923

Armut, Sozialhilfe, Biographie, Sozialwandel, Sozialpolitik

Bundesrepublik Deutschland

BfLR; A 12 683

Sieverts, Thomas (Proj.-Ltg.); Stottrop, Regina (Proj.-Ltg.)

TH Darmstadt, Fachbereich 15-Architektur-, Fachgruppe Stadt (Hrsg.)

Städtebau - zwischen Selbstorganisation und Selbstaufgabe? Eine Auseinandersetzung mit der Chaostheorie. Seminarbericht 92/93.

Darmstadt 1994. 107 S., Kt.; Abb.; Lit.=Beitr.u.Studienmater.d.Fachgruppe Stadt. Nr.38

Städtebau, Stadtplanung, Stadtgestalt, Stadtentwicklung, Planungsprozeß, Raumtheorie

Bundesrepublik Deutschland, USA, Arabien, Schweiz

BfLR; C 24 274

Nebel, Sonja

Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut, Abteilung Wirtschaftspolitik, Bonn (Hrsg., Verant.)

Was wird aus den Plattenbausiedlungen? Chancen für die Entwicklung großer Neubaugebiete in Ostdeutschland. Eine Tagung am 16. Juni 1993 in Potsdam.

Bonn 1993. ca. 54 S., Tab.; Lit.=Wirtschaftspolit.Diskurse. Nr.50

Wohnsiedlung, Neuer Stadtteil, Wohnungsmodernisierung, Regional, Stadtsanierung, Stadtentwicklung

Ostdeutschland

BfLR; A 12 416

Brotchie, John (Hrsg.); Batty, Mike (Hrsg.); Blakely, Ed (Hrsg.); Hall, Peter (Hrsg.); Newton, Peter (Hrsg.)

Cities in competition. Productive and sustainable cities for the 21st century.

Melbourne: Longman Australia 1995. XII, 532 S.; Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.

Stadtentwicklung, International, Wettbewerb, Stadtökonomie, Wirtschaftskooperation, Raumtheorie, Zentralität, Technologie, Umweltverträglichkeit, Pendlerverkehr, Städtebaupolitik, Modell

BfLR; B 13 019

Expertenkommission Wohnungspolitik, Bonn

Wohnungspolitik für die neuen Länder. Im Auftrag der Bundesregierung verfaßt.=Kurzfassung als C 23 922=Auch als Z 14: Verh.d.Di.Bundestages. Drucks., Bonn 13/159(1994).

Tübingen: Mohr 1995. VIII, 164 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.

Wohnungspolitik, Wohnungswirtschaft, Strukturwandel, Wohnungsmarkt, Regional, Wohnungsbau, Miete, Mietrecht, Wohnungssubvention, Wohneigentum, Sozialpolitik

Ostdeutschland

BfLR; B 12 888

Bonz, Arthus (Hrsg.); König, Klaus 8Hrsg.)

Der Aufbau einer Region. Planung u. Verdichtungsraum Berlin/Brandenburg.

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1995. 199 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Verwaltungsorganis., Staatsaufgaben u.Öffentl. Dienst. Bd.32

Stadtregion, Stadtumland, Hauptstadt, Planungsorganisation, Verwaltungsorganisation, Landesplanung, Regionalplanung, Grenzüberschreitend, Kooperation, Regionale Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik

Berlin/Raum, BLN, Brandenburg, Frankfurt am Main/Umland, HESS, München/Region, BAYR, Rhein-Neckar/Region, BADW, HESS; RHPF

BfLR; B 12 945

Schabhüser, Brigitte (Red.)

Hauptstadregionen in Europa. Themenheft.

In: Inform.z.Raumentwickö., Bon (1995)H.2(3, S. 127-239, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Hauptstadt, Stadtregion, Kooperation, International, Wettbewerb

Europa

BfLR; Z 703

Schneider, Ulricke

Stadtmarketing und Großveranstaltungen

Berlin: Duncker u.Humboldt 1993. IX, 252 S., Abb.; Tab.; Lit. Wirtsch.Diss.; Hannover 1992=Beitr.z.angew.Wirtschaftsforsch. Bd.26

Stadtentwicklung, Großveranstaltung, Kommunalpolitik, Unternehmenspolitik, Wettbewerb, Öffentlichkeitsarbeit, Attraktivität, Privatisierung, Standortfaktor

Bundesrepublik Deutschland

BfLR; B 12 768

Braun, Gerhard O. (Hrsg.)

FU Berlin, Institut für Geographische Wissenschaften (Hrsg.); International Geographical Union -IGU-, Commission on Urban Development and Urban Life (Verant.)

Managing and marketing of urban development and urban life. Proceedings of the IGU-Commission on "Urban Development and Urban Life" Berlin, Aug.15th to 20th, 1994.=Urban development and urban life; Rückentitel

Berlin: Reimer 1994. XV, 687 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Abh. - Anthropogeogr. Inst.f.Geogr.Wiss. Bd.52

Stadtentwicklung, International, Raumstruktur, Zentralität, Strukturwandel, Sozialstruktur, Regional, Informelle Wirtschaft, Raummobilität, Städtebaupolitik, Öffentlichkeitsarbeit, Räumliche Identität, Raummodell

Bundesrepublik Deutschland, Europa, Amerika/Nord, Asien, Afrika

BfLR; Y 911/24

Staack, Jörg

Die Klassifikation deutscher Städte nach ihrer regionalen Zentralität.

Frankfurt/M.: Lang 1995. 205 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. Wirtsch.Diss.; Hamburg 1995=Eur.Hochschulschr., R.5. Bd.1751

Typisierung, Stadt, Zentralität, Stadtgröße, Tertiärer Sektor, Kultur, Bevölkerungsdichte, Mathematisch-statistische Analysemethode

Bundesrepublik Deutschland

BfLR; A 12 731

Giersch, Herbert (Hrsg.)

Egon-Sohmen-Foundation (Hrsg.)

Urban agglomeration and economic growth.

Berlin: Springer 1995. VIII, 277 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Stadtentwicklung, International, Raumentwicklung, Stadtökonomie, Wirtschaftswachstum, Strukturwandel, Industrie, Standortfaktor, Verkehr, Wettbewerb, Raumplanung

Europa, USA

BfLR; B 13 028

Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien -BISS- (Verant.)

Das vereinte Deutschland 1993 - durch Ungleichheiten, Verteilungskämpfe und mentale Klüfte gespalten? 4. Sozialwissenschaftliche Transformationskonferenz 9./10.12.1993. Themenheft.

In: BISS Public, Berlin 13(1994), S.5-140, S.5-150, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Sozialwandel, Gesellschaftsordnung, Institutionen, Lebensqualität, Wertvorstellung, Forschung, Sozialgruppe, Sozialwissenschaft

Bunderepublik Deutschland, Ostdeutschland, DDR

BfLR; Z 629

Adam, Brigitte; Renner, Mechthild

Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg.)

Frauen und räumliche Planung.

Bonn 1994. 14 S., Lit.=Arbeitspapiere. 6/1994

Frau, Raumplanung, Stadtplanung, Raumforschung, Wohnen, Raummobilität, Öffentliche Sicherheit, Institutionen, Planungsverfahren

Bundesrepublik Deutschland

BfLR; Y 1006/20

Pfeiffer, Ulrich; Arjouni, Khadija; Fritz, Christina; Geiss, Stefan; Kasfeld, Holger; Okon, Waldemar; Stöbe, Dorothee

Empirica Gesellschaft für Struktur- und Stadtforschung mbH, Bonn (Bearb., Hrsg.)

Wohnstandortanalyse für die Landesteile außerhalb des engeren Verflechtungsraumes. Textband. Anhandband.

Bonn 1994. XII, 311 S., Abb.; Tab.; Lit.

Entwicklungszentrum, Wohnstandort, Wohnungsmarkt, Stadtplanung, Bebauungsplan, Wohnungsbauplanung, Bauland, Regionalanalyse

Brandenburg

BfLR; C 23 766

Selle, Klaus (Hrsg.)

Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung, Hannover/Dortmund (Bearb., Hrsg.)

Expositionen. Eine Weltausstellung als Mittel der Stadtentwicklung? Materialien zur Diskussion um die Expo 2000 in Hannover.

Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- u. Planungsliteratur 1994. 152 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Werkber.d.Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung, No.32

Großveranstaltung, Stadtentwicklung, Stadtplanung, Planungsprozeß, Partizipation, Finanzierung, Umweltverträglichkeit

Hannover, NDS
BfLR; B 12 915

Schmidt, Ralf (Hrsg.)

Institut für Ökologische Raumentwicklung e.V. -IÖR-, Dresden (Hrsg., Verant.)

Strukturwandel und Entwicklungsfragen allindustrialisierter Regionen. Ergebnisse, Probleme u. Chancen eines ökologisch verträglichen Strukturwandels von Industrieregionen in Sachsen, Sachsen/Anhalt u. Thüringen. 3. IÖR-Symposium am 4./5.Okt. 1994 in Dresden.

Dresden 1995. 118 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=IÖR-Schriften. 13

Regionalentwicklung, Strukturwandel, Industrieregion, Problemraum, Regionalpolitik, Flächenrecycling, Gewerbliche Brachfläche, Umweltschutz, Stadterneuerung, Tagung

Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Saarland, Lothringen, Frankreich

BfLR; Y 1008/13

Ausgewählte Veröffentlichungen der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

Informationen zur Raumentwicklung

Nutzungsmischung im Städtebau
Heft 6/7.1995, 16,-- DM

Die Reform der Kommunalfinanzen
Heft 8/9.1995 16,-- DM

Zukunft Wohnen
Heft 10/11.1995, 16,-- DM

Der Ausschuß der Regionen
Heft 12.1995, 8,-- DM

Materialien zur Raumentwicklung

Raumordnungsprognose 2010
Teilbereiche
- Private Haushalte
- Wohnungen
- Wohnbauland
Heft 74, 28,-- DM

Verkehrsvermeidung
Heft 73, 18,-- DM

Handel und Verkehrsberuhigung
Heft 75, 18,-- DM